

Gefördert durch:



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR  
INTERNATIONALE RECHTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT E.V.



## Jahresbericht Annual Report 2018



2018

---

**2018**



<b>4</b>	Geleitwort	<b>4</b>	Preface
<b>6</b>	Grußwort	<b>6</b>	Welcome address
<b>8</b>	Vorwort	<b>8</b>	Foreword
<b>12</b>	IRZ im Überblick	<b>12</b>	IRZ in brief
<b>14</b>	Organigramm	<b>14</b>	Organigramme
<b>16</b>	Partnerstaaten der IRZ	<b>16</b>	Partner states of the IRZ
<b>18</b>	Finanzierungsarten	<b>18</b>	Financing methods
<b>22</b>	Albanien	<b>22</b>	Albania
<b>26</b>	Algerien	<b>26</b>	Algeria
<b>28</b>	Armenien	<b>28</b>	Armenia
<b>32</b>	Belarus	<b>32</b>	Belarus
<b>34</b>	Bosnien und Herzegowina	<b>34</b>	Bosnia and Herzegovina
<b>37</b>	Georgien	<b>37</b>	Georgia
<b>42</b>	Jordanien	<b>42</b>	Jordan
<b>46</b>	Kambodscha	<b>46</b>	Cambodia
<b>48</b>	Kasachstan	<b>48</b>	Kazakhstan
<b>51</b>	Kirgisistan	<b>51</b>	Kyrgyzstan
<b>54</b>	Kosovo	<b>54</b>	Kosovo
<b>59</b>	Marokko	<b>59</b>	Morocco
<b>63</b>	Moldau	<b>63</b>	Moldova
<b>68</b>	Montenegro	<b>68</b>	Montenegro
<b>70</b>	Nepal	<b>70</b>	Nepal
<b>72</b>	Nordmazedonien	<b>72</b>	North Macedonia
<b>76</b>	Russische Föderation	<b>76</b>	Russian Federation
<b>79</b>	Serbien	<b>79</b>	Serbia
<b>85</b>	Tadschikistan	<b>85</b>	Tajikistan
<b>87</b>	Türkei	<b>87</b>	Turkey
<b>88</b>	Tunesien	<b>88</b>	Tunisia
<b>92</b>	Ukraine	<b>92</b>	Ukraine
<b>97</b>	Usbekistan	<b>97</b>	Uzbekistan
<b>101</b>	Vietnam	<b>101</b>	Vietnam
<b>106</b>	Multilateral	<b>106</b>	Multilateral
<b>112</b>	Das Vereinsjahr 2018	<b>112</b>	The 2018 business year
<b>114</b>	Kuratorium	<b>114</b>	Board of Trustees of the IRZ
<b>115</b>	Mitglieder	<b>115</b>	Members
<b>116</b>	Satzung	<b>116</b>	Statutes
<b>124</b>	Impressum	<b>124</b>	Imprint

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bilden das unverzichtbare Fundament für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Sie sind Grundpfeiler für ein Zusammenleben in einer lebendigen und offenen Gesellschaft. Sie sind Garant für den Schutz der Rechte des Individuums, der Rechte von Minderheiten und die Glaubwürdigkeit staatlicher Institutionen. Sie sind die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand einer Gesellschaft, weil sie nicht zuletzt die Attraktivität eines Staates als Handels-, Investitions- und Tourismusstandort fördern. Im Zeitalter von Mobilität und Globalisierung wird das deutsche und europäische Schicksal auch davon beeinflusst, dass es in anderen Teilen der Welt gerecht und human zugeht. Rechtsstaaten können mit Rechtsstaaten bessere Beziehungen pflegen als mit Unrechtsstaaten, Demokratien bessere Beziehungen untereinander als mit Diktaturen. Kurzum: Entwickelte Demokratie- und Rechtssysteme erleichtern Freundschaft und Solidarität, machen Interessenkonflikte lösbarer und stabilisieren.

Die Rechtsstaatsförderung in reformwilligen Partnerstaaten stellt vor diesem Hintergrund einen Schwerpunkt deutscher Justizaußenpolitik dar. Die Bundesregierung wird hierbei von einer auf dieses Tätigkeitsfeld hochspezialisierten Organisation unterstützt, der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ).

Die IRZ berät und begleitet die Partnerländer in vielen Bereichen. Dabei ist sie bei der Unterstützung von Verfassungsprozessen aktiv, hilft beim Aufbau zentraler und lokaler Regierungs- und Verwaltungsstrukturen, begleitet Reformen der Gerichtsbarkeit und unterstützt einen besseren Zugang zu Behörden und Gerichten. Um ein ganzheitliches Konzept anzubieten, fördert die IRZ aber ebenso die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten der ausländischen Justiz und Rechtspflege. Auch die effektive und nachhaltige Korruptionsbekämpfung ist eine wichtige Querschnittsaufgabe der IRZ. Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung bedingen sich gegenseitig. Die Integrität des Staates und seiner Organe ist Grundlage aller Rechtsstaatlichkeit. Deshalb gefährdet Korruption den Rechtsstaat und mit ihm das gesamte demokratische Grundprinzip.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1992 hat sich der geographische Wirkungskreis der IRZ angesichts des stetigen Wandels und der Herausforderungen in der Welt regelmäßig geändert und erweitert. Anfangs konzentrierte sich die Rechtsberatung in den Ländern Mittel-, Südost- und Osteuropas sowie in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion auf die Schaffung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die IRZ hatte bald einige dieser Partnerländer erfolgreich auf ihrem Weg in die Europäische Union begleitet. Die dann begonnene rechtliche Zusammenarbeit mit dem südlichen Kaukasus, Zentralasien, der Türkei und Vietnam erweiterte das Tätigkeitsfeld beträchtlich. Inzwischen engagiert sich die IRZ auch durch Projekte im Justizbereich in den Staaten Afrikas und des Nahen Ostens. Rechtsstaatsförderung und Menschenrechtsschutz waren, sind und bleiben die zentralen Aspekte ihrer Aktivitäten.

Peace, liberty and prosperity are inevitably built on democracy and the rule of law. These factors are the foundations for coexistence in an active and open society. They guarantee protection for the rights of the individual, of minorities and the credibility of state institutions. Upon them, a country's economic development and societal prosperity are established, not least as they enhance a state's attractiveness as a place of trade, investment and tourism. In an age of mobility and globalisation, the fate of Germany and Europe will also be affected by the standards of justice and human rights elsewhere in the world. Compared with dictatorships and countries where injustice abounds, states under the rule of law can cultivate better relationships with others that uphold the same principles. In short: Mature democratic and legal systems facilitate friendship and solidarity, make conflict more resolvable and foster stability.

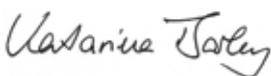
With this in mind, Germany is actively committed to promoting the rule of law in partner states that are willing to engage in reforms. The Federal Government is supported in its endeavours by an organisation that is highly specialised in this field, namely the German Foundation for International Legal Cooperation (IRZ).

The IRZ advises and accompanies partner states in many areas. Among other things, it is actively involved in the process of constitutional legislation, helps to establish central and local government and administrative structures, accompanies reforms of the judiciary and offers support in creating better access to the authorities and the courts. In order to ensure an overall concept, the IRZ also promotes basic and further training for employees within the judiciary and administration of justice systems abroad. Effective and enduring policies to combat corruption represent an important cross-sectoral task for the IRZ as well. There can be no rule of law without policies to combat corruption and vice versa. Rule of law is inherently built on the integrity of the state and its institutions. Hence, corruption places the rule of law and the tenets of democracy at risk.

Seeking to adjust to the constant transformation and challenges at a global level, the geographic theatre of the IRZ's operations has changed and widened regularly since its inception in 1992. Initially the legal advice was focused on creating democratic structures, the rule of law and on building free market economies in the countries of Central, Southeastern and Eastern Europe, as well as in states of the former Soviet Union. Soon the IRZ successfully helped to accompany some of these partner states on their way into the European Union. Turning its attention to legal cooperation with the Southern Caucasus region, Central Asia, Turkey and Vietnam significantly expanded the field of activities. Now the IRZ is also engaged in projects within the judicial field in states of Africa and the Middle East. Promoting the rule of law and protecting human rights have always been – and will remain – the central aspects of its work.

Ich möchte zwei Partnerregionen hervorheben: Dies sind erstens die Staaten Afrikas und des Nahen Ostens. Die Förderung von Stabilität und Prosperität auf unseren unmittelbaren Nachbarkontinenten sollten wir als Zukunftsinvestition verstehen; dies liegt im ureigenen Interesse Deutschlands und Europas. Stabile Institutionen und eine unabhängige Justiz, die auf Basis eines entwickelten Rechtssystems agieren, würden den Menschen in diesen Ländern ein sichereres und damit besseres Leben ermöglichen. Durch das dortige Engagement der IRZ werden auch Flucht- und Migrationsursachen bekämpft und Bleibeperspektiven eröffnet. Die IRZ wird vor diesem Hintergrund in Kürze mit Senegal erstmals in einem Land in Afrika aktiv sein, das südlich der Sahara liegt. Sie wird ihre Aktivitäten in der Region weiter intensivieren. Zweitens möchte ich dafür werben, am „Europäischen Haus des Rechts“ weiter zu bauen. Auf dem Westlichen Balkan hat das deutsche Engagement seit den 1990er Jahren dazu beigetragen, kriegerische Auseinandersetzungen zu beenden und die Region zu stabilisieren. Seit dieser Zeit ist viel erreicht worden, sowohl für die Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern als auch beim Aufbau legitimer und transparenter staatlicher Strukturen in den jungen Ländern. Die Schaffung und der Ausbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in den Ländern des Westlichen Balkans, welche allesamt eine konkrete EU-Beitrittsperspektive haben, werden das Kerngeschäft der IRZ bleiben.

Der Einsatz Deutschlands für Rechtsstaatsförderung ist wirkungsvoll, doch dieser erfordert erhebliche politische, finanzielle und personelle Investitionen, einen langen Atem – und eine realistische Erwartungshaltung hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen auswärtigen Engagements. Der Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen kann häufig nur in kleinen Schritten erfolgen und ist daher nicht selten eine Generationenaufgabe. Wir müssen daher weiterhin schnell und flexibel agieren und gleichzeitig langfristig denken. Die IRZ genießt bei den ausländischen Partnern durch ihre exzellente und engagierte Arbeit großes Vertrauen; dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken! Die Tätigkeit der IRZ hat nach mehr als einem Vierteljahrhundert des Wirkens und Schaffens keineswegs an Aktualität verloren; sie ist nach meiner Überzeugung heute notwendiger und wichtiger als jemals zuvor. Für deren Fortführung im Jahr 2019 und darüber hinaus wünsche ich viel Erfolg!

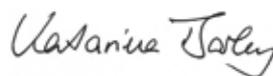


Dr. Katarina Barley, MdB  
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz



Allow me to highlight two partner regions: Firstly they are the states of Africa and the Middle East. We should perceive the promotion of stability and prosperity in the continents that neighbour our own as an investment in the future; doing so is in the interests of Germany and Europe as a whole. Stable institutions and an independent judiciary that operate on the basis of a mature legal system would enable greater security for the citizens of these regions and in doing so improve the quality of their lives. The IRZ's work on the ground also tackles the causes of flight and migration and creates opportunities for people to remain in their homelands. Against this backdrop, the IRZ will soon become active in Senegal as the first state in sub-Saharan Africa. It will continue to intensify its activities in the region. Secondly I would like to advocate continuing our efforts to build the 'European House of Law'. German involvement in the Western Balkans since the 1990s has contributed to the cessation of armed hostilities and stabilisation of the region. Much has been accomplished during this period, both in terms of understanding and reconciliation between the peoples, as well as in the establishment of legitimate and transparent state structures in these young countries. The creation and expansion of structures that promote democracy and the rule of law in the countries of the Western Balkans – all of whom have a firm outlook to join the EU – will remain at the heart of the IRZ's activities.

Yet while Germany's commitment to promoting the rule of law is effective, it requires significant political and financial investments, as well as the deployment of substantial human resources, staying power and realistic expectations in regard to what is and is not possible within the framework of international cooperation. In many cases, establishing and expanding structures under the rule of law will only take place in small steps and is therefore quite frequently a task spanning generations. We must therefore continue to act quickly and flexibly, while keeping a firm eye on the longer term. The IRZ has earned the considerable respect of its international partners thanks to its excellent and committed work, so allow me to express my explicit gratitude for these efforts! After more than a quarter century of involvement, the work of the IRZ has lost none of its topicality; indeed, I am convinced that it is now more necessary and important than ever before. I wish you the best of success in continuing this commitment in 2019 and beyond!



Dr Katarina Barley, Member of the German Bundestag  
Federal Minister of Justice and Consumer Protection

Ihnen liegt der Bericht über das sechsundzwanzigste Jahr der Aktivitäten der IRZ vor. Ein wie immer sehr lesenswerter Bericht und zugleich ein Spiegel der Zeit. In annähernd 30 Partnerstaaten in Europa, Nordafrika, dem Nahen Osten und Asien unterstützt die IRZ Rechts- und Justizreformen.

Der Bericht gibt Ihnen einen nach Staaten gegliederten Überblick über die Aktivitäten in den einzelnen Partnerstaaten. Die Tätigkeit der IRZ deckt ein breites Spektrum ab: intensive Gesetzgebungsberatungen zu konkreten Reformvorhaben und hierauf aufbauende Fortbildungen und Organisationsberatungen zur Implementierung des reformierten Rechts sowie Fortbildungen zur Erhöhung von Qualität und Transparenz der Arbeit in allen juristischen Berufen.

Eine zunehmende Bedeutung erlangen Projekte, in denen die IRZ durch Rechtsstaatsförderung einen Beitrag zu Krisenprävention, Stabilisierung und Frieden leistet. Dies vor allem in den Regionen MENA/Nordafrika, Osteuropa und Südosteuropa. Projekte, die bei Gründung der IRZ noch nicht absehbar waren. Mit dem Ziel des Ausbaus von Demokratie und Menschenrechten ist die IRZ in Projekte der Europäischen Union in den Ländern der „Östlichen Partnerschaft“ engagiert, in bilateralen Kooperationen auch in Zentralasien. Vor dem Hintergrund der Westbalkan-Strategie der EU rücken auch die sechs IRZ-Partnerländer in dieser Region sowohl im Hinblick auf das von der EU initiierte EURALIUS-Projekt als auch im Hinblick auf die bilaterale Reformunterstützung wieder stärker in den Vordergrund.

Die Projekte der IRZ in 2018 zeigen eindrucksvoll, wie sich die Tätigkeitsschwerpunkte der IRZ durch geopolitische Veränderungen der aktuellen Lage den aktuellen Herausforderungen angepasst haben. Einmal wieder ein Grund, all denen zu danken, die dies ermöglicht haben, die die Basis für die erfolgreiche Arbeit der IRZ legen.

Zuvörderst gilt mein Dank natürlich den vielen Expertinnen und Experten aus der Praxis, die die anspruchsvollen Projekte hoch motiviert und mit großem Verantwortungsbewusstsein, Verlässlichkeit, Ausdauer und Flexibilität tragen und begleiten. Sie sind die „Gesichter“ beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, quasi die Botschafter in der internationalen

In your hands is the report on the twenty-sixth year of the IRZ's activities. Hugely readable as always, it is also a mirror of our times. The IRZ supports legal and judicial reform in almost 30 partner states of Europe, North Africa, the Middle East and Asia.

Included in this report is a structured overview of the IRZ activities in each of the partner states. The IRZ activities cover a broad spectrum: intense legislative advice on defined reform projects, followed by further training and organisational counselling for implementation of the reformed legislation, as well as others to increase the quality and transparency of work throughout all legal professions.

Projects in which the IRZ promotes the rule of law as a contribution to crisis prevention, stabilisation and peace are becoming increasingly important. This is particularly true in the regions of MENA/North Africa, Eastern Europe and Southeastern Europe. Projects that were not yet foreseeable when the IRZ was established. Aiming to spread democracy and human rights, the IRZ is involved in projects by the European Union in the countries of the "Eastern Partnership" and also contributes to bilateral cooperation in Central Asia. Against the backdrop of the EU Strategy for the Western Balkans, the six IRZ partner states in this region are returning to the fore, both in regard to the EU-initiated EURALIS project, as well as the bilateral support for reforms.

The IRZ projects in 2018 impressively demonstrate how its foci of activity have adapted to current situations and challenges brought about by geopolitical changes. This is again a reason to thank everyone who has made all of these things possible and who lay the foundation for the IRZ's successful work.

First of all, of course, I would like to express my gratitude to the experts in the field who show such immense motivation, conscientiousness, reliability, stamina and flexibility in the implementation and accompaniment of these demanding projects. They are the visible 'faces' in building structures that adhere to the principles of rule of law, acting almost as ambassadors for our country's international cooperation in the area



rechtlichen Zusammenarbeit unseres Landes. Ihr Wissen und ihr beruflicher Erfahrungsschatz sind der Garant für eine praxisnahe, umsetzbare Beratung, die eben kein bloßes „copy and paste“ ist.

Mein Dank gilt natürlich ebenso den engagierten Mitgliedern und Mitgliedsorganisationen der IRZ, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, den Landesjustizverwaltungen, den Kammern und Verbänden der Richterinnen und Richter und der rechtsberatenden Berufe und den Mitgliedern des Kuratoriums für ihre Unterstützung und ihr Engagement. Die IRZ zählt auf Ihre Unterstützung auch in den vor uns liegenden Jahren.

Das hauptberufliche Team der IRZ unter Leitung der Hauptgeschäftsführerin Veronika Keller-Engels und des Geschäftsführers Dr. Stefan Hülshörster hat auch in 2018 eine hervorragende Arbeit geleistet. Auch dafür allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IRZ ein herzliches Dankeschön.

Frau Veronika Keller-Engels ist mit Ablauf der Mitgliederversammlung 2018 nach dreijähriger Tätigkeit als Hauptgeschäftsführerin der IRZ als Oberstaatsanwältin zur Bundesanwaltschaft zurückgekehrt. Frau Keller-Engels hat in den zurückliegenden drei Jahren mit großem Engagement wesentliche Impulse gesetzt und die Arbeit der IRZ nachhaltig fortentwickelt. Herzlichen Dank, Frau Keller-Engels!

Das Kuratorium der IRZ bestellte am 26. November 2018 in der 56. Kuratoriumssitzung und 26. Mitgliederversammlung Frau Dr. Bachler zur Hauptgeschäftsführerin der IRZ. Sie begleiten die besten Wünsche der Mitglieder der IRZ und des Kuratoriums für ihre Arbeit in den vor uns liegenden Jahren.

Dr. Frank von Fürstenwerth  
Präsident der IRZ

of law. Their knowledge and huge professional experience guarantee practical, feasible counselling that has nothing in common with 'copy and paste'.

I also owe a debt of gratitude to the dedicated IRZ members and member organisations, the Members of the German Bundestag, the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, the Federal Foreign Office, the Federal Ministry of Economic Affairs and Energy, the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development, the German federal state justice administrations, the chambers and associations of judges and legal advice professions, as well as the Board of Trustees for their support and commitment. The IRZ counts on your assistance in the coming year as well.

The full-time team at the IRZ under the leadership of General Director Veronika Keller-Engels and Director Dr Stefan Hülshörster has again produced outstanding work in 2018. So we also extend our warm thanks to the entire staff at the IRZ.

After three years as General Director of the IRZ, Ms Veronika Keller-Engels returned to her position as Senior Public Prosecutor at the Federal Public Prosecutor's Office following the 2018 General Meeting. Ms Keller-Engels has, in the last three years, made an immense difference in driving the work of the IRZ and ensuring its sustained development. We are much obliged, Ms Keller-Engels!

IRZ's Board of Trustees appointed Dr. Bachler as the General Director of the IRZ at the 56th meeting of the Board of Trustees on 26 November 2018. Rest assured that the best wishes of the IRZ members and the Board of Trustees will accompany your work in the years ahead.

Dr Frank von Fürstenwerth  
President of the IRZ

Nach ihrem Jubiläumsjahr, in dem die IRZ das 25-jährige Bestehen feiern konnte, startete sie im Jahr 2018 in das nächste Vierteljahrhundert. Das Engagement und die Schwerpunktsetzung spiegeln in bewährter Weise die aktuellen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen wider. Ziel unseres Einsatzes bleibt es, einen maßgeblichen Beitrag zu einem Mehr an Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, zu mehr nationaler und regionaler Stabilität, damit mittelbar zu einem gesteigerten Wohlstand für alle Bevölkerungsgruppen und besonders in krisenbetroffenen Regionen mittelfristig zu einer nachhaltigen Befriedung zu leisten. Schnell, wendig, flexibel und in hohem Maß professionell und spezialisiert reagiert die IRZ auf Veränderungen und setzt zurzeit deutliche regionale Schwerpunkte in Afrika und Nahost sowie vor dem Hintergrund der Westbalkanstrategie der EU auch in den Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien.

Dieses weite Spektrum konnte die IRZ auch 2018 mit starken Partnern an ihrer Seite bewältigen. Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank von Herrn von Fürstenwerth an für die Unterstützung durch die Mitglieder des Deutschen Bundestags, durch das Kuratorium und die Mitglieder des Vereins, die Bundesressorts, allen voran das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Auswärtige Amt, die Dachorganisationen der deutschen Wirtschaft, die entsendenden Berufsverbände und Landesjustizverwaltungen sowie die in den Projekten tätigen unzähligen fachlichen Expertinnen und Experten, die in kurzfristigen oder sogar zwei- bis dreijährigen langfristigen Einsätzen den Rechtsstaatsdialog und die Zusammenarbeit mit den Schwerpunktpartnerstaaten bereichern. Mit dieser gesamtgesellschaftlichen Hilfe hinterlässt jeder kleine Schritt der IRZ einen großen Fußabdruck in der Welt.

Besonders danken möchte ich an dieser Stelle auch meiner Vorgängerin Veronika Keller-Engels für ihr engagiertes Wirken in der IRZ. Frau Keller-Engels hat die internen Geschäftsprozesse mit Augenmaß und Sinn für das Wesentliche weiterentwickelt, mit Blick auf die aktuellen rechtspolitischen Fragestellungen die IRZ neu ausgerichtet und die Ziele im Inland und Ausland sympathisch und mit Nachdruck vertreten. Herrn Dr. Hülshörster danke ich für die mehrwöchige Alleinvertretung in der Übergangszeit.

The IRZ set off into the next quarter century in 2018 after celebrating its 25th anniversary the year before. As always, the commitment and priorities reflect the current legal and political circumstances. At the heart of our activities is still the intention of making a significant contribution to enhancing the rule of law and legal certainty, to national and regional stability and hence, in the medium term, to ensure lasting, increased prosperity for all groups within the individual populations, especially in parts of the world that are afflicted by conflict. The IRZ responds to changes with speed, agility and flexibility, as well as a high degree of professionalism and expertise, and has currently placed clear priorities on Africa and the Middle East, along with the states of Albania, Bosnia and Herzegovina, Kosovo, North Macedonia, Montenegro and Serbia within the overarching framework of the EU Strategy for the Western Balkans.

With strong partners at its side, the IRZ succeeded in managing this broad remit in 2018. I would like explicitly to echo the gratitude expressed by Mr von Fürstenwerth for the support provided by the Members of the German Bundestag, the Board of Trustees and the Members of the Association, the federal ministries, especially the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Federal Foreign Office, the umbrella organisations of the German economy, the professional associations and the federal state justice administrations that deploy their members or staff, as well as the innumerable experts involved in the projects, who enrich the dialogue on the rule of law and the cooperation with the prioritised partner countries by working in the field for short periods or as long as two to three years. Bolstered with this widespread support from throughout society, each small step that the IRZ takes leaves a large footprint in the world.

Allow me at this point to extend my particular thanks to my predecessor, Veronika Keller-Engels, for her dedication to the causes of the IRZ. Ms Keller-Engels demonstrated judiciousness and a clear eye for the essential in developing the internal workflows and realigning the IRZ focus areas to reflect current policy issues, while representing the objectives at national and international level with her cordial and equally vigorous approach. I am grateful to Dr Hülshörster for taking sole charge for an interim period.



Last – but not least – gilt mein Dank allen Kolleginnen und Kollegen in Bonn und Berlin sowie den vielen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der IRZ in den Partnerstaaten, ohne deren Knowhow und Einsatz die Vielfalt der Kooperationen nicht denkbar wäre. 2018 war leider auch ein Jahr des endgültigen Abschieds. Die IRZ betrauert ihren geschätzten Kollegen und Projektmanager Christian Schuster, der als besonderer Mensch und wegen seiner langjährigen beruflichen Erfahrungen fehlen wird.

Starke Partner hat die IRZ auch in finanzieller Hinsicht und ist dafür sehr dankbar. Sie unterstützt die Reformen in den Partnerländern überwiegend aufgrund von Zuwendungen des Bundes, insbesondere des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und mit Projektförderungen des Auswärtigen Amts. Ich kann an dieser Stelle nur einige Schwerpunkte skizzieren.

Nordafrika stand 2018 mit dem Ziel der Bekämpfung von Fluchtursachen im Fokus dieser Förderung. Die von Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Lange, MdB, gezeichnete Kooperationserklärung zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem tunesischen Justizministerium und die Eröffnung des IRZ-Regionalbüros in Tunis waren zwei große Meilensteine. Flankierende Projektförderungen des Auswärtigen Amts ermöglichen in Marokko zwei Projekte zum Strafvollzug und zur Rechtsmedizin. Daneben konnte eine vielversprechende Kooperation mit Algerien initiiert werden.

Andere Projekte werden umfangreich durch Mittel der Europäischen Union finanziert. Auch diese Finanzierung ist unverzichtbar für die Kontinuität und die Intensivierung der Tätigkeit in den Schwerpunktregionen.

Ein Paradebeispiel ist das in Albanien durchgeführte EURALIUS-Projekt. Erfreulicherweise bekam die IRZ federführend und in Kooperation mit weiteren europäischen Partnerinstitutionen – im Anschluss an das seit Herbst 2014 erfolgreich durchgeführte EURALIUS-IV-Projekt – auch den Zuschlag für das EURALIUS-V-Projekt und konnte dieses im Frühjahr 2018 beginnen. Das Projektziel ist eine Gesamtkonsolidierung der Justizreform,

Last but not least, I express my thanks to all colleagues in Bonn and Berlin, as well as to the many contact persons in the partner states, without whose know-how and commitment this diversity of cooperation would never be possible. Sadly, 2018 was also a year of bidding farewell. The IRZ grieves the passing of its highly appreciated colleague and project manager Christian Schuster, who will be sorely missed as a special human being and due to his long-standing professional experience.

Strong financial partners assist the IRZ as well, for which we are grateful. They support reform efforts in the partner states, mainly in the form of federal grants, in particular from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, as well as project support from the Federal Foreign Office. At this point there is only space to touch on a few of the priorities.

North Africa was a focus area of support in 2018, mainly to fight the causes of migration. The Joint Statement on Cooperation between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Tunisian Ministry of Justice, which was signed by Parliamentary State Secretary Lange, Member of the Bundestag, was a significant milestone, as was the opening of two IRZ regional offices in Tunis. Additional project support by the Federal Foreign Office in Morocco enabled two projects within the penitentiary system and forensic medicine. An auspicious cooperation with Algeria was also launched.

Other projects received extensive funding from the European Union. These resources are vital to the continuity and intensification of work in these priority regions.

A prime example is the EURALIUS project, which is conducted in Albania. Pleasingly, the IRZ was placed in charge of the EURALIUS V project following the successful completion of the EURALIUS IV project in autumn 2014. It will conduct this work, which began in autumn 2018, in cooperation with other European partner institutions. The project aims to implement sweeping consolidation of the judicial reform, whose legal foundations were drafted within the framework of the EURALIUS

deren gesetzliche Grundlagen im Rahmen des EURALIUS-IV-Projekts erarbeitet wurden. Dies steht im Einklang mit der Westbalkanstrategie der EU und ist ein wichtiger Meilenstein mit Blick auf mögliche EU-Beitritts-gespräche mit Albanien. Nicht nur in den Partnerstaaten des Westbalkans leitet oder ist die IRZ beteiligt an mehreren Projekten der Europäischen Union im Rahmen der Programme Twinning, Technical Assistance oder Grants, zum Beispiel zum Strafvollzug in Serbien und Nordmazedonien, zur Strafverfolgung beim Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität sowie zur Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Nordmazedonien, in Kirgisistan unter Federführung der GIZ in einem breit angelegten Projekt zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, in Marokko in einem vom französischen Partner DMI geleiteten Projekt zum Strafvollzug, in der Ukraine speziell konzipiert für das Oberste Gericht. Erfolgreich abgeschlossen werden konnte Ende 2018 ein Twinning-Projekt zur Reform des Strafvollzugs in Tunesien.

Für 2019 wird eine neu justierte Zentralasienstrategie der Europäischen Union erwartet, die sicherlich wichtige Impulse für das Engagement der IRZ entfalten wird. Zentralasien ist mit seiner Einbettung zwischen der Russischen Föderation und China eine geopolitisch wichtige Region. Bedingt durch einen Politikwechsel in Usbekistan konnte die regionale Kooperation neu belebt werden und führte auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene zu beachtlichen Annäherungen. Hieraus ergeben sich zahlreiche Impulse für Rechts- und Justizreformen mit beratender Unterstützung der IRZ.

In der Republik Moldau wurde nach über zehnjähriger intensiver Beratung durch die IRZ ein Verwaltungskodex, der ein Verwaltungsverfahrensgesetz und ein Verwaltungsgerichtsgesetz nach deutschem Vorbild enthält, verabschiedet. Das ukrainische Justizministerium hat nach zwischenzeitlichem Stillstand das Vorhaben eines Verwaltungsverfahrensgesetzes mit einer Arbeitsgruppe wiederbelebt, an der sich die IRZ seit 2018 beteiligt. Nachdem in der Ukraine schon länger eine Verwaltungsgerichtsbarkeit nach deutschem Vorbild eingerichtet wurde, wird nun in naher Zukunft hoffentlich auch diese Reformlücke geschlossen. Nach langjährigen Diskussionen hat die Ukraine 2018 zudem die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde eingeführt und die IRZ begleitet deren Umsetzung in die Rechtswirklichkeit.

IV project. It is consistent with the EU Strategy for the Western Balkans and represents a significant milestone in regard to possible EU accession negotiations with Albania. The IRZ is in charge of or contributes to several European Union projects in the partner states of the Western Balkans and beyond within the framework of the Twinning, Technical Assistance or Grants Programmes, for instance with regard to the penitentiary system in Serbia or North Macedonia, to criminal prosecution for the fight against corruption and organised crime and in order to establish a special public prosecutor's office in North Macedonia, to promote the rule of law in Kyrgyzstan within the framework of a broad-based project under the auspices of the GIZ, to strengthen the penitentiary system in Morocco in a project headed by the French partner DMI or to engage in a project in the Ukraine that specifically addresses the Supreme Court. A Twinning Project to reform the penitentiary system in Tunisia was brought to a successful conclusion in late 2018.

The now adjusted EU's Central Asian Strategy is expected for 2019, which will certainly set out important impulses for the IRZ's involvement. Embedded between the Russian Federation and China, Central Asia is an important region from a geopolitical standpoint. Political change in Uzbekistan has breathed new life into the regional cooperation, leading to remarkable convergence at political, economic and social level. This has stimulated legal and judicial reform with consultative support from the IRZ in many areas.

Following a decade of intense counselling from the IRZ, an Administrative Code containing an Administrative Procedure Act and an Administrative Court Act based on German principles was passed in the Republic of Moldova. The Ukrainian Ministry of Justice, after a period of stagnation, returned to a project for introducing an Administrative Procedure Act by installing a working group in which the IRZ has been involved since 2018. There are hopes that this reform gap will be closed in the near future, given that a system of administrative court jurisdiction was established in Ukraine according to German principles some time ago. Moreover, following protracted discussions, Ukraine introduced the possibility to lodge a constitutional complaint in 2018, and the IRZ is supporting its implementation in legal reality.

Zentraler Ansatz der IRZ blieben auch 2018 die große Praxisnähe und die Beratung auf Augenhöhe. Flankierend zu den Beratungen vor Ort führt die IRZ deshalb entsprechende Hospitationsprogramme durch. Um weitere Zielgruppen zu erreichen, ist es in Kooperation mit der Bundesnotarkammer gelungen, ein englischsprachiges Hospitationsprogramm für Notarinnen und Notare anzubieten. Intensive Planungen für ein französischsprachiges Hospitationsprogramm für Richterinnen und Richter der Zivil- und Handelsgerichtsbarkeit, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Notarinnen und Notare haben in 2018 begonnen. Gut angenommen wird die vor einigen Jahren eingeführte IRZ-Sommerschule für junge Juristinnen und Juristen aus den Schwerpunktstaaten. 2018 konnte erstmalig eine Herbstakademie für Fortgeschrittene, insbesondere die Alumni der Sommerschule, angeboten werden. Mit beiden Konzepten erreicht die IRZ die schon an der Schwelle zur Berufstätigkeit stehenden künftigen Berufsträger.

Abschließend darf ich mich als neue Hauptgeschäftsführerin der IRZ für das in mich gesetzte Vertrauen bedanken. Ich habe meine Tätigkeit im Januar 2019 mit großem Respekt vor der Zielsetzung und den Erfolgen der IRZ, den Leistungen meiner Vorgängerin, dem großen Erfahrungsschatz meiner Kolleginnen und Kollegen und der Spezialisierung der Expertinnen und Experten aufgenommen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und bin mir sicher, dass die IRZ gemeinsam mit ihren bewährten Partnern ihre für das Jahr 2019 gesteckten Ziele erreichen kann.

Es gibt auf den nächsten Seiten viel zu berichten und wir freuen uns über Ihr Interesse daran.



Dr. Frauke Bachler  
Hauptgeschäftsführerin

Strong practical relevance and the provision of advice as equal partners will remain central to the IRZ methodology in 2018. Therefore, the IRZ will offer suitable internship programmes in addition to counselling in the field. In order to address broader target groups, the IRZ has succeeded in organising an English-language internship programme for notaries in cooperation with the Federal Chamber of Notaries. Intense planning of a French-language internship programme for judges at civil courts and in commercial arbitration, lawyers and notaries also began in 2018. Established several years ago, the IRZ Summer School for young legal professionals from the priority countries has been well-received. The first Autumn Academy for advanced students, especially alumni of the Summer School, was held in 2018. With both of these concepts, the IRZ is reaching out to future professionals who are on the cusp of embarking on their careers.

Finally, as new General Director, allow me to extend my gratitude for the trust placed in me. I entered office in January 2019, full of respect for the objectives and achievements of the IRZ, the performance of my predecessor, the immense experience of my colleagues and the specialised knowledge of the experts. I look forward to working together and am certain that the IRZ, in cooperation with its trusted partners, will be able to achieve its defined targets for 2019.

The following pages contain a wealth of fascinating reports, and we are delighted by your interest.



Dr. Frauke Bachler  
General Director

Die IRZ wurde im Mai 1992 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz als gemeinnütziger Verein gegründet. Ihr Auftrag besteht darin, in ihren Partnerstaaten Beratungshilfe auf dem Gebiet des Rechts zu leisten. Ihr Auftraggeber ist die Bundesregierung.

The IRZ was established in May 1992 as a non-profit association on the initiative of the Federal Ministry of Justice. The mission of the IRZ is to provide legal advice in its partner countries. Its client is the Federal Government.

---

## Ziele

Die IRZ unterstützt ihre Partnerstaaten bei der

- Weiterentwicklung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlich ausgerichteter Strukturen,
- Angleichung des nationalen Rechts an EU-Recht im Rahmen von EU-Programmen und anderen Drittmittelprojekten.

---

## Objectives

The IRZ supports its partner countries in

- developing further structures based on the rule of law and market economy,
- approximating national law to EU law in the framework of EU programmes and other projects funded by third parties.

---

## Schwerpunkte der Projektarbeit

Die Projektarbeit der IRZ ist darauf ausgerichtet,

- rechtsstaatliche, demokratische Verfassungsstrukturen im Rahmen des europäischen Menschenrechtsverständnisses zu erreichen,
- privat- und wirtschaftsrechtliche Grundlagen für wirtschaftlichen Leistungsaustausch aufzubauen,
- öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit vor dem Hintergrund der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Gewährleistung von Gewerbefreiheit zu schaffen,
- eine unabhängige, funktionsfähige Justiz einschließlich aller prozessrechtlichen Grundlagen aufzubauen,
- die nationale Rechtsordnung der Partnerstaaten mit dem europäischen Recht zu harmonisieren,
- internationale Beratung zur Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, insbesondere bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption, zu leisten,
- europäische Standards, insbesondere beim Menschenrechtsschutz im Bereich des Strafrechts, Strafprozess- und Strafvollzugsrechts zu erreichen.

---

## The focus of the project work

The IRZ's project work aims to

- create rule of law-based, democratic constitutional structures within the framework of the European understanding of human rights,
- establish private law and commercial law foundations for the economic exchange of services,
- develop a public law framework for entrepreneurial activities against the background of the lawfulness of the administration and the guarantee of the freedom of trade,
- create an independent, operational judicial system, based on the foundation of procedural law,
- harmonise the partner countries' national legal systems with European law,
- provide international advice in civil and criminal matters, particularly in the fight against organised crime and corruption,
- achieve European standards, especially in human rights protection within criminal law, criminal procedure law and penitentiary law.

---

## Gesetzgebungsberatung

Die IRZ

- erstellt Gutachten zu Gesetzentwürfen,
- führt Expertengespräche mit den entsprechenden Partnerinstitutionen,
- veranstaltet Arbeitswochen und Konferenzen,
- stellt deutsche Gesetzestexte und Rechtsliteratur auch in landessprachlichen Übersetzungen zur Verfügung.

---

## Legislation advice

The IRZ

- develops reports on draft legislation,
- holds expert talks with the respective partner institutions,
- organises working weeks and conferences,
- provides German laws and legal literature, also translated into local languages.

---

## Aus- und Weiterbildung

Die IRZ organisiert

- Seminare, Workshops, Vortragsveranstaltungen und Hospitationen,
- bilaterale und multilaterale Arbeitsbesuche und Fachgespräche,
- Fortbildungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Notarinnen und Notare, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte,
- Begleitstudiengänge zur Einführung in das deutsche und europäische Recht.

Die Veranstaltungen finden sowohl in Deutschland als auch in den Partnerstaaten statt.

---

## Organisation der Projektarbeit

Die Projekte der IRZ werden unter der Leitung der Geschäftsführung durch die Projektbereichsleiterinnen und Projektbereichsleiter konzipiert und organisiert. Sie werden hierbei von Projektmanagerinnen und Projektmanagern, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern und den Zentralen Diensten unterstützt.

Die fachliche Durchführung der einzelnen Projekte geschieht durch Expertinnen und Experten aus freien rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft.

---

## Partner der IRZ

- Verbände und Kammern der juristischen Berufe und der Wirtschaft,
- Justiz,
- Verwaltung auf Bundes- und Landesebene,
- Wissenschaft.

---

## Finanzierung

Die IRZ finanziert sich durch:

- öffentliche Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (institutionelle Zuwendung) und des Auswärtigen Amtes (Projektförderung),
- Projektmittel der Europäischen Kommission,
- Spenden, Förder- und Kostenbeiträge Dritter.

---

## Basic and further training

The IRZ organises

- seminars, workshops, lecture events and internships,
- bilateral and multilateral working visits and expert talks,
- further training events for judges, public prosecutors, notaries and lawyers,
- accompanying academic courses introducing German and European law.

The events take place both in Germany and in the partner countries.

---

## Organisation of the project work

The IRZ's projects are planned and organised by the Heads of Section under the leadership of the two Directors. These are supported by project managers, case officers and administration.

The specialised implementation of the individual projects is carried out by experts from liberal legal and business consultancy professions, the judiciary, administration, economy and academia.

---

## The Partners of the IRZ

- associations and chambers of the legal professions and of the economy,
- the judiciary,
- the administration at federal and regional level,
- academia.

---

## Financing

The IRZ is financed by:

- public funds from the budget of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection (institutional subsidies) and of the Federal Foreign Office (project grants),
- project funds from the European Commission,
- third-party donations, subsidies and cost contributions.

# Organigramm



**Dr. Frauke Bachler**  
Hauptgeschäftsführerin  
General Director  
Vorzimmer Geschäftsführung  
Telefonzentrale Bonn  
Ute Spies -101



**Referentinnen  
der Geschäftsführung**  
Viktoria Hoebel -104  
Maike Ruhlig -139



**Stabsstelle Controlling**  
Ansprechpartner für  
Korruptionsprävention  
**Hans Robert Willeke** -160



**EU-Twinning  
EU-Action-Grants**  
Leitung des Projektbereichs  
**Katharina Tegeder** -138  
**Franziska Simon** -102



**Projektmanagement**  
Annette Conrad -126  
Marie Mévellec -168  
Bojana Tadic -171  
Rita Tenhaft -108



**Projektassistenz**  
Athina Topali -159



**EU-Grants  
EU-Technical-Assistance**  
Leitung des Projektbereichs  
**Nathalie Herbeck** -86\*



**Projektmanagement**  
Anastasia Schmieder -84\*  
**Projektassistenz**  
Donna Maria Schulz -163



**Russische Föderation  
Kasachstan**  
Leitung des Projektbereichs  
**Tatiana Bovkun** -112



**Projektmanagement**  
Melek Keskin -106  
Helene Philippsen -116  
**Projektassistenz**  
Ruslana Rosa -109

# Organigramme



**Dr. Stefan Hülshörster**  
Geschäftsführer  
Director

**Koordination**  
Zuwendung und Projektförderung Dr. Stefan Hülshörster -111  
EU-Twinning und EU-Action-Grants Katharina Tegeder -138  
EU-Technical-Assistance und EU-Grants Teresa Thalhammer -114



**Zuwendung und Projektförderung  
Regionale Entwicklung / Strategie  
Akquise neuer Länder**  
Leitung des Projektbereichs  
**Dr. Stefan Hülshörster** -111



**EU-Grants  
EU-Technical-Assistance  
Hospitationsprogramme**  
Leitung des Projektbereichs  
**Teresa Thalhammer** -114



**EU-Grants  
EU-Technical-Assistance**  
Trime Ahmeti -148  
Nadine Peetz -132



**Hospitationsprogramme**  
Brigitte Liebermann (Senior-PM) -119  
Andrea Gräfin Vitzthum -120



**Osteuropa**  
Belarus  
Moldau  
Ukraine



Leitung des Projektbereichs  
**Dr. Stefan Hülshörster** -111  
Stellvertretende Leitung  
**Wolfram Hertig** -142



**Projektmanagement**  
Martin Breitmaier -143  
Banu Ertürk -145  
Angela Lummel -81\*  
**Projektassistenz**  
Plamena Dimitrova -158



**Südosteuropa I**  
Bosnien und Herzegowina  
Montenegro  
Nordmazedonien  
Serbien  
Leitung des Projektbereichs  
**Dr. Stefan Pürner** -103  
**Projektmanagement**  
Rita Linderoth -129  
Dana Trajčev-Božić -169

**Bonn**

Ublerstraße 92  
53173 Bonn

Telefon +49 (0)228 95 55-0  
Telefax +49 (0)228 95 55-100

**Berlin**

Kronenstraße 73  
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 2000 900-80  
Telefax +49 (0)30 2000 900-88

Internet: [www.irz.de](http://www.irz.de)  
E-Mail: [info@irz.de](mailto:info@irz.de)

Jeder Mitarbeiter ist direkt  
per E-Mail zu erreichen:  
[Nachname@irz.de](mailto:Nachname@irz.de)  
Umlaute: ä=ae, ö=oe, ü=ue

\* Aufgaben werden  
in Berlin wahrgenommen  
*Functions performed in Berlin*

Stand 9.4.2019

**Südosteuropa II  
Türkei**

Albanien  
Bulgarien  
Kosovo  
Kroatien  
Rumänien  
Türkei  
Multilaterale Konferenzen

Leitung des Projektbereichs  
**Frank Hupfeld** -137



Stellvertretende Leitung  
**Nata Sanadiradze** -133



Projektmanagement  
**Jan Schmieder** -146

**Nordafrika  
Nahe Osten (MENA)**

Ägypten  
Algerien  
Jordanien  
Marokko  
Senegal  
Tunesien

Leitung des Projektbereichs  
**Mohamed Montasser Abidi** -125



Stellvertretende Leitung  
**Ilva Iffland** -151  
**Dr. Arnd Wöhler** -124



Projektmanagement  
**Jenna Barske** -105  
**Asma Dhib** -152  
**Hanna-Lisa Hauge** -147  
**Annabelle Jung** -141  
**Karoline Kubanek** -144  
**Jöran Rönfeldt** -161



Projektassistenz  
**Ulrike Hamacher** -153

**Südkaucasus**

Armenien  
Georgien

Leitung des Projektbereichs i.V.  
**Teresa Thalhammer** -114



Projektmanagement  
**Khatuna Diasamidze** -172  
**Amalia Wuckert** -107

**Asien**

Leitung Berliner Büro

Kambodscha  
Kirgisistan  
Nepal  
Tadschikistan  
Usbekistan  
Vietnam  
EU Grants

Leitung des Projektbereichs  
**Angela Schmeink** -82\*



Projektmanagement  
**Victoria Börner** -85\*  
**Angela Lummel** -81\*  
**Nicole Zintel** -83\*



Sekretariat Büroverwaltung Berlin  
Projektassistenz  
**Laura Ružman** -80\*



Leitung Zentrale Dienste  
**Birgit Sandow** -118

Stellvertretende Leiterin  
Zentrale Dienste / Finanzen  
**Silvie Ibanda** -115



Assistenz  
Leitung Zentrale Dienste  
**Ruth Kantorek** -154

Vertragsmanagement  
**Beatrix Tatay** -134

Buchhaltung /  
Reisekostenabrechnungen  
**Gertrude Hüllen** -110  
**Rosa Ines Klöckner** -130  
**Elisabeth Read** -167  
**Monika Schick** -121

Personalmanagement  
**Giana Röntgen** -128

Personalkostencontrolling  
**Sabine Farber** -166

Vergabemanagement  
**Birgit Lellmann** -164

Reisestelle / Registratur  
**Nicole Gnida** -122  
**Judith Jakobs** -135  
**Birgit Schmitz** -165

Fahrer / Hausmeister  
N.N. -113

Informationstechnologie  
**Arkadiusz Loboda** -131



Belarus

Ukraine

Moldau

Rumänien

Bulgarien

Kroatien

Bosnien und Herzegowina

Serbien

Montenegro

Kosovo

Nord-mazedonien

Albanien

Berlin

Bonn

Marokko

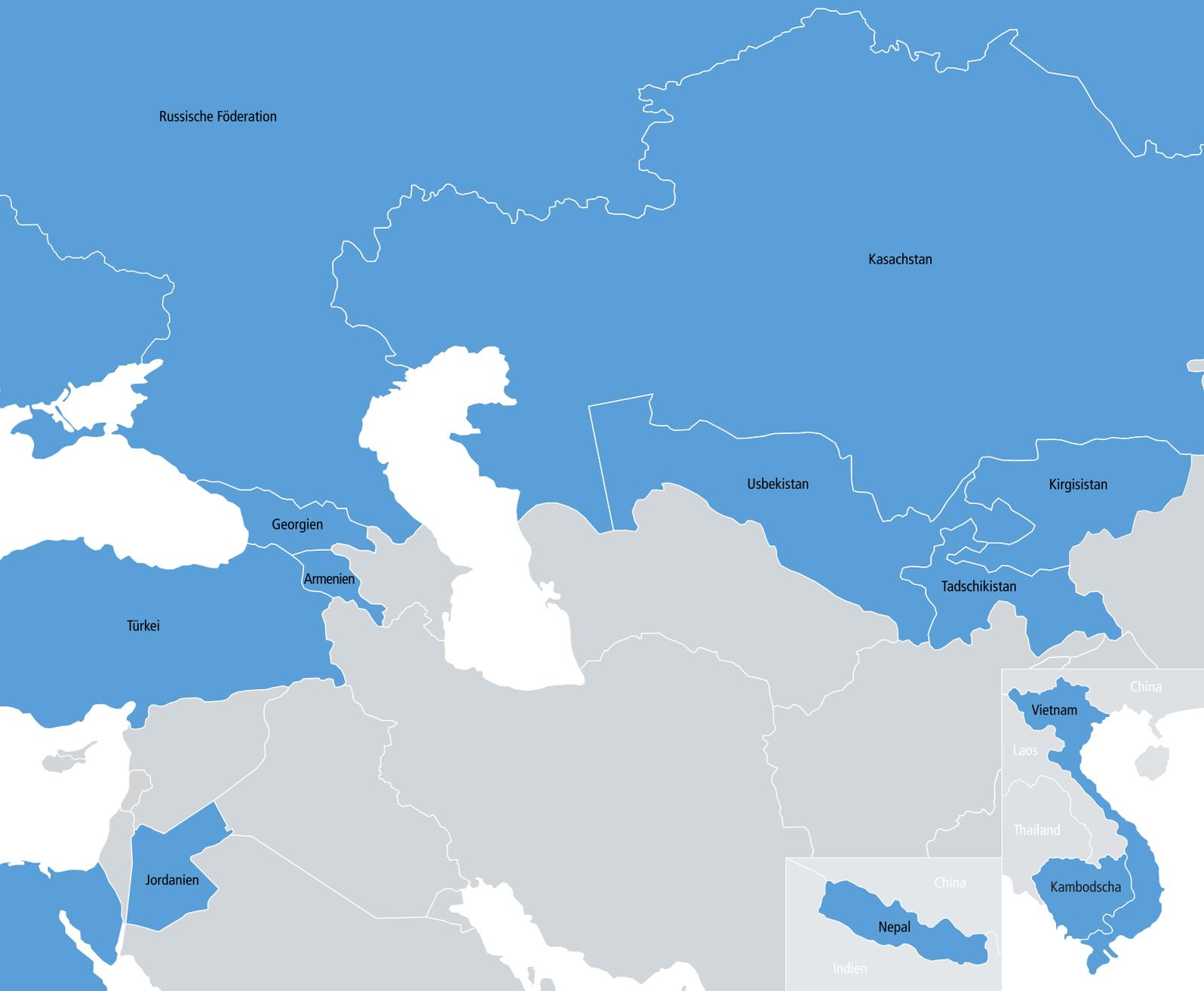
Algerien

Tunesien

Ägypten

# Die Partnerstaaten der IRZ

# Partner States of the IRZ



---

## Bundeszuwendungen

Wie in den Vorjahren erhielt die IRZ auch im Berichtsjahr Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), um in den annähernd 30 Partnerstaaten Unterstützung bei den Rechts- und Justizreformen zu leisten. Dies geschieht seit mehr als 25 Jahren durch intensive Gesetzgebungsberatungen zu konkreten Reformvorhaben und hierauf aufbauende Fortbildungen und Organisationsberatungen zur Implementierung des neuen oder reformierten Rechts, ebenso wie durch praxisorientierte Fortbildungen zur Erhöhung von Qualität und Transparenz der Arbeit in allen juristischen Berufen. Da maßgeschneiderte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen unverzichtbar sind für eine rechtsstaatsorientierte Implementierung und Anwendung, vor allem auch der reformierten Vorschriften, nehmen sie breiten Raum ein.

Für besonders geeignete Zielgruppen werden daneben seit vielen Jahren gemeinsam mit den deutschen Kammern und Verbänden der juristischen Berufe Hospitationen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Notarinnen und Notare sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte angeboten – inzwischen auch in englischer Sprache. Für fortgeschrittene Studierende und erst kurze Zeit berufstätige Juristinnen und Juristen bietet die IRZ an ausgewählten Universitäten in den Partnerstaaten Studiengänge sowie darauf aufbauend eine Sommerschule und eine Herbstakademie an, die jeweils in Bonn durchgeführt werden.

Auch das Auswärtige Amt unterstützt die Arbeit der IRZ durch Projektfördermittel, welche die IRZ für bestimmte Partnerländer und für konkrete Projekte beim Auswärtigen Amt mit dem Ziel beantragen kann, durch die Rechtsstaatsförderung einen Beitrag zu Krisenprävention, Stabilisierung und Frieden, vor allem in Krisenregionen, zu leisten. Im Berichtsjahr wurden insbesondere Projekte in den Regionen MENA/Nordafrika, Osteuropa und Südosteuropa gefördert.

Einzelheiten der zuwendungsfinanzierten und der mit Projektförderungen ermöglichten Arbeit der IRZ können den jeweiligen Länderberichten entnommen werden.

---

## Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

Eine wichtige Finanzierungsquelle der IRZ ist daneben die EU, die über verschiedene Programmlinien großvolumige Projekte zur Rechts- und Justizreform ausschreibt. Die IRZ konzentriert sich dabei auf Programme für die Regionen, in denen sie auch bilateral tätig ist. Das ist einerseits das „Instrument for Pre-Accession Assistance II“ (IPA II), das sich an Beitrittskandidaten richtet und in dessen Rahmen die IRZ derzeit vor allem in den Ländern des Westlichen Balkans Projekte durchführt. Das „European Neighbourhood Instrument“ (ENI) umfasst u. a. die Länder der Östlichen Partnerschaft und den südlichen Mittelmeerraum und dient dem Ausbau von Demokratie und Menschenrechten sowie der Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen in den Zielländern. Aus diesem Programm finanzieren sich etwa die Projekte der IRZ in der Republik Moldau, in Georgien, in der Ukraine aber auch in Marokko. Als letztes wichtiges Instrument ist das „Development Cooperation Instrument“ (DCI) der EU zu nennen, das sich regional vom Mittleren Osten über Zentralasien und Asien nach Lateinamerika und weitere Länder erstreckt und sich einer Vielzahl entwicklungspolitischer Themen widmet.

---

## Funding from the Federal Government

As in previous years, the IRZ received funding from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection (BMJV) in the reporting year in order to provide support to legal and judicial reforms in its almost 30 partner countries. This has continued for more than 25 years by means of intense legislative advice on concrete reform projects and, on this basis, further training and organisational advice on the implementation of new or reformed laws, as well as through highly practical further training to increase the quality and transparency of work in all legal professions. This area accounts for a large proportion of the IRZ's work, given that tailored basic and further training events are crucial to implementation and application of the rule of law in regard to reformed regulations in particular.

Moreover, internships for judges, public prosecutors, notaries and lawyers have been offered to particularly eligible target groups for many years in cooperation with German Bars and associations within the legal profession – now also in English. For advanced students and recently graduated lawyers, the IRZ also organises academic programmes at selected universities in the partner countries, as well as a summer school and autumn academy that build on these programmes and that are held in Bonn.

In addition, the German Federal Foreign Office supports the work of the IRZ with project funding. The IRZ applies to the German Federal Foreign Office to implement concrete projects in particular partner countries, with the aim of contributing to crisis prevention, stabilisation and peace-building in crisis and conflict regions by promoting the rule of law. Projects in the regions of MENA/North Africa, Eastern Europe and South-eastern Europe were promoted in particular during the reporting year.

More detailed information on the IRZ's work that was financed in this way and made possible by project support is contained in the individual country reports.

---

## Projects funded by the European Union

Another important source of funding for the IRZ is the EU, which uses a number of programmes to issue calls for proposals and tenders for high-volume projects on legal and judicial reform. In this regard, the IRZ focuses on programmes for regions in which it maintains bilateral activities. Relevant in this regard are firstly the „Instrument for Pre-Accession Assistance II“ (IPA II), which is designed for accession candidate countries and within which the IRZ is currently implementing projects in the Western Balkans countries in particular. The „European Neighbourhood Instrument“ (ENI) covers the countries belonging to the Eastern Partnership, the Southern Mediterranean region and others and is intended to strengthen democracy and human rights, as well as to promote market economy structures in the target countries. The IRZ obtained funding from this programme for projects in the Republic of Moldova, in Georgia, Ukraine and in Morocco. The final important EU programme is the „Development Cooperation Instrument“ (DCI), which covers the regions of the Middle East, Central Asia, Asia, Latin America and others and that

Relevant für die IRZ sind derzeit in Anknüpfung an die bilaterale Kooperation vor allem Ausschreibungen zu rechtlichen Themen in Zentralasien.

Die Arbeit der IRZ im Rahmen dieser EU-finanzierten Projekte steht – unabhängig davon, ob die IRZ hierbei in Federführung oder nur als Partner eines größeren Konsortiums beteiligt ist – immer in engem Zusammenhang mit der bilateralen Zusammenarbeit. In einem Fall können Reformschritte, die bilateral angestoßen wurden, in Form eines EU-Projekts weiter vorangetrieben werden. Im anderen Fall ergeben sich bei der Durchführung eines großangelegten Projekts neue Reformthemen, die das Projekt nicht abdecken kann und denen sich die IRZ dann im Rahmen der bilateralen Kooperation widmet.

Im Vordergrund steht dabei für die IRZ immer die Beratung auf Augenhöhe, der effiziente Einsatz von Mitteln, eine Vermeidung von Doppelberatungen und das beste Ergebnis für die Projektpartner in den Ländern. Informationen zu den laufenden EU-geförderten Projekten der IRZ finden sich in den Länderberichten.

Die Formen der Zusammenarbeit lassen sich in die vier Programmtypen EU-Twinning, EU-Grant und EU-Action-Grant sowie EU-Technical-Assistance aufteilen.

addresses a broad range of topics relating to development policies. Of particular relevance to the IRZ at the moment are tenders on legal topics in Central Asia due to its bilateral cooperation in the region.

The work of the IRZ within the framework of EU-funded projects is always closely connected to bilateral cooperation, regardless of whether the IRZ leads a project or only participates as a partner in a larger consortium. Reform undertakings that are initiated by bilateral efforts can, in some cases, be advanced in the form of an EU project. In other instances, new reform issues will come to the fore during implementation of a large-scale project, which the project itself cannot accommodate and the IRZ can then address within the framework of bilateral cooperation.

In this regard, the IRZ is consistently at pains to ensure advice at eye level, the most efficient deployment of funding, to avoid offering redundant advice and to achieve the best possible outcomes for the project partners in the countries. Information on the current EU-funded projects by the IRZ is included in the country reports.

The forms of cooperation can be categorised according to the four programme types of EU Twinning, EU Grant and Action Grant, as well as EU Technical Assistance.



Team EU-Technical-Assistance und EU-Grants der IRZ in Bonn

Team EU Technical Assistance and EU Grants of the IRZ in Bonn

## EU-Twinning

Das 1998 ins Leben gerufene Twinning ist eines der EU-Förderinstrumente, um Beitrittskandidaten bzw. Länder der europäischen Nachbarschaftspolitik an den *acquis communautaire* heranzuführen. Die IRZ ist in Deutschland für alle Twinning-Projekte im Justizbereich zuständig und wurde im Sommer 2017 erneut mandatiert. Als sogenannter mandated body bewirbt die IRZ diese Projekte und führt sie sodann durch. Mit Hilfe der EU-Twinning-Projekte, die im Rahmen von IPA und ENI durchgeführt werden, sollen der Aufbau einer modernen, effizienten Verwaltung und die damit verbundenen strukturellen und rechtlichen Reformen in verschiedenen Bereichen unterstützt werden. Das Besondere an Twinning-Projekten ist der partnerschaft-

## EU Twinning

Twinning, which was established in 1998, is one of the EU's promotional instruments to move accession candidates and countries of the European Neighbourhood Policy closer to the *acquis communautaire*. The IRZ is mandated for all Twinning Projects in the judicial field in Germany and was confirmed in this role once again in summer 2017. As so-called mandated body, the IRZ applies for these projects and then implements them. The EU Twinning Projects, which are carried out within the framework of IPA and ENI, are intended to support the establishment of a modern, efficient administration and the associated structural and legal reforms in a variety of fields. Particular to the Twinning Projects is their

# Finanzierungsarten

liche Ansatz, denn die Beteiligten aus EU-Mitgliedstaat und Partnerstaat arbeiten gemeinsam an der Verbesserung von Strukturen und Inhalten im entsprechenden Rechtsgebiet.

Die in der Regel anderthalb bis zwei Jahre laufenden Projekte bieten somit die Chance, über einen längeren Zeitraum gezielt einen bestimmten Justizbereich zu fördern. Darüber hinaus können durch die enge Zusammenarbeit Kontakte entstehen, die auch nach Beendigung der Projekte bestehen bleiben. Der für das Management des Projekts zuständige Resident Twinning Adviser (RTA) arbeitet während der gesamten Projektdauer in der Partnerbehörde, steuert die verschiedenen Projektaktivitäten vor Ort in Kooperation mit den Partnern und ist zuständig für den Einsatz zahlreicher Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten. In Seminaren, Workshops, Schulungen und auf Studienreisen erarbeiten und diskutieren Expertinnen und Experten aus Ziel- und Entsendeland die optimale Vorgehensweise bei der Umsetzung der Reformprozesse.

Seit 1998 konnte die IRZ annähernd 80 Twinning-Projekte gewinnen und implementieren und ist damit ein gewichtiger Twinning-Partner in Europa. Auch für die IRZ ist der Bereich Twinning eine wichtige Säule ihrer Projektarbeit. Im Jahr 2018 führte die IRZ sieben Twinning-Projekte in Kosovo, Moldau, Nordmazedonien, Serbien, Tunesien und der Ukraine durch. Der regionale Schwerpunkt lag damit bei den Ländern Südosteuropas, thematisch erstreckten sich die Projekte über die Bereiche Strafvollzug, Strafrecht, Datenschutz, Menschenrechte sowie Aus- und Fortbildung von Juristinnen und Juristen.

Im Juli 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission ein neues Twinning Manual, dessen Vorgaben für die Bewerbung und Umsetzung von Projekten, die ab diesem Datum ausgeschrieben wurden, verbindlich sind. Wesentliche Änderungen betreffen dabei die Ausarbeitung des Arbeitsplans zu Beginn des Projekts, der nun in enger Abstimmung zwischen dem Kernteam des Projekts (RTA, Projektleiter/in, Komponentenleiter/in) und den projektbegünstigten Institutionen im Partnerland erarbeitet wird. Überdies soll der für mindestens sechs Monate entwickelte Arbeitsplan im Rahmen der alle drei Monate stattfindenden Lenkungsausschüsse an die Gegebenheiten und Entwicklungen vor Ort angepasst werden, so dass hierdurch noch besser auf die Bedürfnisse der Partner eingegangen werden kann.

## EU-Grant

Die IRZ ist auch zur Bewerbung auf EU-Grants berechtigt, diese Förderform stellte zuletzt neben dem Twinning den wichtigsten Baustein der EU-geförderten Betätigung dar. Die mehrjährigen Grants richten sich nur an einen begrenzten Bewerberkreis, umfassen meist Projektvolumina von mehreren Millionen Euro und decken vielfältige Rechtsgebiete auf einmal ab. Die Projektarbeit wird von einem vor Ort ansässigen Team Leader geleitet, und häufig sind zahlreiche Langzeitexpertinnen und -experten in die Durchführung eingebunden, um alle Themengebiete abzudecken.

## EU-Action-Grant

Im Rahmen von EU-Action-Grants können EU-Mitgliedstaaten und einzelne EU-Anwärerstaaten gemeinsam Veranstaltungen zu einem konkreten Thema organisieren. Im Rahmen des „Justice Programme for the period 2014 to 2020“ können Mittel für kofinanzierte Maßnahmen wie z. B.

# Financing methods

partnership-based approach, as the stakeholders from the EU Member State and the partner state work collaboratively to improve structures and contents in the relevant legal area.

Generally lasting between eighteen months and two years, the projects therefore provide the opportunity to meaningfully promote a certain judicial field over a longer period. Moreover, the close cooperation can help to foster contacts that remain in place even after completion of the projects themselves. The Resident Twinning Advisor (RTA), who is responsible for the management of the project, works in the partner administration for the duration of the project, manages the various project activities locally in cooperation with the partners and is responsible for deploying numerous short-term experts. In seminars, workshops, training courses and on study trips, experts from the beneficiary and sending countries develop and discuss the best way to proceed in implementing reform processes.

Since 1998, the IRZ has won and implemented about 80 Twinning Projects, making it a major Twinning partner in Europe. Twinning Projects are also a constituent part of project work within the IRZ. Over 2018, the IRZ implemented seven Twinning Projects in Kosovo, Moldova, North Macedonia, Serbia, Tunisia and Ukraine. The geographical priority was therefore on countries from Southeastern Europe. The project topics mainly focused on the area of the penitentiary system, criminal law, data protection and human rights, as well as basic and further training for lawyers.

The European Commission published a new Twinning Manual in July 2017 containing binding requirements for application procedures and implementation of projects published from this date. Substantial changes in this regard relate to drafting of the work plan at the beginning of the project, which must now be prepared in close cooperation between the core team of the project (RTA, project leader, component leader) and the beneficiary institution in the partner country. Moreover, the work plan, which is set out for at least six months, must be modified to reflect the circumstances and developments on the ground during the three-monthly steering committee meetings in order to address the needs of the partners even more precisely.

## EU Grant

The IRZ is also entitled to apply for EU Grants; in addition to Twinning, this funding type has been the most important building block in its EU-funded activities. Awarded for several years, only a limited group of applicants are eligible to receive these grants. Predominantly the project volumes will run to several million euros and cover a broad variety of legal areas at once. A local Team Leader is in charge of the project work, and a large number of long-term experts are frequently involved in implementation in order to address all thematic areas.

## EU Action Grant

EU Action Grants enable EU Member States and individual EU Candidate Countries to organise joint events on a specific topic. Within the framework of the "Justice Programme for the period 2014 to 2020", co-financed funds may be requested for measures such as training courses,

Schulungen, Konferenzen, Rundtischgespräche, Studienreisen etc. beantragt werden, welche die justizielle Zusammenarbeit in den Bereichen Zivilrecht und Strafrecht fördern. Eine Vernetzung der Partnerländer im Justizbereich, der Austausch zu europäischen justiziellen Fragen sowie der Erfahrungsaustausch zur Umsetzung von europäischen Richtlinien und Verordnungen stehen hier im Vordergrund. Die Aktivitäten finden im Wechsel in den beteiligten Staaten statt. Die EU-Action-Grant-Projekte ermöglichen es der IRZ, mit bereits der EU beigetretenen Ländern wie Bulgarien, Kroatien und Rumänien weiterhin zusammenzuarbeiten. 2019 werden die Schwerpunkte des Justizprogramms der EU bei den Action-Grants in den Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in zivilrechtlichen und strafrechtlichen Angelegenheiten sowie bei der Unterstützung des Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen liegen.



Team EU-Twinning und EU-Action-Grants der IRZ in Bonn

Team EU Twinning and EU Action Grants of the IRZ in Bonn

conferences, roundtable discussions, study trips, etc. in order to promote cooperation between the judiciaries in the areas of civil law and criminal law. Networking between the partner countries in the judicial field, discussions on European judicial issues and the exchange of experience on implementing European regulations and directives are the priorities here. Activities take place alternately in the participating states. The EU Action Grant Projects enable the IRZ to continue its cooperation with countries like Bulgaria, Croatia and Romania, although they have already joined the EU. In 2019, the priorities of the EU Justice Programme in regard to Action Grants will be on the areas of judicial cooperation in matters of civil law and criminal law, as well as on providing support to the European Judicial Network in civil and commercial matters.



Team EU-Technical-Assistance und EU-Grants der IRZ in Berlin

Team EU Technical Assistance and EU Grants of the IRZ in Berlin

## EU-Technical-Assistance

Die Akquise von Technical-Assistance-Projekten ist anders geartet, da die Ausschreibungen hierfür auf dem freien Markt erfolgen, sich also auch private Beratungsunternehmen bewerben können. Neben der inhaltlichen Qualität des Angebots ist dabei auch das Projektbudget für den Zuschlag entscheidend. In diesem Punkt verfügt die IRZ als bewerbende Organisation (oder als Partner) bei diesen Projekten auch über einen größeren Gestaltungsspielraum.

In ihrer inhaltlichen und regionalen Ausrichtung beschränkt sich die IRZ auch hier auf die Vorgaben des Vereinszwecks, um die oben erwähnte inhaltliche Wechselwirkung mit der bilateralen Arbeit zu gewährleisten. Die meisten relevanten Projekte spielen sich derzeit in den Ländern des Westbalkans und der Östlichen Partnerschaft ab, wobei die MENA-Region zunehmend an Bedeutung auch für Technical-Assistance-Projekte gewinnt. Entsprechend erfreulich ist der 2018 erfolgte Zuschlag für ein Projekt zur Reform des Strafvollzugs in Marokko, an dem die IRZ als Partner beteiligt ist.

Die tatsächlichen Abläufe bei der Projektumsetzung ähneln denen in Twinnings oder Grants. Das Projektteam ist in den Räumlichkeiten des Projektpartners untergebracht und besteht meist aus mehreren internationalen Langzeitexpertinnen und Langzeitexperten. Von dort wird die Umsetzung der Projektziele in Form von Gesetzgebungsberatungen, Fachgesprächen, Schulungen oder Studienbesuchen gesteuert und begleitet.

## EU Technical Assistance

Acquisition of Technical Assistance Projects is different, as the tenders are placed on the free market and private sector consulting companies are therefore eligible to bid as well. Besides the quality of the bid, the project budget is also a key criterion for the award of the contracts. In this financial aspect, the IRZ has greater freedoms in the frame of Technical Assistance projects as the applying organisation (or as a partner).

Here as well, the IRZ restricts its activities and its regional focus to the principles set out in the objective of the Association in order to guarantee the aforementioned interaction of content through the bilateral approach. Most of the relevant projects are currently set in the countries of the Western Balkans and the Eastern Partnership, although the MENA region is becoming increasingly important for Technical Assistance Projects as well. The award of a project in 2018 to reform the penitentiary system in Morocco, in which the IRZ will be involved as a partner, is therefore all the more pleasing.

Actual procedures for project implementation are similar to those for Twinning or Grants. The project team operates on the premises of the project partner and usually consists of several long-term experts. The project objectives are managed and supported from there in the form of legislative advice, expert talks, training courses or study visits.

Hauptstadt: Tirana  
Bevölkerung: ca. 2,89 Millionen  
Regierungsform: Parlamentarische Republik

Capital: Tirana  
Population: approx. 2.89 million  
System of government: Parliamentary republic



## Albanien

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Im April 2018 empfahl die EU-Kommission, Beitrittsverhandlungen mit Albanien, das seit Mitte 2014 offiziell Beitrittskandidat der EU ist, aufzunehmen und so die Fortschritte, die in vielen Bereichen gemacht worden waren, zu würdigen. Derzeit beraten die EU-Mitgliedsstaaten darüber, ob und wann Beitrittsverhandlungen mit Albanien aufgenommen werden sollen. Der mögliche Beitritt Albaniens ist Teil der Westbalkan-Strategie der EU. So wurde unter anderem in der Erklärung von Sofia, die anlässlich des Gipfeltreffens EU-Westbalkan abgegeben wurde, betont, dass eine engere Anbindung der Region an die EU, verbunden mit einer Beitrittsperspektive zur weiteren Stabilisierung und Aussöhnung der Region beitragen und zu weiterem wirtschaftlichen Aufschwung führen wird. Insbesondere Albanien ist seit Jahren intensiv damit befasst, konsequent Reformen umzusetzen, die das Land näher an eine mögliche EU-Mitgliedschaft heranführen.

Die Zusammenarbeit sowohl im bilateralen Bereich als auch im Bereich der EU-Projekte in Albanien stand im Berichtsjahr unter dem Eindruck der sogenannten Vetting-Verfahren, also der umfassenden Überprüfung des Justizpersonals, insbesondere der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte hinsichtlich ihrer fachlichen Eignung, ihrer finanziellen Verhältnisse und ihrer persönlichen Integrität. Nach einiger Verzögerung hat diese Überprüfung 2018 begonnen und zu Entlassungen von Richterinnen und Richtern des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichts geführt. Einige Richterinnen und Richter hatten zudem ihr Amt vor der Überprüfung bereits niedergelegt. Die vakant gewordenen Richterstellen wurden noch nicht nachbesetzt, wodurch die Arbeit des Obersten Gerichts und des Verfassungsgerichts faktisch nicht mehr möglich ist.

Dadurch, dass im Zuge des Vetting-Verfahrens viele Stellen in der Justiz nachbesetzt werden müssen, rückt die Ausbildung von neuen Richterinnen und Richtern in den Fokus. Die für die Ausbildung des juristischen Nachwuchses verantwortliche Magistrateschule kann derzeit keine entsprechenden Ausbildungskapazitäten stellen, wodurch letztlich das Fortschreiten der Justizreform erschwert wird. Die Magistrateschule befindet sich daher in einem Reformprozess, sie muss schnellstmöglich die Ausbildungskapazitäten erhöhen. Diese entsprechenden Reformen sowie die Auswahl von Justiznachwuchs sorgten dabei im Berichtsjahr immer wieder für Kontroversen.

#### Konzeption

Die IRZ berät Albanien seit 2000 bei der Umsetzung der Rechts- und Justizreformen und der Konsolidierung rechtsstaatlicher Strukturen. Sie führt in diesem Zusammenhang Veranstaltungen in den Bereichen Justizorganisation, Gesetzgebung sowie Aus- und Fortbildung für Juristinnen und Juristen durch. Dies geschieht sowohl in direkter Kooperation mit Institutionen wie dem Verfassungsgericht, dem Obersten Gericht und der Magistrateschule als auch im Rahmen von EU-finanzierten Projekten. Oftmals wurden dabei bestimmte Teilbereiche, die durch diese nicht abgedeckt werden konnten, durch die bilaterale Zusammenarbeit aufgefangen oder weiter vertieft.

Zwar konnten vor dem oben genannten Hintergrund 2018 mit dem Obersten Gericht und dem Verfassungsgericht keine direkten Maßnahmen

## Albania

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

In recognition of the progress made in many areas, the EU Commission issued a recommendation in April 2018 that accession negotiations are to start with Albania, which has been an official accession candidate country since mid-2014. The EU Member States are currently consulting on whether and when accession negotiations with Albania should commence. The possible accession of Albania is part of the EU Western Balkans Strategy. For instance, the Sofia Declaration issued on the occasion of the EU Western Balkans Summit emphasises that greater convergence between the region and the EU, associated with a prospect for accession, would contribute to the ongoing stabilisation and reconciliation of the region, as well as stimulate a continued economic upswing. In recent years, Albania in particular has made consistent efforts to implement reforms that bring the country closer to a possible EU membership.

In Albania, the bilateral cooperation as well as in the framework of the EU funded projects during the reporting year was dominated by the vetting procedure, which involves thorough vetting of the judicial personnel, in particular the judges and public prosecutors, in regard to their professional competence, their financial assets and their personal integrity. The vetting began in 2018 following a certain delay, leading to the dismissal of some judges at the Constitutional Court and the Supreme Court. Moreover, a number of judges had already resigned from office before the vetting procedure started. Appointments to these judicial vacancies have not yet been made, which effectively prevents the Supreme Court and the Constitutional Court from operating.

A focus has now been placed on training new judges in order to fill the vacancies in the judiciary, which result from the ongoing vetting procedure. The School of Magistrates, which is responsible for training young legal professionals, is currently unable to offer sufficient educational capacities, which ultimately obstructs progress in the ongoing judicial reform. Reform processes are now being initiated at the School of Magistrates to enable the institution to accommodate greater numbers of students. These reforms and the selection of young legal professionals have repeatedly been the subject of controversy during the reporting year.

#### Overall Concept

The IRZ has been advising Albania on its judicial reform and its consolidation of the rule of law since 2000 and has, in this regard, conducted events in the fields of the organisation of the judiciary, legislation as well as basic and further training for lawyers. This takes place both in direct cooperation with institutions such as the Constitutional Court, the Supreme Court and the School of Magistrates, as well as within the framework of EU-funded projects. Specific areas that could not be covered by the EU projects were often picked up or developed further by means of IRZ's bilateral cooperation.

Against the above-mentioned backdrop, it was not possible to implement any direct bilateral measures with the Supreme Court and

im bilateralen Bereich umgesetzt werden. Dennoch hat die IRZ das Thema Verfassungsbeschwerde, das bereits im Vorjahr einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit gebildet hatte, mit anderen Partnern wie der Rechtsanwaltskammer fortsetzen können. Das Handbuch zur Verfassungsbeschwerde, das in deutsch-albanischer Co-Autorschaft entstand, wurde an alle Gerichte, Universitäten sowie an interessierte Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwälte verteilt. Inzwischen wurde eine zweite Auflage gedruckt. Ziel ist, das Instrument der Verfassungsbeschwerde sowohl in der Richterschaft als auch bei der Anwaltschaft mit Leben zu füllen und entsprechende Fortbildungsveranstaltungen dazu zu ermöglichen.

Die Richterentlassungen haben zudem zur Folge, dass neues Justizpersonal schnellstmöglich ausgebildet werden muss. Die für die Ausbildung verantwortliche Magistrateschule muss daher ihre Kapazitäten deutlich erhöhen und ihre Infrastruktur verbessern. Hier konnte die IRZ an ihre langjährige Zusammenarbeit mit der Magistrateschule anknüpfen und diese ausbauen, sowohl im bilateralen Bereich als auch im Rahmen der EURALIUS-Projekte IV und V. Im Hinblick auf die EU-Balkan-Strategie wurden in gemeinsamen Seminaren als Schwerpunkt europarechtliche Themen vermittelt.

Das Engagement der IRZ in Albanien ist durch die bilateralen Projekte und das EURALIUS-V-Projekt sehr intensiv und wird es angesichts der EU-Balkan-Strategie sicherlich in den kommenden Jahren bleiben.

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Zwei Fortbildungen für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zum Thema Verfassungsbeschwerde in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer in Tirana

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Seminar „EU-Gesetzgebung zu Verbraucherrechten“ für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Zusammenarbeit mit der Magistrateschule in Tirana
- Seminar zum Thema „Rom II-Verordnung (das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht)“ in Zusammenarbeit mit der Magistrateschule in Tirana

the Constitutional Court in 2018. Nevertheless, the IRZ was able to continue its work on the topic of constitutional complaints, which was already a priority of the cooperation last year with other partners such as the Albanian Bar Association. Co-authored by representatives on the German and Albanian side, the Constitutional Complaints Handbook was distributed to all courts, universities and interested practitioners. In the meantime, a second edition has been issued. The aim is to encourage the use of constitutional complaints as an instrument for both the judiciary and the legal profession and to conduct further training events on relevant topics.

The dismissal of judges has also produced a situation in which new judicial personnel must be trained as quickly as possible. Hence, the School of Magistrates, which is responsible for the training, must significantly increase its capacities and improve its infrastructure. In this regard, the IRZ has managed to build on and strengthen its long-standing cooperation with the School of Magistrates bilaterally as well as in the framework of the EU funded projects EURALIUS IV and V. Joint seminars prioritised issues of European law with a view to the EU Western Balkans Strategy.

The IRZ involvement in Albania is extremely intense due to the bilateral projects and the EURALIUS V project and will certainly remain at this high level during the next years due to the EU Western Balkans Strategy.

### Foci of Activity in 2018

Constitutional Law / Human Rights and their Enforceability

- Two further training courses for lawyers in cooperation with the Albanian Bar Association in Tirana on constitutional complaints

Civil and Commercial Law

- Seminar “EU legislation on consumer rights” for judges and public prosecutors in cooperation with the School of Magistrates in Tirana
- Seminar on the “Rome II Regulation (the law applicable to non-contractual obligations)” in cooperation with the School of Magistrates in Tirana



Vortrag von Rechtsanwalt Stefan von Raumer (ganz rechts im Bild) im Rahmen des Seminars zum Thema Verfassungsbeschwerde mit Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten

Lecture by the lawyer Stefan von Raumer (on the right in the photo) during the seminar for lawyers on constitutional complaints

# Albanien

## Öffentliches Recht

- Fortbildungsseminar „Grundlagen des Europarechts und Urteile des EUGH“ für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Zusammenarbeit mit der Magistratenschule in Tirana

## Aus- und Fortbildung

- Seminar zur Beweiswürdigung im Gerichtsprozess für albanische Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Zusammenarbeit mit der Magistratenschule in Albanien
- Teilnahme zweier Juristinnen an der „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn
- Studienreise der Magistratenschule Albanien zu den Themen „Richter- aus- und -fortbildung, Aufbau einer Akademie, Aufbau des Jurastudiums in Deutschland, E-Kommentar“ nach Trier und Mainz



Seminar zum Thema Verfassungsbeschwerden in Tirana

Seminar in Tirana on the topic of constitutional complaints

# Albania

## Public Law

- Seminar “Basic principles of European law and rulings of the ECJ” for judges and public prosecutors in cooperation with the School of Magistrates in Tirana

## Basic and Further Training

- Seminar on the assessment of evidence in court proceedings for Albanian judges and public prosecutors in cooperation with the School of Magistrates in Albania
- Attendance by two lawyers of the “IRZ Summer School on German Law” in Bonn
- Study trip to Trier and Mainz by the School of Magistrates in Albania on “Basic and further training for judges, establishing an academy, structure of degree programmes in law in Germany, e-commentary”



Studienreise der Magistratenschule Albanien nach Trier und Mainz: Dr. Stefan Tratz (links), Direktor der Deutschen Richterakademie, und Sokol Sadushaj, Direktor der Magistratenschule

Study trip by the School of Magistrates to Trier and Mainz: Dr. Stefan Tratz (on the left), Director of the German Judicial Academy, and Sokol Sadushaj, Director of the School of Magistrates

## Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

### EU-Grant: EURALIUS V „Consolidation of the Justice System in Albania“

Erfreulicherweise hat die IRZ in Federführung das EU-finanzierte EURALIUS-V-Projekt gewonnen. Das Projekt führt das seit Herbst 2014 in Albanien durch die IRZ ebenso als Federführer erfolgreich umgesetzte EURALIUS-IV-Projekt fort.

EURALIUS V hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 7,5 Millionen Euro und eine 36-monatige Laufzeit, beginnend mit dem 1. April 2018. Konsortialpartner sind dieselben wie im Vorgängerprojekt, also das „Centre for International Legal Cooperation“ (CILC/Niederlande) und die „Agency for Economic Development“ (aed/Österreich). Neu hinzu kam der „Consiglio Superiore della Magistratura“ (CSM) aus Italien.

Seit dem 1. April 2018 nahm ein Team von rund 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verteilt auf mehrere Institutionen in Tirana sukzessiv die Projektarbeit auf. Im Einzelnen besteht das Team aus acht internationalen und zehn lokalen Langzeitexpertinnen und Langzeitexperten, zehn Mitarbeite-

## Projects funded by the European Union

### EU Grant: EURALIUS V “Consolidation of the Justice System in Albania“

The IRZ was delighted to be awarded the EU-funded EURALIUS V project as lead contractor. The project continues the EURALIUS IV project, which the IRZ as lead contractor has successfully implemented in Albania since autumn 2014.

EURALIUS V has a total volume of €7.5 million and will run for 36 months, beginning on 1 April 2018. The consortium partners are the same as in the predecessor project: so the “Centre for International Legal Cooperation“ (CILC/the Netherlands) and the “Agency for Economic Development“ (aed/Austria). A new partner is the “Consiglio Superiore della Magistratura“ (CSM/ Italy).

Since 1 April 2018, a team of around 35 experts has successively started work on the project at a number of institutions in Tirana. The team consists of eight international and ten local long-term experts, ten admin staff members and additional mid-term experts. Dr Agnes Bernhard from Austria is again the Team Leader on the ground.

rinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung sowie weiteren sogenannten Midterm-Expertinnen und -experten. Teamleiterin vor Ort ist abermals Dr. Agnes Bernhard aus Österreich.

Das Kick-off-Meeting des Projekts fand im Beisein von Christian Lange, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, am 13. Juni 2018 im Europa-House der EU-Delegation in Tirana statt.

Während im EURALIUS-IV-Projekt die gesetzlichen Grundlagen der laufenden Justizreform erarbeitet wurden, wird sich EURALIUS V nun intensiv auf die Gesamtkonsolidierung der Reformmaßnahmen konzentrieren. Der ursprüngliche Zeitplan im Hinblick auf die Errichtung der im Zuge der Verfassungsänderungen geplanten neuen Justizverwaltungsbehörden konnte bisher wegen der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht eingehalten werden. Der Beginn des EURALIUS-V-Projekts fällt mithin in eine sehr sensitive Phase. Denn die Errichtung neuer Institutionen sowie die Umsetzung geplanter Reformen wird maßgeblich mitbestimmt durch den Ausgang der derzeit parallel laufenden Vetting-Verfahren. Im Sommer 2019 wird über eine Eröffnung der EU-Beitrittsgespräche entschieden, was die Umsetzung der Reformen umso dringlicher werden lässt.

### Ausblick

Die IRZ wird die bilaterale Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht und dem Obersten Gericht, sobald diese wieder arbeitsfähig sind, nach Möglichkeit 2019 fortsetzen.

Für das kommende Jahr hat die IRZ zudem eine deutliche Ausweitung der Aktivitäten mit der Magistratenschule zum Ziel. Geplant ist der Aufbau eines E-Kommentars, der allen Juristinnen und Juristen einen freien Zugang zu aktueller Rechtsprechung sowie Kommentaren zu Gesetzen ermöglichen wird. Zudem wird sich die IRZ im Rahmen von EURALIUS V intensiv in Albanien engagieren. Den Schwerpunkt von EURALIUS V bilden kapazitätsbildende Maßnahmen insbesondere für die neuen, aber auch für bestehenden Justizinstitutionen.



Das Projekt-Team von EURALIUS V anlässlich des Projektstarts im Frühjahr 2018

EURALIUS V Team on the occasion of the project kick-off in Spring 2018

The project's kick-off meeting on 13 June 2018 in the "Europa House" of the EU Delegation in Tirana was attended by Christian Lange, Member of the Bundestag and Parliamentary State Secretary at the German Federal Ministry of Justice and Consumer Protection.

While the EURALIUS IV project focused on drafting the legal basis required for the ongoing justice reform, EURALIUS V will strongly focus on the overall consolidation of the reform measures. Because of the general social conditions, it has not been possible so far to adhere to the original schedule for establishing the judicial administration institutions that are planned within the framework of the constitutional amendments. Therefore, the launch of the EURALIUS V project is taking place during an extremely sensitive phase. This is because the establishment of new institutions and the implementation of planned reforms will depend significantly on the outcome of the concurrently ongoing vetting procedures. A decision will be reached on the start of EU accession negotiations in summer 2019, which injects even greater urgency into the implementation of the reforms.

### Outlook

If possible, the IRZ will continue its bilateral cooperation with the Constitutional Court and the Supreme Court in 2019, as soon as the institutions are operational.

The IRZ also intends to significantly expand its activities with the School of Magistrates over the coming year. There are plans to establish an e-commentary that will provide all members of the legal profession with free access to current case-law and law commentaries. Moreover, the IRZ will remain highly committed in Albania within the framework of the EURALIUS V project. EURALIUS V focuses on capacity building measures for the new but also for the existing judicial institutions.



EURALIUS V-Steering-Committee-Meeting in Tirana inkl. Repräsentanten der EU-Delegation Albanien und der Botschaften Deutschlands, Österreichs, Italiens und der Niederlande sowie aller albanischen Justizinstitutionen

EURALIUS V Steering Committee Meeting Tirana, incl. representatives of the EU Delegation Albania as well as representatives of the German, Austrian, Dutch, Italian Embassies and all Albanian judicial institutions

Hauptstadt: Algier  
Bevölkerung: ca. 40,8 Millionen  
Regierungsform: Republik

Capital: Algiers  
Population: approx. 40.8 million  
System of government: Republic



## Algerien

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Im Gegensatz zu anderen arabischen Ländern der Region galten die Verhältnisse in Algerien lange Zeit als stabil. Seit 1999 war Abdelaziz Bouteflika Präsident des Landes. Im April 2019 musste er nach massiven Protesten der Bevölkerung sein Amt niederlegen. Damit wurde ein Transformationsprozess angestoßen, dessen weitere Ausgestaltung abzuwarten bleibt.

Von der Revolution im Nachbarland Tunesien im Jahr 2011 blieb Algerien weitestgehend unberührt. Dass die Proteste sich nicht ausweiteten, kann unter anderem auf die anhaltende kollektive Erinnerung an den blutigen Bürgerkrieg von 1991 bis 2002 zurückgeführt werden. Auch gewisse Zugeständnisse der Regierung trugen dazu bei. So beendete der Präsident den 19 Jahre andauernden Ausnahmezustand und kündigte eine Verfassungsreform an. Eine entsprechende Änderung der Verfassung trat daraufhin im März 2016 in Kraft. Weiterhin gilt es jedoch, entsprechende Zukunftsperspektiven unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Das algerische Rechtssystem orientiert sich im Wesentlichen am französischen Vorbild, in dem das Handeln der Exekutive nur in Ausnahmefällen geprüft wird. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist gut ausgebaut, der Rechtsweg wird jedoch nur selten in Anspruch genommen. Bereits im Jahr 2000 setzte Präsident Bouteflika eine Justizreformkommission ein, woraufhin auch beachtliche Umbesetzungen im Justizsystem erfolgt sind. Erforderlich sind nun weitere strukturelle Verbesserungen, unter anderem auch zur Festigung der Unabhängigkeit der Gerichte sowie der Richterinnen und Richter und zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung. Dies bildet auch eine Grundlage für eine Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Justiz.

In den vergangenen Jahren wurden einige Teilbereiche des Straf- und Strafvollzugsrechts reformiert. Für einen Fortgang der Reformen und deren Implementierung besteht weiterhin Beratungsbedarf, insbesondere mit dem Ziel menschenrechtskonformer Haftbedingungen im Vollzug, bei der Resozialisierung und Betreuung von Inhaftierten sowie beim Ausbau der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen. Hier gibt es bereits entsprechende Initiativen zur Entwicklung von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen für Haftinsassen und deren psychologischer und sozialer Betreuung.

Die genannten Themen sind auch für Deutschland von großem Interesse. Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Algerien unterstrich auch eine Reise der Bundeskanzlerin nach Algerien im September 2018.

#### Konzeption

Die Zusammenarbeit der IRZ mit algerischen Partnern stellt einen wichtigen Mehrwert für beide Seiten dar und soll langfristig unter anderem auch die Kooperation zwischen deutschen und algerischen Behörden erleichtern und beschleunigen.

Die IRZ führt gegenwärtig ein bilaterales, vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unterstütztes und durch das Auswärtige Amt gefördertes Projekt im Bereich Strafvollzug und Resozialisierung durch.

## Algeria

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

As opposed to other Arabic countries in the region, the political situation in Algeria had been stable for a long time. Abdelaziz Bouteflika had been President of the country since 1999. In April 2019, he was forced to resign following mass protests by the Algerian people. This led to the start of a transformation process whose outcome remains to be seen.

Algeria remained largely untouched by the revolution in neighbouring Tunisia. The continuing collective memory of the civil war from 1991 to 2002 is one of the reasons why the protests did not spread. Certain government concessions also contributed. For instance, the President declared an end to the state of emergency that had remained in place for 19 years and also announced a constitutional reform. In consequence, an amendment of the constitution entered into force in March 2016. Nevertheless, it is still necessary to develop suitable prospects for the future, as well as to ensure the involvement of civil society in this process.

The Algerian legal system is essentially based on the French model, in which the actions of the executive branch are only reviewed in exceptional cases. Administrative jurisdiction is well established, but legal recourse is rarely sought. As early as 2000, President Bouteflika set up a commission for the reform of the judiciary, which led to considerable personnel changes in the judicial system. Further structural improvements are now necessary in order to contribute to consolidating the independence of the courts as well as of the judges and the harmonisation of case law. This will also provide a foundation for strengthening the citizens' confidence in the judiciary.

In recent years, some areas of criminal and penitentiary law have been reformed. A need for counselling remains nonetheless in order to achieve progress in the reform process, especially with the aim of human-rights compliant prison conditions, the resocialisation and support for inmates, as well as the strengthening of cooperation with non-governmental organisations. There are already corresponding initiatives with the aim to develop educational and training programmes for prisoners and to provide psychological and social care to them.

These mentioned issues are of considerable interest to Germany as well. A visit to Algeria by the German Chancellor in September 2018 demonstrated the significance attributed to the cooperation with Algeria.

#### Overall Concept

Cooperation between the IRZ and its Algerian partners is of considerable benefit to both sides and should, in the long term, also facilitate and expedite cooperation between German and Algerian authorities.

The IRZ is currently implementing a bilateral project focusing on the penitentiary system and resocialisation, which is supported by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and funded by the Federal Foreign Office. Besides cooperation with the Algerian Ministry

Neben der Zusammenarbeit mit dem algerischen Justizministerium und der Strafvollzugsbehörde des Landes sowie den Bediensteten des Strafvollzugs sieht das Projekt eine verstärkte Einbindung externer (staatlicher und nicht-staatlicher) Akteure vor. So kann die Strafvollzugsbehörde noch weitere wertvolle Unterstützung durch andere staatliche und behördliche Akteure wie das Bildungs-, Arbeits- und Gesundheitsministerium, aber auch durch zivilgesellschaftliche Organisationen erhalten. Insbesondere im Bereich der Aus- und Weiterbildungsangebote mit dem Ziel einer erfolgreichen Resozialisierung von Inhaftierten ist dies von zentraler Bedeutung.

Die bereits begonnene Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Algerien soll abhängig von der politischen Lage und Entwicklung erweitert und vertieft werden.

of Justice and the country's law enforcement authorities, as well as with penitentiary system staff, the project seeks to foster an increased involvement of external (governmental and non-governmental) actors. In this way, the law enforcement authorities can receive additional valuable support from other governmental and official stakeholders such as the Ministry of Education, Labour and Health, but also from organisations within civil society. This is of vital importance, especially in the area of basic and further training opportunities aimed at the successful resocialisation of inmates.

Current cooperation with government agencies and organisations within civil society in Algeria should be expanded and strengthened, depending on the political situation and development.



Besuch der Justizvollzugsanstalt für Resozialisierung in Blida im Rahmen der Arbeitsgruppentreffen zur Reformierung des algerischen Strafvollzugs

Visit to the penitentiary for resocialisation in Blida during the meeting of the working group for the reform of the Algerian penitentiary system

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

#### Straf- und Strafvollzugsrecht

- Treffen der im Projekt gegründeten Reformkommission in Algier mit dem Ziel, die vier im Projekt vorgesehenen Arbeitsgruppen und deren Themenschwerpunkte und Aktivitäten festzulegen
- Zwei Workshops der beiden Arbeitsgruppen „Menschenrechtskonforme Behandlung von Inhaftierten bei der Aufnahme“ und „Individueller Vollzugsplan und Klassifizierung“ in Algier zur Arbeit an Handbüchern sowie an Empfehlungen für den algerischen Strafvollzug in Algier
- Studienreise einer Delegation nach Düsseldorf zum Thema menschenrechtskonforme Haftbedingungen und individueller Vollzugsplan und deren Rolle für die Resozialisierung am Beispiel der deutschen Praxis
- Zwei Workshops der beiden Arbeitsgruppen „Zusammenarbeit mit externen Akteuren“ und „Ausbildung des Strafvollzugspersonal“ zur Arbeit an einem Leitfaden für die Zusammenarbeit mit externen Akteuren und an Empfehlungen zur Modernisierung der Ausbildungscurricula für den algerischen Strafvollzug

### Foci of Activity in 2018

#### Criminal Law and Penitentiary Law

- Meeting in Algiers of the reform commission established within the project, with the objective of appointing the four working groups scheduled for the project, as well as their thematic priorities and activities
- Two workshops in Algier by the working groups “Treatment of inmates in accordance with human rights law during the admission process” and “Individual rehabilitation plan and classification of prisoners” to continue preparing the handbooks, as well as recommendations for the Algerian penitentiary system
- Study trip to Düsseldorf by a delegation on the issue of prison conditions in accordance with human rights law and the individual rehabilitation plan, as well as on their role within resocialisation, based on the German model
- Two workshops by the working groups “Cooperating with external stakeholders” and “Training for prison staff” to prepare a guideline for cooperating with external stakeholders, as well as recommendations to modernise the training curricula within the Algerian penitentiary system

## Ausblick

Neben der Vertiefung der bereits etablierten Zusammenarbeit mit dem Justizministerium und der Strafvollzugsbehörde zielen die Maßnahmen der IRZ weiterhin auch auf die Ausweitung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu menschenrechtlich relevanten Themen ab. Im Jahr 2019 wird das laufende Projekt zahlreiche weitere Aktivitäten vorsehen (Treffen der Reformkommission, Arbeitsgruppentreffen zur Fertigstellung der Leitfäden, Studienreise nach Deutschland) und soll dann mit einer Konferenz seinen Abschluss finden. Im Sinn eines nachhaltigen Engagements in den Bereichen Straf- und Strafvollzugsrecht sowie darüber hinaus im Bereich Zivilrecht und beim Thema Zugang zur Justiz sollte dem weiterhin bestehenden Beratungsbedarf in Algerien auch in Zukunft entsprochen werden.

## Outlook

In addition to deepening the already established cooperation with the Ministry of Justice and the penitentiary authorities, IRZ activities aim at expanding cooperation with organisations within civil society on issues that are relevant to human rights. In 2019, the ongoing project will include numerous other activities (meetings of the reform commission, meetings of the working groups to complete the guidelines, a study trip to Germany) and will then conclude with a conference. The continued need for counselling in Algeria should be accommodated in the future as well, in line with a sustainable commitment in the areas of criminal and penitentiary law, as well as in the fields of civil law and access to justice.



Besuch einer Delegation der algerischen Strafvollzugsbehörde im Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Thema „Strafvollzug und Resozialisierung am Beispiel der deutschen Praxis“

Visit by a delegation of the Algerian penitentiary authorities at the Ministry of Justice of the State of North Rhine-Westphalia on the topic of "The penitentiary system and resocialisation according to the German model"

Hauptstadt: Eriwan  
Bevölkerung: ca. 2,8 Millionen  
Regierungsform: Parlamentarische Republik  
(seit 2018 vollständig in Kraft)

Capital: Yerevan  
Population: approx. 2.8 million  
System of government: Parliamentary republic  
(fully installed in 2018)



# Armenien

# Armenia

## Strategische Rahmenbedingungen

## Strategic Framework

### Rechtspolitische Ausgangslage

### Legal Policy Starting Point

Im Berichtsjahr befand sich Armenien in einem umfassenden Wandel. Die Ende 2015 durch ein Referendum beschlossene weitreichende Verfassungsänderung beinhaltet den Wechsel von einem Präsidentsystem zu einem parlamentarischen System, wodurch die Exekutivmacht vom Präsidenten auf den Regierungschef übergeht und das Parlament größere Kompetenzen bekommt. Demgegenüber verbleiben dem Präsidenten vor allem repräsentative Aufgaben. Der neue Präsident, Armen Sarkissjan, wurde am 2. März 2018 von der Nationalversammlung gewählt und trat sein Amt am 9. April 2018 an.

Armenia was gripped by profound transformation during the reporting year. The sweeping constitutional amendment decided by a referendum in late 2015 includes a switch from a presidential to a parliamentary system, meaning a transfer of executive power from the president to the head of government and the vesting of greater competencies in parliament itself. In contrast, largely representative tasks remain with the president. The new President Armen Sarkissian was elected by the National Assembly on 2 March 2018, and entered office on 9 April 2018.

Sein Vorgänger, der langjährige Staatspräsident Serzh Sargsjan, wurde am 17. April 2018 zum Ministerpräsidenten ernannt, obwohl er kurz zuvor ausgeschlossen hatte, nach der Verfassungsreform für das Amt des Premierministers zu kandidieren. Seine Wahl zum Premierminister löste tagelange massenhafte Demonstrationen und Streiks aus, an denen u. a. auch Angehörige des Militärs beteiligt waren. Diese friedliche Protestbewegung gilt als die größte in Armenien seit Ende der 1980er Jahre. Unter dem Druck dieser Demonstrationen trat Serzh Sargsjan am 23. April 2018 als Regierungschef zurück, und der Führer der Protestbewegung, Nikol Paschinjan, wurde am 8. Mai vom Parlament zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Dieser friedliche Regierungswechsel in Armenien wird inzwischen als „Samtene Revolution“ bezeichnet. Der neue Regierungschef hat dem Volk vor allem Aufklärung von Korruptionsvorfällen und Korruptionsbekämpfung sowie Verbesserung der wirtschaftlichen Lage versprochen. Um sich hierfür zu legitimieren, wurden am 10. Dezember 2018 Parlamentsneuwahlen durchgeführt. Das Bündnis von Nikol Paschinjan „Mein Schritt“ erreichte mit 70,2 Prozent die absolute Mehrheit, wobei die Wahlbeteiligung mit knapp 49 % unerwartet niedrig lag.

## Konzeption

Das Strafrecht steht auch weiterhin im Mittelpunkt der Zusammenarbeit der IRZ mit Armenien. Die Beratungen zu einem grundlegend neuen Strafvollzugsgesetz konnten noch nicht abgeschlossen werden, da wegen der oben geschilderten politischen Umwälzungen im Land die Arbeit an allen Gesetzgebungsprojekten faktisch zum Erliegen gekommen war.

Unabhängig von dieser Gesetzesreform besteht im armenischen Strafvollzug ein akuter Reformbedarf. Anknüpfend an frühere Beratungen wurden daher an ausgewählten Justizvollzugsanstalten bereits Veranstaltungen zur Entwicklung von maßgeschneiderten Konzepten zur individuellen Vollzugsplanung, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten oder auch Fragen der medizinischen Versorgung durchgeführt und sollen intensiv fortgesetzt werden.

Neben dem strafrechtlichen Thema hat die IRZ auch die Beratungen der Civil Act Registration Agency des armenischen Justizministeriums zum neuen Gesetz zur Umsetzung des Haager Kindesentführungsübereinkommens übernommen, dessen Annahme in Kürze erwartet wird. Weitere Partner der Zusammenarbeit sind neben dem Justizministerium das Kassationsgericht, die Justizakademie, die Anwaltskammer, die Anwaltschule, die Notarkammer, das Strafvollzugsdepartment und der Sonderermittlungsdienst Armeniens sowie die Staatliche Universität Eriwan.

---

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

### Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Abschließende Beratung zum Gesetzentwurf zur Umsetzung des Haager Kindesentführungsübereinkommens (HKÜ) in Armenien, Eriwan

### Rechtspflege

- Tagung für die armenische Notarkammer zu praxisbezogenen aktuellen Fragen in Kooperation mit der Bundesnotarkammer in Aghveran

His predecessor, the long-serving State President Serzh Sargsyan, was appointed Prime Minister on 17 April 2018, although just beforehand he had ruled out the possibility of standing for the office of Prime Minister after the constitutional reform. His election as Prime Minister triggered mass demonstrations and strikes that lasted days and that extended to members of the armed forces. This peaceful protest movement is considered the largest to have affected Armenia since the 1980s. Under pressure from these demonstrations, Serzh Sargsyan resigned as head of government on 23 April 2018, and the leader of the opposition movement, Nikol Pashinyan, was elected by Parliament as the new Prime Minister on 8 May. Since then, this peaceful transition of power has been known in Armenia as the Velvet Revolution. The new head of government has promised the people in particular to shed light on corruption and to introduce policies to combat corruption, as well as to improve the general economic situation. New parliamentary elections were held on 10 December 2018 to legitimise the government. Taking 70.2 percent of the vote, the My Step Alliance under Nikol Pashinyan secured an absolute majority, although the turnout was just 49 percent and therefore unexpectedly low.

## Overall Concept

Criminal law remains the main priority of the IRZ's cooperation in Armenia. It has not been possible to complete the counselling on a completely new Penitentiary Code so far, as the aforementioned political turmoil in the country effectively brought the work on all legislative projects to a standstill.

Aside from this legal reform, the penitentiary system in Armenia is also in need of reform as a matter of urgency. Therefore, building on earlier advice, events were held at selected penitentiaries to develop tailored overall concepts for individual sentence planning, for the creation of work opportunities or the provision of medical care. These efforts should be continued and intensified.

In addition to issues of criminal law, the IRZ has also accepted a mandate to advise the Civil Act Registration Agency at the Armenian Ministry of Justice on the new law to implement the Hague Convention on Child Abduction (HCCA), which is expected to be ratified soon. In addition to the Ministry of Justice, the other partners in this cooperation are the Court of Cassation, the Academy of Justice, the Chamber of Advocates, the School of Advocates, the Chamber of Notaries, the Penitentiary Department and the Armenian Special Investigation Service, as well as the Yerevan State University.

---

## Foci of Activity in 2018

### Civil and Commercial Law

- Final counselling on the draft legislation to implement the Hague Convention on Child Abduction (HCCA) in Yerevan, Armenia

### Administration of Justice

- Conference for the Armenian Chamber of Notaries on current practice-related questions with the Federal Chamber of Notaries in Aghveran.

- Training of Trainers: Unterrichtsmethodik für Dozentinnen und Dozenten der armenischen Justizakademie in Tsaghkadzor
- Auftaktgespräche zur Bestandsaufnahme im Bereich der Bewährungshilfe zur gemeinsamen Entwicklung eines Trainingskonzepts für armenische Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer in Eriwan, Ashtarak (Provinz Aragazotn) und Karbi
- Seminar für die armenische Rechtsanwaltskammer zum Umgang mit Medien und Öffentlichkeitsarbeit in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer in Eriwan

## Straf- und Strafvollzugsrecht

- Gastvorlesung zum Jugendstrafrecht an der rechtswissenschaftlichen Fakultät, Staatliche Universität Eriwan
- Kolloquium mit der Strafkammer des Kassationsgerichts zum Thema „Zwangsmaßnahmen während des Strafverfahrens, deutsche Praxis, Rechtsprechung des EGMR“ in Tsaghkadzor
- Fortsetzung der Unterstützung des Justizministeriums der Republik Armenien bei der Erarbeitung des Entwurfs eines neuen Strafvollzugsgesetzes
- Fortbildungsseminar für den Sonderermittlungsdienst Armeniens zu Ermittlungsmethoden in Fällen von Korruption, illegaler Bereicherung von Amtspersonen und Vermögensabschöpfung in Tsaghkadzor

- Training of Trainers: pedagogical methodology for lecturers at the Armenian Academy of Justice in Tsaghkadzor
- Kick-off meeting to take stock in the area of probation and with the aim of developing a collaborative training concept for Armenian probation officers in Yerevan, Ashtarak (Aragazotn Province) and Karbi
- Seminar in Yerevan for the Armenian Chamber of Advocates on media and communications management in cooperation with the German Federal Bar

## Criminal and Penitentiary Law

- Guest lectures on juvenile criminal law at the Law Faculty of the Yerevan State University
- Colloquium with the Criminal Chamber of the Court of Cassation on the issue of “Coercive measures during criminal proceedings, German practice, case-law by the ECHR” in Tsaghkadzor
- Continued support for the Ministry of Justice in the Republic of Armenia for the preparation of a new draft Penitentiary Code
- Further training seminar in Tsaghkadzor for the Armenian Special Investigation Service on investigative methods in cases of corruption, embezzlement by officials and the recovery of assets



Fortbildungsseminar für den Sonderermittlungsdienst zu Ermittlungsmethoden in Fällen von Korruption, illegaler Bereicherung und dergl. in Tsaghkadzor unter Beteiligung von Staatsanwältin Karin Schreitter-Skvortsov, dem Leiter des Sonderermittlungsdienstes der Republik Armenien, Sasun Khachatryan, und dem stellvertretenden Leiter a.D. der Staatsanwaltschaft Münster, Günter Rüter

Further training seminar for the Special Investigation Service on investigative methods in cases of corruption, embezzlement and such like in Tsaghkadzor, attended by Public Prosecutor Karin Schreitter-Skvortsov, Director of the Special Investigation Service in the Republic of Armenia Sasun Khachatryan, and the Deputy Director (retired) of the Public Prosecutor's Office in Münster, Günter Rüter

## Aus- und Fortbildung

- Teilnahme der Präsidentin der armenischen Notarkammer sowie eines Notars an der multilateralen praxisorientierten Fortbildung für englischsprachige Notare / Notarassessoren der IRZ in Bonn
- Teilnahme eines armenischen Juristen an der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn
- Teilnahme von vier armenischen Juristinnen an der IRZ-Herbstakademie zum Zivilrecht und Grundrechtsschutz in Bonn
- Teilnahme eines armenischen Richters am multilateralen Hospitationsprogramm für Zivil- und Handelsrichter
- Moot Court im Strafrecht, gerichtet an die Studierenden aller Universitäten landesweit in Aghveran

## Basic and Further Training

- Participation by the President of the Armenian Chamber of Notaries and a notary in the multilateral, practice-oriented further training for English-speaking notaries/junior notaries by the IRZ in Bonn
- Participation by an Armenian lawyer in the eighth “IRZ Summer School on German Law” in Bonn
- Participation by four Armenian lawyers in the IRZ Autumn Academy on Civil Law and the Protection of Fundamental Rights in Bonn
- Participation by an Armenian judge in the multilateral internship programme for civil and commercial judges
- Moot court in criminal law in Aghveran, designed for students at all universities nationwide



Teilnehmerin und Teilnehmer des Moot Court zum Strafrecht in Aghveran

Participants in the moot court on criminal law in Aghveran

Workshop zu praktischen Fragen im Vollzug an der Justizvollzugsanstalt Abovyan: Thomas Müller (2. Reihe, 1. v.l.), Leiter JVA Karlsruhe; Heinz Brüche (1. Reihe, 4. v.l.), Bildungszentrum Justizvollzug Baden-Württemberg; Gayane Vardanyan (1. Reihe, Mitte), Leiterin der JVA Abovyan Armenien

Workshop on practical issues of prison enforcement at the Abovyan penitentiary: Thomas Müller (2nd row, 1st from the left); Head of Karlsruhe prison; Heinz Brüche (1st row, 4th from the left), Penitentiary Education Centre Baden-Württemberg; Gayane Vardanyan (1st row, centre), Director of Abovyan Prison



## Ausblick

Ein wichtiger Themenkreis in der Zusammenarbeit mit dem armenischen Justizministerium wird auch 2019 die Reform des Strafvollzugsgesetzes und dessen praktische Anwendung sein. Im Bereich des Strafvollzugs sind die Fortsetzung und Intensivierung der konkreten Beratungen in einzelnen Vollzugsanstalten vorgesehen. Ebenso wird die fachliche Begleitung der kürzlich eingeführten Bewährungshilfe fortgesetzt. Die Unterstützung der Staatlichen Universität Eriwan wird durch die umfassende Beratung bei der Einführung einer fallbezogenen Unterrichtsmethodik und Entwicklung von Lehrmaterial für mehr Praxisbezug in der Lehre erweitert werden.

## Outlook

The reform of the Penitentiary Code and its practical application will remain an important issue in cooperation with the Armenian Ministry of Justice in 2019. Within the field of the penitentiary system, there are plans to continue and intensify the counselling provided in individual penitentiaries. Technical counselling for the recently introduced probation service will also continue. Support for the Yerevan State University will be expanded to include comprehensive advice on the introduction of case-based teaching methodologies and the development of case materials for a greater practical orientation in teaching.

Hauptstadt: Minsk  
Bevölkerung: ca. 9,5 Millionen  
Regierungsform: Präsidentialrepublik

Capital: Minsk  
Population: approx. 9.5 million  
System of government: Presidential republic



## Belarus

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Die Zusammenarbeit der IRZ mit den verschiedenen belarussischen Partnern konnte im Berichtsjahr fortgesetzt und sogar etwas erweitert werden. Sie stößt auf ein Interesse und ist von Offenheit gekennzeichnet. Die Freilassung der letzten politischen Gefangenen Ende 2015 und die weitgehend repressionsfreien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 und 2016, die störungsfrei verlaufenen Kommunalwahlen Anfang 2018 und auch die belarussische Rolle im Ukraine-Konflikt bieten eine Grundlage für die Fortführung des schon in den vergangenen Jahren geführten Rechtsstaatsdialogs, auch wenn im menschenrechtlichen Bereich wie z. B. im Demonstrationsrecht oder im Zusammenhang mit der Todesstrafe nach wie vor Defizite zu verzeichnen sind. Im Rahmen dieses Dialogs werden belarussische Reformvorhaben erörtert und praxisorientierte Fachtagungen angeboten. Daneben beteiligt sich die IRZ mit fachlicher Expertise an dem vom UNDP (United Nations Development Programme) in Belarus gestarteten Programm „Rule of Law and Access to Justice“, um auch in diesem Rahmen mit einer vom UNDP angedachten Beteiligung zahlreicher Nichtregierungsorganisationen einen Beitrag zur Verbesserung der Gesetzgebung, zur Stärkung des Zugangs zur Justiz und damit zu einem verbesserten Menschenrechtsschutz zu leisten. Die Arbeiten in diesem UNDP-Projekt konnten allerdings nach Intervention von belarussischer Seite im Berichtsjahr nicht wie geplant fortgeführt werden, bleiben aber auf der Tagesordnung.

## Belarus

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

Cooperation between the IRZ and its various partners in Belarus was continued and even expanded slightly during the reporting year. Efforts to cooperate are greeted with considerable interest and openness. The release of the last political prisoners at the end of 2015 and the virtual absence of repression in connection with the presidential and parliamentary elections in 2015 and 2016, the completion without incident of the local elections in early 2018, as well as the role of Belarus in the Ukraine conflict, provide the foundation to build on the dialogue on issues concerning rule of law that have been maintained over recent years, even if deficits persist in regard to human rights, e.g. the right to demonstrate or in connection with the death penalty. Belarus reform efforts will be discussed, and practice-oriented conferences offered as part of this dialogue. Moreover, the IRZ contributes its expertise to the “Rule of Law and Access to Justice” programme that UNDP (United Nations Development Programme) has initiated in Belarus; it seeks to use this framework together with the participation of numerous non-governmental organisations envisaged by UNDP as a contribution to improving the legislative process, strengthening access to the judiciary and in doing so enabling a greater degree of protection for human rights. However, it was not possible to continue the work in this UNDP project as planned during the reporting year due to intervention on the Belarusian side; the issue will remain on the agenda nevertheless.



Vertreterinnen und Vertreter des Justizministeriums der Republik Belarus, der Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft sowie der gesellschaftlichen Beobachtungskommission beim belarussischen Justizministerium anlässlich einer Studienreise nach Berlin zum Strafvollzug im November 2018

Representatives from the Ministry of Justice of the Republic of Belarus, the General Prosecutor's Office, the Public Prosecutor's Office and the Public Monitoring Commission at the Belarusian Ministry of Justice on the occasion of a study trip to Berlin on the penitentiary system in November 2018

### Konzeption

Die Zusammenarbeit mit den belarussischen Partnern wie z. B. dem Justizministerium, dem Parlament, dem Obersten Gericht, dem Zentrum für Geistiges Eigentum sowie der Anwaltschaft und dem Notariat konnte im Berichtsjahr fortgeführt und ausgebaut werden. Ziel der IRZ bleibt der fachliche Beitrag im Rahmen des genannten UNDP-Projekts, zumal mit den Themen einer besseren Gesetzgebung und eines verbesserten Zugangs zur Justiz zwei zentrale rechtsstaatliche Anliegen erfasst werden und grundsätzlich eine Beteiligung von diversen Nichtregierungsorganisationen durch UNDP in diesem Projekt vorgesehen ist.

### Overall Concept

Cooperation with Belarusian partners, among them the Ministry of Justice, the Parliament, the Supreme Court, the National Center of Intellectual Property, the Bar and the Chamber of Notaries, continued and was strengthened in the reporting year. Aim of the IRZ is still to contribute its expertise to the aforementioned UNDP project, especially as it addresses two crucial aspects of the rule of law, namely a stronger legislative process and improved access to the judiciary, also because UNDP has envisaged the participation of various non-governmental organisations in the project.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

### Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Fachtagung mit dem Zentrum für Geistiges Eigentum zum Markenrecht und zum Patentrecht in Minsk

### Rechtspflege

- Fachtagung mit dem Obersten Gericht zur Einführung der Berufung in Zivil- und Wirtschaftssachen in Minsk
- Fachtagung mit der belarussischen Rechtsanwaltskammer in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer sowie mit Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Rechtsanwaltskammern der Ukraine und Russischen Föderation zu den Themen Anwaltsmonopol, Anwaltszwang und Fachanwaltschaft in Minsk
- Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Bundesnotarkammer und der belarussischen Notarkammer zu den Themen Datenschutz, Haftpflichtversicherung und Status des notariellen Akts und dessen Beweiskraft mit anschließendem Fachgespräch im Justizministerium in Minsk

### Öffentliches Recht

- Fachtagung mit dem Oberhaus des belarussischen Parlaments zu Fragen der Gesetzesfolgenabschätzung in Minsk

### Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Studienreise nach Berlin zum Strafvollzug zur Einhaltung von Rechten Strafgefangener und zur allgemeinen Organisation des Strafvollzugs für Vertreter des belarussischen Justizministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft sowie für Vertreter der gesellschaftlichen Beobachtungskommission beim belarussischen Justizministerium

## Ausblick

Die IRZ wird die bilaterale Arbeit mit den genannten Partnern fortführen und auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Grundrechtsschutz und Rechtspflege nach Möglichkeit ausbauen, ebenso weiterhin einen Beitrag im Rahmen des UNDP-Projekts leisten, sofern die Arbeit in diesem Projekt wieder aufgenommen und fortgeführt wird. Weiterhin sollen Sondierungsgespräche mit Vertretern der Universität und von Nichtregierungsorganisationen geführt werden, um Kooperationsmöglichkeiten zur Einbindung insbesondere auch junger Nachwuchsjuristinnen und -juristen zu identifizieren.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Obersten Gerichts sowie verschiedener Gebietsgerichte der Republik Belarus anlässlich einer Fachtagung in Minsk mit dem Obersten Gericht zur Berufung in Zivilverfahren

Members of the Supreme Court and various regional courts in the Republic of Belarus during a conference in Minsk with the Supreme Court on appeals in civil proceedings

## Foci of Activity in 2018

### Civil and Commercial Law

- Conference with the National Center of Intellectual Property on trademark law and patent law in Minsk

### Administration of Justice

- Conference with the Supreme Court on the introduction of appeals in civil and commercial proceedings in Minsk
- Conference with the Belarusian National Bar Association in cooperation with the German Federal Bar and with participation of representatives from Bar associations in Ukraine and the Russian Federation on the topics of lawyers' monopoly, mandatory representation and specialist lawyers in Minsk
- Conference in cooperation with the Federal Chamber of Notaries and the Notary Chamber of Belarus on the topics of data protection, liability insurance, as well as the status of the notarial act and its probative force, with subsequent technical discussions in the Ministry of Justice in Minsk

### Public Law

- Conference in Minsk with the Upper House of the Belarusian Parliament on questions of regulatory impact assessment

### Criminal Law and Penitentiary Law

- Study trip to Berlin by representatives of the Belarusian Ministry of Justice, the General Prosecutor's Office and Public Monitoring Commission at the Belarusian Ministry of Justice in regard to observance of the rights of prisoners and general organisation of the penitentiary system

## Outlook

The IRZ will continue its bilateral work with the above partners and will, where possible, expand its cooperation in the areas of protection of fundamental rights and administration of justice. It will also contribute to the UNDP project as far as the work on this project resumes and is continued. Moreover, exploratory discussions will be held with representatives of universities and non-governmental organisations to identify opportunities for cooperation that would involve junior lawyers in particular.



Hauptstadt: Sarajevo  
Bevölkerung: ca. 3,5 Millionen  
Regierungsform: Demokratischer Staat mit zwei weitgehend autonomen Entitäten:  
Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) und Republika Srpska (RS) und dem Distrikt Brčko als Gebiet mit Rechtsnatur sui generis

Capital: Sarajevo  
Population: approx. 3.5 million  
System of government: Democratic state with two predominantly autonomous entities: Federation Bosnia and Herzegovina (FBiH) and Republika Srpska (RS), as well as the Brčko District as a region with the legal status sui generis



## Bosnien und Herzegowina

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Bosnien und Herzegowina, dessen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU am 1. Juni 2015 in Kraft trat, und das im Jahr darauf den Antrag auf Beitritt zur EU stellte, hat kriegsbedingt verspätet mit der Transformation des Rechtssystems begonnen. Deshalb ist die Umsetzung rechtsstaatlicher Standards dort ausgesprochen dringlich. Schwierigkeiten bei der Projektarbeit ergeben sich in Bosnien und Herzegowina insbesondere aufgrund des ausgeprägten föderalen Systems, dessen Entitäten nur eingeschränkt miteinander kooperieren, was der Rechtszersplitterung Vorschub leistet. Außerdem verursachen innenpolitische Konflikte nach wie vor einen Reformstillstand. Da sich das bosnisch-herzegowinische Recht jedoch traditionell am kontinentaleuropäischen Recht orientiert, ist eine Beratung von deutscher Seite besonders sinnvoll und nachhaltig.

#### Konzeption

Die IRZ arbeitet eng mit dem Verfassungsgericht des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina zusammen. Darüber hinaus bestehen Kontakte zur EU-Delegation im Lande, um die Erfahrungen aus dem deutschen Föderalismus in der Föderation Bosnien und Herzegowina nutzbar zu machen. Denn dort besitzen die Kantone viele Zuständigkeiten für Bereiche, in denen die EU-Rechtsharmonisierung zu erfolgen hat. Um die Rechtsberatung unabhängig von den allgemeinen rechtspolitischen Hindernissen konstant aufrechterhalten zu können, setzt die IRZ in Bosnien und Herzegowina derzeit einen besonderen Schwerpunkt bei der Aus- und Weiterbildung von Juristinnen und Juristen. Im Einzelnen unterstützt die IRZ die Aus- und Weiterbildung insbesondere im Bereich des Zivil- und Wirtschaftsrechts an den Richter- und Staatsanwalts-Edukationszentren der beiden Entitäten und an den juristischen Fakultäten der Universitäten Sarajevo und Zenica.

Ein weiterer wichtiger Partner der IRZ ist die Legal Aid-Organisation Vaša Prava.

Schließlich hat die IRZ in den letzten Jahren eine Reihe juristischer Publikationen in der Landessprache herausgegeben, die sich auch an Leserinnen und Leser in anderen Ländern der Region richten.

Im Rahmen ihrer Aktivitäten schafft die IRZ bewusst auch Möglichkeiten einer Begegnung für Angehörige verschiedener Volksgruppen, um so ethnischen Spannungen entgegenzuwirken.

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

- Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit
- Veranstaltung einer Regionalkonferenz mit dem Verfassungsgericht des Staates Bosnien und Herzegowina „Das Steuerrecht in der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung“ im Distrikt Brčko
  - Publikation der Referate der vorstehenden Konferenz und weiterer Materialien (darunter auch einer Darstellung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu steuerrechtlichen Fragen) in einem gesonderten, von der IRZ und dem Verfassungsgericht gemeinsam herausgegebenen Tagungsband

## Bosnia and Herzegovina

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

Bosnia and Herzegovina, whose Stabilization and Association Agreement with the EU entered into force on 1 June 2015 and that submitted an application for accession to the EU in the following year, started late with the transformation of its legal system due to the war. Implementation of standards that uphold the rule of law must therefore proceed as a matter of particular urgency. The distinctly federal system whose entities cooperate only to a limited extent and therefore provide fertile ground for a fragmentation of the law presents particular challenges for project work in Bosnia and Herzegovina. Moreover, the persistence of internal conflict at political level continues to cause a reform standstill. Given that the legal system in Bosnia and Herzegovina bears strong resemblance to its counterparts in continental Europe, advice from German partners would be especially sensible and sustainable.

#### Overall Concept

The IRZ works closely with the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina. Contacts to the country's EU delegation also exist and are used to transfer experience of German federalism to the Federation of Bosnia and Herzegovina. This is because the cantons there are responsible for many areas in which EU legal harmonisation must take place. At present, the IRZ has placed a particular priority on the education and training of lawyers in order to continue providing ongoing legal advice, irrespective of the current obstructions at political level. The IRZ supports education and further training in the areas of civil and commercial law at the education centres for the magistracy and public prosecutors within the two entities and in the faculties of law at the universities in Sarajevo and Zenica in particular.

The legal aid organisation Vaša Prava is an important partner for the IRZ.

Finally, the IRZ has, in recent years, issued a series of law publications in the national language that also target readers in other countries within the region.

As part of its activities, the IRZ consciously seeks to create opportunities for members of different ethnic groups to meet as a means of counteracting internecine conflict.

### Foci of Activity in 2018

#### Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Organisation of a regional conference with the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina "Tax law in constitutional case-law" in the Brčko District
- Publication of the talks at the above conference and other materials (including a presentation of case-law by the European Court of Human Rights on questions of tax law) by the IRZ and the Constitutional Court in a separate conference transcript

- Beteiligung des Präsidenten des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina und eines weiteren Richters des Verfassungsgerichts an der zusammen mit dem montenegrinischen Verfassungsgericht veranstalteten Regionalkonferenz zum Verhältnis zwischen der Verfassungsgerichtsbarkeit und den Obersten Gerichten in Budva, Montenegro
- Beteiligung des Präsidenten und eines Vizepräsidenten des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina an der in Zusammenarbeit mit dem serbischen Verfassungsgericht veranstalteten Regionalkonferenz zum Thema „Entscheidungen der Verfassungsgerichte im Bereich der abstrakten Normenkontrolle als Beitrag zur Förderung des Rechtsstaats“ in Belgrad, Serbien
- Publikation der Sammlung der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina aus dem Jahr 2017

- Attendance by the President of the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina and another judge at the Constitutional Court of the regional conference organised with the Montenegro Constitutional Court in Budva, Montenegro, on the relationship between the constitutional courts and the supreme courts
- Attendance by the President and a Vice-President of the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina of the regional conference organised in cooperation with the Serbian Constitutional Court in Belgrade, Serbia, on the topic of "Decisions by the constitutional courts in the area of abstract judicial review as a contribution to promoting the rule of law"
- Publication of the anthology of case-law by the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina from 2017



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Regionalkonferenz der Verfassungsgerichte zum Thema „Das Steuerrecht in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung“ in Brčko

Participants at the regional conference by the constitutional court on the topic of "Tax law in constitutional case-law" in Brčko

### Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Gemeinsam mit der juristischen Fakultät der Djemal-Bjedic-Universität durchgeführte regionale Konferenz zum Thema „Vermögensrechtliche Folgen familienrechtlicher Beziehungen“ im Rahmen der traditionellen jährlichen internationalen Familienrechtskonferenz in Mostar
- Seminare im Ausbildungsprogramm des Justiztrainingszentrums der Föderation Bosnien und Herzegowina in Sarajevo zu den Themen
  - Menschenrechtsschutz in der EU sowie in Bosnien und Herzegowina
  - Einfluss des Europarechts auf das nationale Recht
- Seminare im Ausbildungsprogramm des Justiztrainingszentrums der Republika Srpska in Banja Luka zu den Themen
  - Einführung in das Europarecht für neu eingestellte Richterinnen und Richter
  - Einfluss des Europarechts auf das nationale Recht
  - Aktuelles aus dem Sachenrecht

### Civil and Commercial Law

- Regional conference on the topic of "Property consequences of family-law relationships" during the traditional annual international conference on family law, organised in cooperation with the Faculty of Law at the Djemal Bjedic University of Mostar
- Seminars in the education programme at the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina in Sarajevo on the topics
  - Protection of Human Rights in the EU and in Bosnia and Herzegovina
  - Influence of European law on national law
- Seminars in the education programme at the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of Republika Srpska in Banja Luka on the topics
  - Introduction to European law for recently appointed judges
  - Influence of European law on national law
  - Recent developments in the field of property law

## Öffentliches Recht

- Konferenz zum Antidiskriminierungsrecht mit der Legal Aid-Organisation Vaša Prava in Sarajevo

## Rechtspflege

- Fortsetzung der Herausgabe der Zeitschrift „Nova pravna revija – časopis za domaće, njemačko i evropsko pravo“, kurz NPR (Neue Juristische Umschau – Zeitschrift für regionales, deutsches und europäisches Recht)
- Betrieb und Ausbau der Website der vorgenannten Zeitschrift ([www.nova-pravna-revija.info](http://www.nova-pravna-revija.info)) mit umfangreichem Download-Bereich

## Aus- und Fortbildung

- Fortführung des deutschrechtlichen Ergänzungsstudiums (dritte Generation) an der juristischen Fakultät der Universität Sarajevo mit regelmäßigen Vorlesungen in deutscher Sprache durch örtliche Dozentinnen und Dozenten sowie Blockvorlesungen deutscher Referentinnen und Referenten
- Beteiligung eines bosnischen Teilnehmers an der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn
- Weiterer Ausbau der unterstützenden deutschsprachigen juristischen Bibliothek
- Seminar „Einführung in die rechtswissenschaftliche Methodenlehre“ unter regionaler Beteiligung in Zenica

---

## Ausblick

Die IRZ wird 2019 ihre Projektarbeit in Bosnien und Herzegowina in enger Abstimmung mit ihren Partnern fortsetzen und vertiefen. Im Fokus werden dabei die Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht des Staats und den beiden Edukationszentren für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte stehen. Die IRZ wird weiterhin die Rechtsharmonisierung unterstützen, indem sie insbesondere ihre Erfahrungen aus dem deutschen Föderalismus bezüglich der zu harmonisierenden Gesetzgebung der Kantone in der Föderation Bosnien und Herzegowina einbringt.

## Public Law

- Conference on anti-discrimination law with the legal aid organisation Vaša Prava in Sarajevo

## Administration of Justice

- Continued publication of the journal “Nova pravna revija – časopis za domaće, njemačko i evropsko pravo”, NPR for short (New Legal Review – a journal of regional, German and European law)
- Operation and development of the website for the above journal ([www.nova-pravna-revija.info](http://www.nova-pravna-revija.info)) with an extensive download area

## Basic and Further Training

- Continuation of the supplementary studies (third generation) on German law at the Faculty of Law of the University of Sarajevo by regular lectures held in German by local lecturers, as well as block lectures by German speakers
- Attendance by a Bosnian participant of the eighth “IRZ Summer School on German Law” in Bonn
- Further expansion of the supporting German language law library
- Seminar “Introduction to legal methodology” with regional participation in Zenica

---

## Outlook

In 2019, the IRZ will push ahead with and consolidate its project work in Bosnia and Herzegovina in close cooperation with its partners. A particular focus will be to move forward in its cooperation with the country's Constitutional Court and the two centres for judicial and prosecutorial training. Moreover, the IRZ will remain supportive of legal harmonisation, in particular by contributing its experience of German federalism in regard to the legislation that the cantons in the Federation of Bosnia and Herzegovina are required to harmonise.

Hauptstadt: Tiflis  
Bevölkerung: ca. 3,7 Millionen  
Staats-/Regierungsform:  
Republik; parlamentarische Demokratie

Capital: Tbilisi  
Population: approx. 3.7 million  
System of government:  
Republic; parliamentary democracy



## Georgien

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Georgien verfolgt weiterhin das Ziel der europäischen Integration und befindet sich bereits in der Umsetzung der Assoziierungsagenda, die im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen Georgien und der EU definiert wurde. In zahlreichen Bereichen wie etwa dem Vergabewesen, Zoll und Handel, Recht des geistigen Eigentums oder dem Gesellschaftsrecht wurden bereits Papiere zu nötigen Gesetzesänderungen entwickelt oder Gesetzesreformen initiiert, um die Annäherung an EU-Recht zu erreichen. Diese Fortschritte und auch die Effekte des boomenden Tourismus machen sich jedoch in der wirtschaftlichen Situation weiter Bevölkerungsteile kaum bemerkbar.

Folglich war die innenpolitische Situation in Georgien im Berichtsjahr von Turbulenzen geprägt. Ausgelöst durch einen umstrittenen Fall in der Strafjustiz, der in der Bevölkerung für große Empörung sorgte, trat im Frühjahr unter anderem der Hauptstaatsanwalt zurück. Wegen anhaltender Proteste und aufgrund innerparteilicher Differenzen legte schließlich auch Premierminister Kvirikashvili vom regierenden Parteibündnis „Georgischer Traum“ sein Amt nieder. Sein Nachfolger ist der vormalige Finanzminister Mamuka Bakhtadze, der das Kabinett umbildete und die Ressorts reduzierte, im Übrigen aber noch keine weitgehenden Reformschritte einleitete. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung nahm weiterhin spürbar zu, und die politische Zerrissenheit des Landes wurde erneut im Rahmen der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2018 deutlich. Obwohl diesem politischen Amt aufgrund einer tiefgreifenden Verfassungsreform keine tragende Rolle mehr zukommt, wurde der Wahlkampf erbittert und unter teils fragwürdiger Zuhilfenahme von Mitteln der öffentlichen Verwaltung geführt. Aus der Stichwahl Ende November ging schließlich Salome Surabichvili als Gewinnerin hervor, die politisch im Lager der Regierungspartei steht.

Mit der Inauguration der Präsidentin trat die im März verabschiedete Verfassungsreform in Kraft. Mit dieser Reform wird der Übergang in ein parlamentarisches Regierungssystem vollzogen. Eine wichtige Neuerung betrifft dabei die Ernennung der oder des Vorsitzenden des Obersten Gerichts, die bislang durch den Staatspräsidenten erfolgte, künftig jedoch Aufgabe des Obersten Justizrats sein wird. Seit dem Rücktritt der früheren Vorsitzenden Prof. Dr. Nino Gvenetadze im August 2018 war die Stelle vakant und wurde wegen der bevorstehenden Verfassungsreform bewusst nicht mehr durch den Präsidenten besetzt, um in dieser Übergangszeit keine Fakten zu schaffen. Dieser Posten ist für die georgische Justiz auch deshalb so zentral, weil der oder die Gerichtsvorsitzende zugleich auch den Vorsitz im Obersten Justizrat, also dem Selbstverwaltungsorgan der Justiz, innehat.

#### Konzeption

Die IRZ widmet sich in Georgien weiterhin der fachlichen Begleitung und der Umsetzung von Reformvorhaben im Strafrecht. Diese erfolgt in Kooperation mit dem Rechtsausschuss des Parlaments, sofern es um die Begutachtung von Gesetzesvorhaben geht, sowie mit den relevanten Akteuren aus der Justiz, in erster Linie dem Obersten Gericht und weiteren Gerichten, der Hauptstaatsanwaltschaft Georgiens und der georgischen

## Georgia

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

Georgia continues to pursue its path of European integration and is already engaged in implementation of the Association Agenda that was defined within the framework of the Association Agreement between Georgia and the EU. Papers on necessary legislative amendments have already been developed or legal reforms initiated in numerous areas such as public procurements, customs and trade, intellectual property rights or company law as a means of harmonisation with EU law. Nevertheless, this progress and the effects of the flourishing tourism sector remain largely unnoticeable in the economic situation of large sections within society.

It follows, therefore, that the domestic situation in Georgia during the reporting year was marked by turbulence. Among other things, the General Public Prosecutor resigned from office in response to a controversial case within the criminal justice system that had triggered widespread outrage in civil society. Facing sustained protest and embroiled in dispute within his own party, Prime Minister Giorgi Kvirikashvili from the ruling "Georgian Dream" Alliance ultimately stepped down as well. He was succeeded by the former Finance Minister Mamuka Bakhtadze, who carried out a cabinet reshuffle and reduced the number of departments, but otherwise has not initiated any major reform steps. Popular dissatisfaction with the government continued to grow, and the political rifts within the country again became apparent during the presidential elections of October 2018. Although a sweeping constitutional reform had removed any real powers from the political office, the election campaign was acrimonious and in places featured dubious assistance from administrative authorities. Salome Zourabichvili, who is associated with the ruling party, eventually emerged victorious from the run-off at the end of November.

The constitutional reform that had been passed in March entered into force with the presidential inauguration. This reform completes the country's transition to a parliamentary system of government. One of the important reforms referred to the appointment of the Chair of the Supreme Court, which until then had been the responsibility of the State President, but from now on will fall within the remit of the High Council of Justice. The position had been vacant since the former chairman, Prof. Nino Gvenetadze, resigned in August 2018. In view of the upcoming constitutional reforms, a conscious decision had been made for the next incumbent not to be chosen by the President so as to avoid creating 'facts on the ground'. Among the reasons why this position is so important to the Georgian judiciary is that the chair of the court also holds the Chair of the High Council of Justice, the self-governing body within the judiciary.

#### Overall Concept

The IRZ continues to focus its efforts in Georgia on the provision of technical support and implementation of the reform projects in criminal law. For legislation projects, this takes place in cooperation with the Parliamentary Legal Issues Committee, as well as with relevant stakeholders within the judiciary, so primarily the Supreme Court and other courts, the General Public Prosecutor's Office in Georgia and the Georgian Bar.

Anwaltskammer. Daneben umfasst die Zusammenarbeit den gezielten Fachaustausch zwischen den Angehörigen dieser Partnerinstitutionen und ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen, um aktuelle Rechtsfragen und Entwicklungen vergleichend zu diskutieren. Daher sind auch die Kooperationen mit der Staatlichen Universität Tiflis und den Rechtsfakultäten weiterer Universitäten, aber auch mit dem Trainingszentrum für Strafvollzug wichtige Bausteine der Projektarbeit.

Moreover, cooperation also includes meaningful exchange of information between the members of these partner institutions and their German colleagues to discuss legal issues and developments from a comparative perspective. Collaborations with the Tbilisi State University and the law faculties at other universities, as well as with the Penitentiary and Probation Training Center (PPTC), are therefore important elements in the project work.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Nationaler Moot Court im Verfassungsrecht für georgische Jurastudierende in Batumi
- Publikation zum Antidiskriminierungsrecht

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Anwaltskolloquium in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer zu Versäumnisurteil, Beweislast und weiteren zivilprozessualen Themen in Tiflis

Öffentliches Recht

- „@mediasocieties Georgia 2018“: Heranführung georgischer Medienakteure an europäisches Medienrecht (gefördert durch das Auswärtige Amt)

## Foci of Activity in 2018

Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- National moot court on constitutional law for Georgian law students in Batumi
- Publication on anti-discrimination law

Civil and Commercial Law

- Legal colloquium in cooperation with the German Federal Bar on judgement by default, the burden of proof and other issues of civil procedural law in Tbilisi

Public Law

- “@mediasocieties Georgia 2018“: introduction to European media law for stakeholders in the Georgian media sector (funded by the Federal Foreign Office)



Anwaltskolloquium unter Mitwirkung von Rechtsanwalt Dr. Frank Engelmann; Dr. Anja Teschner, Vize-Präsidentin LG Berlin; David Asatiani, Präsident der Anwaltskammer Georgiens; Teresa Thalhammer, IRZ, und Rechtsanwalt Lascha Kalandadze (v.l.n.r.)

Legal colloquium with the participation of Dr Frank Engelmann, lawyer, Dr Anja Teschner, Vice President of the Regional Court of Berlin, David Asatiani, President of the Georgian Bar, Teresa Thalhammer, IRZ, and Lasha Kalandadze, lawyer (from left to right)

Diskussionsrunde im Rahmen der Auftaktkonferenz des Projekts „@mediasocieties Georgia 2018“

Round table discussion during the kick-off conference “@mediasocieties Georgia 2018“



### Rechtspflege

- Arbeitsbesuch einer Delegation des Stadtgerichts Tiflis (Gerichtsverwaltung) in Düsseldorf zur Planung von Gerichtsgebäuden
- Training of Trainers für Ausbilderinnen und Ausbilder des georgischen Trainingszentrums für Strafvollzug
- Gesetzgebungsberatungen für den Rechtsausschuss des georgischen Parlaments zu diversen geplanten Neuregelungen der georgischen Strafprozessordnung
- Mitwirkung an Fachgesprächen der Deutschen Sektion der Internationalen Juristen-Kommission e. V. im Rahmen einer Studienreise nach Georgien

### Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Konferenz zum Thema häusliche Gewalt (Umsetzung Istanbul Konvention) in Kooperation mit der Staatlichen Universität Tiflis
- Zwei praxisbezogene Schulungen zu europäischen Standards im Rahmen von Ermittlungsmethoden und Untersuchungshaft
- Fortbildung für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zur Korruptionsbekämpfung und Korruptionsermittlung in Tiflis
- Lehrgänge zur methodischen Abfassung von erstinstanzlichen Strafurteilen in Zusammenarbeit mit der Richterschule / Weiterentwicklung des (Formular-) Handbuchs für Richter und Staatsanwälte
- Konferenz zur geplanten Reform des Betäubungsmittelstrafrechts in Tiflis
- Online Fachpublikation „Deutsch-georgische Strafrechtszeitschrift“

### Administration of Justice

- Working visit to Düsseldorf by a delegation from the Tbilisi City Court (court administration) to learn about the planning of court buildings
- Train the trainer for educators at the Georgian Penitentiary and Probation Training Center (PPTC)
- Legislative advice for the Legal Issues Committee in the Georgian parliament on various planned reforms of the country's Code of Criminal Procedure
- Participation in expert talks by the German section of the International Commission of Jurists during a study trip to Georgia

### Criminal Law and Penitentiary Law

- Conference on the topic of domestic violence (implementation of the Istanbul Convention) in cooperation with the Tbilisi State University
- Two practical training courses on European standards in investigation methods and pre-trial detention
- Further training for public prosecutors in Tbilisi on policy to combat and investigate corruption
- Courses on the methodical drafting of criminal judgements in courts of first instance in cooperation with the High School of Justice / continued development of the manual (of forms) for judges and public prosecutors
- Conference in Tbilisi on the planned reform of criminal law on narcotics
- Online publication "German-Georgian Criminal Law Journal"



Eröffnung des Lehrgangs zur Strafurteilsabfassung am Obersten Gericht durch Mzia Todua (2.v.l.), Kommissarische Präsidentin des Obersten Gerichts Georgiens; Referent von deutscher Seite Uwe Stark, Richter am AG Siegen (2.v.r.)

Opening of the course on the preparation of criminal judgements at the Supreme Court by Mzia Todua (2nd from the left), Interim President of the Supreme Court of Georgia; German speaker Uwe Stark, judge at the Local Court of Siegen (2nd from the right)

### Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Technical-Assistance-Projekt: Support to the Independence, Accountability and Efficiency of the Judiciary in Georgia

Seit Oktober 2016 ist die IRZ als Partner an diesem EU-finanzierten Projekt in Georgien beteiligt. Während der 41-monatigen Laufzeit unterstützt ein Konsortium unter der Leitung von Human Dynamics den Obersten Gerichtshof, den Obersten Justizrat, das Verfassungsgericht und diverse weitere Gerichte bei der Steigerung der Unabhängigkeit, Effizienz und Unparteilichkeit der georgischen Justiz.

### Projects funded by the European Union

EU Technical Assistance Project: Support to the Independence, Accountability and Efficiency of the Judiciary in Georgia

The IRZ has been a partner in this EU-funded project in Georgia since October 2016. During the 41-month term, a consortium led by Human Dynamics (HD) is supporting the Supreme Court, the High Council of Justice, the High School of Justice, the Constitutional Court and other courts in increasing the independence, efficiency and impartiality of the Georgian judiciary.

# Georgien

Die IRZ ist durch die Entsendung von Kurzezeitexpertinnen und Kurzezeitexperten, vor allem aber durch ihre georgische Langzeitexpertin, Lali Ckhetia, mit dem Themenschwerpunkt Europäische Menschenrechtsstandards an dem Projekt beteiligt. Ziel ist es, georgische Richterinnen und Richter für die Bedeutung der EMRK zu sensibilisieren und zu erreichen, dass diese die Rechtsprechung des EGMR bei ihren Entscheidungen berücksichtigen. Hierfür wurde der Zugriff auf bedeutende EGMR-Urteile erleichtert, die sich nunmehr – teilweise ins Georgische übersetzt – in einer Datenbank finden. Hinzu kamen Seminare für Richterinnen und Richter, um eine Bezugnahme auf die Urteile des EGMR methodisch zu trainieren.

Zahlreiche Aktivitäten im Berichtsjahr richteten sich daneben an juristisches Personal der Gerichte (Assistentinnen und Assistenten der Richter sowie Angehörige des wissenschaftlichen Dienstes), da deren Kompetenzen für die Qualität der Rechtsprechung von hoher Relevanz sind, was in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt wurde.

Eine wichtige Reform des vergangenen Jahres war die Einführung eines IT-Systems zur Geschäftsverteilung bei Gericht, ähnlich dem Geschäftsverteilungsplan eines Gerichts in Deutschland. Hintergrund für dieses elektronische Geschäftsverteilungssystem ist es, mögliche Einflussnahmen bei der Zuteilung von Verfahren innerhalb der Gerichte zu unterbinden und damit die Unabhängigkeit der Justiz in Georgien zu stärken. Das System trat am 31. Dezember 2017 für ganz Georgien in Kraft und wird generell für gut und sinnvoll befunden. Noch bestehen allerdings viele zum Teil technische Probleme, deshalb wird das System weiter evaluiert und verbessert.



## EU-Technical-Assistance-Projekt: Facility for the Implementation of the Association Agreement in Georgia

Die IRZ implementierte seit Juli 2015 unter Federführung des belgischen Partners IBF dieses EU-Projekt in Georgien mit einem Budget von 2 Millionen Euro, das im Dezember 2018 seinen offiziellen Abschluss fand.

Der hauptbegünstigte Partner, die georgische Regierungskommission für EU-Integration, wurde durch das Projekt bei der Umsetzung der bilateralen Abkommen der EU mit Georgien (Assoziierungsabkommen, Freihandelsabkommen, Abkommen zur Visa-Liberalisierung und Assoziierungsagenda) begleitet. Ein weiteres Ziel des Projekts war die Umsetzung von institutionellen Reformen, welche im Rahmen der Implementierung der bilateralen Abkommen erforderlich sind. Außerdem unterstützte das Projekt die Weiterentwicklung und Umsetzung der Kommunikations- und

# Georgia

The IRZ contributes to the project in the areas of European standards for the protection of human rights by dispatching short-term experts, but especially through its Georgian long-term expert, Lali Ckhetia. The aim is to raise awareness for the significance of the European Convention on Human Rights among Georgian judges and to ensure that they consider case-law by the European Court of Human Rights in their decisions. Access to the important ECHR judgements was facilitated for this purpose, and they are now available in a database, some of them with a Georgian translation. There were also seminars for judges in order to train methods of referencing judgements by the ECHR.

In addition, numerous activities during the reporting year were targeted at legal staff at the courts (assistants to the judges and members of the academic service), as their competencies are highly relevant to the quality of case-law and this aspect has been given insufficient consideration in the past.

Another important reform in 2018 was the introduction of an IT system for the allocation of cases at court, similar to the case allocation at a German court. Underlying the introduction of this case allocation system is the intention to prevent the exertion of any influence in the assignment of cases to individual judges and hence to strengthen the independence of the judiciary in Georgia. The system was introduced nationwide on 31 December 2017 and has largely been received as positive and sensible. Nevertheless, it is still dogged by too many technical problems, which necessitate further evaluation and improvements.

EU-Technical-Assistance „Support to the Independence, Accountability and Efficiency of the Judiciary in Georgia“: Verleihung der Ehrenbürgerwürde Georgiens an Renate Winter (links), Richterin und Teamleaderin im EU-Projekt, im Rahmen des Steering-Committee-Meeting in Tiflis durch Prof. Dr. Nino Gvenetadze, ehem. Präsidentin des OG Georgiens

EU Technical Assistance “Support to the Independence, Accountability and Efficiency of the Judiciary in Georgia“: Award of honorary citizenship of Georgia to Renate Winter (on the left), judge and Team Leader of the EU project, during the Steering Committee Meeting in Tbilisi by Prof. Nino Gvenetadze, former President of the Supreme Court of Georgia

## EU Technical Assistance Project: Facility for the Implementation of the Association Agreement in Georgia

The IRZ implemented this EU project in Georgia – which is equipped with a budget of €2 million – under the leadership of the Belgian partner IBF from July 2015 onward. It came to an end officially in December 2018.

Within the project, the main beneficiary partner, the Georgian Governmental Commission for EU Integration, received assistance in the implementation of the EU's bilateral agreements with Georgia (Association Agreement, Free Trade Agreement, Visa Liberalisation Agreement and the Association Agenda). Another objective of the project was to introduce institutional reforms that are necessary for implementation of the bilateral agreements. In addition, the project supported the continued development and realisation of the communications and information

Informationsstrategie der georgischen Regierung im Zusammenhang mit den bilateralen Abkommen zwischen der EU und Georgien.

- Insgesamt wurden im Rahmen der Komponente 1 zehn verschiedene Schulungsaktivitäten, Workshops oder sonstige Veranstaltungen durchgeführt, unter anderem zu Betrugsbekämpfungsmaßnahmen, zu den Bereichen Kultur, Notfallmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation, Außenhilfsmittel und zur Außenpolitik Georgiens.
- Im Rahmen der zweiten Projektkomponente fanden eine Reihe von Schulungen zur praktischen Umsetzung des Legal-Assessment-Handbuchs und der Leitlinien für Georgien statt, mit dem Ziel, das Wissen über den Prozess der rechtlichen Annäherung durch sektorspezifische Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau zu konsolidieren.
- Im Rahmen der Aktivitäten unter Komponente 3 (Umsetzung der Kommunikations- und Informationsstrategie von EU und Georgien) wurde eine landesweite Info-Kampagne implementiert. Das Projekt war zudem bei der Ausarbeitung des Aktionsplans für die Kommunikationsstrategie 2018 über die Mitgliedschaft Georgiens in der EU und der NATO für 2017 bis 2020 beteiligt.

### EU-Technical-Assistance-Projekt: Legislative Impact Assessment, Drafting and Representation

Im August 2018 wurde dieses seit April 2015 laufende EU-Projekt erfolgreich abgeschlossen. In dem internationalen Konsortium unter der Federführung von IBF aus Belgien war neben der IRZ ebenfalls CILC aus den Niederlanden als Juniorpartner beteiligt. Die Projektlaufzeit betrug vierzig Monate, und das Budget belief sich auf ca. 2 Millionen Euro.

Hauptbegünstigter war das georgische Justizministerium unter Mitwirkung weiterer staatlicher Institutionen Georgiens. Das Projekt war gegliedert in die drei folgenden Komponenten:

1. Stärkung der Kapazitäten der in Entscheidungsprozessen und Gesetzgebung relevanten staatlichen Akteure, mit besonderem Schwerpunkt beim georgischen Justizministerium;
2. Unterstützung des Justizministeriums in seinen repräsentativen Funktionen gegenüber internationalen Gerichten und Organisationen;
3. Stärkung und Weiterentwicklung des Zentrums für Übersetzungen von georgischen Gesetzestexten in die englische Sprache bzw. von EU-Rechtsakten, die Georgien betreffen, in die georgische Sprache.

Innerhalb der Projektkomponenten wurden über einhundert Aktivitäten durchgeführt. Darunter zahlreiche Trainings für Abgeordnete, Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizministeriums.

Neben der Erstellung von Leitlinien und einem Handbuch zur Annäherung der Rechtsvorschriften an den EU-Acquis, wurden im Rahmen des Projekts außerdem umfassende Methoden und Konzepte zur Gesetzesfolgenabschätzung und Richtlinien zur Verbesserung der Kapazitäten der Regierung in den Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt.

strategy by the Georgian government in connection with the bilateral agreements with the EU.

- Overall, ten different training activities, workshops or other events were carried out within the framework of Component 1, including measures to combat fraud, as well as in the areas of culture, disaster management, public relations and presentation, instruments of external assistance and Georgia's foreign policies.
- Project Component 2 featured a number of training courses on practical implementation of the Legal Assessment Manual and the guidelines for Georgia, with the objective of consolidating knowledge on the process of legal harmonisation through sector-specific activities designed to consolidate capacities.
- A nationwide information campaign was carried out as part of the activities within Component 3 (implementation of the EU and Georgian communications and information strategy). Moreover, the project was involved in drafting the action plan for the Communications Strategy 2018 concerning Georgia's membership in the EU and NATO for 2017 to 2020.

### EU Technical Assistance Project: Legislative Impact Assessment, Drafting and Representation

The EU project, which started in April 2015, was brought to a successful conclusion in August 2018. In addition to the IRZ, CILC from the Netherlands was involved as a junior partner in the international consortium under the leadership of IBF from Belgium. The project term was forty months and the budget amounted to approx. €2 million.

The main beneficiary was the Georgian Ministry of Justice, with participation by other state institutions in Georgia. The project was divided into the following three components:

1. strengthening of capacities among relevant state stakeholders in the decision-making processes and legislation, with a particular prioritisation of the Georgian Ministry of Justice;
2. support for the Ministry of Justice in its representative function toward international courts and organisations;
3. strengthening and ongoing development of the Centre for the Translation of Georgian Laws into English, i.e. of EU acts of law with relevance to Georgia into the Georgian language.

More than one hundred activities were carried out within the project components. They included numerous training courses for members of parliament, government representatives and employees of the Ministry of Justice.

In addition to the preparation of guidelines and a manual on harmonising legislation with the EU Acquis, the project also included the development of extensive methods and concepts for regulatory impact assessment, as well as guidelines to improve government capacities in the legislative and decision-making processes.

# Georgien

In dem Projekt wurden umfassende Schulungen und Trainings of Trainers zur Angleichung der Rechtsvorschriften und Gesetzentwürfe implementiert und zu verschiedenen Themenstellungen Strategiepapiere erstellt, die Einsichten und Empfehlungen zu den Grundzügen zukünftiger Reformen geben sollen.

Um eine Nachhaltigkeit der Projektergebnisse zu gewährleisten, ist es wünschenswert, dass die derzeitigen Bemühungen der Regierung fortgesetzt werden und dass im Rahmen des Projekts spezialisierte Trainerinnen und Trainer zukünftig als Multiplikatoren fungieren.

---

## Ausblick

Es sollen einige wichtige Vorhaben, wie etwa die Erarbeitung eines Formularhandbuchs für die Richterschaft und Staatsanwaltschaft weiterverfolgt werden, um sie zu einem guten Abschluss zu bringen. Zudem wird erwo-gen, die bewährte Zusammenarbeit mit der Anwaltskammer auszubauen. So könnten etwa im Rahmen der anwaltlichen Ausbildung, für die die georgische Kammer verantwortlich ist und die derzeit grundlegend reformiert wird, Kurse deutscher Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte als fester Bestandteil integriert werden.

Im EU-Projekt zur Reform der Justiz steht eine Vielzahl von Aktivitäten an. So wird der Oberste Justizrat noch stärker bei der Umsetzung der Justizreformstrategie unterstützt werden, zudem soll die Justiz landesweit über die Inhalte und Bedeutung dieser Strategie informiert werden. Auch sollen die Gewinnung und Verwaltung des Personals in der Justiz durch einheitliche, klare Standards und Leitlinien auf eine neue Grundlage gestellt werden.

---

Hauptstadt: Amman  
Bevölkerung: 9,5 Millionen  
(davon über 650.000 beim UN-Flüchtlingshilfswerk registrierte syrische Flüchtlinge;  
Gesamtzahl der Syrer in Jordanien wird auf 1,2 Millionen geschätzt)  
Regierungsform: Konstitutionelle Monarchie

Capital: Amman  
Population: 9.5 million (including more than 650,000 Syrian refugees registered with the UN Refugee Agency; total number of Syrians in Jordan is estimated at 1.2 million)  
System of government: Constitutional monarchy

# Georgia

Large-scale training courses and train the trainer courses were also held within the project to promote harmonisation of legislation and draft legislation; moreover, strategy papers were prepared on a variety of issues as a means of providing insight and recommendations for the basic outlines of future reforms.

In order to guarantee the sustainability of project outcomes, it would be desirable that the government continue its current efforts and that trainers, who specialised within the framework of this project, will act as multipliers.

---

## Outlook

A number of important projects like the preparation of a manual of forms for the judiciary and Public Prosecutor's Office should continue and be brought to a positive conclusion. A strengthening of the proven cooperation with the Bar is also under consideration. For instance, this might enable the inclusion of courses by German lawyers as an integral part of legal training, for which the Georgian Bar is responsible and which is currently undergoing fundamental reform.

A large number of activities are also scheduled within the EU project on judiciary reform. For instance, the High Council of Justice will receive stronger support in implementing the judicial reform strategy; this will also involve communicating the content and significance of this strategy to the judiciary at national level. Moreover, a new fundament will be established for the recruitment and management of judiciary staff through the introduction of uniform, clear standards and guidelines.



# Jordanien

---

## Strategische Rahmenbedingungen

### Rechtspolitische Ausgangslage

Dem Haschemitischen Königreich Jordanien kommt in der Region des Nahen Ostens eine besondere Rolle zu. Als Garant für Stabilität und in der Rolle als Vermittler bei Konflikten genießt das jordanische Staatsoberhaupt König Abdullah II. nicht nur in der arabischen Welt großes Ansehen. Internationale Zustimmung erhielt das Königreich vor allem für seine Reaktion auf die Proteste 2011. Im Zuge dieser Ereignisse wurden einige Reformen auf den Weg gebracht sowie Verfassungsänderungen vorgenommen. So wurde unter anderem ein Verfassungsgericht etabliert, das 2012 seine Arbeit aufnahm.

# Jordan

---

## Strategic Framework

### Legal Policy Starting Point

The Hashemite Kingdom of Jordan has a particular status in the Middle East region. The head of state, Abdullah II of Jordan, is highly respected as a guarantor of stability and in the role of mediator in conflicts, not only in the Arab world. The kingdom earned international approval for its response to the 2011 protests in particular. A number of reforms and constitutional amendments were initiated as a result of these events. They included the establishment of a Constitutional Court, which started work in 2012.

Trotz der umfangreichen Modernisierungsbestrebungen steht das Königreich weiterhin vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen. Der Zustrom von Flüchtlingen, der Wegfall der traditionellen Absatzmärkte Syrien und Irak sowie der Druck seitens internationaler Geldgeber spitzen die ohnehin schwierige ökonomische Situation zu. So wurden im Frühjahr 2018 Subventionen für Grundnahrungsmittel abgebaut sowie ein Konzept für eine Einkommenssteuererhöhung beim Parlament vorgelegt, um den Haushalt zu entlasten. Die Pläne der Regierung führten im Mai 2018 zu den größten Protesten seit 2011 und hatten den Rücktritt des Premierministers Hani Al-Mulki zur Folge. Dessen Nachfolger, Omar Al-Razzaz, ist seit Juni 2018 im Amt und kündigte an, weitere Reformen, vor allem im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung, anzustoßen. Im Oktober 2018 kam es zu einer Umstrukturierung des Kabinetts, im Zuge derer Bassam Toulhani zum neuen Justizminister ernannt wurde. Dieser hatte das Amt bereits von 2013 bis 2016 inne.

Despite these clear reform efforts, the kingdom is still facing enormous economic challenges. The influx of refugees, the collapse of traditional sales markets in Syria and Iraq and pressure from international donors have exacerbated the already challenging economic environment. An example of this are the cuts in subsidies for basic food that took effect in spring 2018, as well as the submission of a proposal to parliament for an increase in income tax to ease the strain on the public coffers. In May 2018, the government plans led to the most widespread protests since 2011 and eventually precipitated the resignation of Prime Minister Hani Al-Mulki. In office since June 2018, his successor Omar Al-Razzaz has announced further reform efforts, especially in the area of rule of law and policy to combat corruption. A cabinet reshuffle took place in October 2018, during which Bassam Toulhani was appointed the new Minister of Justice. He had already held this office from 2013 to 2016.



Studienreise von Richtern des jordanischen Verfassungsgerichts und des Kassationsgerichts nach Karlsruhe: Richterin des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Gabriele Britz (3.v.l.), Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D. Prof. Dr. Michael Eichberger (Mitte), Mansour Hadidi, stellvertretender Präsident des jordanischen Verfassungsgerichts (rechts daneben)

Study trip by a delegation of judges from the Jordanian Constitutional Court and Court of Cassation to Karlsruhe: Judge at the Federal Constitutional Court Prof. Gabriele Britz (3rd from the left), Judge at the Federal Constitutional Court (retired) Prof. Michael Eichberger (centre), Mansour Hadidi, Vice President of the Jordanian Constitutional Court (to the right)

## Konzeption

Seit Aufnahme der Projektarbeit in Jordanien im Jahr 2006 unterstützt die IRZ verschiedene Institutionen der jordanischen Justiz durch Fortbildungs-, Trainings- und Beratungsmaßnahmen.

Ein wichtiger Partner ist das Verfassungsgericht. Dieses braucht auch mehr als sechs Jahre nach seiner Arbeitsaufnahme noch Unterstützung in Form eines Erfahrungsaustauschs, um die besondere Stellung des Gerichts im Justizwesen und seine Bedeutung für den Rechtsstaat gänzlich begreiflich zu machen. Dies betrifft besonders das Verhältnis des Verfassungsgerichts zum Kassationsgerichtshof sowie zur ordentlichen Gerichtsbarkeit im Allgemeinen. Seitens des Kassationsgerichts besteht ebenfalls Beratungs-

## Overall Concept

Since the start of project work in Jordan in 2006, the IRZ has been supporting various institutions within the Jordanian judiciary by providing basic and further training, as well as advisory measures.

The Constitutional Court is an important partner. Even after more than six years since starting work, it requires support in the form of exchange of experience in order to ensure a holistic appreciation of the Court's particular position within the judicial system and its significance for the rule of law. This applies especially to the relationship between the Constitutional Court, the Court of Cassation, as well as the jurisdiction of the ordinary courts in general. The Court of Cassation also has need



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jordanischen Strafvollzugsbehörde beim Seminar zum Thema „Klassifizierung und Vollzugsplan und Einbindung externer Akteure in den Resozialisierungsprozess“ in Amman

Participants from the Jordanian law enforcement authorities at the seminar on "Classification, rehabilitation plan and inclusion of external stakeholders for the successful resocialisation of released prisoners" in Amman

bedarf. Das Gericht ist zwar voll funktionsfähig und wird anerkannt, jedoch mangelt es an einer einheitlichen Rechtsprechung, was zu einer Beeinträchtigung der Rechtssicherheit führen könnte.

Im Bereich des Strafvollzugs leistet die IRZ auf mehreren Arbeitsgebieten Unterstützung. Vor allem auf dem Gebiet der Resozialisierung von Haftinsassen, beginnend mit der Erstellung von Vollzugsplänen über Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten während der Haft bis hin zu Eingliederungsmaßnahmen nach der Haftentlassung und der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft hat die IRZ beraten.

Mit der Generalstaatsanwaltschaft Amman finden im Rahmen der Projektarbeit Workshops und Expertengespräche statt, die nunmehr auch den strafrechtlichen Bereich in Jordanien stärker in den Fokus rücken. Hier besteht insbesondere im Bereich Bekämpfung der organisierten Kriminalität ein erhöhter Beratungsbedarf, vor allem zu Methoden und Strategien sowie zur Herstellung von Synergien zwischen den Akteuren und der Bildung eines breiten Netzwerks auf nationaler sowie internationaler Ebene.

Die Arbeit der IRZ wird neben den Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz auch durch die Projektförderung des Auswärtigen Amtes unterstützt. Hier hat die IRZ bereits im Zeitraum von 2014 bis 2016 ein Projekt zur Rechtsstaatsförderung in Jordanien im Rahmen der Transformationspartnerschaft für Nordafrika und den Nahen Osten umgesetzt. Das aktuelle Projekt zur Justizfortbildung als stabilisierendem Element der Rechtsstaatlichkeit in Jordanien, das Ende 2017 begann, wird bis 2019 fortgesetzt.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Studienreise einer Delegation von Richtern des jordanischen Verfassungsgerichts und des jordanischen Kassationsgerichts zu den Themen: „Die Stellung des Verfassungsgerichts innerhalb der Gerichtsbarkeit“ und „Zusammenwirken der obersten Revisionsinstanz mit den unteren gerichtlichen Instanzen“ nach Karlsruhe und Straßburg

for counselling. Although the court is fully operational and accepted, there is a lack of consistent case-law, which leads to deficits in respect of legal certainty.

The IRZ provides assistance in several areas of the penitentiary system. In particular, the IRZ has provided counselling in the field of resocialisation of inmates, beginning with the preparation of penitentiary plans to basic and further training opportunities during detention, re-integration measures after release from prison and cooperation with civil society.

Workshops and expert talks are held with the General Prosecutor's Office in Amman as part of the project work, which now focus more strongly on the area of criminal law in Jordan. In this regard, there is a special need for counselling, especially in the field of fighting organised crime and in particular on methods and strategies, as well as on the creation of synergies between stakeholders and the formation of a broad network at national and international level.

The work of the IRZ continues to be supported not only by grants from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, but also by project support from the Federal Foreign Office. From 2014 to 2016, the IRZ already implemented a project for promoting the rule of law in Jordan as part of the transformation partnership for North Africa and the Middle East. The current project that began in late 2017 to provide further training for judiciary staff as a stabilising element in the rule of law in Jordan will continue until 2019.

## Foci of Activity in 2018

Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Study trip by a delegation of judges from the Jordanian Constitutional Court and Court of Cassation to Karlsruhe and Strasbourg on the topics of: "The position of the Constitutional Court within general jurisdiction" and "Interaction between the Court of Cassation with the lower courts"

## Rechtspflege

- Kolloquium zum Thema „Training of Trainers: Soft Skills für die richterliche Praxis mit dem Schwerpunkt Tatsachenfeststellung vor Gericht“ in Amman

## Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Amman
- Seminar zu den Themen „Vorbereitung der Resozialisierung: Klassifizierung der Häftlinge und Vollzugsplan“ sowie „Einbindung externer Akteure (staatlich und zivilgesellschaftlich) im Resozialisierungsprozess“ in Amman
- Studienreise zum Thema „Klassifizierung, Vollzugsplan und Einbindung externer Akteure als Grundlage für eine erfolgreiche Resozialisierung von Haftentlassenen“ nach Berlin
- Erfahrungsaustausch zur internationalen rechtlichen Zusammenarbeit und zu Rechtshilfeverfahren im Bereich des Strafrechts in Amman
- Expertengespräche zur internationalen Rechtshilfe in Strafsachen auf der Grundlage internationaler und bilateraler Abkommen in Amman

## Ausblick

Die Kooperation mit den jordanischen Partnern wird sowohl im Rahmen der institutionellen Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz als auch mit den Mitteln des Auswärtigen Amts fortgesetzt. Insbesondere im Rahmen des vom Auswärtigen Amts geförderten Projekts im Rahmen der Transformationspartnerschaft sollen im ersten Quartal 2019 die Projektpartner Verfassungsgericht, Kassationsgericht sowie Justizakademie weiterhin intensiv unterstützt und beraten werden. Ein entsprechender Folgeantrag ist derzeit in Arbeit und soll zusätzlich vertiefende Maßnahmen mit der Strafvollzugsbehörde, Generalstaatsanwaltschaft sowie dem Justizministerium beinhalten. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sollen die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Korruptionsbekämpfung, Implementierung der internationalen Standards im Strafvollzugswesen sowie internationale Rechtshilfe in Strafsachen sein.

## Administration of Justice

- Colloquium in Amman on the topic “Training of trainers: soft skills in judicial practice, prioritising the establishment of facts before court” in Amman

## Criminal Law and Penitentiary Law

- Seminar on the topic “Fighting organised crime” in Amman
- Seminar on the topics “Preparing for resocialisation: classification of inmates and rehabilitation plan for prisoners”, as well as “Inclusion of external stakeholders (from government and civil society) within the resocialisation process” in Amman
- Study trip to Berlin on the topic “Classification, penitentiary plan and inclusion of external stakeholders for the successful resocialisation of released prisoners”
- Exchange of experience in Amman on legal cooperation at international level and on mutual assistance procedures in the area of criminal law
- Expert talks in Amman on international legal assistance in criminal matters based on international and bilateral treaties

## Outlook

Cooperation with the Jordanian partners will proceed within the framework of the institutional subsidy from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, as well as with funding from the Federal Foreign Office. As part of the project funded by the Federal Foreign Office within the context of the transformation partnership in particular, strong support and counselling will continue to be provided to the project partners Constitutional Court, Court of Cassation and the Judicial Academy during the first quarter of 2019. A suitable follow-up application is currently being prepared and should contain more profound measures in cooperation with the law enforcement authorities, the General Prosecutor’s Office and the Ministry of Justice. Priorities within this cooperation will be fighting organised crime, policy to combat corruption, the implementation of international standards within the penitentiary system, as well as international legal assistance in criminal matters.

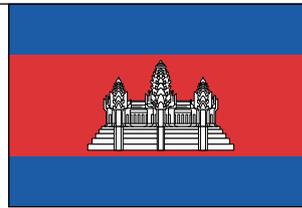


Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Erfahrungsaustauschs zur internationalen rechtlichen Zusammenarbeit und zu Rechtshilfeverfahren im Bereich des Strafrechts in Amman

Participants in the exchange of experience in Amman on legal cooperation at international level and on mutual assistance procedures in the area of criminal law

Hauptstadt: Phnom Penh  
Bevölkerung: ca. 16 Millionen  
Regierungsform: Konstitutionelle Monarchie  
mit Zweikammer-Parlament

Capital: Phnom Penh  
Population: approx. 16 million  
System of government: Constitutional  
monarchy with a bicameral parliament



## Kambodscha

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Kambodscha leidet noch immer unter den Folgen der jüngsten Vergangenheit. Der Friedensprozess und die Verarbeitung der Kriegsverbrechen der Roten Khmer sind äußerst beschwerlich. Es ist eines der ärmsten Länder der Welt, das mit Herausforderungen wie institutionalisierter Korruption, fehlender Wettbewerbsfähigkeit, bürokratischen institutionellen Strukturen und einem schwachen Justizsystem konfrontiert ist. Kambodschas Wirtschaft wächst inzwischen stabil, wenn auch auf verhältnismäßig niedrigem Niveau, wobei die Tourismusbranche hohe Wachstumsraten aufweist.

Das wichtigste politische Ereignis im Berichtsjahr war die Parlamentswahl im Juli. Die kambodschanische Volkspartei (CPP) gewann die Wahl, und der langjährige Ministerpräsident Hun Sen wurde in seinem Amt bestätigt. Die größte Oppositionspartei (CNRP) wurde im Vorfeld der Wahlen vom Obersten Gericht aufgelöst, was für starke internationale Kritik sorgte und ein negatives Licht auf die Glaubwürdigkeit der Wahlen warf. Die EU und die Vereinigten Staaten zogen ihre Unterstützung für die Wahlen in der Folge zurück.

Das Bestreben internationaler Unterstützer, die Entwicklung einer Rechtsordnung zu fördern, die rechtsstaatliche Prinzipien beinhaltet, bleibt damit von höchster Aktualität. Für die weitere Entwicklung Kambodschas sind nachhaltige Reformmaßnahmen zur Schaffung eines unabhängigen und effizienten Justizwesens unverzichtbar.

#### Konzeption

Die IRZ unterstützt durch ihre Beratung die notwendigen Reformen vor allem im Bereich der Modernisierung der Gerichtsorganisation und setzt dabei den Schwerpunkt auf die Strafgerichtsbarkeit.

Der Themenkomplex Gerichtsorganisation wird seit zwei Jahren mit dem kambodschanischen Justizministerium und den Gerichten behandelt. Dies dient in erster Linie dem langfristigen Ziel der Entwicklung eines elektronischen Fallbearbeitungssystems (Case Management System) für die kambodschanische Strafgerichtsbarkeit.

Als Ergebnis der bisherigen Kooperation wurde ein Prozess-Flowchart zum Ablauf des strafrechtlichen Hauptverfahrens in den Gerichten erster Instanz (Amtsgerichten) auf Englisch erarbeitet und in Khmer übersetzt. Das erarbeitete Flowchart ermöglichte es, inhaltliche, technische und finanzielle Parameter für die Einführung eines elektronischen Fallbearbeitungssystems zu eruieren.

Es wurden des Weiteren mögliche Synergieeffekte mit einem bereits installierten elektronischen Registrierungssystem für Gerichtsakten geprüft. Das vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) am überwiegenden Teil der Strafgerichte implementierte Programm dient bislang statistischen und Berichtszwecken. Um die optimale Verwertung der bisherigen Arbeitsergebnisse sicherzustellen, entwickelte die IRZ unter Einbeziehung der existierenden elektronischen Instrumente für das kambodschanische Justizministerium ein Konzept, mit dessen

## Cambodia

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

Cambodia is still suffering under the consequences of its recent history. The peace process and overcoming the war crimes committed by the Khmer Rouge are extremely arduous. It is one of the world's most impoverished countries that faces challenges such as institutional corruption, inadequate competitiveness, bureaucratic institutional structures and a weak judicial system. Cambodia's economy is now growing at a steady pace, although at a comparatively low level, whereby the tourism industry is expanding quickly.

The parliamentary elections in July were the most significant political event in the reporting year. The Cambodian People's Party (CPP) won the elections, confirming the long-serving Prime Minister Hun Sen in office. The largest opposition party (CNRP) was disbanded by the Supreme Court in the run-up to the elections, prompting fierce international criticism and casting doubts on the credibility of the vote. In response, the EU and the United States withdrew their support for the elections.

The efforts by international supporters to develop a legal system containing principles of the rule of law are therefore more topical than ever. Sustained reform measures for the creation of an independent and efficient judicial system are indispensable to ensure Cambodia's continued development.

#### Overall Concept

The IRZ provides counselling to support the necessary reforms, especially in the areas of modernising court organisation, where it prioritises the criminal justice system.

The issues associated with court organisation have been addressed for two years now in cooperation with the Cambodian Ministry of Justice and the courts and aim primarily to establish an electronic case management system within the Cambodian criminal justice system in the long term.

So far, the cooperation has seen the production of a process flow chart for organising the main proceedings in the courts of first instance within criminal law (local courts); it was prepared in English and has since been translated into Khmer. This flow chart can be used as a basis to discuss the content, technical and financial parameters for introducing an electronic case management system.

Moreover, a review was conducted on potential synergy with an electronic registration system for court records that has already been installed. Implemented by the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) at the majority of criminal courts, it has been used for statistical and reporting purposes so far. Seeking to optimise utilisation of the work results acquired to date, the IRZ developed an overall concept for the Cambodian Ministry of Justice that included the existing electronic tools and that sought to expand the IT-assisted

Hilfe der IT-gestützte Ansatz in der Gerichtsorganisation ausgebaut werden kann. Ob und inwieweit eine Umsetzung dieses Konzepts folgt, hängt von der Entscheidung der zuständigen verantwortlichen Personen ab.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

### Rechtspflege

- Workshop zur Finalisierung des Prozess-Flowcharts für Strafrecht
- Amtsgerichtssitzung und Rechtsanwenderschulung mit der für die Gerichtsorganisation zuständigen Abteilung des Justizministeriums sowie mit Richterinnen und Richtern erster Instanz in Phnom Penh
- Workshop und Gespräche mit den Rechtsanwendern
- Besuch des Pilot-Gerichts (Amtsgericht Phnom Penh) zur Eruierung der IT-Anforderungen für ein elektronisches Fallbearbeitungssystem in Phnom Penh
- Workshop zur Vorstellung des Konzeptpapiers zu den IT-Anforderungen bei der Entwicklung eines elektronischen Fallbearbeitungssystems in Phnom Penh



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops zur Ausarbeitung von Anforderungen zur Errichtung eines elektronischen Fallbearbeitungssystems für die kambodschanische Strafgerichtsbarkeit in Phnom Penh

Participants at the workshop to identify the requirements to establish an electronic case management system for the Cambodian criminal justice system in Phnom Penh

## Ausblick

Die Zusammenarbeit mit dem Justizministerium und dem Amtsgericht in Phnom Penh soll im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Es wird angestrebt, über die zuständige Abteilung des Justizministeriums die Einführung des elektronischen Fallbearbeitungssystems als langfristiges Vorhaben in die neue, Anfang 2019 erwartete Strategie der Regierung aufzunehmen, um dem Projekt einen formellen Rahmen zu verleihen. Dies würde sowohl die Implementierung als auch die Finanzierung erleichtern sowie die Sichtbarkeit gegenüber der Öffentlichkeit steigern.

approach throughout the court organisation. If and to what extent this overall concept will be implemented depends on the decisions made by the persons in charge.

## Foci of Activity in 2018

### Administration of Justice

- Workshop to finalise the process flow chart for criminal law
- Local court session and training for legal practitioners in Phnom Penh with the department at the Ministry of Justice responsible for court organisation, as well as with judges at courts of first instance
- Workshop and discussions with legal practitioners
- Visit to the pilot court (Local Court in Phnom Penh) to discuss the IT requirements for an electronic case management system in Phnom Penh
- Workshop to present the concept paper on the IT requirements for developing an electronic case management system in Phnom Penh

Austausch der IRZ-Experten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Arbeitsgruppe beim Gericht erster Instanz in Phnom Penh: Sean Kung (links), Stellvertretender Leiter der Abteilung für Gerichtsorganisation des kambodschanischen Justizministeriums

Discussions between IRZ experts and participants in the working group at the court of first instance in Phnom Penh Sean Kung (on the left), Deputy Head of Department for Court Organisation at the Cambodian Ministry of Justice



## Outlook

There are plans to continue cooperation with the Ministry of Justice and the Local Court in Phnom Penh in the coming year. Attempts will be made to liaise with the responsible department at the Ministry of Justice in order to include introduction of the electronic case management system as a long-term project within the government strategy expected for early 2019 and hence to ensure that the project is awarded official status. This would facilitate both implementation and financing, as well as raising the public visibility of the project.

Hauptstadt: Nursultan  
Bevölkerung: 18,3 Millionen  
Regierungsform: Präsidentialrepublik;  
Zweikammer-Parlament mit eingeschränkten  
Kompetenzen; begrenzte lokale Selbstverwaltung

Capital: Nursultan  
Population: 18.3 million  
System of government: Presidential republic;  
bicameral parliament with limited powers;  
limited self-governance at local level



## Kasachstan

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Im Januar 2018 hatte Kasachstan als erstes zentralasiatisches Land die Ratspräsidentschaft im UN-Sicherheitsrat inne, in deren Rahmen insbesondere die strategische Entwicklung Zentralasiens und Afghanistans die thematischen Schwerpunkte bildeten.

Auch die Europäische Union unterstrich anlässlich des EU-Kasachstan-Kooperationsrats am 26. und 27. Februar 2018 in Brüssel ihren Willen, die Entwicklung und Stabilisierung der Region Zentralasien zu unterstützen. Das Interesse an der Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Kasachstan spiegelt sich neben der erfolgreichen Umsetzung des erweiterten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auch in der neuen EU-Zentralasienstrategie, deren Verabschiedung für 2019 angekündigt ist, wider. In diesem Rahmen soll die zukünftige Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Schutz von Menschenrechten intensiviert werden. Innenpolitisch wird das umfangreiche Reformprogramm im Land, das sich auf Fortschritte u. a. im Rechtswesen, in der Justiz sowie in der Verwaltung konzentriert, weiter vorangetrieben. Die Zusammenarbeit zwischen der IRZ und ihren Partnern in Kasachstan förderte auch im Berichtsjahr diese Reformbestrebungen.

#### Konzeption

Der Fokus der Zusammenarbeit mit der Republik Kasachstan lag auch im Jahr 2018 auf dem Straf- und Strafprozessrecht sowie auf dem Zivilrecht. Zu diesen Schwerpunktthemen wurden die Kooperationsmaßnahmen mit dem Obersten Gerichtshof und dem Fortbildungsinstitut bei der Generalstaatsanwaltschaft intensiv fortgesetzt. Die Zusammenarbeit mit dem Obersten Richterrat und dem Verfassungsrat stand ebenfalls im Vordergrund.

Die Maßnahmen mit dem Fortbildungsinstitut bei der Generalstaatsanwaltschaft konzentrierten sich im Berichtsjahr weitgehend auf Themen im Bereich der Cyberkriminalität. Das Hauptaugenmerk der gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Obersten Gerichtshof lag bei den Grundzügen der Strafgerichtsbarkeit.

Im Oktober 2018 organisierte die IRZ für eine hochrangige Delegation des Obersten Richterrats der Republik Kasachstan, der auch für die Qualitätsanforderungen sowie die Einstellungsvoraussetzungen für die Kandidatinnen und Kandidaten für das Richteramt verantwortlich ist, einen Arbeitsbesuch zum Thema „Aus- und Fortbildung für Richterinnen und Richter“.

In Zusammenarbeit mit dem kasachischen Justizministerium wurde im April 2018 ein Seminar zu Urheber- und Leistungsschutzrechten in Astana durchgeführt, an dem für die IRZ ein Vertreter der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) teilnahm.

Einer Anregung der Botschaft der Republik Kasachstan folgend organisierte die IRZ ein Fachprogramm für einen Arbeitsbesuch einer hochrangigen Delegation unter der Leitung von Vizeminister Serik Zhumangarin aus dem

## Kazakhstan

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

In January 2018, Kazakhstan became the first Central Asian country to hold the UN Security Council Presidency, during which the strategic development of Central Asia and Afghanistan were the main thematic priorities.

The European Union also emphasised its will to support development and stabilisation in the Central Asian region during the EU-Kazakhstan Cooperation Council in Brussels on 26 and 27 February 2018. The interest in continuing the cooperation with Kazakhstan is reflected in the new EU Central Asia strategy, whose adoption has been announced for 2019, as well as in the successful implementation of the Enhanced Partnership and Cooperation Agreement. Within this framework, future cooperation in rule of law, democracy, the protection of Human Rights and other areas will be intensified. At domestic policy level, the country's extensive reform programme focussing, inter alia, on progress in the legal system, judiciary and administration will continue unabated. The cooperation between the IRZ and its partners in Kazakhstan enhanced these reform efforts once again in the reporting year.

#### Overall Concept

In 2018 also, the focus of cooperation with the Republic of Kazakhstan was on criminal law, criminal procedure law and civil law. Cooperation with the Supreme Court and the Academy of Law Enforcement Agencies under the General Prosecutor's Office was pursued intensively within these priorities. Significant importance was also assigned to cooperation with the Supreme Judicial Council and the Constitutional Council.

The measures taken with the Academy of Law Enforcement Agencies under the General Prosecutor's Office during the reporting year focused largely on the area of cybercrime. The main emphasis of the joint events with the Supreme Court was on promoting the principles of criminal justice.

In October 2018, the IRZ organised a working visit on the topic of "Basic and further training of judges" for a high-ranking delegation from the Supreme Judicial Council of the Republic of Kazakhstan, which is also responsible for setting the quality and recruitment requirements for the magistracy.

A seminar on copyright and neighbouring rights was held in April 2018 in Astana in cooperation with the Kazakhstan Ministry of Justice and was attended by a representative of the Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) on behalf of the IRZ.

Acting on a suggestion by the Embassy of the Republic of Kazakhstan, the IRZ organised a technical agenda for a working visit by a high-ranking delegation led by Vice-Minister Serik Zhumangarin from the

Ministerium für nationale Wirtschaft der Republik Kasachstan, um sich mit deutschen Partnerinnen und Partnern in Berlin und Bonn zum Thema Kartellrecht auszutauschen.

Ministry of National Economy of the Republic of Kazakhstan to discuss issues of anti-trust law with German partners in Berlin and Bonn.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Internationale Konferenz „Realisierung der Verfassungsnormen als Garant eines effektiven Strafverfahrens“ in Ak-Bulak
- Unterstützung der Sommerschule zum vergleichenden Verfassungsrecht mit der KAZGUU Universität in Astana
- Arbeitsbesuch einer Delegation des Verfassungsrats der Republik Kasachstan in Nordrhein-Westfalen zum Thema „Schutz der Verfassungs- und Menschenrechte“

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Seminar zu Urheber- und Leistungsschutzrechten in Astana mit dem Justizministerium der Republik Kasachstan
- Runder Tisch in Berlin zum Thema „20 Jahre Antikorruptionsgesetzgebung und Bestehen der Behörde für Staatsdienst in der Republik Kasachstan“
- Arbeitsbesuch einer hochrangigen Delegation in Berlin und Bonn unter der Leitung von Vizeminister Serik Zhumangarin aus dem Ministerium für nationale Wirtschaft der Republik Kasachstan zum Thema Kartellrecht
- Seminar zum Thema gerichtliche Mediation in Astana
- Arbeitsbesuch zum Familienrecht in Sonthofen und Kempten

## Foci of Activity in 2018

Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- International conference on the “Realisation of constitutional standards as a guarantee for effective criminal proceedings” in Ak-Bulak
- Support of the summer school on comparative constitutional law with KAZGUU University in Astana
- Working visit by a delegation from the Constitutional Council of the Republic of Kazakhstan to North-Rhine Westphalia on the topic of protecting constitutional and human rights

Civil and Commercial Law

- Seminar in Astana on copyright and neighbouring rights with the Ministry of Justice of the Republic of Kazakhstan
- Round Table in Berlin on the topic of “20 years of anti-corruption legislation and the Agency for Civil Service Affairs in the Republic of Kazakhstan”
- Working visit to Berlin and Bonn on the topic of anti-trust law by a high-ranking delegation led by Vice-Minister Serik Zhumangarin from the Ministry of National Economy of the Republic of Kazakhstan
- Seminar in Astana on the topic of court mediation
- Working visit to Sonthofen and Kempten on the issue of family law



Hochrangige Delegation mit Vizeminister Serik Zhumangarin (2.v.r.) aus dem Ministerium für nationale Wirtschaft der Republik Kasachstan beim Besuch des Kammergerichts Berlin: Präsident des Kammergerichts, Dr. Bernd Pickel (4.v.r.)

High-ranking delegation with Vice-Minister Serik Zhumangarin (2nd from the right) from the Ministry of National Economy of the Republic of Kazakhstan visiting the Berlin Higher Regional Court: President of the Higher Regional Court, Dr Bernd Pickel (4th from the right)

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar „Legalisierung von kriminellen Einnahmen durch elektronisches Geld und virtuelle Währung“ in Astana
- Arbeitsbesuch zum Strafverfahren in Frankfurt/Main
- Hochrangiger Besuch der Präsidialverwaltung zum Thema Strafvollzug und Polizeiausbildung in Hannover, Nienburg und Sehnde
- Internationale Konferenz „Moderne Cyber-Bedrohungen unter den Bedingungen der Entwicklung der 4. Industriellen Revolution“ in Astana

Criminal Law and Penitentiary Law

- Seminar “Legalisation of criminal revenues using electronic cash and virtual currency” in Astana
- Working visit to Frankfurt/Main on criminal proceedings
- High-ranking visit by the Presidential Administration to Hannover, Nienburg and Sehnde on the topics of the penitentiary system and police training
- International conference “Modern cyber-threats under the conditions of the emerging 4th Industrial Revolution” in Astana



Delegation des Obersten Richterrats beim Besuch im Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz: Staatssekretär Fabian Scherf (Mitte)

Delegation from the Supreme Judicial Council visiting the Ministry of Justice of Rhineland-Palatinate Secretary of State Fabian Scherf (centre)

Junge Juristinnen und Juristen in der Rechtsakademie beim Obersten Gerichtshof der Republik Kasachstan

Young lawyers in the Academy of Justice under the Supreme Court of the Republic of Kazakhstan



- Internationales Seminar „Strategie gegen Terrorismus: neue Herausforderungen und internationale Erfahrung“ in Koschi
- Seminar zum Thema elektronische Beweismittel im Strafverfahren in Astana

#### Aus- und Fortbildung

- Arbeitsbesuch zur Aus- und Fortbildung für Richterinnen und Richter in Trier und Mainz
- Beteiligung kasachischer Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn

#### Ausblick

Die Zusammenarbeit mit den kasachischen Partnerinstitutionen wird auch vor dem Hintergrund der bestehenden Reformbestrebungen in Kasachstan fortgesetzt und wird sich weiterhin an den anstehenden Gesetzesreformen orientieren. Auch die neue EU-Zentralasienstrategie und das damit einhergehende vertiefte Interesse der EU an den zentralasiatischen Staaten bilden einen wichtigen Rahmen, um die Projektarbeit zwischen der IRZ und Kasachstan weiterhin zu fördern. Insbesondere das Straf- und Strafprozessrecht sowie das Zivilrecht bilden die Schwerpunkte in den Kooperationsmaßnahmen der IRZ mit Kasachstan. Die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsrat, dem Obersten Gerichtshof und dem Fortbildungsinstitut bei der Generalstaatsanwaltschaft werden fortgesetzt. Darüber hinaus ist geplant, den Dialog mit dem kasachischen Justizministerium weiter auszubauen und Maßnahmen zum geistigen Eigentum zu intensivieren und eventuell auf andere Fachgebiete auszuweiten.

- International seminar “Strategy to fight terrorism: new challenges and international experience” in Koschi
- Seminar in Astana on the topic electronic evidence in criminal proceedings

#### Basic and Further Training

- Working visit to Trier and Mainz on basic and further training for judges
- Attendance by Kazakh participants of the eighth “IRZ Summer School on German Law” in Bonn

#### Outlook

Cooperation with the partner institutions in Kazakhstan will continue, also in view of the ongoing reform efforts in the country, and will remain focused on the upcoming legal reforms. Moreover, the EU’s new Central Asia strategy and its consequent enhanced interest in the Central Asian states provide an important framework within which to continue promoting project work between the IRZ and Kazakhstan. Criminal, criminal procedure and civil law will be the priorities of the IRZ’s cooperative undertakings with Kazakhstan. Cooperation with the Constitutional Council, the Supreme Court and the Academy of Law Enforcement Agencies under the General Prosecutor’s Office will carry on. There are also plans to further expand discussions with the Kazakhstan Ministry of Justice, to intensify measures for the protection of intellectual property and possibly to extend them to other fields as well.

Hauptstadt: Bischkek  
Bevölkerung: ca. 6,01 Millionen  
Regierungsform:  
Parlamentarisch-präsidentielle Demokratie

Capital: Bishkek  
Population: approx. 6.01 million  
System of government:  
Parliamentary-presidential democracy



## Kirgisistan

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Das zweitkleinste Land Zentralasiens steht weiterhin vor der Herausforderung, den Übergang zum Rechtsstaat zu bewältigen. Die seit 2010 geltende Verfassung sieht eine parlamentarische Demokratie vor. Die Rechte von Parlament und Regierung wurden im Jahr 2016 durch eine Änderung der Verfassung gestärkt. Die frei und friedlich abgehaltenen Wahlen zum Staatspräsidenten 2017 – in der Region nicht selbstverständlich – stellten einen Beitrag zur politischen Stabilität dar. Allerdings gibt es in der Rechtswirklichkeit noch viele Unzulänglichkeiten. Die Gewaltenteilung ist nicht verinnerlicht, langjährig etablierte Machtstrukturen, unzureichende Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen und Versuche zur Einflussnahme auf die Justiz erschweren die Entwicklung zu einem modernen Staat, der verfassungsrechtliche Garantien gewährt.

Zur Stabilisierung des Landes engagieren sich viele internationale bi- und multilaterale Akteure, wie beispielsweise die EU, die ihre Zentralasienstrategie ab 2019 mit neuer Ausrichtung auch im Rechts- und Justizbereich implementieren wird.

#### Konzeption

Die IRZ nahm ihre Tätigkeit in Kirgisistan 2010 auf und realisiert seitdem Beratungsmaßnahmen mit dem Justizministerium, dem Parlament, dem noch relativ jungen Anwaltsrat und der Generalstaatsanwaltschaft. Die Aktivitäten sind darauf gerichtet, die Kapazitäten zu professionalisieren, Best Practices zu diskutieren und schwerpunktmäßig zu ausgewählten Rechtsgebieten zu beraten.

Im Berichtsjahr beging die kirgisische Verfassungskammer beim Obersten Gericht ihr 25-jähriges Jubiläum und richtete aus diesem Anlass eine internationale Konferenz aus. Auf Bitten des Kammervorsitzenden entsandte die IRZ als Referenten den früheren Präsidenten des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt und des OLG Sachsen-Anhalt. Die Tagung bot erfreulich viel Raum für Diskussionen unter den Richterinnen und Richtern von Verfassungsgerichten aus insgesamt elf Ländern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Venedig-Kommission. Dabei ging es um aktuelle, nationale Themen zu den unterschiedlichen Verfassungen und zur Rolle eines Verfassungsgerichts. Viel Aufmerksamkeit wurde dem deutschen Verfassungsrecht, dem Bundesverfassungsgericht und dessen Entscheidungen gewidmet. Dieses Interesse wurde darüber hinaus durch eine Vorlesung zur Unabhängigkeit der Justiz für Studierende an der Kirgisischen Staatlichen Juristischen Akademie gewürdigt.

Mit einem Expertengespräch zur internationalen Vertragsgestaltung, insbesondere für Darlehen von Entwicklungsbanken, griff die IRZ einen Themenwunsch des Justizministeriums auf. Die deutschen Kolleginnen und Kollegen vermittelten einschlägige Standards und Erfahrungswerte aus der deutschen Praxis und berieten zu Vertragsgestaltung und Verhandlungstechnik unter Wahrung staatlicher Interessen.

Neben den bilateralen Projekten beteiligt sich die IRZ als Juniorpartner an dem EU-Grant „Promotion of Rule of Law in the Kyrgyz Republic“, das für weitere viereinhalb Jahre fortgeführt wird.

## Kyrgyzstan

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The second smallest country in Central Asia continues to face the challenge of transitioning into a state under the rule of law. Introduced 2010, the Constitution defines Kyrgyzstan as a parliamentary democracy. A constitutional amendment in 2016 strengthened the rights of parliament and government. The free and peaceful election of the State President in 2017 – by no means a self-evidence in the region – contributed to political stability. Many inadequacies in the legal reality persist nevertheless. The separation of powers has not been embraced in the fullest sense, while deeply entrenched power structures, inadequate efficiency of state institutions and attempts to influence the judiciary present obstacles to the country's emergence as a modern state that grants constitutional guarantees.

Many bi- and multilateral stakeholders are assisting in stabilising the country, among them the EU, which in 2019 will start implementation of its Strategy for Central Asia in the legal and judicial fields, also.

#### Overall Concept

The IRZ began its work in Kyrgyzstan in 2010 and since then has conducted advisory measures with the Ministry of Justice, parliament, the relatively young Kyrgyz Bar and the General Prosecutor's Office. Its activities aim to professionalise capacities, discuss best practices and to provide advice on various prioritised legal areas.

The Constitutional Chamber of the Supreme Court of Kyrgyzstan celebrated its 25th anniversary in the reporting year and marked the occasion by hosting an international conference. On the request of the Chair of the Chamber, the IRZ sent the former President of the Regional Constitutional Court of Saxony-Anhalt and the Higher Regional Court of Saxony-Anhalt, as a speaker. It was pleasing to note that the conference provided plenty of opportunity for discussions between Constitutional Court judges from eleven countries, as well as representatives of the Venice Commission. These talks addressed current national issues relating to the different constitutions and the role of the Constitutional Court. German constitutional law, the Federal Constitutional Court and its rulings were significant topics of discussion. A lecture on the independence of the judiciary to students at the Kyrgyzstan State Law Academy reflected this interest further more.

The IRZ fulfilled a request from the Ministry of Justice by holding an expert discussion on international contract design, especially for loans from development banks. The German representatives communicated relevant standards and empirical findings acquired in Germany and offered advice on contract design and negotiation strategies for the preservation of state interests.

In addition to the bilateral projects, the IRZ also acts as junior partner in the EU Grant "Promotion of Rule of Law in the Kyrgyz Republic", which will continue for another four and a half years.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

### Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Entsendung eines Verfassungsrechtsexperten zur Jubiläumskonferenz der Verfassungskammer beim Obersten Gericht nach Bischkek
- Vorlesung zum Verfassungsrecht an der Kirgisischen Staatlichen Juristischen Akademie in Bischkek

### Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Runder Tisch und Workshop zum internationalen Vertragsrecht mit dem Justizministerium in Bischkek

Jubiläumskonferenz der Verfassungskammer in Bischkek: Erkinbek Mamyrov (1. Reihe Mitte), Vorsitzender der Verfassungskammer beim Obersten Gericht; Winfried Schubert, früherer Präsident des Landesverfassungsgerichts und des OLG (1. Reihe, 2.v.l.)

Anniversary Conference of the Constitutional Chamber in Bishkek: Erkinbek Mamyrov (1st row, centre), Chair of the Constitutional Chamber of the Supreme Court; Winfried Schubert, former President of the Regional Constitutional Court and the Higher Regional Court (1st row, 2nd from the left)



## Foci of Activity in 2018

### Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Dispatch to Bishkek of an expert on constitutional law to the Anniversary Conference of the Constitutional Chamber of the Supreme Court
- Lecture on constitutional law at the Kyrgyzstan State Law Academy in Bishkek

### Civil and Commercial Law

- Round table and workshop on international contract law with the Ministry of Justice in Bishkek



Vorlesung zum Verfassungsrecht mit Winfried Schubert, früherer Präsident des Landesverfassungsgerichts und des OLG an der Kirgisischen Staatlichen Juristischen Akademie in Bischkek unter Teilnahme von Rektor Prof. Dr. Baktybek Rysmendeev und der deutschen Botschafterin, Monika Iwersen

Lecture on constitutional law with Winfried Schubert, former President of the Regional Constitutional Court and the Higher Regional Court, at the Kyrgyzstan State Law Academy, attended by the Rector, Prof. Baktybek Rysmendeev, and the German Ambassador, Monika Iwersen

---

## Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

### EU-Grant-Projekt: The Rule of Law Programme in the Kyrgyz Republic – 2nd phase (ROLPRO2)

Die EU finanziert seit 2014 ein breit angelegtes Projekt zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Kirgisistan. Das Projekt ging ab Mai 2018 in die Phase 2 über und wurde bei einer Laufzeit bis 2022 auf ein höherwertiges Programmniveau gehoben; ebenso wurde das inhaltliche Aufgabengebiet erweitert. Bei dem von der GIZ geführten Konsortium beteiligt sich die IRZ neben weiteren Konsortialpartnern weiterhin mit zwei Langzeitexperten, die gezielt bei konkreten Fragestellungen von Kurzzeitexpertinnen und -experten fachlich unterstützt werden.

Die Konsortialpartner teilen sich die umfangreichen Aufgabengebiete in drei Komponenten auf: Modernisierung des Gesetzgebungsverfahrens (Komponente 1), Unterstützung der Justiz / des Gerichtssystems (Komponente 2) und Unterstützung der Staatsanwaltschaft (Komponente 3). Den deutschen Organisationen GIZ und IRZ fallen dabei Schwerpunktaufgaben in der 1. und 2. Komponente zu, zu denen auch eine umfassende Verwaltungsrechtsreform gehört. Die vom Projekt unterstützten Reformbestrebungen der kirgisischen Regierung und der staatlichen Institutionen sind auf Erhöhung der Effektivität der Justizverwaltung, Schaffung von Transparenz und Glaubwürdigkeit für die Justiz- und Gerichtsstrukturen sowie Bekämpfung der Korruption gerichtet.

Im Rahmen des EU-Grant-Projekts zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit präsentierte das Projektteam im April 2018 beim Obersten Gericht das IT-gestützte Aktenverwaltungssystem „AIS Suda“

In April 2018, the project team presented the IT-assisted file management system "AIS Suda" to the Supreme Court as part of the EU Grant project to promote the rule of law

---

## Ausblick

In Zukunft wird die IRZ weiterhin Beratungsmaßnahmen, die das Engagement im EU-Projekt ergänzen, realisieren und dabei auf bewährte Formate setzen, in dem Know-how-Transfer und Praxisnähe im Vordergrund stehen.

In der zweiten Phase des EU-Projekts werden die Zielvorgaben des Programms erweitert und decken nun neben einer Verfestigung eines rechtsstaatlich ausgerichteten Justiz- und Gerichtswesens sowie der Förderung im Bereich Gesetzgebungsverfahren als eigenen Themenschwerpunkt auch die Stärkung der Staatsanwaltschaft ab. Zum Themenkomplex eJustice ist die Einführung eines elektronischen Gerichtsakten-Verwaltungssystems an drei Pilotgerichten hervorzuheben. Dieses System soll in der 2. Phase mit Unterstützung des Programms funktional erweitert werden und sukzessive bei allen Gerichten zum Einsatz kommen. Das Projektteam hat außerdem mit den Vorbereitungen für die Digitalisierung des Gesetzgebungsverfahrens begonnen.

---

## Project funded by the European Union

### EU Grant project: The Rule of Law Programme in the Kyrgyz Republic – 2nd phase (ROLPRO2)

The EU has funded a large-scale project to promote the rule of law in Kyrgyzstan since 2014. The project entered its second phase in May 2018 and, now scheduled to run until 2022, was elevated to a higher programme level; the content areas were also widened. In the consortium led by GIZ and including other consortium partners, the IRZ continues to participate with two long-term experts who receive support from short-term experts in order to address specific technical issues.

The consortium partners have divided the extensive areas of responsibility into three components: modernisation of the legislative procedure (component 1), support for the judiciary/court system (component 2) and support for the Public Prosecutor's Office (component 3). Within this framework, the German organisations GIZ and IRZ have mainly been assigned priority areas belonging to the 1st and 2nd components, which also involve sweeping reforms of administrative law. The reform efforts of the Kyrgyz Government and the state institutions, which are supported by the project, are directed towards increasing the effectiveness of judicial administration, creating transparency and credibility within judicial and court structures as well as fighting corruption.



---

## Outlook

The IRZ will continue to implement advisory measures that build on efforts within the EU project and in doing so will apply proven formats that prioritise the transfer of know-how and practical utility.

The second phase of the EU project will widen the programme objectives and will now, as a separate priority field, seek to strengthen the Public Prosecutor's Office, in addition to promoting the rule of law within the judiciary and court system and providing support within the area of legislative procedure. Three pilot projects for the introduction of an electronic court file administration system deserve special mention in the wider area of e-justice. There are plans to offer programme support during the 2nd phase of the project, which will involve successive implementation of the system at all courts. In addition, the project team has commenced preparations for digitisation of the legislative procedure.



## Kosovo

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Im Februar 2018 feierte die noch junge Republik Kosovo den zehnten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Die EU betrachtet Kosovo seit seiner Unabhängigkeit unter Hinweis auf UN-Resolution 1244 (die den endgültigen völkerrechtlichen Status offenlässt) als potentiellen Beitrittskandidaten. Mit dem Ziel der EU-Mitgliedschaft wurden seitdem in Kosovo unter teilweise schwierigen Rahmenbedingungen grundlegende Reformen angegangen.

So konnte in den vergangenen Jahren durch Unterstützung vieler internationaler Partner – darunter auch der IRZ – eine Vielzahl der kosovarischen Gesetze den EU-Standards angepasst werden, viele Richtlinien und Verordnungen der EU werden zudem bereits in nationales Recht umgesetzt. Als beschleunigendes Element dient dabei das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, das am 1. April 2016 in Kraft trat. In diesem Sinn werden bei neuen Gesetzgebungsvorhaben oder Gesetzesänderungen in der Regel schon jetzt die einschlägigen EU-Richtlinien und europäischen Standards berücksichtigt.

Auch im Berichtsjahr prägte der Konflikt um die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch Serbien die rechtspolitische Ausgangslage. Der geführte Vermittlungsdialo g der EU im Rahmen des Brussels Agreement konnte bislang zu keiner wesentlichen Entspannung führen.

Dagegen konnte das Grenzfestlegungsabkommen mit Montenegro im März durch das Parlament bestätigt werden. Damit sind alle 95 Kriterien für eine Visa-Liberalisierung erfüllt. Die EU-Kommission empfiehlt diese daher und würdigt damit auch die Fortschritte bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption. Wie schnell die Visa-Liberalisierung umgesetzt werden kann, hängt nun von der Zustimmung des Rats der EU-Innenminister ab.

#### Konzeption

Seit 2001 zählt Kosovo zu den Partnerstaaten der IRZ. Sowohl im Rahmen von EU-finanzierten als auch im Rahmen von bilateralen zuwendungsfinanzierten Projekten werden seitdem in unterschiedlichen Formaten mit langjährigen Partnern Beratungen durchgeführt. Auch 2018 konnte die bisherige Projektarbeit noch weiter intensiviert werden. Das Verfassungsrecht sowie das Jugendstrafvollzugsrecht waren dabei die beiden Hauptsäulen in der bilateralen Zusammenarbeit. Im Verfassungsrecht lag der Schwerpunkt der Projekte, die die IRZ gemeinsam mit dem Verfassungsgericht und dem Obersten Gericht durchgeführt hat, im Bereich der EGMR-Rechtsprechung/EMRK und der Verfassungsbeschwerde. Zwar ist die Verfassungsbeschwerde in Kosovo als außerordentlicher Rechtsbehelf des Bürgers bereits eingeführt, sie hatte bislang jedoch noch wenig praktische Bedeutung. Zudem scheitern Verfassungsbeschwerden bislang oftmals an Formalien, wodurch es an wegweisender Rechtsprechung fehlt.

Bereits seit 2016 berät die IRZ in Kooperation mit UNICEF Kosovo zum Jugendstrafvollzugsrecht, um die Situation und die Perspektive für jugendliche Inhaftierte nach der Inhaftierung zu verbessern und durch gezielte Trainings europäische Standards für eine jugendfreundliche Justiz

## Kosovo

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The young Republic of Kosovo celebrated its 10th Independence Day in February 2018. Since its independence, the EU has classified Kosovo as a potential accession candidate country with reference to the UN Resolution 1244 (which leaves the final status under international law open). Aiming for EU membership, Kosovo has therefore tackled fundamental reforms under circumstances that have been difficult at times.

As a result, a large number of Kosovar laws have been harmonised with EU standards and many EU regulations and directives have been implemented into national law with the support of numerous international partners, including the IRZ. The Stabilization and Association Agreement, which entered into force on 1 April 2016, has helped to accelerate this process. Accordingly, relevant EU directives and European standards are usually taken into consideration in new legislation projects or legislative amendments.

The conflict over the recognition of Kosovo's independence by Serbia continued to cast its shadow over the legal policy starting point in the reporting year. The mediation dialogue led by the EU under the Brussels Agreement has not eased the tension to a significant degree so far. Nevertheless, the Parliament ratified the border demarcation agreement with Montenegro in March with the result that now all 95 criteria for visa liberalisation are fulfilled. The liberalisation has been endorsed by the EU Commission, also in recognition of the progress achieved in fighting organised crime and corruption, but it remains to be seen how quickly it can be implemented as this matter depends on the approval of the EU Justice and Home Affairs Council.

#### Overall Concept

Kosovo became a partner state of the IRZ in 2001. Ever since, counselling has been provided in cooperation with long-standing partners within the framework of a large number of bilateral, grant-funded projects in a wide variety of formats. This project work was intensified once again in 2018. Constitutional law and juvenile penitentiary law were the main focus areas of the bilateral cooperation. In regard to constitutional law, the projects conducted by the IRZ together with the Constitutional Court and the Supreme Court prioritised ECtHR and ECHR case-law, as well as constitutional complaints. Although citizens already have extraordinary recourse to constitutional complaints in Kosovo, it has not acquired any substantial practical significance so far. Moreover, constitutional complaints have often failed to date due to formalities with the result that there is a lack of seminal case-law.

The IRZ has cooperated with UNICEF Kosovo since 2016 in the area of juvenile penitentiary law. The aim is to improve the situation and perspectives for juvenile inmates after their imprisonment and to establish European standards for a youth-friendly judiciary by means of targeted training. These training courses address the needs of prison staff,

aufzubauen. Zielgruppe dieser Trainings sind das Strafvollzugspersonal, Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Dabei ist zudem die effektive Vernetzung von NGOs und Strafvollzug ein vorrangiges Ziel. Die IRZ hat den aktiven Austausch mit der niedersächsischen Justiz und dem dortigen Jugendstrafvollzug organisiert und in mehreren Studienreisen nach Deutschland sowohl die gerichtliche Seite in einem Jugendstrafverfahren vorgestellt als auch die Kooperation von Gericht, Staatsanwaltschaft und Jugendarrestanstalt sowie Bewährungshilfe in den Mittelpunkt gestellt. Dieses Zusammenspiel der einzelnen Akteure ist insbesondere in Kosovo noch keine geübte Praxis. Wie so oft bei Reformen im Rechtsbereich bedarf es bei neu eingeführten Regelungen zum Jugendstrafrecht weniger einer Anpassung von rechtlichen Grundlagen, sondern vielmehr einer Verankerung im Bewusstsein der Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender sowie einer Umsetzung in der täglichen Praxis.

Darüber hinaus arbeitet die IRZ seit 2016 auch mit dem neu gegründeten Kosovo Prosecutorial Council (KPC) zusammen, um mit diesem insbesondere die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Staatsanwaltschaften und des KPC selbst aufzubauen. Dabei orientiert sich das Training am gleichartigen Programm für das Justizministerium, das im Rahmen des IRZ-Twinning-Projekts entwickelt wurde, um Synergien zu nutzen und ein in sich schlüssiges System der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Justiz zu etablieren.

Neben den Maßnahmen aus der bilateralen Zusammenarbeit implementiert die IRZ derzeit auch EU-Twinning-Projekte in Kosovo (siehe unten).

---

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Konferenz zum Thema „Verfassungsbeschwerde und aktuelle Rechtsprechung des EGMR“ mit Richterinnen und Richtern des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichts in Thessaloniki, Griechenland
- Workshop zum Thema „Charta der Grundrechte der Europäischen Union und EuGH Rechtsprechung“ mit Richterinnen und Richtern des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichts in Pristina

Rechtspflege

- Seminar zum Thema Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KPC in Pristina
- Studienreise für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KPC nach Deutschland zum Thema Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Training für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zum Thema „Wahrung der Schutzrechte von Jugendlichen bei einer rechtsanwaltlichen Vertretung in allen Phasen des Gerichtsverfahrens“ in Kooperation mit der kosovarischen Rechtsanwaltskammer in Pristina
- Zwei Trainings für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kosovarischen Jugendstrafvollzugsanstalt zum Thema „Aus- und Fortbildung als Voraussetzung einer erfolgreichen Resozialisierung und Wiedereingliederung von Jugendlichen in die Familie und Gesellschaft“ in Lipjan und Pristina

judges, public prosecutors and lawyers. Building effective networks between NGOs and the penitentiary system is a declared objective in this context. The IRZ organised active dialogue with the judiciary and juvenile penitentiary system in Lower Saxony and used a number of study trips to Germany to shed light on both the court aspect of juvenile criminal law, as well as the cooperation between the court, public prosecutor's office, juvenile detention facility and the probation system. This collaborative approach between the various stakeholders remains quite uncommon in Kosovo. Like so often when dealing with legal reforms, newly introduced provisions under juvenile criminal law require less the adaptation of legal bases, but rather an anchoring in the awareness of legal practitioners as well as implementation in daily practice.

In addition, the IRZ has cooperated with the newly founded Kosovo Prosecutorial Council (KPC) since 2016 and has focused in particular on media liaisons and public relations by the public prosecutor's offices and the KPC itself. The training provided in this context draws on a similar programme for the Ministry of Justice that was developed within the IRZ Twinning Project and that seeks to exploit synergy potential and to create a coherent system of media liaisons and public relations within the judiciary.

In addition to its bilateral cooperation measures, the IRZ currently implements EU Twinning Projects in Kosovo (see below).

---

### Foci of Activity in 2018

Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Conference in Thessaloniki, Greece, on “Constitutional complaints and current ECHR case-law” with judges from the Constitutional Court and the Supreme Court
- Workshop in Pristina on “The EU Charter of Fundamental Rights and ECJ case-law” with judges from the Constitutional Court and the Supreme Court

Administration of Justice

- Seminar on the topic of media liaisons and public relations with staff of the KPC in Pristina
- Study trip to Germany for staff of the KPC on the topic of media liaisons and public relations

Criminal Law and Penitentiary Law

- Training on “Safeguarding the protective rights of juveniles to legal counsel in all phases of court proceedings” in cooperation with the Kosovo Bar Association in Pristina
- Two training courses for staff of the Kosovar Youth Penitentiary on “Basic and further training as a precondition for the successful resocialisation and reintegration of juveniles in their families and within society” in Lipjan and Pristina

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gemeinsamen Konferenz des Obersten Gerichts und des Verfassungsgerichts zum Thema „Verfassungsbeschwerde und aktuelle Rechtsprechung des EGMR“

Participants at the joint conference of the Supreme Court and the Constitutional Court on the topic of "Constitutional complaints and current ECHR case-law"



Während des Gesprächs mit dem Justizvollzugsbeauftragten des Landes NRW, Prof. Dr. Michael Kubink (Kopfende des Tisches)

During the meeting with the Commissioner for the Penitentiary System in the State of NRW, Prof. Michael Kubink (at the head of the table)

- Studienreise einer kosovarischen Delegation nach Deutschland zum Thema „Kinderfreundliche Herangehensweise und Zusammenarbeit zwischen den Jugendstaatsanwaltschaften, den Jugendgerichten, der Bewährungshilfe und anderen Institutionen im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit“
- Studienreise einer kosovarischen Delegation nach Deutschland zur Kriminalprävention und Resozialisierung von Jugendlichen

- Study trip to Germany by a Kosovar delegation on "Child-friendly approach and cooperation between public prosecutor's offices in cases involving juveniles, juvenile courts, probationary services and other institutions within the field of juvenile jurisdiction"
- Study trip to Germany by a Kosovar delegation on the topic of preventing criminality and resocialisation for juveniles

## Aus- und Fortbildung

- Seminar zum Thema „Justiz und Medien“ in Kosovo
- Beteiligung kosovarischer Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn

## Basic and Further Training

- Seminar on "Judiciary and the media" in Kosovo
- Attendance by Kosovar participants of the 8th "IRZ Summer School on German Law" in Bonn

## Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

### EU-Twinning-Projekt: Strengthening Policy formulation and legislative drafting

Das seit Oktober 2016 von der IRZ implementierte EU-Twinning-Projekt setzt die gute und über die Jahre gewachsene Zusammenarbeit mit dem kosovarischen Justizministerium fort. Ziel des dreißigmonatigen Projekts ist die Stärkung der Kapazitäten im Ministerium in vier Komponenten, die aufeinander aufbauen bzw. einander ergänzen:

## Projects funded by the European Union

### EU Twinning project: Strengthening Policy Formulation and Legislative Drafting

The EU Twinning Project that has been implemented by the IRZ since October 2016 builds on its positive and long-standing cooperation with the Ministry of Justice of Kosovo. This thirty-month project aims to expand capacities within the Ministry in four sequential and complementary components:

- Strategische Planung in der Justiz,
- Rechtsharmonisierung und Gesetzgebung,
- Justiz und Medien sowie
- effektive Implementierung von Gesetzen.

Das Projekt unterstützt damit das Justizministerium umfassend in verschiedenen Abteilungen und in unterschiedlichen Rechtsgebieten und kann auf aktuelle Bedürfnisse reagieren. Ein wichtiges Thema im Ministerium ist momentan die sogenannte „Functional Review of the Rule of Law Sector“. Dabei handelt es sich um eine im Justizministerium angesiedelte groß angelegte Analyse des Justizsektors. Durch eine umfassende Untersuchung der gesetzlichen Grundlagen sowie einen kritischen Blick auf die Probleme in der Praxis sollen Verbesserungsvorschläge für den Sektor entwickelt werden. Das Twinning-Projekt unterstützt das Justizministerium in diesem Prozess. Dies umfasst auch grundsätzliche Fragen der Gesetzgebungstechnik, der Rechtsharmonisierung mit dem EU-Recht sowie die effiziente Implementierung der Gesetze. In diesem Zusammenhang bietet das Projekt auch Trainings zur Gesetzesfolgenabschätzung und Ex-post-Evaluation an.

Darüber hinaus arbeiten Expertinnen und Experten des Projekts in den Bereichen Kommunikation, Public Relations sowie Einbindung der Zivilgesellschaft in den Prozess der Gesetzgebung und in rechtspolitische Diskussionen eng mit dem Justizministerium zusammen.

2018 wurden im Rahmen des Twinning-Projekts rund vierzig Aktivitäten durchgeführt. Zu den Themen „Strategische Planung in der Justiz“ sowie „Effektive Gesetzesanwendung“ wurden Hospitationen im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Berlin und im Justizministerium Niedersachsen in Hannover organisiert. Das Projekt hat eine Laufzeit bis April 2019.

- strategic planning within the judiciary,
- legal harmonisation and legislation,
- judiciary and the media, and
- effective implementation of laws.

The project therefore provides extensive support to various departments within the Ministry of Justice in a number of legal areas and is hence able to respond to current needs. An important issue within the Ministry is the major analysis “Functional Review of the Rule of Law Sector”. A comprehensive study of the legal framework as well as a critical look at the problems in practice are intended to develop suggestions for improvement in the sector. The Twinning Project supports the Ministry of Justice in this process. This includes fundamental issues of legislation technique, legal harmonisation with EU law and efficient implementation of the laws themselves. Within this context, the project consists of training courses on regulatory impact assessments and ex-post evaluations.

Moreover, experts of the project work closely with the Ministry of Justice in the areas of communication, public relations and civil society participation in the process of legislation and in legal policy discussions.

Around forty activities were carried out as part of the Twinning Project in 2018. Internships at the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection in Berlin and the Lower Saxony Ministry of Justice in Hannover were organised on the topics of “Strategic planning within the judiciary” and “Effective application of the law”. The project is scheduled to run until April 2019.



Hochrangige kosovarische Delegation zu Besuch im kroatischen Justizministerium zum Austausch über Fragen der Justizreform im Rahmen des Twinning-Projekts „Strengthening policy formulation and legislative drafting“: Bruno Neziraj, Übersetzer; Faton Fetahu, Berater des Justizministers; Qemajl Marmullakaj,

Staatssekretär im Justizministerium; Tea Blakaj, Beraterin des Justizministers; Lulzim Beqiri, Abteilungsleiter Europäische Integration im Justizministerium; Shkelzen Maliqi, Vorsitzender des Richterrats; Julie Moskey, Beraterin der amerikanischen Botschaft Pristina; Julie Trappe, RTA Twinning Project (v.l.n.r.)

High-level Kosovar delegation visiting the Croatian Ministry of Justice to discuss issues of judicial reform within the framework of the EU Twinning Project “Strengthening policy formulation and legislative drafting“: Bruno Neziraj, Interpreter; Faton Fetahu, Adviser to the Minister of Justice; Qemajl Marmullakaj, State Secretary in

the Ministry of Justice; Tea Blakaj, Adviser to the Minister of Justice; Lulzim Beqiri, Director-General of the Department for European Integration in the Ministry of Justice; Shkelzen Maliqi, Chair of the Judicial Council; Julie Moskey, Adviser in the American Embassy in Pristina; Julie Trappe, RTA Twinning Project (from left to right)



Abschlussveranstaltung des Twinning-Projekts „Further support to legal education reform“: Katarina Grbesa, EU-Office Kosovo; Stephan Engelhorn, Experte; Zlatislava Mihailova, Expertin; Valon Kurtaj, Direktor der kosovarischen Justizakademie (v.l.n.r.)

Closing event of the Twinning Project “Further support to legal education reform“: Katarina Grbesa, EU Office Kosovo; Stephan Engelhorn, Expert; Zlatislava Mihailova, Expert; Valon Kurtaj, Director of the Judicial Academy in Kosovo (from left to right)

#### EU-Twinning-Projekt: Further Support to Legal Education Reform

Die Durchführung dieses Twinning-Projekts diente der Förderung der juristischen Aus- und Fortbildung in Kosovo. Projektpartner auf kosovarischer Seite war das Kosovo Judicial Institute (KJI). Das Projekt wurde gemeinsam mit dem niederländischen Juniorpartner Center for International Legal Cooperation (CILC) durchgeführt und nach einer Laufzeit von 30 Monaten im Jahr 2018 erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt sollte zum einen die Qualität der juristischen Aus- und Fortbildung sowie zum anderen das Trainingsmanagement des KJI verbessern.

Während der gesamten Laufzeit begleitete und unterstützte das Twinning-Projekt auch die Umwandlung des KJI in eine Justizakademie. Vor diesem Hintergrund ergaben sich die Schwerpunkte des Projekts und führten – immer in enger Zusammenarbeit mit dem KJI – unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

- Entwicklung von Methoden zur Identifizierung von Trainingsbedarf zwecks Verbesserung der Qualität der Aus- und Fortbildungen
- Erarbeitung von Leitlinien zur juristischen Aus- und Fortbildung
- Durchführung von Train-the-Trainer-Seminaren und Workshops zur Verbesserung der Fähigkeiten der Multiplikatoren
- Erstellung eines Trainingsbuchs für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu einer fallbasierten Aus- und Fortbildung
- Erarbeitung eines Trainingsprogramms für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung von Gerichten und Staatsanwaltschaften

Gleichzeitig erfolgte eine Aktualisierung der Datenbank des KJI, die auch mit Vorschlägen und Vorlagen zur Datenerfassung und Datenbewertung ergänzt wurde. Nach der Errichtung der Justizakademie unterstützte das Projekt diese bei der Erarbeitung eines Strategieplans zur weiteren Entwicklung der Akademie und ihrer Aufgaben in den kommenden Jahren.

#### EU Twinning project: Further Support to Legal Education Reform

This Twinning Project was carried out to promote basic and further training within the legal professions in Kosovo in cooperation with the Kosovo Judicial Institute (KJI). The project was implemented together with the Center for International Legal Cooperation (CILC) from the Netherlands as the junior partner and was successfully completed in 2018 after a term of 30 months. Its purpose was to improve basic and further legal training, as well as training management at KJI.

For its entire term, the Twinning Project accompanied and supported conversion of the KJI into a Judicial Academy. The priorities of the project were defined in regard to this purpose and, among other things, led to the following outcome, always in close cooperation with the KJI:

- Development of methods to identify training requirements with the aim of improving the quality of basic and further training
- Drafting of guidelines for the basic and further training of legal professionals
- Implementation of train-the-trainer seminars and workshops to improve the competencies of multipliers
- Preparation of a training manual on case-based basic and further training for judges and public prosecutors
- Drafting of a training programme for administrative employees at courts and public prosecutor’s offices

The KJI database was updated at the same time, also to include proposals and templates for data collection and analysis. After the establishment of the Judicial Academy was completed, the project supported the institution in preparing a strategic plan for the further development of the Academy and its tasks over the coming years.

## Ausblick

Die Kooperation mit den langjährigen Partnern der IRZ wie dem Verfassungsgericht, dem Obersten Gericht und dem Justizministerium soll auch 2019 fortgeführt und vertieft werden. Daneben soll die Zusammenarbeit mit dem KPC und im Bereich Jugendstraf- und Strafvollzugsrecht mit UNICEF Kosovo intensiviert werden. In diesem Bereich sollen die bisherigen Kooperationen mit dem niedersächsischem Justizvollzug fortgeführt werden, um einen weiterhin guten, intensiven, nachhaltigen und vertrauensvollen Austausch zu ermöglichen.

Hauptstadt: Rabat  
Bevölkerung: ca. 35 Millionen  
Regierungsform: Monarchie mit Elementen parlamentarischer Demokratie und zentralen Vorrechten des Königs

Capital: Rabat  
Population: approx. 35 million  
System of government: Monarchy with elements of parliamentary democracy and central prerogatives of the king

## Marokko

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Seit dem „Arabischen Frühling“ Anfang 2011 hat König Mohamed VI. zahlreiche politische Reformen angestoßen. Er überarbeitete die Verfassung und stärkte damit die Macht des Ministerpräsidenten und des Parlaments. Erklärtes Ziel war es, die Unabhängigkeit der Justiz und den Schutz der Menschenrechte voranzubringen. Die Ankündigung einer umfassenden Justizreform im Jahr 2013 sollte der zweite wichtige Schritt sein, um diesem Ziel näherzukommen. Sechs strategische Hauptziele, darunter die Modernisierung der Justizverwaltung, die Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz und eine Überarbeitung des Strafrechts, wurden in der Charta zur Reform des Justizsystems festgehalten. Die Unabhängigkeit der Justiz sollte unter anderem durch eine moderne und reglementierte Rechtsmedizin gefördert werden. Im Bereich des Strafrechts sollten das Strafmaß für bestimmte Delikte überarbeitet und umfassende Resozialisierungsprogramme geschaffen werden.

Im Jahr 2016 ließ der Justizminister verlauten, dass 78 Prozent der Empfehlungen der Charta umgesetzt wurden.

#### Konzeption

Nach einer ersten erfolgreichen Zusammenarbeit im Jahr 2014 entschied sich die IRZ in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Auswärtigen Amt, die rechtsstaatlichen Beziehungen zu Marokko zu vertiefen und auszubauen. Vor diesem Hintergrund setzte die IRZ im Zeitraum von 2015 bis 2017 ein Projekt zur Umsetzung der Rechtsreformen in Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Justizministerium und dem Kassationsgerichtshof um.

## Outlook

The cooperation with the IRZ's long-standing partners such as the Constitutional Court, the Supreme Court and the Ministry of Justice will be continued and expanded in 2019. In addition, the cooperation with the KPC and with UNICEF Kosovo in the area of juvenile criminal law and penitentiary law will be intensified. The current cooperation with the law enforcement authorities in Lower Saxony will proceed in this area to build on the fruitful, strong, sustained and trusting communication.



## Morocco

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

King Mohamed VI of Morocco has initiated numerous political reforms since the Arab Spring of early 2011. He revised the constitution and therefore strengthened the power of the prime minister and parliament. The declared goal was to advance the independence of the judiciary and the protection of human rights. Announced in 2013, the comprehensive judicial reform was intended as the second important step towards this goal. Six key strategic objectives, including modernisation of judicial administration, assuring the independence of the judiciary and a reform of criminal law, were laid out in the Charter of the Judiciary System Reform. Among other things, the promotion of modern and regulated forensic medicine was designed to bolster the independence of the judiciary. Also included within criminal law were a revision of sentencing for certain offences, as well as the establishment of a sweeping resocialisation programme.

The Minister of Justice officially declared in 2016 that 78 percent of the Charter recommendations had been implemented.

#### Overall Concept

Following an initial successful cooperation in 2014, the IRZ decided to intensify and expand relations with Morocco in the area of the rule of law in coordination with the German Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the German Federal Foreign Office. Within this framework, the IRZ completed a project from 2015 to 2017 to implement legal reforms with its Moroccan partners, the Ministry of Justice and the Court of Cassation. In addition, two further projects



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars „Leichenfund – Zusammenarbeit zwischen Justiz und Rechtsmedizin“ in Marrakesch

Participants at the seminar “Corpse discovery – interaction between the judiciary and forensic medicine” in Marrakesh

2017 begannen darüber hinaus zwei weitere Projekte zu den Themen Rechtsmedizin und Reform des Strafvollzugs. Beide Projekte sprechen thematisch wichtige Punkte der Justizreform an und sollen helfen, die oben genannten Ziele zu erreichen. Das Rechtsmedizinprojekt wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtsmedizin der Charité Berlin durchgeführt. Der Fokus liegt auf der Fortbildung von Rechtsmedizinerinnen und Rechtsmedizinern sowie Juristinnen und Juristen, unter anderem im Bereich des Strafprozessrechts und der Toxikologie. Zudem soll auch die Entwicklung einer Berufsordnung für die Rechtsmediziner unterstützt werden. Im Strafvollzugsprojekt liegt der Fokus insbesondere auf der Ausbildung des Strafvollzugspersonals sowie auf der Resozialisierung von Inhaftierten. Beide Kooperationsprojekte sind auf mehrere Jahre ausgelegt und laufen bis Ende 2019.

on the topics of forensic medicine and the penitentiary system were launched in 2017. Both of these projects address important aspects of the judicial reform and are intended to help achieve the aforementioned goals. The forensic medicine project is being carried out in collaboration with the Institute of Legal Medicine and Forensic Sciences at Charité Berlin. Its main objective is to provide further training to forensic doctors and legal professionals, among others in the areas of criminal procedure law and toxicology. Moreover, the development of a professional code for forensic physicians will also be supported. The penitentiary system project places a particular focus on the basic training of prison staff and the resocialisation of inmates. Both cooperation projects span several years and are intended to run until the end of 2019.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

### Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar zur Ausarbeitung und Entwicklung einer Berufsordnung für Rechtsmediziner in Rabat
- Fachgespräch zum aktuellen Gesetzentwurf einer Berufsordnung für Rechtsmediziner in Rabat
- Sechs Expertengespräche zum Thema „Wichtige Grundlagen des Strafrechts für Rechtsmediziner“ im Rahmen von Hospitationen marokkanischer Rechtsmedizinerinnen und Rechtsmediziner an der Charité Berlin
- Drei Seminare zum Thema „Leichenfund – Zusammenspiel von Justiz und Rechtsmedizin“ in Marrakesch, Casablanca und Tanger

## Foci of Activity in 2018

### Criminal Law and Penitentiary Law

- Seminar in Rabat on the preparation of a professional code for forensic doctors
- Expert talk in Rabat on the current draft legislation concerning a professional code for forensic doctors
- Six expert talks on the topic of “Important foundations of criminal law for forensic doctors” within the framework of internships by Moroccan forensic doctors at Charité - Universitätsmedizin Berlin
- Three seminars on the topic of “Corpse discovery – interaction between the judiciary and forensic medicine” in Marrakesh, Casablanca and Tangier

- Zwei Delegationsreisen zum Thema „Möglichkeiten der Rechtsmedizin für Juristen“ nach Berlin
- Zwei Seminare zur Einführung in die Toxikologie in Casablanca und Agadir
- Zwei Seminare zum Thema „Menschenwürdige Behandlung von Inhaftierten“ in Rabat
- Themenübergreifende Delegationsreise zur menschenwürdigen Behandlung von Inhaftierten sowie zur beruflichen, handwerklichen und künstlerischen Ausbildung von Inhaftierten nach Berlin
- Zwei Seminare zur beruflichen, handwerklichen und künstlerischen Ausbildung von Inhaftierten in Rabat
- Zwei Seminare zur sozialen und psychologischen Unterstützung von Inhaftierten in Rabat
- Seminar zum Thema „Good Governance in der Zusammenarbeit zwischen der Strafvollzugsbehörde und den einzelnen Anstalten“ in Rabat

- Two delegation trips to Berlin on the topic of “Potential of forensic medicine for legal professionals”
- Two seminars in Casablanca and Agadir on the introduction of toxicology
- Two seminars on the topic of “Humane treatment of inmates” in Rabat
- Cross-cutting delegation trip to Berlin on the humane treatment of inmates, as well as on the basic vocational, trades and artistic training for inmates
- Two seminars in Rabat on basic vocational, trades and artistic training for inmates
- Two seminars in Rabat on social and psychological support for inmates
- Seminar on the topic “Good governance in cooperation between the administration of the penal system and the individual penal institutions” in Rabat

Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Seminar „Berufliche, handwerkliche und künstlerische Ausbildung von Inhaftierten“ in Rabat: Hassan Hamina, Generaldirektion für Strafvollzug und Resozialisierung in Marokko (DGAPR); Younes Jabrane, Generalsekretär der DGAPR; Dr. Götz Schmidt-Bremme, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland; Mohamed Montasser Abidi, Projektbereichsleiter der IRZ (v.r.n.l.)

Welcoming of the participants at the seminar “Basic vocational, trades and artistic training for inmates” in Rabat: Hassan Hamina, Directorate General for the Correctional Service and Resocialisation (DGAPR); Younes Jabrane, Secretary General of DGAPR; Dr Götz Schmidt-Bremme, Ambassador for the Federal Republic of Germany; Mohamed Montasser Abidi, Head of Section at the IRZ (from right to left)



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars „Soziale und psychologische Unterstützung von Inhaftierten“ in Rabat

Participants at the seminar “Social and psychological support for inmates” in Rabat

---

## Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Technical-Asistance-Projekt: Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l'Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des Politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive

Die IRZ hat Ende 2018 dieses Projekt zum Strafvollzug in Marokko unter Federführung von DMI Associates aus Frankreich gewonnen. Weitere Partner sind B&S Europe aus Belgien und die GEPSA ebenfalls aus Frankreich. Das Konsortium hat sich gegen vier weitere Mitbewerber durchgesetzt. Das Budget liegt bei etwas unter drei Millionen Euro.

Inhaltlich geht es um die Verbesserung der Standards im Strafvollzug, die Resozialisierung von Häftlingen und die Prävention von Rückfällen. Zurzeit unterliegt das gesamte Strafrechtssystem in Marokko einer umfassenden Reform. Ziel dieses Projekts ist es, diesen Gesamtprozess zu unterstützen. Dabei sollen die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen Anwendung finden. Hauptbegünstigte ist die Generaldirektion für Strafvollzug und Resozialisierung in Marokko (Délégation Générale de l'Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion).

Der Vertrag dazu wurde Ende November 2018 zwischen dem Konsortium und der EU unterzeichnet. Vertragsbeginn und damit auch die Arbeitsaufnahme für die drei Langzeitexperten war der 1. Dezember 2018. Das Projekt wurde durch eine Kick-off-Veranstaltung am 6. Dezember 2018 in Rabat offiziell gestartet. Die Vertragslaufzeit beträgt 34 Monate.

---

## Ausblick

Die IRZ plant, ihr Engagement in den oben genannten Themenfeldern 2019 fortzusetzen und ihre Zusammenarbeit mit den marokkanischen Partnern zu intensivieren. In beiden Projekten sollen die Aktivitäten regional ausgeweitet werden. Auf diese Weise kann einer weit größeren Zielgruppe der Zugang zu den Seminaren ermöglicht werden. Im Strafvollzugsprojekt soll zudem aufgrund der sehr positiven Resonanz die Teilnehmerzahl erhöht werden. Auch eine Verlängerung des Projekts bis Ende 2020 ist vorgesehen. Gemeinsam mit der Generaldirektion für Strafvollzug und Resozialisierung in Marokko (DGAPR) soll darüber hinaus in einer Pilotvollzugsanstalt eine EDV-Schulungsstätte eingerichtet werden. Im Rechtsmedizinprojekt wird die Kooperation mit dem Justizministerium, der Staatsanwaltschaft und der marokkanischen Gesellschaft für Rechtsmediziner vertieft. Anfang 2019 soll in Marokko ein neues Gesetz in Kraft treten, das die Aufgaben und Pflichten sowie die Zulassungsvoraussetzungen für die Rechtsmedizinerinnen und Rechtsmediziner regelt. Zu diesem Themenbereich sind mehrere Rundtischgespräche mit allen beteiligten Akteuren geplant. Die bislang sehr erfolgreichen Seminare zum Thema „Zusammenarbeit zwischen Justiz, Polizei und Rechtsmedizin“ sollen im Jahr 2019 weiter fortgeführt und thematisch vertieft werden.

---

## Project funded by the European Union

EU Technical Assistance project: Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l'Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des Politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive

The IRZ acquired this project on the penitentiary system in Morocco, which will be under the leadership of DMI Associates from France, at the end of 2018. Other partners are B&S Europe from Belgium and GEPSA, also from France. The consortium won the bidding process against four other competitors. Its budget is just short of €3 million.

The underlying purpose is to improve standards within the penitentiary system, provide resocialisation for inmates and prevent recidivism. At present, the entire criminal law system in Morocco is undergoing sweeping reforms. This project aims to support the process as a whole. Within this framework, the United Nations Standard Minimum Rules for the Treatment of Prisoners should be applied. The principal beneficiary is the Directorate General for the Correctional Service and Resocialisation in Morocco (Délégation Générale de l'Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion).

The contract between the consortium and the EU was signed in late November 2018. Its term – and therefore the start of work for the three long-term experts – began on 1 December 2018. A kick-off event in Rabat on 6 December 2018 marked the official launch of the project. The contract will run for 34 months.

---

## Outlook

The IRZ plans to continue its commitment in the above fields and intensify cooperation with its Moroccan partners in 2019. Activities in both projects will therefore be extended to other regions as well. Doing so will allow access to the seminars for a far larger target group. Moreover, there are plans to increase the number of participants in the penitentiary system project in response to the extremely positive echo so far. An extension of the project until the end of 2020 is also included. Moreover, an IT education centre should be set up in a pilot penitentiary in cooperation with the Directorate General for the Correctional Service and Resocialisation in Morocco (DGAPR). Cooperation with the Ministry of Justice, the Public Prosecutor's Office and the Moroccan Institute of Legal and Forensic Medicine will be intensified as part of the forensic medicine project. A new law is scheduled to enter into force in Morocco at the start of 2019, which will regulate the tasks and duties of forensic doctors, as well as their licensing requirements. Several roundtable discussions on these issues with all the relevant stakeholders are planned in this regard. The extremely successful seminars on the topic of "Cooperation between the judiciary, police force and forensic medicine" will be continued and broadened in 2019.

Hauptstadt: Chişinău  
Bevölkerung: ca. 2,9 Millionen  
Regierungsform: Parlamentarische  
Demokratie

Capital: Chişinău  
Population: approx. 2.9 million  
System of government: Parliamentary  
democracy



## Moldau

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Das im Juli 2016 in Kraft getretene EU-Assoziierungsabkommen bildet die Grundlage der für eine europäische Integration der Republik Moldau erforderlichen Reformen, auch wenn nach der Wahl des moldauischen Staatspräsidenten im Jahr 2016 wieder stärkere Tendenzen hin zu einer Annäherung an Russland zu verzeichnen sind. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang wirksame demokratische und rechtsstaatliche Instrumente und Mechanismen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und der Vermeidung von Korruption bei transparenter, effektiver Strafverfolgung, gerade auch in Fällen wie dem seit 2014 schwelenden Bankenskandal. Darüber hinaus ist es wichtig, zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere mit jungen Juristinnen und Juristen, stärker einzubeziehen. Die Rechts- und Justizreformen sind in dieser komplexen und vielschichtigen politischen Situation für alle Beteiligten eine besondere Herausforderung. Die ursprünglich für Ende 2018 angedachten Parlamentswahlen sind nun im Frühjahr 2019 geplant. Es wird sich zeigen, ob diese Wahlen zu einem Reformschub führen werden.

#### Konzeption

Die IRZ versucht in dieser Gemengelage, die Rechts- und Justizreformen in der Republik Moldau mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einer fachorientierten Beratung und einer dementsprechenden Fortbildung von Juristinnen und Juristen aller Berufe zu unterstützen und damit einen Beitrag zu einer gefestigten Rechtsstaatlichkeit zu leisten. Schwerpunkte der Zusammenarbeit lagen im Berichtsjahr auf den Gebieten des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts einschließlich der Fragen der Einführung einer in die ordentliche Gerichtsbarkeit integrierten Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Reform des Strafprozessrechts und dem folgend des Strafvollzugsrechts. Ein Verwaltungskodex, bestehend aus einem allgemeinen, einem verwaltungsverfahrenrechtlichen und einem verwaltungsprozessrechtlichen Teil, wurde nach über zehnjähriger Zusammenarbeit 2018 verabschiedet und tritt am 1. April 2019 in Kraft.



Hochrangige Delegation der Republik Moldau nach Verabschiedung des Verwaltungskodexes zu Gast in Berlin: Raisa Apolschii, Abgeordnete, Vorsitzende des Rechtsausschusses des moldauischen Parlaments, Ion Druță, Präsident des Obersten Gerichtes, Christiane Wirtz, Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Igor Vremea, Abgeordneter, Mitglied des Rechtsausschusses (im Vordergrund v.l.n.r.)

High-level delegation from the Republic of Moldova visiting Berlin after adoption of the Administrative Code: Raisa Apolschii, Member of Parliament, Chair of the Committee on Legal Affairs in the Moldovan Parliament, Ion Druță, President of the Supreme Court, Christiane Wirtz, State Secretary in the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, Igor Vremea, Member of Parliament, Member of the Committee on Legal Affairs (at the front, from left to right)

## Moldova

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The EU Association Agreement that entered into force in July 2016 provides the foundation for the reforms that are necessary for a European integration of the Republic of Moldova, although stronger indications of a rapprochement with Russia have returned since election of the Moldovan State President in 2016. Of particular significance in this regard are operative instruments that promote democracy and rule of law, as well as mechanisms to strengthen the independence of the judiciary and to prevent corruption through transparent and effective criminal prosecution, also and especially in cases such as the bank scandal that has been smouldering since 2014. Moreover, it is important to ensure the greater involvement of civil organisations, particularly those with young legal professionals. Legal and judicial reforms are especially challenging for all stakeholders in this complex and multi-layered political situation. Originally scheduled for late 2018, parliamentary elections are now planned in spring 2019. It remains to be seen whether these elections will provide impetus for reforms.

#### Overall Concept

Within this situation, the IRZ uses the available methods of technical counselling and suitable further training of all legal professionals in an attempt to support legal and judicial reforms in the Republic of Moldova and in doing so to contribute to strengthening the rule of law. Cooperation during the reporting year prioritised the fields of administrative procedure law and administrative court procedure law, including the introduction of administrative court jurisdiction integrated within the jurisdiction of the ordinary courts, reform of criminal procedure law and, in consequence, of penitentiary law. An Administrative Code, comprising a general part, an administrative procedure law part and an administrative court procedure law part, was adopted in 2018 and will enter into force on 1 April 2019 after more than ten years of cooperation. Among the priorities of the IRZ's work will be to provide basic



Fachgespräch zu den Gesetzesänderungen im Strafprozessrecht mit Walter Selter (2.v.r.), Generalstaatsanwalt a.D. und Uwe Stark (rechts daneben), Richter am Amtsgericht Siegen

Expert talk on the legislative amendments in criminal procedure law with Walter Selter (2nd from the right), Prosecutor General retired and Uwe Stark (to the right), judge at the Local Court in Siegen

Hier wird nun die Aus- und Fortbildung der zukünftigen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter sowie von Beamtinnen und Beamten und Studierenden ein Schwerpunkt der Arbeit der IRZ sein. Die Beratungen zur Reform des Strafprozessrechts sind bislang nicht abgeschlossen und werden fortgesetzt, die Beratungen zum Strafvollzugsrecht stehen noch am Anfang. Durch das vom moldauischen Justizministerium 2016 entwickelte Strategiepapier wurden systematische Reformansätze für die Zeit von 2016 bis 2020 festgelegt. Hier wurde die IRZ um fachliche Unterstützung gebeten. Ein neues Justizvollzugsverwaltungsgesetz trat im Juni 2018 in Kraft. Daneben bedarf das Strafvollzugsgesetz einer Überarbeitung. Darüber hinaus begleitet die IRZ auch im Rahmen von EU-Projekten in der Republik Moldau fachlich die Rechts- und Justizreformen.

and further training for the future administrative judges, as well as civil servants and students. Counselling on the reform of criminal procedure law has not yet been completed and will be continued, while advice on penitentiary law is in its early stages. The strategy paper developed by the Moldovan Ministry of Justice in 2016 set out systematic reform ideas for the period from 2016 to 2020. The IRZ has been asked to provide technical assistance in this regard. A new penitentiary administration act entered into force in June 2018. In addition, the law on penitentiary system requires amendment. The IRZ also cooperates in EU projects in the Republic of Moldova, in which it attempts to provide technical support for legal and judicial reforms and to ensure they reach a successful conclusion.

**Tätigkeitsschwerpunkte 2018**

**Zivil- und Wirtschaftsrecht**

- Fachkonferenz zum moldauischen Zivilgesetzbuch mit der Staatlichen Universität in Chişinău
- Erstellung eines Handbuchs zur Relations- und Urteilttechnik

**Rechtspflege**

- Fachtagung zum aktuellen Stand des moldauischen Notarrechts und zum Aufbau der Notarkammer in Chişinău

**Straf- und Strafvollzugsrecht**

- Drittes Arbeitstreffen zur Besprechung der ausgearbeiteten Textänderungen zur moldauischen Strafprozessordnung in Chişinău
- Fachgespräche zu den Gesetzesänderungen im Strafprozessrecht mit größerer Fachöffentlichkeit in Chişinău
- Praxisorientierte Fortbildung zur wirksamen Ermittlung von Wirtschaftsstraftaten mit Beteiligung von Offshore-Unternehmen insbesondere mit Schwerpunkt auf verdeckte Ermittlungsmaßnahmen in Chişinău
- Ausbildungsmaßnahme für das Justizvollzugspersonal der Einweisungsabteilung in Gojan
- Klausurtagung und Fachgespräch zur Beratung des neuen Gesetzentwurfs zum moldauischen Justizvollzug in Chişinău
- Fachtagung der Generalstaatsanwaltschaft zur Rolle der Strafverfolgungsbehörde in Chişinău

**Foci of Activity in 2018**

**Civil and Commercial Law**

- Conference on the Moldovan Civil Code with the State University in Chişinău
- Preparation of a manual on relational and judgement technique

**Administration of Justice**

- Conference on the current status of notarial law in Moldova and on the establishment of a Chamber of Notaries in Chişinău

**Criminal Law and Penitentiary Law**

- Third working meeting in Chişinău to discuss the prepared textual amendments of the Moldovan Code of Criminal Procedure
- Expert talks on the legislative amendments in criminal procedure law with a wider professional audience in Chişinău
- Practical further training in Chişinău on the efficient investigation of white-collar crime involving offshore companies, prioritising undercover investigation measures
- Basic training for penitentiary staff at the intake department in Gojan
- Conclave and expert talk in Chişinău to discuss the new draft legislation for Moldovan penitentiary law
- Conference in Chişinău by the General Prosecutor’s Office on the role of the criminal prosecution authorities

### Öffentliches Recht

- Fachgespräch zum dritten Teil des Verwaltungskodexes (Verwaltungsprozessrecht) in Chişinău
- Arbeitsbesuch einer moldauischen Delegation zur Verwaltungsgerichtsbarkeit in Berlin und Leipzig
- Nationale Fachkonferenz mit Fachöffentlichkeit anlässlich der Verabschiedung des moldauischen Verwaltungskodexes in Chişinău
- Erste Ausbildungsmaßnahme zur Implementierung des Verwaltungskodexes in Chişinău
- Zweite Ausbildungsmaßnahme zur Implementierung des Verwaltungskodexes in Chişinău

### Aus- und Fortbildung

- Studienreise in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung mit jungen Juristinnen und Juristen zum Thema „Grundlagen des Justizsystems in Deutschland“ in Bonn und Köln
- Forschungsreise eines Vorstandsmitglieds der moldauischen NGO „Invento“ zur Resozialisierung von straffälligen Jugendlichen in Köln und Düsseldorf
- Ausbildungsseminar für moldauische Staatsanwälte im Bereich Presse und Medien in Kooperation mit der American Bar Association Rule of Law Initiative (ABA ROLI) in Chişinău, Bălţi, Cahul
- Seminar zur Gesetzgebungstechnik in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung im Rahmen des zweiten Jugendparlaments in Chişinău

### Public Law

- Expert talk on the third part of the Administrative Code (administrative court procedure law) in Chişinău
- Working visit by a Moldovan delegation to the administrative court jurisdiction in Berlin and Leipzig
- National conference in Chişinău attended by members of the legal professions to mark adoption of the Moldovan Administrative Code
- First further training measure in Chişinău to implement the Administrative Code
- Second further training measure in Chişinău to implement the Administrative Code

### Basic and Further Training

- Study trip by young lawyers to Bonn and Cologne on the issue of “Basics of the judicial system in Germany”, organised in cooperation with the Hanns Seidel Foundation
- Research trip in Cologne and Düsseldorf by a Board member of the Moldovan NGO Invento to study the resocialisation of criminal adolescents
- Further training seminar for Moldovan public prosecutors in the field of press and media, organised in cooperation with the American Bar Association Rule of Law Initiative (ABA ROLI) in Chişinău, Bălţi and Cahul.
- Seminar on legislation technique in cooperation with the Hanns Seidel Foundation during the second Youth Parliament in Chişinău

Fachkonferenz zum Verwaltungskodex:  
Dr. Mihai Poalelungi, Präsident des moldauischen Verfassungsgerichtes; Raisa Apolschii, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Parlaments; Victoria Iftodi, Justizministerin der Republik Moldau; Ion Druță, Präsident des Obersten Gerichts; Dr. Stefan Hülshörster, Geschäftsführer der IRZ; Klaus Hage, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Minden (v.l.n.r.)

Conference on the Administrative Code:  
Dr Mihai Poalelungi, President of the Constitutional Court of Moldova; Raisa Apolschii, Chair of the Parliamentary Committee on Legal Affairs; Victoria Iftodi, Minister of Justice of the Republic of Moldova; Ion Druță, President of the Supreme Court; Dr Stefan Hülshörster, Managing Director of the IRZ; Klaus Hage, Presiding Judge at the Administrative Court of Minden (from left to right)



---

## Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

### EU-Technical-Assistance-Projekt: Support to the Police Reform in the Republic of Moldova

Unter Federführung des belgischen Partners B&S ist die IRZ seit Oktober 2018 an der Implementierung des Projekts „Support to the Police Reform in the Republic of Moldova“ beteiligt. Das Projekt ist auf 38 Monate angelegt und hat ein Volumen von knapp 2,7 Mio. Euro. Ziel des Projekts ist eine Angleichung der Arbeit der Polizei in Moldau an europäische bzw. internationale Standards. Das Innenministerium und die zentrale Polizeidirektion stehen als begünstigte Behörden im Mittelpunkt. Inhaltlich knüpft das Projekt teilweise an das Projekt „Support to the Pre-Trial Investigation, Prosecution and Defence Set-Up“ an, das die IRZ federführend bis Anfang 2017 implementierte.

Zu den Inhalten des Projekts gehören: Erhöhung der Effizienz, Transparenz und Professionalität der Polizei, Unterstützung eines transparenten Auswahl- und Beförderungsverfahrens, Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Polizeiangehörigen sowie der polizeilichen Vollzugsarbeit und der Zusammenarbeit zwischen den Behörden, Unterstützung des Innenministeriums und der Zentralen Polizeidirektion bei der Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit und internen Planungs- und Budgetierungsabläufen.

### EU-Twinning-Projekt: Capacity Building of the National Centre for Personal Data Protection of the Republic of Moldova

Dieses Twinning-Projekt wird seit Oktober 2017 von der IRZ und dem lettischen Justizministerium als Juniorpartner implementiert. Im Rahmen des 24 Monate dauernden Projekts, das ein Gesamtbudget von 1 Mio. Euro hat, wird das Nationale Zentrum für Datenschutz der Republik Moldau (NCPDP) dabei unterstützt, den persönlichen Datenschutz und die Privatsphäre mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Standards der EU in Einklang zu bringen. Diese haben sich insbesondere mit dem Inkrafttreten der EU-Datenschutz-Grundverordnung im Mai 2018 geändert. Überdies soll der Austausch von Daten zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Republik Moldau abgesichert und u. a. die EU-Richtlinie 2016/680 zur Verarbeitung personenbezogener Daten in nationales Recht umgesetzt werden.

Das Projekt gliedert sich in drei Komponenten, innerhalb derer im Berichtsjahr folgende Ziele bereits erreicht werden konnten:

Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung im Bereich des persönlichen Datenschutzes mit dem EU-Acquis

Nach einer vergleichenden Analyse wurde ein neues Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten entworfen. Die geplante Übernahme dieses Gesetzentwurfs in das moldauische Recht soll die künftige Arbeit des NCPDP auf eine solide Rechtsgrundlage stellen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für den Austausch von personenbezogenen Daten zwischen Moldau und den EU-Mitgliedstaaten.

---

## Projects funded by the European Union

### EU Technical Assistance project: Support to the Police Reform in the Republic of Moldova

Working under the Belgian lead partner B&S, the IRZ has been involved in implementing the project “Support to the Police Reform in the Republic of Moldova” since October 2018. The project is scheduled to run for 38 months and has a budget of just over €2.7 million. The aim is to harmonise the work of the Moldovan police force with European and international standards. Work focuses on the Ministry of Internal Affairs and the General Inspectorate of Police as the beneficiary authorities. The content of the project builds in some areas on the project “Support to the Pre-Trial Investigation, Prosecution and Defence Set-Up”, which the IRZ implemented as lead organisation until early 2017.

The project focuses on the following areas, among others: increasing the efficiency, transparency and professionalism of the police force; support for a transparent recruitment and promotions procedure; improvements in the basic and further training of police officers and police enforcement as well as cooperation between the agencies; support for the Ministry of Internal Affairs and the General Inspectorate of Police in public relations and education; as well as internal planning and budgeting procedures.

### EU Twinning project: Capacity Building of the National Centre for Personal Data Protection of the Republic of Moldova

This Twinning project has been implemented by the IRZ and the Latvian Ministry of Justice as junior partner since October 2017. Scheduled to run for 24 months, the project has a total budget of €1 million. It seeks to support the National Centre for Data Protection of the Republic of Moldova (NCPDP) in the harmonisation of personal data protection and privacy with the legal frameworks and standards that apply in the EU. They have changed fundamentally since introduction of the EU General Data Protection Regulation in May 2018. Moreover, attempts are under way to safeguard the sharing of data between EU Member States and the Republic of Moldova, among other things by implementing EU Directive 2016/680 on the processing of personal data.

The project is divided into three components, in which the following objectives were achieved during the reporting year:

Harmonisation of national legislation in the field of personal data protection with EU Acquis

A new law for the protection of personal data was drafted following a comparative analysis. Planned adoption of this draft legislation in Moldovan law is intended to place the future work of the NCPDP on a solid legal footing. This is an important precondition for the exchange of personal data between Moldova and the EU Member States.

Unterstützung des NCPDP und anderer relevanter Institutionen bei der Umsetzung des neuen Datenschutzgesetzes

Die entsprechenden Maßnahmen werden in der zweiten Hälfte des Projekts fortgesetzt. So sollen beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NCPDP mit Lösungswegen bei Ermittlungen und Beschwerdeverfahren vertraut gemacht werden.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie der Personen, die Daten überprüfen und verarbeiten

Kommunikationsmaßnahmen, die sich an die Öffentlichkeit richten, Fortbildungen und Workshops für den Privatsektor, Medien sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NCPDP sollen dazu beitragen, ein positives Bild von der Rolle des NCPDP im Land und eine bessere Wahrnehmung des Datenschutzthemas im Allgemeinen zu vermitteln. In diesem Zusammenhang sind auch Veranstaltungen in den Regionen geplant, um so eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Für den künftigen Erfolg des NCPDP sind Vertrauen und Akzeptanz der verschiedenen Akteure in der moldauischen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung und stellen auch die Nachhaltigkeit des Projekts sicher.

Support of the NCPDP and other relevant institutions in the implementation of the new Data Protection Act

The necessary measures will continue in the second half of the project. This will include familiarising the NCPDP staff with investigative and complaints procedures.

Raising awareness within the general public and among persons who verify and process data

Communication measures designed for the general public, further training and workshops for the private sector, media and NCPDP staff are intended to help convey a positive impression of the NCPDP's role in the country and to raise awareness for the issue of data protection in general. Events are also planned to take place in the regions as a means of addressing the widest possible audience. It is imperative that the various stakeholders enjoy trust and acceptance within Moldovan society in order to ensure that the work of the NCPDP is successful and to foster the sustainability of the project.



Viertes Lenkungsausschussmeeting des EU-Twinning-Projekts zum Schutz personenbezogener Daten in Moldau: Jekaterina Macuka, Resident Twinning Adviser; Laila Medina, Member State Junior Project Leader; Lukas Gundermann, Member State Project Leader (v.l.n.r.)

Fourth Steering Committee meeting of the EU Twinning project on the protection of personal data in Moldova: Jekaterina Macuka, Resident Twinning Adviser; Laila Medina, Member State Junior Project Leader; Lukas Gundermann, Member State Project Leader (from left to right)

### Ausblick

Die Ausbildungsmaßnahmen zur Implementierung des Verwaltungskodexes für die Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender werden 2019 fortgesetzt. Auch die erforderlichen Beratungen zur Strafprozessordnung, insbesondere durch Fortbildungsseminare zum Strafverfahrensrecht und zum Ermittlungsverfahren, werden ebenfalls fortgeführt. Im Zuge des Strategiepapiers zur Reformierung des Strafvollzugs wird die Zusammenarbeit mit dem moldauischen Justizvollzugsamt durch Beratungen zum Gesetzentwurf und zur progressiven Strafvollstreckung ausgebaut. Die IRZ strebt zudem an, die frühere Zusammenarbeit zum Anwalts- und Notarrecht mit den moldauischen Partnern wieder aufzugreifen. Außerdem sollen die praxisorientierten Fortbildungen für Richterinnen und Richter der Zivil- und Strafgerichte und möglicherweise auch des Verfassungsgerichts zur Erhöhung von Qualität und Transparenz richterlicher Entscheidungen fortgeführt werden.

### Outlook

The further training measures for legal professionals to implement the Administrative Code will continue in 2019. Necessary advice on the Code of Criminal Procedure, especially further training seminars on criminal procedure law, will also extend into the new year. Cooperation with the Moldovan Department of Penitentiary Institutions will be expanded within the framework of the strategy paper for reform of the penitentiary system and will, in future, include counselling on draft legislation and progressive execution of sentence. Moreover, the IRZ will make efforts to rebuild its earlier cooperation with Moldovan partners on lawyers' notarial law. The practical further training of judges at civil and criminal courts, possibly also the Constitutional Court, will be continued as well in order to increase the quality and transparency of adjudications.



## Montenegro

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Das seit 2006 unabhängige Montenegro ist ein junger Staat, der im Rahmen der EU-Integration einen politischen und wirtschaftlichen Reformkurs verfolgt. Seit 2010 hat Montenegro den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen erfolgte im Juni 2012. Die Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) wurden im Laufe des Jahres 2013 eröffnet. Trotz dieser Fortschritte besteht noch erheblicher Handlungsbedarf bei der Rechtsharmonisierung. Montenegro, das nur über beschränkte personelle Ressourcen verfügt, bedarf wegen seiner erst vor einigen Jahren erworbenen Eigenstaatlichkeit, aber auch im Hinblick auf die weitere EU-Integration, besonderer Aufmerksamkeit. Das Jahr 2017 brachte mit dem NATO-Beitritt eine weitere Westannäherung des Landes.

#### Konzeption

Im Jahr 2007, direkt nach der Unabhängigkeit des Landes, richtete die IRZ einen eigenen Projektbereich für Montenegro und andere Staaten des westlichen Balkans ein. In der Folgezeit wurden verlässliche Arbeitsbeziehungen zum Justizministerium, zum beim Obersten Gericht des Landes angesiedelten Justiztrainingszentrum, zum Verfassungsgericht, zur Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption sowie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der juristischen Fakultät Podgorica aufgebaut. Im Rahmen des Ausbaus der bilateralen Beziehungen wurde auch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem montenegrinischen Justizministerium unterzeichnet, mit deren praktischer Umsetzung die IRZ beauftragt wurde. Außerdem war die IRZ bis Ende 2016 durch einen Langzeitberater des Justizministers vor Ort vertreten. Der wesentliche Schwerpunkt der Aktivitäten der IRZ in Montenegro liegt derzeit bei der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht und dem Justiztrainingszentrum. Mit Letzterem arbeitet man vor allem im Bereich des Zivilrechts zusammen, das von anderen ausländischen Organisationen kaum behandelt wird.

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Regionale Konferenz „Das Verhältnis der Verfassungsgerichte zu den Obersten Gerichten“ mit dem montenegrinischen Verfassungsgericht in Budva
- Beteiligung des Präsidenten des Verfassungsgerichts Montenegros und eines weiteren Richters des Verfassungsgerichts an der von der IRZ in Zusammenarbeit mit dem serbischen Verfassungsgericht veranstalteten regionalen Konferenz „Entscheidungen der Verfassungsgerichte im Bereich der abstrakten Normenkontrolle als Beitrag zur Förderung des Rechtsstaates“ in Belgrad, Serbien
- Beteiligung des Präsidenten des Verfassungsgerichts Montenegros und eines weiteren Richters des Verfassungsgerichts an der regionalen Verfassungsgerichtskonferenz „Das Steuerrecht in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung“ im Distrikt Brčko, Bosnien und Herzegowina

## Montenegro

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

Independent since 2006, Montenegro is a young state that pursues a policy of political and economic reform within the framework of EU integration. Montenegro has enjoyed the status of an EU accession candidate since 2010. Accession negotiations commenced in June 2012. Chapters 23 (judiciary and fundamental rights) and 24 (justice, freedom and security) were opened over the course of 2013. Despite this progress, there is still considerable action necessary in regard to legal harmonisation. Montenegro requires particular attention due to its limited human resources, the fact that it did not become an independent state until just a few years ago, as well as in regard to continued EU integration. The country joined NATO in 2017 as yet another step toward convergence with the West.

#### Overall Concept

The IRZ set up a separate project unit for Montenegro and other partner countries of the Western Balkans in 2007, immediately after the country had gained independence. This soon resulted in the establishment of reliable working relationships with the Ministry of Justice, the Judicial Training Centre within the country's Supreme Court, the Constitutional Court, the Special State Prosecutor's Office to fight organised crime and corruption, and with academics at the Podgorica Faculty of Law. Within the framework of continued development of bilateral relations, a cooperation agreement was signed between the German Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Montenegrin Ministry of Justice; IRZ was commissioned with practical implementation of this agreement. The IRZ was also represented in the country by a long-term advisor to the Minister of Justice until the end of 2016. The main priorities of the IRZ's activities in Montenegro are on cooperation with the Constitutional Court and the Centre for Training in Judiciary and State Prosecution. Work with the latter is concentrated mainly on issues of civil law, which is rarely addressed by other foreign organisations.

### Foci of Activity in 2018

Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Regional conference "The relationship between constitutional courts and supreme courts" with the Montenegrin Constitutional Court in Budva
- Attendance by the President and a judge of the Constitutional Court of Montenegro of the regional conference organised in cooperation with the Serbian Constitutional Court in Belgrade, Serbia, on the topic of "Decisions by the constitutional courts in the area of abstract judicial review as a contribution to promoting the rule of law"
- Attendance by the President and a judge of the Constitutional Court of Montenegro of the regional conference in the Brčko District, Bosnia and Herzegovina, on the topic of "Tax law in the case-law of constitutional courts"

## Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Seminare am Justiztrainingszentrum in Podgorica zu den Themen
  - Richterliche Verhandlungsführung in Zivilsachen
  - Wohnungseigentum
  - Vertragsverletzung und deren rechtliche Folgen

## Rechtspflege

- Arbeitsbesuch montenegrinischer Richterinnen und Richter zu Fragen der richterlichen Verhandlungsführung in Zivilsachen in München und Wolfratshausen (in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Richterverein)
- Verbreitung von der IRZ herausgegebener, regionaler juristischer Fachpublikationen, insbesondere der regionalen Fachzeitschriften „Kontinentalno Pravo“ (Kontinentales Recht) und „Nova Pravna Revija“ („Neue Juristische Umschau“), sowie der Buchpublikationen mit verschiedenen, mit fachlichen Einführungen versehenen Übersetzungen deutscher Gesetze

## Straf- und Strafvollzugsrecht

- Konferenz „XII National Anti-Corruption Conference“ in Zusammenarbeit mit der NGO MANS in Podgorica

## Ausblick

Die IRZ wird ihre erfolgreiche Arbeit in Montenegro auch 2019 fortsetzen. So wird sie gemeinsam mit dem Justiztrainingszentrum weitere Seminare anbieten, die insbesondere die Fähigkeit der Justiz zur europarechtskonformen Rechtsanwendung fördern sollen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht wird fortgeführt. Außerdem wird die IRZ montenegrinische Juristinnen und Juristen bei verschiedenen Themen in ihre sonstigen Aktivitäten in der Region einbinden, wobei insbesondere Themen mit Bezug auf die EU-Heranführung im Vordergrund stehen werden. Darüber hinaus steht die IRZ für eine Unterstützung im gesetzgeberischen Bereich bereit.

## Civil and Commercial Law

- Seminars at the Judicial Training Centre in Podgorica on the topics
  - Judicial negotiations in civil cases
  - Residential ownership
  - Breach of contract and its consequences

## Administration of Justice

- Working visit by Montenegrin judges to Munich and Wolfratshausen to address issues of judicial negotiations in civil cases (in cooperation with the Bavarian Association of Judges).
- Dissemination of regional legal specialist publications published by the IRZ, in particular the specialist regional journal “Kontinentalno Pravo” (Continental Law) and “Nova Pravna Revija” (“New Legal Review”), as well as book publications containing a variety of translations of German laws, each with a technical introduction

## Criminal Law and Penitentiary Law

- Conference “XII National Anti-Corruption Conference” in cooperation with the NGO MANS in Podgorica

## Outlook

The IRZ will continue its successful work in Montenegro during 2019 as well, for instance by organising additional seminars in collaboration with the Judicial Training Centre on application of the law by the judiciary in conformity with European law. Cooperation with the Constitutional Court will also continue. In addition, the IRZ will involve Montenegrin legal experts in its other activities on various topics in the region, whereby this will focus mainly on topics relating to EU Pre-Accession Assistance. The IRZ is also willing to provide support in legislative areas.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Studienbesuchs zur Verhandlungsführung im Zivilrecht im Sitzungssaal des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Participants in the study visit on judicial negotiations in civil law in the courtroom of the Bavarian Constitutional Court

Hauptstadt: Kathmandu  
Bevölkerung: ca. 30 Millionen  
Regierungsform:  
Demokratische Bundesrepublik

Capital: Kathmandu  
Population: approx. 30 million  
System of government:  
Federal democratic republic



## Nepal

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Seit im September 2015 in Nepal nach einer langen Debatte die Verfassung verabschiedet wurde, sind viele Reformen auf den Weg gebracht worden. Angesichts der hohen Anzahl von ca. 100 unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen und etwa 50 verschiedenen Sprachen prägen langwierige Verhandlungen und komplexe Verfahren die politische Kultur. Ende 2017 wurde ein neues Parlament gewählt, und zu Beginn des Berichtsjahrs bildete sich eine neue Regierung, die aufgrund einer relativ stabilen Mehrheit Aussicht auf eine längere Amtszeit als in der Vergangenheit hat.

Eine erfolgreiche Durchführung der Provinz- und Kommunalwahlen, die den Ausbau der vorgesehenen lokalen Verwaltungsstrukturen voranbrachte, leistete einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des verfassungsrechtlich gebotenen föderalen Staatsaufbaus. Zur Gewährung der Grundrechte aus der Verfassung vollzog das Parlament einen bedeutenden Schritt, indem es die erforderlichen einfachgesetzlichen Regelungen fristgerecht innerhalb des Drei-Jahreszeitraums nach Inkrafttreten der Verfassung verabschiedete. Wichtig waren ebenfalls die Verabschiedung eines Zivilgesetzbuchs, eines Strafgesetzbuchs und einer Strafprozessordnung, die den über 55 Jahre alten Muluki Ain – eine komplexe Zivil- und Strafrechtsordnung einschließlich Prozessrecht – ersetzen.

#### Konzeption

Das vom Auswärtigen Amt geförderte Projekt zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wurde 2018 fortgeführt. Gegenstand der Kooperation mit dem nepalesischen Partner, der Nepal Law Society, waren Schulungen für Richterinnen und Richter sowie weitere Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender auf der Basis eines gemeinsam von nepalesischen und deutschen Richterinnen und Richtern erarbeiteten Programms. Die darin enthaltenen Themen bezogen sich auf Mechanismen in verfassungsrechtlichen Streitigkeiten, die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Justiz und die Rolle der oberinstanzlichen Gerichte bei der Durchsetzung von Grundrechten.

Die Veranstaltungen wurden in zwei Blöcken in Kathmandu, Biratnagar, Janakpur, Pokhara und Nepalgunj durchgeführt. Dabei fungierten neben den deutschen Experten verschiedene Richterinnen und Richter des nepalesischen Obersten Gerichts als Referentinnen und Referenten. An den Veranstaltungen nahmen Richterinnen und Richter von erst- und zweitinstanzlichen Gerichten teil. Es bestand ein hohes Interesse an der vergleichenden Darstellung des deutschen Rechts, insbesondere zum Hintergrund des Föderalismus und zur Unabhängigkeit der Justiz. Die lebhafteste Auseinandersetzung mit den verschiedenen Sachthemen in den Veranstaltungen spiegelte die Herausforderungen des gegenwärtigen Umbruchs- und Wandlungsprozesses wider. Der Austausch verfolgte auch den Zweck, die notwendige Akzeptanz der Reformen zu fördern.

Darüber hinaus organisierte die IRZ mit der Nepal Law Society einen Workshop für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu den verfassungsrechtlichen

## Nepal

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

A large number of reforms have been initiated in Nepal since the Constitution was passed in September 2015 following a prolonged debate. Facing the significant number of approx. 100 ethnic groups and around 50 languages, the political culture is characterised by painstaking negotiations and complex procedures. A new parliament was elected at the end of 2017, leading to the formation of a new government during the reporting period. Its relatively stable majority promises a longer period in office than has been the case in the past.

Successful implementation of the provincial and local elections, which brought progress to the plans for local administrative structures, made an important contribution to implementing the federal state structure required by constitutional law. The parliament took an important step towards affording the fundamental, constitutional rights by passing the necessary sub-constitutional legislation on time within the three-year period after the Constitution entered into force. Important aspects in this process were the introduction of a Civil Code, a Criminal Code and a Code of Criminal Procedure to replace the Muluki Ain – a complex code of civil and criminal law that has been in place for more than 55 years.

#### Overall Concept

Funded by the Federal Foreign Office, the project to strengthen rule of law and democracy continued in 2018. Cooperation with the Nepalese partner, the Nepal Law Society, focused on training courses for judges and other legal practitioners based on a programme that was jointly developed by Nepalese and German judges. The issues addressed in this context were the mechanisms applied in constitutional disputes, the independence and credibility of the judiciary and the role of courts of higher instance in the assertion of fundamental rights.

The events were held in two blocks in Kathmandu, Biratnagar, Janakpur, Pokhara and Nepalgunj. Besides the German experts the speakers included a number of judges from the Supreme Court of Nepal. Judges from the courts of first and second instance took part in the events. There was significant interest in a comparative presentation of German law, especially in issues of federalism and the independence of the judiciary. The lively discussion of these individual topics during the events reflects the challenges inherent to the current process of transformation and transition. The purpose of sharing views was also to promote necessary acceptance for the reforms.

In addition, the IRZ joined with the Nepal Law Society to organise a workshop for judges, public prosecutors and police officers on the implications of constitutional law for criminal law. The main focus in



Richterinnen und Richter beim Workshop in Pokhara: Kalyan Shrestha (1. Reihe, Mitte), Präsident des Obersten Gerichts i.R., und Sapana Malla (1. Reihe, 2.v.r.), Richterin am Obersten Gericht

Judges at the workshop in Pokhara: Kalyan Shrestha (1st row, centre), President of the Supreme Court, retired, and Sapana Malla (1st row, second from the left), judge at the Supreme Court

Besuch bei der Bench des High Court Tulsepur in Nepalgunj anlässlich des dortigen Workshops: Bishnudev Poudel (Mitte), Senior Judge; Dr. Arnd Weishaupt (2.v.l.), Richter am Oberlandesgericht; Prof. Dr. Evelyn Henning (rechts daneben), Richterin am Landgericht; Krishna Man Pradhan (hinten), Nepal Law Society; Angela Schmeink (4.v.r.), Projektbereichsleiterin der IRZ

Visit to the Bench of the High Court Tulsepur in Nepalgunj during the local workshop: Bishnudev Poudel (centre), senior judge; Dr Arnd Weishaupt (2nd from the left), judge at the Higher Regional Court; Prof. Evelyn Henning (to the right), judge at the Regional Court; Krishna Man Pradhan (rear), Nepal Law Society; Angela Schmeink (4th from the right), Head of Section at IRZ



Implikationen für das Strafrecht. Dabei ging es insbesondere darum, wie die verschiedenen Beteiligten in den einzelnen Phasen eines Strafverfahrens gemäß rechtsstaatlichen Grundsätzen agieren und die Grundrechte berücksichtigen.

this regard was on how the various stakeholders interact and respect fundamental rights during the individual phases of a criminal procedure in accordance with the principles of rule of law.

**Tätigkeitsschwerpunkte 2018**

**Rechtspflege**

- Schulungen für Richterinnen und Richter zur Rolle der Justiz im Licht der verfassungsrechtlichen Implikationen in Kathmandu, Biratnagar, Janakpur, Pokhara und Nepalgunj
- Workshop zur Anwendung der neuen Regelungen des materiellen und prozessualen Strafrechts unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Grundsätze

**Ausblick**

Nach Abschluss des laufenden Projekts zur Implementierung der nepalesischen Verfassung werden Anknüpfungspunkte für eine Fortführung der Beratung eruiert.

**Foci of Activity in 2018**

**Administration of Justice**

- Training courses for judges in Kathmandu, Biratnagar, Janakpur, Pokhara and Nepalgunj on the role of the judiciary in view of the implications of constitutional law
- Workshop on how to apply the new provisions of substantive and procedural criminal law with due consideration of the principles of constitutional law

**Outlook**

New approaches to continue the counselling will be discussed following completion of the ongoing project to implement the Nepalese Constitution.

Hauptstadt: Skopje  
Bevölkerung: ca. 2,1 Millionen  
Regierungsform:  
Parlamentarische Demokratie

Capital: Skopje  
Population: approx. 2.1 million  
System of government:  
Parliamentary democracy



## Nordmazedonien

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen Nordmazedonien und der EU ist seit April 2004 in Kraft. Seit Dezember 2005 besitzt das Land den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Von 2015 bis Mai 2017 durchlebte das Land seine tiefste politische Krise seit Beginn des Jahrtausends, in deren Verlauf Zehntausende von Abhörprotokollen bekannt wurden. Außerdem kam es zu Massenprotesten. Nach der Wahl Ende 2016 dauerte es bis Juni 2017, bis die neue Regierungskoalition die Amtsgeschäfte übernehmen konnte. Mit dem zweiten Bericht einer von dem deutschen Juristen Reinhard Priebe geleiteten EU Senior Experts' Group liegt seit September 2017 eine detaillierte und äußerst kritische Analyse der Situation im Rechtswesen von Nordmazedonien vor, aus der sich gleichzeitig auch künftig zu bewältigende Aufgaben ergeben. Nach dem gescheiterten Referendum zur Namensfrage konnte im Parlament eine Mehrheit zum künftigen Staatsnamen „Nordmazedonien“ gesichert werden, so dass die zeitweise bestehende Gefahr vorzogener Neuwahlen gegenwärtig abgewehrt erscheint.

#### Konzeption

Die IRZ begann ihre Aktivitäten in Nordmazedonien im Jahr 2000 im Rahmen des Stabilitätspakts und verstärkte sie erheblich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, unter anderem mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes im Rahmen des Projekts „Rechtsstaatsförderung in Südosteuropa“.

Partner der IRZ in Nordmazedonien sind das Justizministerium, die Akademie für Richter und Staatsanwälte, die Regierungsvertreterin vor dem EGMR, die Nichtregierungsorganisation „Institut für Demokratie“ sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Juristischen Fakultät in Skopje. Seit 2007, dem Gründungsjahr der Akademie von Nordmazedonien für Richter und Staatsanwälte, finden regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen mit dieser statt. Auch vor Ort vergrößerte die IRZ in den vergangenen Jahren die Zielgruppe ihrer Aktivitäten und deren Nachhaltigkeit durch juristische Publikationen in der Landessprache.

Diese betonen jeweils die europarechtlichen Einflüsse auf das nationale Recht und die Notwendigkeit einer an den traditionellen Grundsätzen des kontinentaleuropäischen Rechts orientierten Rechtsentwicklung. Ihr Ziel ist es zudem, die Qualität der Rechtsanwendung zu erhöhen. Nach dem Regierungswechsel wurden zeitnah die Kontakte zum Justizministerium erneuert, woraus bereits erste Maßnahmen im Bereich der Gesetzgebungsberatung resultierten.

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

- Verfassungsgericht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit
- Fachgespräche am Verfassungsgericht von Nordmazedonien zu den rechtlichen Verfahren und den organisationstechnischen Voraussetzungen zur Einführung einer umfassenden Individualverfassungsbeschwerde im Recht von Nordmazedonien
  - Beteiligung eines Richters des Verfassungsgerichts von Nordmazedonien an der in Zusammenarbeit mit dem montenegrinischen Verfassungsgericht veranstalteten Konferenz zum Verhältnis zwischen der Verfassungsgerichtsbarkeit und den Obersten Gerichten in Budva, Montenegro

## North Macedonia

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The Stabilization and Association Agreement between North Macedonia and the EU entered into force in April 2004. The country has held the status of an EU accession candidate since December 2005. From 2015 to May 2017, the country experienced its deepest post-millennial political crisis, which involved the discovery of tens of thousands of wiretap protocols. There were also mass protests. Following the election at the end of 2016, it took until June 2017 for a new coalition government to enter office. An EU Senior Experts' Group, headed by the German lawyer Reinhard Priebe, submitted a detailed and highly critical analysis of the situation of the legal system of North Macedonia in September 2017, which simultaneously highlights tasks that need to be dealt with in the future. After the failed referendum on the issue of the country's name, parliament returned a majority for the future state name of "North Macedonia", so that it appears that the risk of new elections, which seemed possible for some time, has now been averted.

#### Overall Concept

The IRZ commenced its activities in North Macedonia in 2000 in the context of the Stability Pact and increased them considerably in the second half of the decade, also with the support of the Federal Foreign Office as part of the project "Promoting the rule-of-law principles of a constitutional state in South-East Europe".

Partners to the IRZ in North Macedonia are the Ministry of Justice, the Academy for Judges and Public Prosecutors, the Government's Agent for the ECHR, the non-governmental organisation "Institute for Democracy" and academics from the Faculty of Law in Skopje. Regular joint events have been held with the Academy for Judges and Public Prosecutors of North Macedonia since 2007, the year in which the institution was established. In recent years, the IRZ has also expanded the target group of its activities on the ground and their sustainability by means of law publications in the country's language.

In each case they emphasise the influence of European law on national law and the necessity of developing a legal system that is consistent with the traditional principles of continental European law. Furthermore, the aim is to improve the quality of application of the law. Contact with the Ministry of Justice was quickly re-established after the new government came to power, leading to initial measures in the area of legislative advice.

### Foci of Activity in 2018

#### Constitutional Court / Human Rights and their Enforceability

- Expert talks at the Constitutional Court of North Macedonia on legal procedures and organisational requirements for the introduction of comprehensive individual constitutional complaint within the law of North Macedonia
- Participation of a judge of the Constitutional Court of North Macedonia of the regional conference organised with the Montenegro Constitutional Court in Budva, Montenegro, on the relationship between constitutional court jurisdiction and the supreme courts
- Participation of the President and a judge of the Constitutional Court

- Beteiligung des Präsidenten und eines Richters des Verfassungsgerichts von Nordmazedonien an der von der IRZ in Zusammenarbeit mit dem serbischen Verfassungsgericht veranstalteten Konferenz zum Thema „Entscheidungen der Verfassungsgerichte im Bereich der abstrakten Normenkontrolle als Beitrag zur Förderung des Rechtsstaats“ in Belgrad, Serbien
- Beteiligung von Richtern des Verfassungsgerichts von Nordmazedonien an der regionalen Verfassungsgerichtskonferenz zum Thema „Das Steuerrecht in der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung“ im Distrikt Brčko, Bosnien und Herzegowina
- Herausgabe des sechsten und siebten Newsletters „Aktuelle Information zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte mit Bezug zu (vormals) Mazedonien“ auf Mazedonisch und Albanisch in Zusammenarbeit mit der Regierungsvertreterin vor dem EGMR
- Workshop zum Thema „Einführung der Verfassungsbeschwerde in (vormals) Mazedonien“ mit der Nichtregierungsorganisation „Institut für Demokratie“

### Rechtspflege

- Erstellung von Gutachten für das Justizministerium
  - zum Entwurf des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren
  - zum Entwurf des Ordnungswidrigkeitengesetzes sowie
  - zur Frage der Voraussetzungen für die Einführung einer umfassenden Verfassungsbeschwerde in das Recht von Nordmazedonien
- Herausgabe der Europarechtszeitschrift „Evropsko pravo“ in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Juristischen Fakultät in Skopje
- Betrieb und Erweiterung der Internetseite [www.evropsko-pravo.info](http://www.evropsko-pravo.info), auf der die „Evropsko pravo“ sowie andere von der IRZ mitherausgegebenen Publikationen auf Mazedonisch und in anderen Sprachen der Region zum Download angeboten werden
- Konferenz anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Reform des EGMR und der Mitgliedschaft Nordmazedoniens im Europarat einschließlich der öffentlichen Vorstellung einer thematischen Sonderausgabe der Rechtszeitschrift „Evropsko pravo“ zu diesen Themen
- Distribution von Fachpublikationen in verwandten Sprachen aus der Projektarbeit der IRZ an ausgewählte Projektpartner

### Straf- und Strafvollzugsrecht

- Arbeitsbesuch der Sonderstaatsanwältin von Nordmazedonien zu Fragen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption hochrangiger Funktionsträger und einiger ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin

### Aus- und Fortbildung

- Arbeitsbesuch junger Richterinnen und Staatsanwältinnen zur Justizpraxis in Deutschland im Rahmen des Projekts „Förderung des Juristennachwuchses in Nordmazedonien (vormals Mazedonien)“
- Teilnahme mazedonischer Juristinnen und Juristen am ersten regionalen Workshop „Aktuelles aus dem deutschen Recht und den Rechtssystemen der Region“ im Rahmen der ersten Veranstaltung für deutschsprachige IRZ-Alumni aus den Staaten Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien in Belgrad
- Teilnahme mazedonischer Juristinnen und Juristen an der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn

of North Macedonia of the regional conference organised by the IRZ in cooperation with the Serbian Constitutional Court in Belgrade, Serbia, on the topic of “Decisions by the constitutional courts in the area of abstract judicial review as a contribution to promoting the rule-of-law principles of a constitutional state”

- Participation of the judges of the Constitutional Court of North Macedonia of the regional Constitutional Court Conference in the Brčko District, Bosnia and Herzegovina, on the topic of “Tax law in the case-law of constitutional courts”
- Publication of the sixth and seventh newsletters entitled “Current information on the case-law of the European Court of Human Rights in relation to (then) Macedonia” in the Macedonian and Albanian languages, in cooperation with the Government Agent for the ECHR
- Workshop on the topic “Introduction of constitutional complaint in (then) Macedonia” with the non-governmental organisation “Institute for Democracy”

### Administration of Justice

- Preparation of expert reports for the Ministry of Justice
  - on the draft law on administrative procedures
  - on the draft law on regulatory offences
  - on the question of requirements for the introduction of a comprehensive constitutional complaint within the law of North Macedonia
- Publication of the European Law Journal “Evropsko pravo”, in cooperation with academics at the Faculty of Law in Skopje
- Operation and enlargement of the website [www.evropsko-pravo.info](http://www.evropsko-pravo.info), at which “Evropsko pravo” and other publications co-authored by the IRZ are available as downloads in the Macedonian and other regional languages
- Conference marking the 20th anniversary of ECHR reform and North Macedonia’s membership in the Council of Europe, including public presentation of a special edition of the Law Journal “Evropsko pravo” on these topics
- Distribution of specialist journals on the IRZ project work in relevant languages to selected project partners

### Criminal Law and Penitentiary Law

- Working visit to Berlin by the Special Public Prosecutor of North Macedonia and some of her staff on the issue of the fight against organised crime and corruption among high-level officials

### Basic and Further Training

- Working visit to Germany by young judges and public prosecutors as part of the project “Promotion of young legal professionals in (then) Macedonia”
- Participation by lawyers from North Macedonia in the first regional workshop “News from German law and the regional legal systems” during the inaugural event for German-speaking alumni from the states of Bosnia and Herzegovina, North Macedonia, Montenegro and Serbia in Belgrade
- Participation of two Macedonian lawyers of the eighth “IRZ Summer School on German Law” in Bonn



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitsbesuchs der Sonderstaatsanwaltschaft auf der Dachterrasse des Auswärtigen Amtes (in der Mitte: Sonderstaatsanwältin Katica Janeva)

Participants of the working visit by the Special Public Prosecutor on the roof terrace of the Federal Foreign Office (in the centre: Special Public Prosecutor Katica Janeva)

## Straf- und Strafprozessrecht

- Übersetzung des deutschen Strafgesetzbuchs (StGB)
- Herausgabe dieser Übersetzung in Buchform mit einer fachlichen Einführung mazedonischer und deutscher Experten
- Übersetzung der deutschen Strafprozessordnung (StPO)

## Criminal law and Criminal Procedure Law

- Translation of the German Criminal Code (StGB)
- Publication of this translation as a book with a technical introduction by Macedonian and German experts
- Translation of the German Code of Criminal Procedure (StPO)

## Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

### EU-Twinning-Projekt: Strengthening of the penitentiary system and the probation service

Ende August 2018 startete das EU-Twinning-Projekt zur Unterstützung der Reform des Strafvollzugs und der Bewährungshilfe in Nordmazedonien unter der Federführung der IRZ. Juniorpartner in dem 24 Monate laufenden Projekt ist das niederländische Center for International Legal Cooperation (CILC). Als Teil der „Nationalen Strategie für die Entwicklung des Strafvollzugs von Nordmazedonien“ (2015-2019) zielt das Projekt mit einem Gesamtvolumen von 950.000 Euro auf die Unterstützung in zwei Schlüsselbereichen ab:

- Erarbeitung von Vorschlägen zur Stärkung der institutionellen und administrativen Kapazitäten des Strafvollzugsystems mit einem Schwerpunkt auf der Verbesserung des Managements und des Betriebs des Strafvollzugs, um die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte hinsichtlich der Behandlung der Gefangenen zu gewährleisten;
- Entwicklung eines Bewährunghilfesystems für die Durchführung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen sowie Verbesserung der Zusammenarbeit aller relevanten Organisationen und Institutionen in diesem Bereich.

## Projects funded by the European Union

### EU Twinning Project: Strengthening of the penitentiary system and the probation service

The EU Twinning Project to support reform of the penitentiary system and probation in North Macedonia started at the end of August 2018 under the leadership of the IRZ. The junior partner in the 24-month project is the Center for International Legal Cooperation (CILC) from the Netherlands. Equipped with a budget of €950,000, the project is part of the “National Strategy for the Development of the Penitentiary System of North Macedonia” (2015–2019) and aims to provide support in two key areas:

- preparation of proposals to strengthen institutional and administrative capacities within the penitentiary system, prioritising improvements in the management and operation of penitentiary systems as a guarantee for human rights in regard to the treatment of inmates;
- development of a probation system for the implementation of probation measures and alternative sanctions, as well as improvement in the cooperation between relevant organisations and institutions in this area.

Die Implementierung des Projekts begann am 31. August 2018 mit der Ankunft des Resident Twinning Advisers (RTA) in Skopje und wurde am 21. November 2018 mit einem Festakt eröffnet. Während der Eröffnungszeremonie wurde der vorläufige Arbeitsplan, der als Grundlage für die künftige Umsetzung des Projekts dient, verabschiedet und unterzeichnet. In den ersten drei Monaten des Projekts konnten überdies bereits erste Maßnahmen zur Entwicklung von Verfahren und Kriterien für die Instandhaltung von Strafvollzugsanstalten durchgeführt werden.

In enger Zusammenarbeit mit der Abteilung für die Umsetzung von Strafmaßnahmen im Justizministerium von Nordmazedonien sollen in den kommenden Monaten die einschlägige Gesetzgebung analysiert, Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet sowie nachhaltige Ausbildungsmaßnahmen für die Verbesserung der Management- und Monitoring-Kapazitäten der Justizvollzugsanstalten und Bewährungshilfe entwickelt werden. Zudem sollen noch in einer Vielzahl von Workshops, Seminaren und Studienaufenthalten in Deutschland und den Niederlanden bewährte Praktiken und anerkannte Grundsätze der Bewährungshilfe vermittelt werden.

### Ausblick

Die IRZ hat zum Ziel, sich insbesondere im Bereich der Gesetzgebungsberatung in Zukunft noch mehr in die geplante Justizreform einzubringen, um dadurch ihren Beitrag zur Unterstützung der Westbalkan-Strategie der EU zu verstärken. Daneben sollen die bewährten Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung für eine höhere Qualität der Rechtsanwendung fortgeführt werden.

Implementation of the project began on 31 August 2018 with the arrival of the Resident Twinning Adviser (RTA) in Skopje and was launched with an official ceremony on 21 November 2018. The preliminary working plan, which will serve as the basis for ongoing implementation of the project, was adopted and signed during the opening ceremony. Moreover, the first measures to develop procedures and criteria for the maintenance of penitentiaries were carried out during the initial three months of the project.

In the coming months, the relevant legislation will be analysed, proposed improvements prepared, and sustainable further training measures developed for strengthening the management and monitoring capacities at penitentiaries and within the probation system, in each case in close cooperation with the Directorate for Enforcement of Sanctions within the Ministry of Justice of North Macedonia. In addition, a large number of workshops, seminars and study trips in Germany and the Netherlands will communicate established practices and recognised principles of the probation system.

### Outlook

The IRZ aims to increase its contribution to the planned judicial reform, especially in the area of legislative advice, and hence to strengthen its support for the EU Strategy for the Western Balkans. In addition, the established activities in basic and further training will continue as a means of ensuring greater quality in the application of the law.



Eröffnungsveranstaltung des EU-Twinning-Projekts „Strengthening of the penitentiary system and the probation service in North Macedonia“: Renata Deskoska (am Pult), Justizministerin Nordmazedoniens bei ihrer Eröffnungsrede; Samuel Žbogar, Leiter der EU-Delegation in Nordmazedonien; der Botschafter des Königreichs der

Niederlande in Nordmazedonien, H.E. Wouter Plomp; der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nordmazedonien, H.E. Thomas Gerberich; Dr. Stefan von der Beck, Staatssekretär im Niedersächsischen Justizministerium (am Tisch v.l.n.r.)

Opening event of the EU Twinning Project “Strengthening of the penitentiary system and the probation service in North Macedonia“: Renata Deskoska (at the lectern), Minister of Justice of North Macedonia, during her opening address; Samuel Žbogar, Head of the EU Delegation in North Macedonia; the Ambassador of the Kingdom of the

Netherlands in the Republic of North Macedonia, H.E. Wouter Plomp; the Ambassador of the Federal Republic of Germany in the Republic of North Macedonia, H.E. Thomas Gerberich; Dr. Stefan von der Beck, State Secretary in the Ministry of Justice of the State of Lower Saxony (seated, from left to right)

Hauptstadt: Moskau  
Bevölkerung: ca. 146,8 Millionen  
Regierungsform: Präsidentialrepublik,  
föderativer Staatsaufbau

Capital: Moscow  
Population: approx. 146.8 million  
System of government: Presidential  
republic, federative structures



## Russische Föderation

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Die rechtspolitische Lage hat sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert. Die politischen Anspannungen verstärkten sich zum Jahresende durch den Konflikt am Schwarzen Meer. Umso wichtiger ist es, einen Dialog auf fachlicher Ebene aufrechtzuerhalten. Dies gilt nicht nur in Bezug auf den Kultur- und Bildungsaustausch im Rahmen eines Themenjahrs, das bis 2020 verlängert worden ist, sondern auch für den Rechtsbereich. So wurde auch die deutsch-russische Kooperation in Sicherheitsfragen wieder aufgenommen: Im November fand in Berlin die dreizehnte und seit sechs Jahren erste Plenarsitzung der deutsch-russischen Hohen Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik unter dem Vorsitz des ersten Stellvertretenden Außenministers der Russischen Föderation, Wladimir Titow, und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Andreas Michaelis, statt.

#### Konzeption

Wie in den Jahren zuvor standen auch 2018 das Zivil- und Wirtschaftsrecht, insbesondere das Patent- und Markenrecht, sowie die Unterstützung bei der Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Die Kooperation auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung erfolgte im Einklang mit dem „Deutsch-Russischen Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/2018“, das vom Auswärtigen Amt finanziert wurde.

Besonderes Augenmerk lag im Berichtsjahr auf dem Thema Digitalisierung, das gemäß seiner großen aktuellen Bedeutung sowohl im Hinblick auf die strafrechtlichen als auch wirtschaftlichen und zivilrechtlichen Aspekte beleuchtet wurde.

Erfreulich ist des Weiteren die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Privatrecht, an der auch ein deutscher Sprachkurs für den juristischen Nachwuchs angeboten wurde. Die daran teilnehmenden Studierenden konnten ihre neu erworbenen bzw. vertieften Sprachkenntnisse bei der „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ unter Beweis stellen. Auch die Zusammenarbeit mit den Studierenden der Rechtsakademie konnte fortgesetzt werden.

Die Kooperation mit der Russischen Föderation wird finanziert durch die Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und erfolgt daneben auch im Rahmen der vom Auswärtigen Amt getragenen Initiative zur Rechtszusammenarbeit.

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

#### Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Seminar zur Rolle und Ausbildung der Patentanwältinnen und Patentanwälte in Moskau
- Beck-online-Zugang für Angehörige der Russischen Hochschule für Privatrecht beim Präsidenten der Russischen Föderation in Moskau
- Mitwirkung an einer Konferenz im Rahmen der Deutschen Woche zum Thema „Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess“ in St. Petersburg

## Russian Federation

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The public policy situation has barely changed compared to recent years. Political tensions were exacerbated by the conflict around the Black Sea toward the end of the year. It is therefore all the more important to maintain dialogue at technical level. Not only does this apply to cultural and educational exchange during a thematic year, which has been extended until 2020, it is also true of the area of law. Here, for instance, there was a resumption of German-Russian cooperation in security issues. Chaired by Vladimir Titov, First Deputy Foreign Minister of the Russian Federation, and Andreas Michaelis, State Secretary of the Federal Foreign Office, the thirteenth plenary meeting of the German-Russian High-Level Working Group on Security Policy was held in Berlin in November, the first of its kind after a six-year hiatus.

#### Overall Concept

As in previous years, cooperation focused on civil and commercial law, especially the area of patent and trademark law, as well as on support in the development of local self-administration. Cooperation in the area of local self-administration took place in line with the “German-Russian Year of Municipal and Regional Partnerships 2017/2018”, which was funded by the Federal Foreign Office.

Particular attention was paid during the reporting year to the issue of digitisation, which, in view of its considerable significance, was examined from the perspective of its implications for criminal law, commercial activities and civil law.

Moreover, another pleasing aspect is the cooperation with the School of Private Law, where a German language course was offered for young legal professionals. The participating students had the opportunity to put their newly acquired or improved language skills to the test during the “IRZ Summer School on German Law”. Cooperation also continued with students at the Law Academy.

A funding by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection funds the cooperation with the Russian Federation; additional resources are obtained within the framework on the initiative on legal cooperation by The Federal Foreign Office.

### Foci of Activity in 2018

#### Civil and Commercial Law

- Seminar in Moscow on the role and basic training of patent lawyers
- Beck-online access for members of the Russian Presidential School of Private Law in Moscow
- Contribution to a conference on the topic of “Collective legal protection in civil proceedings” in St. Petersburg during the German Week



Studienreise einer hochrangigen Delegation zu den Themen Steuerrecht, Insolvenzrecht und geistiges Eigentum in Hamburg: Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (4. v.l.) und Sabir Kekhlerov (Mitte), Berater des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation

Study trip to Hamburg by a high-level delegation on the issues of tax law, insolvency law and intellectual property: Senator for Finance Dr Andreas Dressel (4th from the left) and Sabir Kekhlerov (centre), advisor to the Prosecutor General of the Russian Federation

- Teilnahme von Vertreterinnen der IRZ am VIII. St. Petersburg International Legal Forum
- Internationale Konferenz zum Thema „Digitale Wirtschaft und Informationssicherheit: rechtliche Aspekte“ in Moskau
- 14. Internationale wissenschaftlich-praktische Konferenz „Derzhavin-Lesungen“ zum Thema „IT im Recht und rechtliche Voraussetzungen für die Entwicklung der Digitalwirtschaft in Russland“ in Kazan
- Arbeitsaufenthalt von Patentanwältinnen zum Thema „Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel“ in München
- Studienreise einer hochrangigen Delegation zu den Themen Steuerrecht, Insolvenzrecht und geistiges Eigentum in Hamburg

#### Straf- und Strafvollzugsrecht

- Internationale wissenschaftlich-praktische Konferenz „Theoretische und praktische Probleme der Entwicklung des Justizvollzugs in der Russischen Föderation und im Ausland“ in Ryazan

#### Öffentliches Recht

- Internationale wissenschaftliche Konferenz „Völkerrechtliche Aspekte der Energiepolitik“ in Kaliningrad
- 5. Internationales Forum des Russischen Städtebundes „Best Practices in der kommunalen Selbstverwaltung“ in Bischkek / Kirgisistan
- Internationales Forum „Nordkaukasus: Raumentwicklung und Humankapital“ in Pyatigorsk
- Seminar zur kommunalen Selbstverwaltung in Moskau
- Konferenz zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung vor neuen Herausforderungen“ in Vladimir
- Studienreise von russischen Kommunalexpertinnen und Kommunal-experten zum Thema „Organisation der kommunalen Selbstverwaltung in Stadtstaaten und angrenzenden Bundesländern“ nach Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein

- Attendance of the VIIIth St. Petersburg International Legal Forum by delegates from the IRZ
- International conference on the topic of “Digital economy and information security: legal aspects” in Moscow
- 14th international scientific and practical conference “Derzhavin Readings” on the issue of “IT in law and legal conditions for the development of the digital economy in Russia” in Kazan
- Working visit by patent lawyers on the issue of “Protection of geographic indications and designations of origin for agricultural products and food” in Munich
- Study trip to Hamburg by a high-level delegation on the issues of tax law, insolvency law and intellectual property

#### Criminal Law and Penitentiary Law

- International scientific and practical conference “Theoretical and practical problems in the development of the penitentiary system in the Russian Federation and abroad” in Ryazan

#### Public Law

- International scientific and practical conference “Energy policies from the perspective of international law” in Kaliningrad
- 5th International Forum by the Union of Russian Cities “Best practices in local self-administration” in Bishkek, Kyrgyzstan
- International forum “North Caucasus: regional development and human capital” in Pyatigorsk
- Seminar in Moscow on local self-administration
- Conference on the topics of “New challenges facing local self-administration” in Vladimir
- Study trip to Hamburg, Bremen and Schleswig-Holstein by Russian local government experts on the topic of “Organisation of local self-administration in city states and neighbouring federal states”



Studienreise zum Thema „Organisation der kommunalen Selbstverwaltung in Stadtstaaten und angrenzenden Bundesländern“ nach Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein: Delegation der russischen Kommunalexpertinnen und Kommunalexperten

Study trip to Hamburg, Bremen and Schleswig-Holstein on the topic of "Organisation of local self-administration in city states and neighbouring federal states": delegation of Russian local government experts

Rechtspflege

- Mitwirkung an dem Deutsch-Russisch-Ukrainisch-Weißrussischen Anwaltsforum in Berlin
- IX. Internationale wissenschaftlich-praktische Konferenz zur Zwangsvollstreckung von Gerichtsentscheidungen und Entscheidungen anderer Behörden mit dem Thema „Staatliche und private Zwangsvollstreckung: vergleichende Analyse und Best Practice“ in Sotschi
- Veranstaltung zum anwaltlichen Berufsrecht "Ahndung von Berufsrechtsverstößen in Deutschland und in der Russischen Föderation" in Moskau
- 4. Deutsch-Russisches Anwaltsforum „Berufsrecht und Strafverteidigung in Deutschland und in der Russischen Föderation“ in Berlin

Administration of Justice

- Support during the German-Russian-Ukrainian-Belarus Lawyers' Forum in Berlin
- IXth international scientific and practical conference on the enforcement of judicial decisions and decisions by other authorities entitled "State and private sector enforcement: comparative analysis and best practice" in Sochi
- Event on the laws governing the legal profession "Penalties for violations of laws governing the legal profession in Germany and the Russian Federation" in Moscow
- 4th German-Russian Lawyers' Forum "Professional laws and criminal defence in Germany and the Russian Federation" in Berlin

4. Deutsch-Russisches Anwaltsforum in Berlin: Delegation mit den Präsidentinnen und Präsidenten der russischen Anwaltskammern

4th German-Russian Lawyers' Forum in Berlin: delegation with the Presidents of the Russian Chamber of Lawyers



## Aus- und Fortbildung

- Sprachkurs „Übersetzung deutscher Rechtstexte“ für russische Juristinnen und Juristen an der Hochschule für Privatrecht in Moskau
- Beteiligung von russischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn
- Teilnahme am Hospitationsprogramm der IRZ für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

## Ausblick

Trotz einiger Herausforderungen in der Zusammenarbeit soll diese auch 2019 intensiv fortgesetzt werden. Wichtige Rechtsgebiete für die Zusammenarbeit bleiben weiterhin das Zivil- und Wirtschaftsrecht, das Anwaltsrecht und das Notarrecht. Außerdem wird sich das Augenmerk weiterhin auf die Verbesserung der Effektivität der Zwangsvollstreckung und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung richten. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in anderen Rechtsbereichen werden ebenfalls fortgesetzt.

Hauptstadt: Belgrad  
Bevölkerung: ca. 7,02 Millionen  
Regierungsform: Republik;  
Parlamentarische Demokratie

Capital: Belgrade  
Population: approx. 7.02 million  
System of government: Republic;  
parliamentary democracy

## Basic and Further Training

- Language course “Translation of German legal texts” for Russian lawyers at the Russian School of Private Law in Moscow
- Attendance by Russian participants of the eighth “IRZ Summer School on German Law” in Bonn
- Participation in the IRZ internship programme for lawyers

## Outlook

Cooperation is scheduled to be intensively continued in 2019, despite some challenges. Civil and commercial law, law of lawyers and notary law continue to be important legal areas. Moreover, a focus will remain on improving the efficiency of enforcement and strengthening local self-administration. Basic and further training measures in other legal areas will continue as well.

## Serbien

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Die Republik Serbien, mit der die EU im Januar 2014 offiziell Beitrittsverhandlungen aufgenommen hat, eröffnete im Juli 2016 die Verhandlungskapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit). Deshalb hat sich der Bedarf an Beratung bei der Harmonisierung des Rechts und Unterstützung bei der Schulung der praktischen Rechtsanwendung noch verstärkt. Nach Auffassung der EU bedarf es zudem besonderer Anstrengung in den beiden oben genannten Kapiteln.

#### Konzeption

Die IRZ begann die rechtliche Zusammenarbeit mit Serbien im Jahr 2000 im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Einen besonderen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit Serbien bildet die langjährige Kooperation mit dem serbischen Verfassungsgericht, die mit der Beratung bei der erfolgreichen Einführung der Verfassungsbeschwerde begann und nun mit der gemeinsamen Ausrichtung regionaler Verfassungsgerichtskonferenzen fortgesetzt wird. Ergänzt werden diese und andere bilaterale Aktivitäten durch Drittmittelprojekte (IPA und Twinning). Zu den Partnern der



## Serbia

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The Republic of Serbia, with which the EU started formal accession negotiations in January 2014, opened Chapters 23 (judiciary and fundamental rights) and 24 (justice, freedom and security) in July 2016. For this reason, the need for advice on the harmonisation of law and for assistance in training courses in the practical application of law has increased even further. What is more, the EU considers that special efforts are required in the areas of the aforementioned chapters.

#### Overall Concept

The IRZ began legal cooperation with Serbia in 2000 within the framework of the Stability Pact for South Eastern Europe. A particular priority of the cooperation with Serbia is the long-standing collaboration with the Serbian Constitutional Court, which began with the consultation on the successful introduction of the constitutional complaint and is now being continued with the joint staging of regional constitutional court conferences. These and other bilateral activities are complemented by projects with third-party funding (IPA and Twinning) The partners of the

IRZ gehören das Justizministerium, das Verfassungsgericht, die juristischen Fakultäten der Universitäten Belgrad und Kragujevac, die Delegation der Deutschen Wirtschaft in Serbien, die Gesellschaft für die Erforschung des deutschen Rechts und seiner Rezeption sowie das Harmonius-Netzwerk junger Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler, dessen Ziel die Förderung der EU-Rechtsharmonisierung ist.

Hauptziel der IRZ in Serbien ist die Unterstützung des Landes auf dem Weg in die EU im Sinn der Westbalkan-Strategie der EU. Hierbei liegt der Fokus auf einer effektiven Gesetzesanwendung, die rechtsstaatlichen Grundsätzen und den europarechtlichen Vorgaben entspricht, und der Beratung entsprechender gesetzgeberischer Reformvorhaben. Die IRZ betont dabei die Bedeutung einer klaren Orientierung an kontinental-europäischen Rechtsgrundsätzen und Modellen, um hybride Lösungen zu verhindern. Außerdem stärkt sie die Zusammenarbeit zwischen Juristinnen und Juristen aus Serbien und dessen Nachbarländern.

IRZ include the Constitutional Court, the faculties of law at the Universities of Belgrade and Kragujevac, the Delegation of German Industry & Commerce in Serbia, the Society for the Study of German Law and its Reception as well as the Harmonius Network of Young Law Scholars, which aims to promote harmonisation of the EU legal system.

The main objective of the IRZ in Serbia is to support the country on its way into the EU, in keeping with the EU Strategy for the Western Balkans. The focus here is on an effective application of the law in accordance with the rule-of-law principles of a constitutional state and the requirements of European law, as well as on advice in regard to suitable legislative reform projects. The IRZ emphasises the importance of a clear orientation towards Continental European legal principles and legal models in order to prevent hybrid solutions. Furthermore, it strengthens cooperation between lawyers from Serbia and its neighbouring countries.

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

### Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Regionale Verfassungskonferenz „Entscheidungen der Verfassungsgerichte im Bereich der abstrakten Normenkontrolle als Beitrag zur Förderung des Rechtsstaats“ in Belgrad
- Teilnahme serbischer Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter an der in Zusammenarbeit mit dem montenegrinischen Verfassungsgericht ausgerichteten regionalen Konferenz zum Verhältnis zwischen der Verfassungsgerichtsbarkeit und den Obersten Gerichten in Budva, Montenegro
- Teilnahme serbischer Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter an der regionalen Verfassungskonferenz „Das Steuerrecht in der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte“ im Distrikt Brčko, Bosnien und Herzegowina
- Mitveranstaltung der in Belgrad durchgeführten Konferenz „Human Rights in the 21st Century“ zusammen mit der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste

## Foci of Activity in 2018

### Constitutional Law / Human Rights and their Enforceability

- Regional constitutional conference “Decisions by the constitutional courts in the area of abstract judicial review as a contribution to promoting the rule-of-law principles of a constitutional state” in Belgrade
- Participation by Serbian constitutional judges in the regional conference in Budva, Montenegro, on the relationship between constitutional court jurisdiction and the supreme courts, which was aimed to promote cooperation with the Constitutional Court of Montenegro
- Participation by Serbian constitutional judges in the regional constitutional court conference “Tax law in the case-law of constitutional courts” in Brčko District, Bosnia and Herzegovina
- Co-hosting of the conference “Human Rights in the 21st Century” in Belgrade together with the Serbian Academy of Sciences and Arts



Regionalkonferenz der Verfassungsgerichte in Belgrad zur abstrakten Normenkontrolle mit der Präsidentin des serbischen Verfassungsgerichts Vesna Ilić Prelić (1. Reihe, Mitte)

Regional conference of the constitutional courts in Belgrade on abstract judicial reviews, with the President of the Serbian Constitutional Court Vesna Ilić Prelić (1st row, centre)



### Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Konferenz „Aktuelles aus der Schiedsgerichtsbarkeit“ zusammen mit der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS), der Deutsch-Serbischen Wirtschaftskammer und der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Belgrad

### Rechtspflege

- Beratung des serbischen Justizministeriums durch Gutachten und Informationen
  - zur Behandlung geringwertiger Forderungen im deutschen Recht
  - zur Musterfeststellungsklage in Deutschland und kollektiven Verbraucherklagen in anderen Rechtssystemen
  - zum Gebührenrecht in Deutschland
- Zwei Workshops zu Anwendungsfragen des neuen Gesetzes über die Eintragung in das Immobilien- und Wasserkataster, die zusammen mit der serbischen Notarkammer und der deutschen Bundesnotarkammer (BNotK) veranstaltet wurden, und an denen auch ein Experte aus Bosnien und Herzegowina teilnahm
- Herausgabe der zweiten Ausgabe der Zeitschrift „Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung“ in Zusammenarbeit mit Belgrader Rechtswissenschaftlern
- Buchpublikation einer mit einer Einleitung von Manfred Georg und Klaus Relleremeyer vom Bund deutscher Rechtspfleger versehenen Übersetzung des deutschen Rechtspflegergesetzes
- Unterstützung der Veröffentlichung des Tagungsbandes zur im Jahr 2017 an der juristischen Fakultät der Universität Belgrad durchgeführten regionalen Konferenz „Recht und Transformation“
- Veröffentlichung einer Tagungsdokumentation über das in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft durchgeführte Symposium „Rechtstransformation in Südosteuropa am Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens – Vorbedingung, Akteure und Misserfolge“

### Aus- und Fortbildung

- Konferenz zum kontinentaleuropäischen Zivilrecht mit öffentlicher Vorstellung der Zeitschrift „Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung“ an der juristischen Fakultät der Universität Belgrad
- Betrieb und Ausbau der Website der vorgenannten Zeitschrift ([www.kontinentalno-pravo.info](http://www.kontinentalno-pravo.info))

Workshop zum neuen serbischen Eintragungsgesetz: Justizrat Richard Bock, seinerzeitiger Vizepräsident der Bundesnotarkammer (rechts) bei seinen Grußworten; Srbslav Cvejić, Präsident der serbischen Notarkammer; Dr. Lovro Tomašić, Notar aus Melrichstadt; Matthias Schikorski, deutsche Botschaft Belgrad (v.r.n.l.)

Workshop on the new Serbian Registration Act: Judicial Counsel Richard Bock, then Vice-President of the Federal Chamber of Notaries (on the right) giving his welcome address; Srbslav Cvejić, President of the Serbian Chamber of Notaries; Dr Lovro Tomašić, notary from Melrichstadt; Matthias Schikorski, German Embassy in Belgrade (from right to left)

### Civil and Commercial Law

- Conference “News from Arbitration” together with the German Arbitration Institute (DIS), the German-Serbian Chamber of Industry and Commerce and the Delegation of German Industry & Commerce in Belgrade

### Administration of Justice

- Counselling for the Serbian Ministry of Justice in the form of expert reports and information
  - on the treatment of small claims in German law
  - on legal test cases in Germany and class action suits by consumers in other legal systems
  - on fee laws in Germany
- Two workshops on practical issues relating to the new law on registrations in the property and water cadastre, held in cooperation with the Serbian Chamber of Notaries and the German Federal Chamber of Notaries (BNotK), also attended by an expert from Bosnia and Herzegovina
- Publication of the second issue of the journal “Continental Law – Journal for sustained and appropriate legal development” in cooperation with legal scholars in Belgrade
- Book publication with a translation of the German Administration of Justice Act, including an introduction by Manfred Georg and Klaus Relleremeyer from the Bund deutscher Rechtspfleger e.V.
- Support in the publication of the conference transcript from the “Law and Transformation” conference, which was held at the Faculty of Law in the University of Belgrade in 2017
- Publication of a conference documentation for the symposium “Legal transformation in Southeastern Europe using former Yugoslavia as an example: prerequisites, parties involved, failures”, which was organised by the Southeastern Europe Association

### Basic and Further Training

- Conference on civil law in Continental Europe with launch of the journal “Continental Law – Journal for sustained and appropriate legal development” at the Faculty of Law in the University of Belgrade
- Operation and expansion of the website for the aforementioned journal ([www.kontinentalno-pravo.info](http://www.kontinentalno-pravo.info))

- Ausrichtung des ersten regionalen Workshops „Aktuelles aus dem deutschen Recht und den Rechtssystemen der Region“ im Rahmen der ersten Veranstaltung für deutschsprachige IRZ-Alumni aus den Staaten Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien in Belgrad
- Mitveranstaltung einer Konferenz zur Rolle der Rechtsprechung im Rechtsstaat in Zusammenarbeit mit dem Harmonius-Netzwerk junger Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler
- Unterstützung der Studienreise des Masterstudiengangs „Europäische Integration“ an der juristischen Fakultät der Universität Belgrad in Brüssel, Straßburg und Karlsruhe
- Kurs in deutscher Rechtsterminologie für deutschsprechende Richterinnen und Richter sowie junge Juristinnen und Juristen an der juristischen Fakultät der Universität Belgrad
- Beteiligung deutschsprechender serbischer Studierender an der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ in Bonn
- Unterstützung der siebten Ausgabe der Zeitschrift „Harmonius – Journal of Legal and Social Studies in South East Europe“ in Zusammenarbeit mit dem Harmonius-Netzwerk junger Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler
- Unterstützung der Website des Harmonius-Netzwerks mit umfangreichen Download-Materialien
- Beteiligung serbischer Doktoranden am Workshop für juristische Methodenlehre an der juristischen Fakultät der Universität Zenica, Bosnien und Herzegowina
- Verbreitung von durch die IRZ in anderen Staaten der Region herausgegebenen, regionalen juristischen Fachpublikationen, insbesondere der regionalen Fachzeitschrift „Nova Pravna Revija“ („Neue Juristische Umschau“), und von Buchpublikationen mit verschiedenen, mit fachlichen Einführungen versehenen, Übersetzungen deutscher Gesetze

## Straf- und Strafprozessrecht

- Übersetzung der deutschen Strafprozessordnung (StPO) und Herausgabe dieser Übersetzung in Buchform mit einer fachlichen Einführung serbischer und deutscher Experten
- Übersetzung des deutschen Strafgesetzbuchs (StGB)

---

## Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

### EU-Twinning-Projekt: Improving capacities and capabilities within the prison system in the Republic of Serbia

Seit Mitte 2017 unterstützt die IRZ zusammen mit dem österreichischen Juniorpartner Agency for Economic Cooperation and Development (aed) Serbien im Rahmen des EU-Twinning-Projekts bei der Reform des Strafvollzugssystems. Als Teil der von der serbischen Regierung im Dezember 2013 verabschiedeten „Strategie für die Verbesserung des Strafvollzugs in der Republik Serbien bis 2020“ zielt das Projekt auf die Unterstützung in den drei folgenden Schlüsselbereichen: Beratung des Zentrums für Training und berufliche Ausbildung von Inhaftierten, Aus- und Fortbildung von Strafvollzugsbediensteten, Aus- und Weiterbildung von Insassinnen der Frauenhaftanstalt in Požarevac. Das Projektbüro ist im „Centre for Training and Vocational Education of the Administration for Enforcement of Penal Sanctions“ in Niš angesiedelt.

- Organisation of the first regional conference “News from German law and the legal systems in the region” during the first event for German-speaking IRZ alumni from the states of Bosnia and Herzegovina, North Macedonia, Montenegro and Serbia in Belgrade
- Co-organisation of a conference on the role of case-law under the rule-of-law principles of a constitutional state in cooperation with the Harmonius Network of Young Legal Scholars
- Support for the study trip to Brussels, Strasbourg and Karlsruhe by the master’s programme “European Integration” at the Faculty of Law in the University of Belgrade
- Course in German legal terminology for German-speaking judges and young lawyers at the Faculty of Law in the University of Belgrade
- Participation by German-speaking Serbian students in the “IRZ Summer School on German Law” in Bonn
- Support for the seventh issue of the publication “Harmonius – Journal of Legal and Social Studies in South-East Europe” in cooperation with the Harmonius Network of Young Legal Scholars
- Support of the Harmonius Network website with extensive downloadable materials
- Participation by Serbian doctoral candidates in the workshop for legal methodologies at the Faculty of Law in the University of Zenica, Bosnia and Herzegovina
- Dissemination of legal publications on regional issues published by the IRZ in other countries of the region, especially the regional journal “Nova Pravna Revija” (“New Legal Review”), as well publication of various translations of German laws, including technical introductions

## Criminal and Criminal Procedure Law

- Translation of the German Code of Criminal Procedure (StPO) and publication of the translation as a book with a technical introduction by Serbian and German experts
- Translation of the German Criminal Code (StGB)

---

## Projects Financed by the European Union

### EU Twinning Project: Improving capacities and capabilities within the prison system in the Republic of Serbia

Since mid-2017, the IRZ has supported Serbia in reforming its execution of punishments system as part of the EU Twinning Project with the Austrian Agency for Economic Cooperation and Development (aed) as its junior partner. As part of the “Strategy for the Improvement of the Penitentiary System in the Republic of Serbia until 2020”, which was adopted by the Serbian government in December 2013, the project aims to provide assistance in the following key areas: counselling of the Centre for the Training and Vocational Further Training of Detainees, basic and further training for prison guard officers, basic and further training of detainees in the women’s detention centre in Požarevac. The project office is located in the “Centre for Training and Vocational Education of the Administration for Enforcement of Penal Sanctions” in Niš.



Twinning-Projekt "Improving capacities and capabilities within the prison system in the Republic of Serbia": Workshop im Januar 2018 in Niš mit IRZ-Expertin Katja Liebmann und serbischen JVA-Beamtinnen und JVA-Beamten

Twinning Project "Improving capacities and capabilities within the prison system in the Republic of Serbia": Workshop in Niš in January 2018 with the IRZ expert Katja Liebmann and Serbian prison officers

2018 konnten in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung für die Umsetzung von Strafmaßnahmen im serbischen Justizministerium zwei Schlüsselbereiche des Projekts, die sich mit der Beratung des Zentrums für Training und berufliche Ausbildung von Inhaftierten und der Aus- und Weiterbildung von Insassinnen der Frauenhaftanstalt von Požarevac auseinandersetzen, erfolgreich abgeschlossen werden. Unter anderem wurden notwendige Trainingsbedarfsanalysen und Programme entwickelt, Trainingsprogramme für Führungskräfte im serbischen Strafvollzug ausgearbeitet und ein Programm zur handwerklichen Ausbildung von 50 Insassinnen der Frauenhaftanstalt von Požarevac erfolgreich durchgeführt.

In Rahmen der Aus- und Fortbildung von Strafvollzugsbediensteten konnte im September 2018 überdies ein Studienbesuch einer hochrangigen Delegation der Vertreter des serbischen Justizvollzugs nach Bremen organisiert werden. Teil des Besuchsprogramms waren unter anderem Besuche der Justizvollzugsanstalten Bremen-Oslebshausen und Bremerhaven, der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und der Sozialen Dienste der Justiz im Land Bremen. Im Rahmen des Aufenthalts der Delegation wurde ein Modellprojekt aus der Justizvollzugsanstalt Bremerhaven vorgestellt, bei dem die Sozialen Dienste der Justiz den Sozialdienst innerhalb des Vollzugs übernehmen und diesen mit der dortigen Bewährungshilfe personell und inhaltlich eng verknüpfen. In zahlreichen Fachgesprächen konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die fachlichen Standards und die praktische Arbeit im Bremer Justizvollzug und bei den Sozialen Diensten der Justiz informieren. Ferner wurde das Thema des Umgangs mit betäubungsmittelabhängigen Gefangenen und Entlassenen ausführlich debattiert. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Ende März 2019.

#### EU-Technical-Assistance-Projekt: Policy and Legal Advice Centre (PLAC II)

Die IRZ unterstützte ab 2016 in einem vom spanischen Unternehmen Altair Asesores geführten Konsortium im Rahmen des IPA-Projekts „Policy and Legal Advice Centre“ (PLAC II) das Europäische Integrationsministerium der Republik Serbien sowie weitere serbische Institutionen bei der EU-Annäherung, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung. Hauptbegünstigt war auf serbischer Seite das Ministerium für Europäische Integration der Republik Serbien. Daneben gab es kleinere Begünstigte, darunter z. B. das Ministerium für Naturschutz, das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium, das Justizministerium sowie die Nationalbank von Serbien.

In 2018, two key areas of the project focusing on advice at the Centre for the Training and Vocational Further Training of Detainees and the basic and further training of detainees in the women's detention centre in Požarevac were brought to a successful conclusion in close cooperation with the Department for the Implementation of Penal Sanctions in the Serbian Ministry of Justice. Among other things, this involved the successful preparation of training requirements' analyses and programmes, training programmes for managerial staff in Serbian penitentiary systems, as well as a programme to teach manual/craft skills to 50 detainees at the women's detention centre in Požarevac.

Moreover, a study trip to Bremen by a high-level delegation from the Serbian penitentiary system was organised in September 2018 as part of the basic and further training for prison guard officers. Included in the trip's itinerary were visits to the prisons in Bremen-Oslebshausen and Bremerhaven, the University of Public Administration and the Social Services of the Judiciary in the State of Bremen. During the visit, a pilot project from Bremerhaven prison was presented to the delegation, in which the Social Services of the Judiciary take charge of social services within the facility, which are then closely organised and coordinated with the probation officers working there. Members of the delegation had the opportunity to learn more about the technical standards and practical work within enforcement in the State of Bremen and the Social Services of the Judiciary during numerous discussions with experts. There were also extensive talks on the topic of managing detainees and former detainees with drug addiction problems. The project is scheduled to run until the end of March 2019.

#### EU Technical Assistance Project: Policy and Legal Advice Centre (PLAC II)

Since 2016, the IRZ has been supporting the European Integration Ministry of the Republic of Serbia and other Serbian institutions in the area of EU approximation, particularly in the area of legislation, in a consortium led by the Spanish company Altair Asesores as part of the IPA project "Policy and Legal Advice Centre" (PLAC II). The principal beneficiary on the Serbian side was the Ministry for European Integration in the Republic of Serbia. There were also more minor beneficiaries, including the Ministry of Environmental Protection, the Ministry of Finance, the Ministry of Economic Affairs, the Ministry of Justice and the National Bank of Serbia.



Abschlusskonferenz des Projekts  
„Policy and Legal Advice Centre (PLAC II)“  
in der serbischen Nationalversammlung

Final conference for the project “Policy and Legal Advice Centre (PLAC II)” in the Serbian National Assembly

Im Zentrum des Projekts stand das bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU eröffnete wichtige Kapitel 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit). Jedoch wurden auch andere Kapitel eröffnet, so dass sich das Projekt z. B. auch mit artgerechter Tierhaltung, Treibhausgas-Emissionen oder Strahlenschutz auseinandersetzte. Das Projekt, das auf ein vorangegangenes PLAC-Projekt aufbaute, hatte ein Volumen von rund 2,6 Mio. Euro sowie eine Laufzeit von 30 Monaten. Es konnte im Dezember 2018 erfolgreich abgeschlossen werden.

At the heart of the project is the important Chapter 24 (justice, freedom and security), which was opened as part of the accession negotiations with the EU. Other chapters were opened as well, meaning that the project also addressed issues such as animal welfare, greenhouse gas emissions or radiation protection. The project, which built on a previous PLAC project, had a volume of around €2.6 million and a term of 30 months. It was brought to a successful conclusion in December 2018.

### Ausblick

Die IRZ setzt die Gesetzgebungsberatung, Seminarreihen und Fortbildungsveranstaltungen mit den oben genannten Partnerorganisationen insbesondere im Hinblick auf die Kapitel 23 und 24 der EU-Beitrittsverhandlungen und die Westbalkan-Strategie der EU fort. Hierbei ist geplant, die Gesetzgebungsberatung auf die geplante Reform der Zivilprozessordnung auszudehnen. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit Institutionen und einzelnen nationalen Expertinnen und Experten, die sich der kontinental-europäischen Rechtstradition sowie der Erforschung des deutschen Rechts und seiner Rezeption widmen, fortgesetzt werden. Schließlich wird der juristische Nachwuchs weiterhin unterstützt.

Im Twinning-Bereich wird die IRZ das Projekt zum Strafvollzug zu Ende führen und ab Februar 2019 als Juniorpartner des Dänischen Patent- und Markenamts das Twinning-Projekt „Protection of Enforcement of Intellectual Property Rights“ durchführen und das serbische Ministerium für Handel, Tourismus und Kommunikation beim Schutz und der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums beraten.

Das auf PLAC II aufbauende Technical-Assistance-Projekt PLAC III wurde in der zweiten Jahreshälfte 2018 ausgeschrieben. Die IRZ hat sich wiederum im Konsortium mit Altair Asesores (Federführung) auf dieses Folgeprojekt beworben, eine Entscheidung wird zum Jahresende erwartet. Im Falle des Zuschlags könnte so die bisher sehr erfolgreiche Arbeit des Konsortiums in Serbien fortgesetzt werden.

### Outlook

The IRZ will continue legislative advice as well as the series of seminars and further training events with the above-mentioned partner organisations, in particular with regard to Chapters 23 and 24 of the EU accession negotiations and the EU Strategy for the Western Balkans. There are plans to extend counselling on the legislative process to include the planned reform of the Code of Civil Procedure. Moreover, the cooperation with institutions and individual national experts who are dedicated to the Continental European legal tradition as well as to researching German law and its reception will be continued as well. Finally, ongoing support will be provided to young legal professionals.

In the area of Twinning, the IRZ will complete the project on the penitentiary system and, from February 2019, act as junior partner to the Danish Patent and Trademark Office in the Twinning Project “Protection of Enforcement of Intellectual Property Rights”. It will also advise the Serbian Ministry of Trade, Tourism and Telecommunications on the protection and enforcement of intellectual property rights.

The Technical Assistance Project PLAC III, which builds on PLAC II, was put out to tender in the second half of 2018. The IRZ formed a consortium with Altair Asesores (lead partner) and submitted a bid for this project; a decision is expected around the end of the year. If awarded the contract, the consortium could continue its extremely successful work in Serbia.

Hauptstadt: Duschanbe  
Bevölkerung: ca. 8,7 Millionen  
Regierungsform: Präsidiale Republik  
mit Zweikammer-Parlament

Capital: Dushanbe  
Population: approx. 8.7 million  
System of government: Presidential  
republic with bicameral parliament



## Tadschikistan

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

In Tadschikistan stehen nach wie vor zahlreiche politische, sozioökonomische, gesellschaftliche und ethnische Probleme einer nachhaltigen Stabilisierung des Landes entgegen. Das politische System ist stark durch personengebundenen Einfluss geprägt. Institutionelle Strukturen und Justiz agieren nicht unabhängig und genießen wenig Vertrauen in der Bevölkerung; ihre Tätigkeit ist von Korruptionsvorwürfen überschattet. Die innenpolitische Stabilität wird mit Hilfe von umfangreichen Kontrollmechanismen aufrechterhalten.

Stärkere Regierungsführung, durchgreifender Rechtsschutz und Bekämpfung der Bürokratie sind erklärte Ziele und nur mit konsequenter Umsetzung von Reformen in diesen Bereichen zu schaffen. Deutschland setzt sich trotz der zu beobachtenden Stagnation weiterhin für die Fortsetzung eines Dialogs ein, um auf demokratische Veränderungen und rechtsstaatliche Entwicklung hinzuwirken.

Die politische und wirtschaftliche Öffnung des Nachbarlands Usbekistan führte im Berichtsjahr zu spürbaren Annäherungen der beiden Staaten. Während einer Zentralasien-Konferenz im März 2018 in Duschanbe unterzeichneten beide Seiten eine Vielzahl von Kooperationsvereinbarungen, u. a. in den Bereichen Handel, Investitionen, Landwirtschaft und Sicherheit. Die positiven Entwicklungen im benachbarten Usbekistan nähren die Hoffnung auf einen nachhaltigen Reformprozess, der sich positiv auch auf die gesamte Region auswirken könnte.

#### Konzeption

Die IRZ setzte den Schwerpunkt in der Kooperation weiterhin auf Beratung zur Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in enger Kooperation mit dem engagierten Team des Internationalen Schiedsgerichts bei der Industrie- und Handelskammer der Republik Tadschikistan.

Im Zuge der bisherigen Unterstützung wurde deutlich, dass das im Jahr 2015 in Kraft getretene Gesetz der Republik Tadschikistan „Über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit“ einer Überarbeitung bedarf, da Regelungen aus unterschiedlichen Quellen übernommen wurden, ohne dass eine systematische, den internationalen Best practices entsprechende Herangehensweise angewandt wurde. Der Gesetzestext enthielt dadurch einige Lücken, Unklarheiten und sich gegenseitig ausschließende Regelungen. Außerdem stand er nicht im Einklang mit der neuen Schiedsordnung des Internationalen Handelsschiedsgerichts, zu deren Ausarbeitung die IRZ intensiv beraten hatte, und die sowohl internationalen Standards entspricht als auch dem tadschikischen Verständnis im postsowjetischen Sinn Rechnung trägt.

Das Interesse der zuständigen tadschikischen Arbeitsgruppe an der Rechtsberatung durch deutsche Expertinnen und Experten sowie an einem praktischen Austausch war ungebrochen, so dass hier an die erreichten Ergebnisse angeknüpft werden konnte und die vertrauensvolle Arbeitsweise mit den bisherigen Partnern beibehalten wurde.

Die darauf gerichteten Maßnahmen umfassten Sitzungen der Arbeitsgruppe mit der deutschen Expertin in Duschanbe und in Berlin. Als Grundlage für die

## Tajikistan

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

Tajikistan continues to face numerous political, socio-economic, societal and ethnic problems that present obstacles to the country's sustained stabilisation. The political system is strongly characterised by personal influence. Institutional structures and the judiciary do not operate independently and enjoy little trust in the population; accusations of corruption overshadow their work. A plethora of control mechanisms are applied to maintain domestic stability.

Stronger governance, comprehensive legal protection and the fight against bureaucracy are declared objectives but will only be achieved through consistent implementation of reforms in these areas. Despite the noticeable stagnation, Germany continues to trust in ongoing dialogue as a means of working toward democratic change and the development of rule of law.

During the reporting year, the political and economic liberalisation of the neighbouring state of Uzbekistan led to perceptible rapprochement between the two countries. Both sides signed a large number of cooperation agreements in the areas of trade, investment, agricultural, security and elsewhere during a Central Asia Conference in Dushanbe in March 2018. The positive developments in neighbouring Uzbekistan feed the hope that a sustainable reform process may be initiated, which might have positive knock-on effects for the whole region.

#### Overall Concept

Within its cooperation, the IRZ continued to prioritise the provision of advice on international arbitration in close collaboration with the dedicated team from the International Arbitration Tribunal at the Chamber of Industry and Commerce of the Republic of Tajikistan.

It has become apparent within the framework of the support provided thus far that the law "On international commercial arbitration" that was introduced in 2015 in the Republic of Tajikistan requires revision, as it adopted provisions from a variety of different sources, without applying a systematic approach based on international best practices. The law therefore contained loopholes, ambiguities and contradictory provisions. Moreover, it was not consistent with the new arbitration rules established by the International Arbitration Tribunal, for which the IRZ had provided intense counselling. These rules reflect both international standards, as well as Tajik perceptions from a post-Soviet perspective.

The competent Tajik working group continued to show interest in receiving legal advice from – and sharing practical experience with – German experts. It has therefore been possible to build on the results achieved so far and to maintain the trusting collaboration with the same partners.

Measures included meetings of the working group with German experts in Dushanbe and Berlin. The provisions of the UNCITRAL Model Law of 1985 were used as a basis to revise the provisions. It was worked through in detail and discussed at length in regard to the Tajik context.



inhaltliche Überarbeitung der Regelungen dienten schwerpunktmäßig die Vorschriften des UNCITRAL-Modellgesetzes 1985. Dieses wurde detailliert durchgearbeitet und ausgiebig im Hinblick auf den tadschikischen Kontext diskutiert. Ergänzend wurden die Normen und die Praxis anderer Länder – insbesondere der Russischen Föderation – rechtsvergleichend herangezogen. Die einzelnen Bestimmungen wurden schließlich entsprechend der tadschikischen Praxis ausformuliert mit dem Ergebnis, dass die inhaltliche und redaktionelle Arbeit an der Neufassung des Gesetzes erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Das Gesetz über die Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit in der Neufassung wird dem tadschikischen Parlament nach Billigung des Kabinetts vorgelegt.

Im intensiven fachlichen Austausch entstand eine runderneuerte normative Basis für die Handelsschiedsgerichtsbarkeit der Republik Tadschikistan, die internationalen Standards entspricht.

---

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Teilnahme am 4. Nationalen Forum für die Rechtsstaatlichkeit zur Auslotung der weiteren rechtspolitischen Entwicklung in Duschanbe

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Workshops mit der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Neufassung des Gesetzes über die Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit der Republik Tadschikistan in Berlin und in Duschanbe

---

## Ausblick

2019 wird die IRZ die Zusammenarbeit im Bereich internationaler Schiedsgerichtsbarkeit fortsetzen. Die Unterstützung soll im kommenden Jahr vor allem Beratungen mit praktischem Bezug umfassen. Neben Schulungen für die Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter sollen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Schiedsgerichts Gelegenheit zur Professionalisierung ihrer Arbeit durch internationalen Erfahrungsaustausch für präzise Rechtsanwendung erhalten.

Teilnahme am 4. Nationalen Rule-of-Law-Forum in Duschanbe: Isrofil Bobodzhonzoda (Mitte), Vorsitzender des Internationalen Schiedsgerichts der Republik Tadschikistan, und Angela Schmeink (rechts), Projektbereichsleiterin der IRZ

Participation in the 4th National Rule-of-Law Forum in Dushanbe: Isrofil Bobodzhonzoda (centre), Chairman of the International Arbitration Tribunal in the Republic of Tajikistan, and Angela Schmeink (on the right), Head of Section at the IRZ

In addition, a legal comparison was also carried out on standards and practices applied in other countries and in the Russian Federation especially. The individual provisions were formulated in a final stage to reflect Tajik practice, bringing the content and editorial work on a new version of the law to a successful conclusion.

The new version of the Law on International Commercial Arbitration will be presented to the Tajik Parliament once it has been approved by the Cabinet.

This intense dialogue at technical level yielded a completely revised normative basis for commercial arbitration in the Republic of Tajikistan.

---

## Foci of Activity in 2018

Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Participation in the 4th National Rule-of-Law Forum in Dushanbe to explore further developments in legal policies

Civil and Commercial Law

- Workshops in Berlin and Dushanbe with the working group to draft a new version of the Law on International Commercial Arbitration in the Republic of Tajikistan

---

## Outlook

During 2019, the IRZ will continue to cooperate in the area of international arbitration. Support in the coming year will prioritise legal counselling with a practical relevance. Besides training courses for arbitrators, arbitration staff at the Arbitration Tribunal will be given the opportunity to engage in an international exchange of experience on application of the law as a means of professionalising their work.

Hauptstadt: Ankara  
Bevölkerung: ca. 79,81 Millionen  
Regierungsform:  
Parlamentarische Republik

Capital: Ankara  
Population: approx. 79.81 million  
System of government:  
Parliamentary republic



## Türkei

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Von 2007 bis 2013 führte die IRZ vielfältige Maßnahmen mit türkischen Partnern durch. Die Kooperation umfasste Twinning-Projekte, Beratungen im Zusammenhang mit der türkischen Justizreformstrategie des Jahres 2009 und der Fortsetzung und Intensivierung der EU-Beitrittsverhandlungen. Hinzu kamen verschiedene Studienreisen türkischer Partner nach Deutschland. Nach den Gezi-Park-Protesten 2013 und den damit verbundenen innerstaatlichen Auseinandersetzungen wurde die Zusammenarbeit allerdings zusehends schwieriger.

So wurde infolgedessen eine Vielzahl von Gesetzen verabschiedet, die u. a. die Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz zur Folge hatten, was international zu Protesten führte. Seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 hatte die türkische Regierung den Notstand ausgerufen, welcher bis zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die zeitgleich im Sommer 2018 stattfanden, in Kraft blieb. Im Rahmen des Ausnahmezustandes wurde eine Vielzahl von Dekreten erlassen, die z. B. die Rechte von Beschuldigten erheblich einschränken, was international Gegenstand der Kritik war. Zudem führte dies zu einer Welle von Entlassungen und Inhaftierungen insbesondere in der Richterschaft. Auch der letzte EU-Länderbericht von 2018 zur Entwicklung der Türkei benennt dabei sehr klar die Rückschritte bei der rechtsstaatlichen Entwicklung.

#### Ausblick

Vor dem oben dargestellten Hintergrund konnte die Zusammenarbeit mit der Türkei im Berichtsjahr nicht fortgeführt werden. Zwischenzeitlich ist die Situation sowohl bundespolitisch als auch auf europäischer Ebene von Überlegungen geprägt, inwieweit der Gesprächsfaden wieder aufgenommen werden kann.

## Turkey

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The IRZ was engaged in many different activities with Turkish partners from 2007 to 2013. The cooperation included EU Twinning Projects in connection with the Turkish judicial reform strategy of 2009, as well as the continuation and intensification of EU accession negotiations. There were also a number of study trips to Germany by Turkish partners. But the cooperation became increasingly difficult following the Gezi Park protests of 2013 and the associated internal conflicts.

As a result, numerous laws were passed that led to restrictions in the independence of the judiciary and other aspects, which in turn precipitated international protests. Following the failed coup attempt of 15 July 2016, the Turkish government declared a state of emergency, which remained in force until the presidential and parliamentary elections that were held simultaneously in summer 2018. As part of the state of emergency, many decrees were enacted that, among other things, significantly curtailed the rights of defendants, which again provoked international criticism. The state of emergency also led to a wave of dismissals and incarcerations, especially within the judiciary. The EU Country Report of 2018 clearly states the setbacks in development of the rule of law in Turkey as well.

#### Outlook

Given the current situation as outlined above, it has not been possible to continue cooperation with Turkey in the reporting year. The current situation is dominated, both at federal policy level and at European level, by considerations as to how the existing dialogue can be resumed.

Hauptstadt: Tunis  
Bevölkerung: ca. 11,2 Millionen  
Regierungsform:  
Parlamentarische Demokratie

Capital: Tunis  
Population: approx. 11.2 million  
System of government:  
Parliamentary democracy



## Tunesien

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Tunesien gilt als Ursprungsland des sogenannten Arabischen Frühlings. Trotz der starken Reformbestrebungen und der anfänglichen Euphorie kämpft das nordafrikanische Land immer noch mit politischen sowie wirtschaftlichen Problemen. So kam es Anfang des Jahres 2018 zu landesweiten Protesten und Ausschreitungen als Reaktion auf die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes. Tunesien versucht jedoch weiterhin, seine Politik zu reformieren und die Verwaltung zu dezentralisieren. Die im März 2018 durchgeführten Kommunalwahlen waren dabei ein weiterer Schritt im politischen Reformprozess.

Auch in rechtlichen Strukturen sind Änderungen zu verzeichnen. Der Oberste Justizrat, dessen Mitglieder im Oktober 2016 erstmalig gewählt wurden, ist das Selbstverwaltungsorgan der tunesischen Justiz. Eine baldige Ablösung der provisorischen Instanz zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzentwürfen durch ein ordentliches Verfassungsgericht ist bereits in Arbeit. Außerdem wurden unterschiedliche Kommissionen ins Leben gerufen, die als Kontrollgremien fungieren, wie z. B. eine Wahlkommission sowie eine Kommission für gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung. Trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen treiben die tunesischen Behörden sowie die Zivilgesellschaft den rechtspolitischen Reformprozess stetig voran. Um die politische Krise zu überwinden, bildete Ministerpräsident Youssef Chahed erst im November 2018 das Kabinett um und ernannte auch einen neuen Justizminister. Im Rahmen der 2019 stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen könnten sich weitere Reformimpulse ergeben.

#### Konzeption

Bereits seit 2011 führt die IRZ im Rahmen der institutionellen Zuwendung bilaterale Projektaktivitäten zur Rechtsreform mit tunesischen Partnern durch. 2012 kam die Unterstützung des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Transformationspartnerschaften dazu. Mit einer Projektlaufzeit bis Ende 2019 setzt die IRZ seit Herbst 2017 im Rahmen des aktuellen Projekts auf der Basis der Transformationspartnerschaften Maßnahmen zur Unterstützung der Justizreform in Tunesien um. Zudem wurde die Implementierung des Arbeitsprogramms zu der gemeinsamen Absichtserklärung der rechtlichen Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und dem Justizministerium der Republik Tunesien für 2017 bis 2018 fortgesetzt.

Der im Oktober 2016 neu gewählte Oberste Justizrat soll nach drei Jahren intensiv und kontrovers geführter Diskussionen die Stellung der Justiz im tunesischen Staatsgefüge regeln und für ihre Unabhängigkeit sorgen. Seiner Gründung folgen nun gemäß der neuen Verfassung von 2014 die Gründung und der Aufbau des Verfassungsgerichts, das zusätzliche Sicherheit für die Rechtsstaatlichkeit sowie für die Freiheiten und Rechte der Bürgerinnen und Bürger schaffen soll. Derzeit erfolgt die Auswahl der Mitglieder des Gerichts. Von den insgesamt zwölf Mitgliedern des Verfassungsgerichts werden vier durch das tunesische Parlament bestimmt. Hier konnte das Parlament bislang jedoch nur bei der Wahl eines einzigen Kandidaten eine Einigung erzielen. So stehen im Zentrum der Beratungs-

## Tunisia

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The Arab Spring is widely considered to have originated in Tunisia. Despite strong reform efforts and an initial euphoria, the North African country continues to struggle with political and economic problems. There were nationwide protests and riots in early 2018, provoked by the poor economic situation in the country. Nevertheless, Tunisia is persevering in its efforts to introduce political reforms and to decentralise administration. In this regard, the local elections held in March 2018 represented another step forward in the political reform process.

Changes have also been noted in terms of the legal structures. The Supreme Judicial Council, whose members were elected for the first time in October 2016, is the self-regulatory body within the Tunisian judiciary. Preparations are also under way for the timely replacement of the Provisional Instance to Review the Constitutionality of Draft Legislation with an ordinary Constitutional Court. In addition, a number of commissions have been established to act as supervisory bodies, among them an Electoral Commission and a Commission on Policy to Combat Corruption and Good Governance. In spite of the difficult political environment, the Tunisian authorities and civil society continue to drive the process of reforming legal policies. Seeking to overcome the political crisis, Prime Minister Youssef Chahed initiated a cabinet reshuffle in November 2018, which also involved appointing a new Minister of Justice. Additional impetus for reform may result from the parliamentary and presidential elections that are scheduled for 2019.

#### Overall Concept

The IRZ has been carrying out bilateral legal reform projects with Tunisian partners within the framework of its institutional subsidy since as early as 2011. Support from the Federal Foreign Office as part of its transformation partnerships was added in 2012. Scheduled to run until the end of 2019, the IRZ has implemented, within the framework of its current project under the transformation partnerships, measures to support judicial reform in Tunisia since autumn 2017. Moreover, implementation of the work programme on the joint declaration of intent on legal cooperation between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Ministry of Justice of the Republic of Tunisia was extended from 2017 to 2018.

Following three years of intense and controversial discussions, the Supreme Judicial Council, which was newly elected in October 2016, should regulate the position of the judiciary within the Tunisian state structure and ensure its independence. In accordance with the new constitution of 2014, its establishment will be followed by the founding and development of the Constitutional Court, which will create additional security for the rule of law and the rights and freedoms of citizens. The selection process for members of the court is currently ongoing. Of the twelve members of the Constitutional Court, four will be chosen by the Tunisian Parliament. So far, however, Parliament has only managed to agree on the selection of one single candidate. Hence, the IRZ counselling work



Eröffnung der Regionalkonferenz zur Unterstützung des Aufbaus des tunesischen Verfassungsgerichts: u. a. Taieb Rached (Mitte), Präsident der vorläufigen Kommission zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Gesetzentwürfen, und Carsten Meyer-Wiefhausen (rechts), Stellvertretender Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis

Opening of the regional conference in Tunis to support in structuring the Tunisian Constitutional Court: among others, Taieb Rached (centre), President of the Provisional Instance to Review the Constitutionality of Draft Legislation, and Carsten Meyer-Wiefhausen (on the right), Deputy Ambassador for the Federal Republic of Germany

tätigkeit der IRZ vorrangig Fragen, die die Einrichtung der Institution als solche betreffen. Dies beinhaltet insbesondere die Verfahrens- und Geschäftsabläufe im Gericht, die Gerichtsverwaltung sowie die Fragen der Finanzierung.

Auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit durchläuft weiterhin einen intensiven Reformprozess, der die Erarbeitung und Verabschiedung eines Verwaltungsgerichtsgesetzes zum Ziel hat. 2018 konnten erste Maßnahmen zur Reformierung durchgeführt werden, bis zur Finalisierung müssen jedoch noch einige Anstrengungen unternommen werden.

Die Reform des Strafvollzugs in Tunesien hat bislang seit 2011 in allen Reformplänen der tunesischen Regierung eine prioritäre Stellung eingenommen. Besonders die Zustände in tunesischen Haftanstalten bedürfen einer umfassenden Veränderung und Verbesserung.

Die Themen Resozialisierung und Vorbereitung auf die Entlassung der Inhaftierten wurden bislang nur am Rande behandelt und bilden nun die Schwerpunktthemen. Dafür wurde innerhalb der Strafvollzugsbehörde eine Resozialisierungskommission gebildet. Diese bringt alle Akteure, die mit der Resozialisierung von Inhaftierten betraut sind, zusammen, um den Strafvollzug nachhaltig zu reformieren und die Resozialisierung der Insassen in den Mittelpunkt zu rücken. Insgesamt konnte die IRZ weiterhin durch Beratung und Wissensvermittlung intensiv am Stabilisierungsprozess in Tunesien mitwirken.

#### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

- Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit
- Studienreise von tunesischen Richterinnen und Richtern zum Thema Organisation eines Verfassungsgerichts (Gerichtsaufbau, Gerichtsverwaltung, Fallmanagement) nach Karlsruhe
  - Regionalkonferenz in Tunis mit Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern aus Jordanien, Marokko, Algerien und Deutschland zum fachlichen Austausch und zur Unterstützung des Aufbaus des tunesischen Verfassungsgerichts

will mainly focus on issues that relate to establishment of the institution itself. Among the particular tasks in this regard are issues of court procedure and business processes, court administration and questions of funding.

Administrative court jurisdiction is also experiencing a significant reform process that is aimed at the drafting and passage of an administrative court act. Initial reform measures were implemented in 2018, but further efforts will be required in a variety of areas to ensure their finalisation.

Since 2011, all reform plans by the Tunisian government have prioritised reforms of the country's penitentiary system. In particular the conditions in Tunisian penitentiaries require comprehensive change and improvement.

So far, the issues of resocialisation and the release of prisoners have been dealt with as marginal issues but have now been assigned priority status. A Resocialisation Commission has been set up within the penitentiary authorities for this purpose. It brings together stakeholders entrusted with the resocialisation of inmates, with the aim of initiating sweeping reform of the penitentiary system and of placing a clear focus on the resocialisation of inmates.

Overall, the IRZ has continued to make a substantial contribution to the stabilisation process in Tunisia by providing counselling and education.

#### Foci of Activity in 2018

##### Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Study trip to Karlsruhe by Tunisian judges on the organisation of a Constitutional Court (court structure, court administration, case management)
- Regional conference in Tunis with constitutional judges from Jordan, Morocco, Algeria and Germany to hold technical discussions and to support the establishment of a Constitutional Court in Tunisia



Studienreise einer Delegation des Obersten Justizrats der Republik Tunesien zum Thema „Unabhängigkeit der Justiz“ nach Berlin, Besuch im BMJV: Youssef Bouzakher (4.v.r.), Präsident des Obersten Justizrats

Study trip to Berlin by a delegation of the Supreme Judicial Council of the Republic of Tunisia on the topic of "Independence of the judiciary", visit to the BMJV: Youssef Bouzakher (4th from the right), President of the Supreme Judicial Council

#### Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Erfahrungsaustausch zu ausgewählten Übereinkommen der Haager Konferenz für internationales Privatrecht in Tunis
- Studienreise einer Delegation der tunesischen Notarkammer zum Thema „Praktische Aspekte der Umsetzung des Apostille-Verfahrens sowie aktuelle Fragen des notariellen Berufsrechts“ nach Bonn
- Studienreise einer Delegation der tunesischen Kartellbehörde zum Thema „Verfahren des gewerblichen Rechtsschutzes und des Kartellrechts in der deutschen Praxis“ in München

#### Civil and Commercial Law

- Exchange of experience in Tunis on selected conventions of the Hague Conference on Private International Law
- Study trip to Bonn by a delegation of the Tunisian Chamber of Notaries on the topic "Practical aspects of the issuance of an Apostille, as well as current issues within notarial professional law"
- Study trip to Munich by a delegation of the Tunisian Competition Agency on the issue of "Procedures in the field of intellectual property protection and competition law according to the German practice"

#### Rechtspflege

- Seminar zum Thema „Verwaltung und Rolle des Justizministeriums und des Hohen Justizrats im Justizsystem Tunesiens“ in Tunis
- Studienreise einer Delegation des Obersten Justizrats der Republik Tunesien zur Unabhängigkeit der Justiz nach Berlin

#### Administration of Justice

- Seminar in Tunis on the topic of "Administration and the role of the Ministry of Justice and Supreme Judicial Council within the judicial system in Tunisia"
- Study trip to Berlin by a delegation of the Supreme Judicial Council of the Republic of Tunisia on the independence of the judiciary

Studienreise einer tunesischen Delegation zur Klassifizierung der Häftlinge und zum Übergangsmanagement im Strafvollzug in Berlin: Ali Guiga, Vertreter des tunesischen Justizministeriums (5.v.l.); Elyes Zalleg (rechts daneben), Generaldirektor der tunesischen Strafvollzugsbehörde; Andreas Kratz (Mitte), Anstaltsleiter JVA Heidering

Study trip to Berlin by a Tunisian delegation on the topic of classification of inmates and transition management and the penitentiary system: Ali Guiga, representative of the Tunisian Ministry of Justice (5th from the left); Elyes Zalleg (to the right), Director General of the Tunisian Law Enforcement Authorities; Andreas Kratz (centre), Warden at Heidering Correctional Facility



## Straf- und Strafvollzugsrecht

- Studienreise einer tunesischen Delegation zum Thema „Klassifizierung der Häftlinge“ sowie „Übergangsmanagement und Nachsorge im Strafvollzug“ nach Berlin
- Seminar in Tunis zur internationalen Zusammenarbeit im Strafrecht unter besonderer Berücksichtigung von Auslieferungsverfahren
- Regionalkonferenz zum Thema „Deradikalisierung von Haftinsassen im Rahmen des Vollzugsplans“ in Tunis

---

## Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

### EU-Twinning-Projekt: Renforcement des institutions de l'administration pénitentiaire

Am 26. September 2018 fand in einem feierlichen Rahmen die Abschlusskonferenz des EU-Twinning-Projekts zur Reform des Strafvollzugs in Tunis statt, das die IRZ als Juniorpartner und unter Federführung der französischen Organisation Justice Coopération Internationale (JCI) zwischen Oktober 2015 und September 2018 erfolgreich implementieren konnte. Hochrangige Gäste aus den Partnerländern sowie Vertreterinnen und Vertreter der begünstigten tunesischen Institutionen (Justizministerium, Generaldirektion für Strafvollzug und Resozialisierung, Nationale Hochschule für Strafvollzug und Resozialisierung) nahmen an der Veranstaltung teil.

Durch das Projekt, das ein Volumen von 1,8 Millionen Euro hatte, konnten folgende Ziele erreicht werden:

- Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Generaldirektion für Strafvollzug und Resozialisierung durch die Ausbildung der Strafvollzugsbeamtinnen und Strafvollzugsbeamten;
- Unterstützung der Reform der Nationalen Hochschule für Strafvollzug und Resozialisierung durch die Entwicklung eines neuen Trainings- und Ausbildungsprogramms;
- Etablierung eines nationalen Bewährungshilfesystems durch die Entwicklung eines neuen Handbuchs sowie Ausbildung neuer Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer.

Die Umsetzung der Projektziele erfolgte im Rahmen regelmäßiger Seminare, Studienreisen und Schulungen in enger Zusammenarbeit des Expertenteams mit den jeweiligen tunesischen Projektpartnern. Zudem erarbeiteten die Fachexpertinnen und Fachexperten aus Frankreich, Deutschland und Spanien gemeinsam mit den tunesischen Partnern vor Ort Empfehlungen für die Verbesserung der Ausbildung der tunesischen Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten.

Da das Thema der Reform des Strafvollzugs in Tunesien immer stärker in den Fokus rückt, besteht auch weiterhin ein großer Bedarf an Beratungen auf diesem Gebiet.

---

## Ausblick

Die neuesten Ereignisse in Tunesien verdeutlichen, dass das Land weiterhin Unterstützung bei seinem Demokratisierungs- und Reformierungsprozess benötigt. Somit plant auch die IRZ ihr Engagement in den oben genannten Themenfeldern 2019 fortzusetzen und zu intensivieren. Diese sind allesamt

## Criminal Law and Penitentiary Law

- Study trip to Berlin by a Tunisian delegation on the topic of "Classification of inmates" and "Transition management and post-release supervision in the penitentiary system"
- Seminar in Tunis on international cooperation in criminal law, with particular consideration of extradition proceedings
- Regional conference in Tunis on the topic "Deradicalisation of inmates within the framework of the rehabilitation plan for prisoners"

---

## Project funded by the European Union

### EU Twinning project: Renforcement des institutions de l'administration pénitentiaire

The final conference of the EU Twinning Project for reform of the penitentiary system was held in Tunis in a festive setting on 26 September 2018. The IRZ successfully implemented this project as a junior partner under the leadership of the French organisation Justice Coopération Internationale (JCI) between October 2015 and September 2018. The event was attended by high-level guests from the partner states, as well as by representatives of the beneficiary institutions in Tunisia (Ministry of Justice, Directorate General for Prisons and and Reeducation, National Academy for Prisons and Reeducation ).

Equipped with a budget of €1.8 million, the project achieved the following goals:

- strengthening of institutional capacities at the Directorate General for Prisons and Reeducation through the provision of basic training to correctional officers;
- support for reform of the National Academy for Prisons and Reeducation through the development of a new programme of training and courses;
- establishment of a national probation system through the development of a new manual, as well as basic training for new probation officers.

Implementation of the project objectives took place within the framework of regular seminars, study trips and training courses in close cooperation between the expert team and the respective Tunisian partners. In addition, the technical experts from France, Germany and Spain worked with the Tunisian partners on the ground to produce proposals for the improvement of basic training for Tunisian correctional officers.

Given that an increasing focus is being placed on reforming the penitentiary system in Tunisia, a significant need for counselling in this field continues to exist.

---

## Outlook

The most recent events in Tunisia make clear that the country still requires support in its democratisation and reform processes. Hence, the IRZ plans to continue its commitment in the aforementioned fields in 2019 as well. They are all highly topical and require sustained cooperation.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Abschlusskonferenz des EU-Twinning-Projekts zur Reform des tunesischen Strafvollzugs in Tunis

Participants at the final conference in Tunis of the EU Twinning Project for reform of the Tunisian penitentiary system

von großer Aktualität und bedürfen nachhaltiger Zusammenarbeit. Hinsichtlich der Verfassungsgerichtsbarkeit sollen nach der Identifizierung der Richterinnen und Richter vor allem Fragen im Hinblick auf Aufbau und Organisation des Verfassungsgerichts in den Fokus rücken. Ebenso wird die Kooperation mit der Strafvollzugsbehörde fortgeführt und die Resozialisierungskommission weiter beraten. Ein neues Arbeitsprogramm zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Justizministerium der Republik Tunesien ist auch für die Jahre 2019 bis 2020 in Vorbereitung.

In regard to constitutional court jurisdiction, prioritisation should shift to the establishment and organisation of the Constitutional Court itself once the process of selecting the judges is complete. Cooperation with the prison administration will also proceed and will involve advice for the Rehabilitation Commission. A new work programme between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Ministry of Justice of the Republic of Tunisia is in preparation for 2019 to 2020.

Hauptstadt: Kiew  
 Bevölkerung: ca. 45,6 Millionen  
 Regierungsform:  
 Parlamentarisch-präsidentiale Republik

Capital: Kiev  
 Population: approx. 45.6 million  
 System of government:  
 Parliamentary-presidential republic



## Ukraine

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Die Lage in der Ostukraine hat sich im Berichtsjahr nicht erheblich geändert. Hinzu gekommen sind allerdings Spannungen im Asowschen Meer, die zum Jahresende zur Verhängung eines teilweise geltenden Kriegsrechts in einigen Regionen der Ukraine führten. Die Loslösung der ukrainisch-orthodoxen Kirche von der russisch-orthodoxen Kirche wurde im Laufe des Jahres zu einem beherrschenden Thema, das auch in den politischen Bereich hineinwirkte. Vor dem Hintergrund dieser Gesamtlage ist die Fortsetzung der rechtlichen Reformen in der Ukraine weiterhin eine große Herausforderung.

Dennoch werden viele Reformen bereits implementiert. Das im Dezember 2017 neu gegründete und reformierte Oberste Gericht kann nun auf eine einjährige Tätigkeit zurückblicken. Beim Verfassungsgericht der Ukraine

## Ukraine

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The situation in the east of Ukraine did not change substantially during the reporting year. But there was some additional tension in the Sea of Azov, which toward the end of the year led to the imposition of aspects of martial law in some regions of Ukraine. The separation of the Ukrainian Orthodox Church from the Russian Orthodox Church became a dominant issue over the course of the year, which also influenced the political realm. Against the backdrop of this general situation, a continuation of legal reforms in the country remains a significant challenge.

Many reforms have already been implemented nonetheless. Reconstituted and reformed in December 2017, the Supreme Court can now look back on a year of business. Numerous constitutional complaints

sind bereits zahlreiche Verfassungsbeschwerden eingegangen, nachdem dieses Instrument (als Rechtssatzbeschwerde) durch die Verfassungsreform vor zwei Jahren eingeführt wurde. Nach der Verabschiedung des neuen Verfassungsgerichtsgesetzes im Jahr 2017 können diese Beschwerden nun auch von Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern bearbeitet werden.

### Konzeption

Neben den aus den Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) finanzierten Maßnahmen konnte ab August 2018 auch wieder ein vom Auswärtigen Amt finanziertes Projekt (mit Laufzeit bis Ende 2019) gestartet werden: „Stärkung von Verfassungsgerichtbarkeit und Justiz/Rechtspflege in der Ukraine“. Das im Zuge der Verfassungsreform mit neuen Kompetenzen ausgestattete Verfassungsgericht soll im Rahmen dieses Projekts insbesondere im Hinblick auf das neue Rechtsmittel der Verfassungsbeschwerde weiter gestärkt werden. Dasselbe gilt für die Gerichtsbarkeit und ihre Unabhängigkeit, die durch die umfangreiche Justizreform vor großen Herausforderungen steht. Die vom BMJV und vom Auswärtigen Amt finanzierten Maßnahmen ergänzen sich synergetisch. Das Oberste Gericht wird zudem im Rahmen eines Twinning-Projekts unterstützt.

Wichtiger Partner war auch in 2018 wieder die Nationale Richterschule mit ihren Reformen in der Richterausbildung. Die 2016 begonnene Zusammenarbeit des Berufungsgerichts Kiew mit dem Oberlandesgericht Oldenburg konnte inzwischen zu einem regelmäßigen fachlichen Austausch ausgebaut werden. Auch die Rechtsanwaltschaft der Ukraine (Nationale Assoziation der Rechtsanwälte der Ukraine) wurde von der IRZ in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer unterstützt.

In die Ausarbeitung des ukrainischen Verwaltungsverfahrensgesetzes, das seit vielen Jahren im Entwurf vorliegt und zu dem die IRZ kontinuierlich beraten hatte, ist wieder Bewegung gekommen. Eine Verabschiedung des Gesetzes könnte nun bald bevorstehen. Ein kodifiziertes Verwaltungsverfahrenrecht wäre nicht zuletzt auch ein wichtiges Instrument zur Korruptionsbekämpfung. Zudem diene es als Grundlage für die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit bildet auch weiterhin einen Schwerpunkt der IRZ-Beratungen in der Ukraine. Partner sind hier sowohl das (neue) Revisionsverwaltungsgericht des Obersten Gerichts als auch die Verwaltungsgerichte erster und zweiter Instanz in den verschiedenen ukrainischen Regionen.

Für 2019 ist ein neues Arbeitsprogramm im Rahmen der bereits im März 2017 unterzeichneten neuen Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit des BMJV mit dem Justizministerium der Ukraine vorgesehen. Im Berichtsjahr stand die Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung beider Justizministerien ganz im Zeichen der Zusammenarbeit zum „Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung“ (HKÜ), zu dem die IRZ, teils gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz, je zwei Maßnahmen in Deutschland und der Ukraine durchführte.

An der Nationalen Iwan-Franko-Universität in Lwiw konnte mit dem inzwischen neunten Durchlauf des deutschsprachigen Begleitstudiums zur Einführung in das deutsche Recht die Förderung des juristischen Nachwuchses fortgesetzt werden.

have already been submitted to the Constitutional Court of Ukraine after introduction of this instrument (as complaint against a law) as part of the constitutional reform two years ago. After the passage of the new Law on the Constitutional Court of Ukraine in 2017, judges at the Constitutional Court are now able to address these complaints.

### Overall Concept

In addition to the measures funded with the support of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection (BMJV), a project financed by the Federal Foreign Office was again launched in August 2018 (scheduled to run until the end of 2019): “Strengthening of constitutional court jurisdiction and the judiciary/administration of justice in Ukraine”. The Constitutional Court, which was assigned new competencies as part of the constitutional reform, will be strengthened by this project, especially in regard to the new legal remedy of constitutional complaint. This extends also to general jurisdiction and its independence, aspects which are facing significant challenges due to the extensive judicial reform. The measures funded by the BMJV and the Federal Foreign Office work together in synergy. A Twinning Project is also in place to support the Supreme Court.

Another important partner in 2018 was again the National School of Judges with its reforms of the training programme for judges. Initiated in 2016, the cooperation between the Kiev Appeal Court and the Higher Regional Court of Oldenburg has since been broadened into a regular technical exchange of opinions. The Ukrainian National Bar Association was also supported by the IRZ in cooperation with the German Federal Bar.

Some progress has been achieved in preparing the Ukrainian Administrative Procedure Act, for which a draft version has been available for years and on which the IRZ has provided ongoing counselling. The act may be passed in the near future. A codified administrative procedure law would be an important instrument in policy to combat corruption, among other things. Moreover, it would serve as a basis for case-law at administrative courts. Administrative court jurisdiction remains one of the priorities of IRZ counselling in Ukraine. In this area, partners include the (new) Administrative Cassation Court within the Supreme Court, as well as the administrative courts of first and second instance in the various regions of Ukraine.

For 2019, there are plans to revise the work programme for the Joint Declaration on Cooperation between the BMJV and the Ministry of Justice of Ukraine, which was signed in March 2017. During the reporting year, implementation of the Joint Declaration by the two Ministries of Justice was dominated by cooperation in the area of the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction (HCCA), for which the IRZ conducted two measures in Germany and two in Ukraine, in some cases together with the Bavarian State Ministry of Justice.

The promotion of young legal professionals continued at the Ivan Franko National University in Lviv with the ninth course of German-language supplementary studies as an introduction to German law.



Arbeitsbesuch des ukrainischen Revisionsverwaltungsgerichts des Obersten Gerichts beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig: Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert (Mitte) und Präsident des Revisionsverwaltungsgerichts Mykhailo Smokovych (links daneben)

Working visit by the Ukrainian Administrative Cassation Court within the Supreme Court to the Federal Administrative Court in Leipzig: President of the Federal Administrative Court Prof. Klaus Rennert (centre) and President of the Administrative Cassation Court Mykhailo Smokovych (to the left)

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

#### Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Fachtagung mit Richterinnen und Richtern sowie wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsgerichts der Ukraine in Kiew
- Fachgespräch mit Richterinnen und Richtern des Verfassungsgerichts der Ukraine zu aktuellen verfassungsrechtlichen Fragen in Bonn
- Erstellung von Gutachten und Arbeitspapieren zu verfassungsrechtlichen Einzelfragen

#### Rechtspflege

- Arbeitsbesuch einer Delegation des Justizministeriums der Ukraine zum Haager Kindesentführungsübereinkommen HKÜ in München
- Arbeitstagung zur Textarbeit an im Zusammenhang mit dem HKÜ notwendigen Änderungen des Zivilprozessrechts und anderer Gesetzestexte in Wustrau und Berlin
- Arbeitsbesuch der Präsidentin des Obersten Gerichts beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe
- Fachgespräche mit der Nationalen Richterschule zur Referendaraus- bildung in Kiew
- Fachgespräch von Vertreterinnen und Vertretern des Oberlandesgerichts Oldenburg beim Berufungsgericht Kiew
- Arbeitsbesuch einer Delegation des Berufungsgerichts Kiew beim Oberlandesgericht Oldenburg
- Fortsetzung des Erfahrungsaustauschs mit der Präsidentin des ukrainischen Obersten Gerichts im Rahmen der „Conference of the Presidents of the Supreme Judicial Courts of the European Union“ in Karlsruhe
- Fachgespräch zum Thema „Zwangsvollstreckung im Zusammenhang mit dem HKÜ“ in Kiew
- Fortsetzung der Fachgespräche zur Zwangsvollstreckung im Zusammen- hang mit dem HKÜ in Kiew

### Foci of Activity in 2018

#### Constitutional Law/Human Rights and their Enforceability

- Expert conference with judges and academic staff at the Constitution- al Court of Ukraine in Kiev
- Expert talks in Bonn with judges at the Constitutional Court of Ukraine on current issues of constitutional law
- Preparation of expert assessments and working papers on individual questions of constitutional law

#### Administration of Justice

- Working visit to Munich by a delegation from the Ukraine Ministry of Justice on the Hague Convention on Child Abduction (HCCA)
- Workshop in Wustrau and Berlin on the text for the necessary amend- ments to civil procedure law and other wordings of laws necessitated in connection with HCCA
- Working visit by the President of the Supreme Court to the Federal Court of Justice in Karlsruhe
- Expert talks with the National School of Judges on legal internships in Kiev
- Expert talk with representatives of the Higher Regional Court of Oldenburg at the Kiev Appeal Court
- Working visit to the Higher Regional Court of Oldenburg by a delega- tion from the Kiev Appeal Court
- Continuation of the exchange of experience with the President of the Ukrainian Supreme Court during the Conference of the Presidents of the Supreme Judicial Courts of the European Union in Karlsruhe
- Expert talk on the issue of “Enforcement in connection with the HCCA” in Kiev
- Continuation of the expert talks on the issue of enforcement in con- nection with the HCCA in Kiev

## Öffentliches Recht

- Mitwirkung an den „Tagen der ukrainischen Verwaltungsgerichtsbarkeit“ in Kiev
- Erstellung eines Arbeitspapiers zum Thema „Öffentlich-rechtliche Rechtsnachfolge“
- 14. deutsch-ukrainisches verwaltungsprozessrechtliches Kolloquium beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz
- Seminar zum Verwaltungsprozessrecht und Verwaltungsverfahrenrecht am Verwaltungsgericht Ivano-Frankivsk
- Gutachten zum aktuellen Entwurf des Verwaltungsverfahrensgesetzes der Ukraine
- Arbeitstagung mit Textarbeit am Entwurf des ukrainischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in Bonn
- Arbeitsbesuch des Revisionsverwaltungsgerichts des ukrainischen Obersten Gerichts in Mainz und Leipzig

## Straf- und Strafvollzugsrecht

- Fachgespräche zum Anwaltsrecht (Schwerpunkt Strafverteidigung) mit der ukrainischen Rechtsanwaltschaft in Lwiw

## Aus- und Fortbildung

- Begleitstudium zur Einführung in das deutsche Recht an der Nationalen Iwan-Franko-Universität in Lwiw (Neunter Durchlauf)
- Forschungsaufenthalt in München für die beste Absolventin dieses IRZ-Begleitstudiums an der Universität Lwiw

## Public Law

- Contribution to the “Conference of Ukrainian administrative court jurisdiction” in Kiev
- Preparation of a working paper on the topic of “Legal succession under public law”
- 14th German-Ukrainian Colloquium on Administrative Court Procedure at the Higher Administrative Court of Rhineland-Palatinate in Koblenz
- Seminar on administrative court procedure law and administrative procedure law at the Ivano-Frankivsk District Administrative Court
- Expert assessments of the current draft of the Administrative Procedure Act of Ukraine
- Workshop in Bonn on the draft text of the Ukrainian Administrative Procedure Act
- Working visit to Mainz and Leipzig by the Administrative Cassation Court within the Supreme Court of Ukraine

## Criminal Law and Penitentiary Law

- Expert talks on the law on lawyers (prioritising criminal defence) with Ukrainian lawyers in Lviv

## Basic and Further Training

- Supplementary studies as an introduction to German law at the Ivan Franko National University in Lviv (ninth course)
- Research trip to Munich for the best graduate of the IRZ supplementary studies at the University of Lviv



Fachgespräche zur Einheitlichkeit der Rechtsprechung in Karlsruhe: Präsidentin des Bundesgerichtshofs Bettina Limperf, Präsidentin des Obersten Gerichts Valentyna Danishevsk, seinerzeitige Hauptgeschäftsführerin der IRZ Veronika Keller-Engels (vorne v.l.n.r.), Botschafter der Ukraine in Deutschland, Dr. Andrij Melnyk (oben links)

Expert talks on uniform case-law in Karlsruhe: President of the Federal Court of Justice Bettina Limperf, President of the Supreme Court Valentyna Danishevsk, then General Director of the IRZ Veronika Keller-Engels (at the front, from left to right), Ambassador of Ukraine to Germany, Dr Andrij Melnyk (top left)

## Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

**EU-Twinning-Projekt: Strengthening the institutional capacity of the Supreme Court of Ukraine in the field of human rights protection at the national level**

Dieses EU-Twinning-Projekt unterstützt das ukrainische neu gegründete Oberste Gericht bei der Annäherung an moderne europäische Standards. Das 24-monatige Projekt wird seit März 2017 federführend von der IRZ und dem lettischen Justizministerium als Juniorpartner durchgeführt. Es verfügt über ein Budget von rund 1,3 Millionen Euro.

Aufgrund einer umfassenden Justizreform wurde das ukrainische Oberste Gericht 2017 als Revisionsgericht neu aufgebaut. Ende 2017 wurde außerdem ein Prüfungsverfahren durchgeführt als Grundlage für eine Neubesetzung aller Richterinnen- und Richterposten.

Das Projekt soll die neu ernannten Richterinnen und Richter mit dem für sie neuen revisionsrichterlichen Denken vertraut machen. Zudem soll es zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit des Obersten Gerichtshofs der Ukraine entsprechend den EU-Standards beitragen, die Professionalität der Richterinnen und Richter sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gerichts erhöhen und die Effektivität der Rechtsprechung des Obersten Gerichts steigern. Darüber hinaus soll der Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über die Rechtsprechung verbessert und sollen die Arbeitsprozesse effektiver gestaltet werden.

Aufgrund der zeitlichen Verzögerungen bei der Auswahl und Ernennung der neuen Richterinnen und Richter, die die wesentliche Zielgruppe der Projektaktivitäten darstellen, konnten erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 die ersten Maßnahmen erfolgen. Die dritte Komponente zur Stärkung der Kapazität des Obersten Gerichts und zur Verbesserung des Zugangs der Öffentlichkeit zur Justiz konnte trotz der anfänglichen Verzögerungen 2018 erfolgreich abgeschlossen werden. So wurden Trainings und Seminare organisiert, darunter auch eine Studienreise zum Oberlandesgericht Köln, um die Kenntnisse der ukrainischen Justizexpertinnen und -experten im Bereich der Justizverwaltung zu erweitern. Die Komponenten 1 und 2 sollen bis Juni 2019 abgeschlossen werden und zu einer Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Fortbildung von Richterinnen und Richtern beitragen.

## Project funded by the European Union

**EU Twinning project: Strengthening the institutional capacity of the Supreme Court of Ukraine in the field of human rights protection at the national level**

This EU Twinning Project supports the newly established Ukrainian Supreme Court to move closer to modern European standards. This 24-month project has been led by the IRZ with the Latvian Ministry of Justice as junior partner since March 2017. It has a budget of approximately €1.3 million.

The Ukrainian Supreme Court was restructured in 2017 as a court of cassation during a comprehensive judicial reform. In addition, a review procedure was conducted in late 2017, during which all judges were replaced.

The main objective of the project is to familiarise the newly appointed judges with the newly introduced approach of cassation. Moreover, it is also intended to improve the legal framework for the business of the Ukrainian Supreme Court in accordance with EU standards, increase the professionalism of judges and court employees and add to the effectiveness of the Supreme Court's case-law. Also included is the plan to enable greater public access to information on case-law and to establish more efficient working processes.

After delays in selecting and appointing the new judges, who represent the main target group of the project activities, the initial measures were not put into practice until the second half of 2018. The third component of strengthening the capacity of the Supreme Court and improving public access to the judiciary was brought to a successful conclusion in 2018, despite the initial delays. In this context, training courses and seminars were organised, including study trips to the Higher Regional Court of Cologne with the aim of building knowledge among Ukrainian legal experts within the area of judicial administration. Components 1 and 2 are earmarked for completion by June 2019 and should contribute to improving the legal frameworks, as well as the further training of judges.



Kick-off-Meeting im Rahmen des Projekts: Thomas Frellesen, damaliger Stellvertretender Leiter der EU-Delegation in der Ukraine; Christian Schmitz-Justen, Projektleiter; Jautrite Briede, Resident Twinning Adviser (v.l.n.r.)

Kick-off meeting for the project: Thomas Frellesen, then Deputy Head of the EU Delegation to Ukraine; Christian Schmitz-Justen, Project Manager; Jautrite Briede, Resident Twinning Adviser (from left to right)

## Ausblick

Auch weiterhin wird die Verfassungs- und Justizreform prägend für die Zusammenarbeit mit der Ukraine sein. Verfassungsgericht und Oberstes Gericht werden dabei ganz wesentliche Partner bleiben. Im Rahmen der Beratungen zum Richterrecht wird die Zusammenarbeit mit dem Höchsten Richterqualifikationsausschuss, dem Höchsten Rechtsprechungsrat, dem Qualifikations- und Disziplinarausschuss der Staatsanwaltschaft sowie der Nationalen Richterschule fortgesetzt.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit als wesentliche Stütze zum Schutz der bürgerlichen Rechte ist weiterhin ein Schwerpunkt der IRZ-Tätigkeit in der Ukraine. Zur Implementierung des im Folgejahr möglicherweise bereits verabschiedeten Verwaltungsverfahrensgesetzes sollen Fortbildungen für das Justizministerium und Vertreter der öffentlichen Verwaltung in Angriff genommen werden.

Die Zusammenarbeit von BMJV und ukrainischem Justizministerium wird im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung beider Institutionen weiter ausgebaut.

Weiterhin wird auch die juristische Nachwuchsförderung durch das deutschsprachige IRZ-Begleitstudium zum deutschen Recht an der Nationalen Iwan-Franko-Universität Lwiw fortgesetzt werden.

Hauptstadt: Taschkent  
Bevölkerung: ca. 32 Millionen  
Regierungsform: Republik, Präsidialdemokratie mit Zweikammer-Parlament

Capital: Tashkent  
Population: approx. 32 million  
System of government: Republic, presidential democracy with bicameral parliament

## Outlook

Constitutional and judicial reform will continue to shape cooperation with Ukraine going forward. The Constitutional Court and the Supreme Court will remain key partners in this context. In connection with counselling on the law of judges, cooperation with the Highest Judicial Qualification Committee, the Supreme Judicial Council, the Qualification and Disciplinary Board of the Public Prosecutor's Office and the National School of Judges will continue.

As a key institution for the protection of civil rights, administrative court jurisdiction will remain a priority of the IRZ's work in Ukraine. Further training for the Ministry of Justice and representatives of public administration will be addressed in order to implement the Administrative Procedure Act, which may be adopted in the following year.

Cooperation between the BMJV and the Ukrainian Ministry of Justice will continue to be expanded within the framework of the Joint Declaration by the two institutions.

Promotion of young legal professionals will also proceed by means of the German-language supplementary studies on German law organised by the IRZ at the Ivan Franko National University in Lviv.

## Usbekistan

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Der seit Ende 2016 amtierende Präsident Shavkat Mirsiyoyev hat dem Land auf vielen Gebieten eine Erneuerung mit hohem Reformtempo verordnet: Entwicklung des staatlichen Systems, Erhöhung der Effizienz der Verwaltung, soziale Sicherung, wirtschaftliche Entwicklung, Etablierung außenwirtschaftlicher Kontakte etc. Nach jahrelanger Abschottung stellt sich Usbekistan den Herausforderungen der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung und öffnet sich durch eine Veränderung des politischen Diskurses, eine Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft. Freilassung politischer Gefangener, Schaffung eines Petitionswesens und Achtung der Rechte von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten sind nur einige der Beispiele des deutlich wahrnehmbaren Wandels. In den früher eher gespannten Beziehungen zu den Nachbarstaaten hat Usbekistan inzwischen spürbare Annäherungen erreicht. Das Land bemüht sich außerdem aktiv darum, ausländische Investitionen und Technologien anzuziehen und das Land attraktiver für den Tourismus zu machen.

## Uzbekistan

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

In office since the end of 2016, President Shavkat Mirsiyoyev has ordered sweeping reforms in many areas that he is seeking to implement quickly: development of the state system; increase in the efficiency of public administration; social security; economic development; and establishment of external trade relations. After many years of isolation, Uzbekistan is facing up to the challenges of economic and cultural globalisation and is opening itself through a change in political discourse, privatisation and liberalisation of the economy. The release of political prisoners, the creation of a petition system and respect for the rights of migrant workers are merely a few examples of this clearly noticeable transformation. Uzbekistan has also achieved perceptible rapprochement in the previously tense relationships with its neighbouring states. Moreover, the country is making active efforts to attract foreign investments and technologies, as well as to create a more attractive image as a tourist destination.



Der Bereich Rechtsstaatlichkeit und Justiz ist privilegiert auf Platz zwei der Entwicklungsstrategie positioniert. Die angestoßenen Transformationsprozesse umfassen die Modernisierung der Gerichtsbarkeit, die Stärkung der Unabhängigkeit der Richterschaft, die Verbesserung des materiellen und prozessualen Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechts sowie der juristischen Aus- und Fortbildung und die Förderung der Anwaltschaft. Es wurden Maßnahmen gegen die überbordende Bürokratie und Korruption ergriffen, Umstrukturierungen vorgenommen, ein Richterrat zur Stärkung der justiziellen Selbstverwaltung gebildet und die Neubesetzung von zentralen Funktionen in der Justiz initiiert.

2018 war in Usbekistan das Jahr der Unterstützung aktiven Unternehmertums und innovativer Ideen und Technologien, was in den Rechtsbereich ausstrahlte. In der Folge stufte die Weltbank Usbekistan als einen der 10 aktivsten Reformstaaten ein.

Die neuen Impulse wirken sich positiv auf die internationalen Kontakte des Landes aus. Eine deutliche Intensivierung ist sowohl auf Führungs- als auch auf Arbeitsebene zu erkennen und findet ihren Ausdruck in einem intensiven und teilweise sehr hochrangigen Besuchsverkehr.

## Konzeption

Das Berichtsjahr wurde in besonderer Art und Weise durch das zehnjährige Bestehen der Kooperation mit der Republik Usbekistan geprägt. Die IRZ nahm 2008 die Zusammenarbeit mit Usbekistan als erstem Land in Zentralasien auf, um beim Aufbau eines Rechtsstaats und bei der Festigung demokratischer Strukturen zu beraten. Die Partner in den vergangenen zehn Jahren umfassten zentrale Justizeinrichtungen wie das Justizministerium und angegliederte Institutionen, die Generalstaatsanwaltschaft, Gerichte, die Staatliche Juristische Universität, verschiedene akademische Institute u. a. Insgesamt hat die IRZ vertrauensvolle und stabile Beziehungen aufgebaut, indem zahlreiche Maßnahmen verschiedener Formate durchgeführt wurden – Fachseminare in beiden Ländern, Studienbesuche, praxisorientierte Workshops, Expertenentsendungen zu Konferenzen u. Ä. Daneben implementierte ein europäisches Konsortium unter der Federführung der IRZ von 2011 bis 2015 ein umfangreiches EU-Projekt zur Verwirklichung der im Strafrecht angestoßenen Reformen.

Die nunmehr zehnjährige Kooperation der IRZ im Land war Anlass für die Reise einer hochrangigen Delegation des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und der IRZ im November 2018 unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz und Vizepräsidenten des Kuratoriums der IRZ, Christian Lange, MdB, nach Usbekistan. Um die bisherige Zusammenarbeit zu würdigen und für die Zukunft zu festigen, richtete die IRZ am 14. November 2018 eine Fachkonferenz zu Herausforderungen einer modernen Strafjustiz und einen Festakt aus. An beiden Veranstaltungen nahmen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der usbekischen Justiz teil.

Bis heute bildet das Strafrecht einen Schwerpunkt bei der Kooperation mit den Partnern, insbesondere mit der Generalstaatsanwaltschaft und in der Jubiläumskonferenz. Dort gaben usbekische Expertinnen und Experten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Überblick zu den aktuellen Reformvorhaben im Straf- und Strafprozessrecht in Usbekistan.

The area of rule of law and judiciary is privileged and is ranked second in the development strategy. Transition processes that have already been initiated include modernisation of the general jurisdiction, strengthening of the independence of the judiciary, improvements in substantive and procedural law within civil, criminal and administrative law, as well as basic and further training in law and support for the legal professions. Measures have been introduced to combat excessive bureaucracy and corruption, to implement restructuring, to establish a Council of Judges to bolster judicial self-governance and to make new appointments to key positions within the judiciary.

2018 was The Year of Support to Active Entrepreneurship, Innovative Ideas and Technologies in Uzbekistan, which radiated into the legal sector as well. In response, the World Bank classified Uzbekistan as one of the 10 most active reform states.

This fresh impetus is impacting positively on the country's international relations. A significant intensification is noticeable at leadership and working level and is expressed in a lively and at times very high-level stream of visitors.

## Overall Concept

The ten-year anniversary of cooperation with the Republic of Uzbekistan was a particular feature of the reporting year. The IRZ started cooperation with Uzbekistan in 2008 as the first country in Central Asia. The aim was to provide advice on building the rule of law and strengthening democratic structures. Partners over the last ten years have included key judicial entities such as the Ministry of Justice and associated institutions, the General Prosecutor's Office, courts, the State University of Law, various academic institutes and others. Overall, the IRZ has built trusting and stable relationships by implementing numerous measures in a wide range of formats – specialist seminars in both countries, study trips, practical workshops, dispatch of experts to conferences and others. Moreover, a European consortium led by the IRZ carried out an extensive EU project on implementation of the initiated criminal law reforms from 2011 to 2015.

This decade of the IRZ's cooperation in the country was taken as the occasion for a high-level delegation of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection (BMJV) and the IRZ to visit Uzbekistan in November 2018, led by Christian Lange, Member of the Bundestag and Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice and Consumer Protection and Vice President of the IRZ Board of Trustees. Seeking to acknowledge the cooperation so far and to strengthen it for the future, the IRZ hosted a conference on the challenges of modern criminal justice on 14 November 2018, as well as a ceremony marking the anniversary. High-level representatives of the Uzbek judiciary took part in both events.

Criminal law remains one of the priorities in the cooperation with partners, especially with the General Prosecutor's Office; this aspect was also reflected in the anniversary conference. At the event, Uzbek experts provided the participants with some insight into the current reform projects within criminal law and criminal procedure law in Uzbekistan. Other important topics included the guarantee of fundamental

Weitere wichtige Themen waren die Gewährleistung von Grundrechten im Straf- und Strafprozessrecht sowie die Stärkung der Rolle des Verteidigers im Strafprozess. In einer anschließenden Podiumsdiskussion standen die Vereinfachung und Beschleunigung des Strafverfahrens sowie die Digitalisierung im Ermittlungs- und Strafverfahren im Fokus des Austausches.

Die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der IRZ und der Generalstaatsanwaltschaft mündete in ein Memorandum of Understanding, das im Rahmen des Besuchs unterzeichnet wurde.

Als Training für die juristische Methodenlehre wurde an der Staatlichen Juristischen Universität zu Taschkent eine interaktive Veranstaltungsreihe in Form eines Moot Court zum Straf- und Strafprozessrecht fortgesetzt. Ziel der Veranstaltung war es, mit Studierenden die praktische Umsetzung strafrechtlicher Normen zu üben und den Ablauf des Strafverfahrens in Usbekistan und Deutschland rechtsvergleichend zu analysieren. Durch eine aktive eigene Beteiligung der Studentinnen und Studenten in allen Rollen des fiktiven Prozesses konnten die Rechtsanwendung und die Wichtigkeit des Verfahrensrechts besonders anschaulich vermittelt werden.

Das noch junge Institut für Gesetzgebungsfragen und Parlamentsforschung beim Parlament thematisierte in einem gemeinsamen Seminar mit der GIZ Fragen zur Bürgerbeteiligung bei der Gesetzgebung, rechtsförmliche Anforderungen an Gesetze, Auslegungsfragen und Überlegungen zur Gesetzesfolgenabschätzung mit den deutschen Kolleginnen aus Bundestag und Bundesrat.

rights in criminal law and criminal procedure law, as well as measures to bolster the role of defence lawyers in criminal proceedings. The exchange of views during a subsequent panel discussion centred around means of simplifying and accelerating criminal proceedings, as well as on the digitisation of investigative and criminal proceedings.

The long-standing, trusting cooperation between the IRZ and the General Prosecutor's Office culminated in a Memorandum of Understanding, which was signed during the visit.

An interactive series of events in the form of a moot court on criminal law and criminal procedure law was continued at the State University of Law in Tashkent in order to train legal methodologies. The purpose of the event was to practice with the students the implementation of criminal law standards, as well as to compare and analyse the order of criminal proceedings in Uzbekistan and Germany. Students were asked to participate actively by assuming all the different roles in the fictitious trial and hence received particularly illustrative instruction in the application of the law and the importance of procedural law.

The still young Legislation and Parliamentary Research Institute within parliament co-hosted a joint seminar of GIZ and the IRZ attended by German colleagues from the Bundestag and Bundesrat addressing issues of civic participation in the legislative process, formal legal requirements placed in laws, questions of interpretation, as well as regulatory impact assessments for laws.



Studienreise der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Usbekistan zur institutionellen Kapazitätenstärkung und zum Austausch Jugendstrafrecht und zur Korruptionsbekämpfung nach Deutschland: Evgeny Kolenko (Mitte), Leiter der Akademie bei der Generalstaatsanwaltschaft; Dr. Stefan Tratz (rechts daneben), Direktor der Deutschen Richterakademie

Study trip to Germany by the General Prosecutor's Office of the Republic of Uzbekistan on how to strengthen institutional capacities and to share views on juvenile criminal law and policy to combat corruption: Evgeny Kolenko (centre), Director of the Academy at the General Prosecutor's Office; Dr Stefan Tratz (on the right), Director of the German Judicial Academy

## Tätigkeitsschwerpunkte 2018

### Öffentliches Recht

- Mitwirkung am Seminar zu Gesetzgebungsprozessen und Gesetzgebungstechnik in Kooperation mit der GIZ und dem Zentrum für Gesetzgebung beim Parlament in Taschkent

### Straf- und Strafvollzugsrecht

- Studienreise für Vertreterinnen und Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft zur institutionellen Kapazitätenstärkung und zum Austausch Jugendstrafrecht und zur Korruptionsbekämpfung nach Deutschland
- Praktisches Seminar zur Falllösungstechnik einschließlich fiktiver Gerichtsverhandlung im Straf- und Strafprozessrecht für Studierende sowie Dozentinnen und Dozenten der Staatlichen Juristischen Universität in Taschkent
- Vorlesung und Diskussionsforum zu Grundlagen des deutschen Straf- und Strafprozessrechts an der Akademie bei der Generalstaatsanwaltschaft im März in Taschkent
- Fachkonferenz zu Herausforderungen der modernen Strafjustiz mit der Generalstaatsanwaltschaft mit anschließendem Festakt zum 10-jährigen Bestehen der bilateralen Kooperation im November in Taschkent

Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding zwischen der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Usbekistan und der IRZ: Christian Lange MdB (Mitte, stehend), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz; Otabek Murodov (links), Generalstaatsanwalt der Republik Usbekistan; Veronika Keller-Engels, seinerzeitige Hauptgeschäftsführerin der IRZ (rechts daneben)

Signing of a Memorandum of Understanding between the General Prosecutor's Office of the Republic of Uzbekistan and the IRZ: Christian Lange (centre, standing), Member of the Bundestag and Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice and Consumer Protection; Otabek Murodov (left), Prosecutor General of the Republic of Uzbekistan; Veronika Keller-Engels, then General Director of the IRZ (on the right)

## Foci of Activity in 2018

### Public Law

- Cooperation in the seminar on legislative processes and legislation technique in cooperation with the GIZ and the Centre for Legislation at the parliament in Tashkent.

### Criminal Law and Penitentiary Law

- Study trip to Germany for representatives of the General Prosecutor's Office on how to strengthen institutional capacities and to share views on juvenile criminal law and policy to combat corruption.
- Practical seminar for techniques of case resolution, including moot court proceedings in criminal law and criminal procedure law for students and lecturers at the State University of Law in Tashkent.
- Lecture and discussion forum at the Academy of the General Prosecutor's Office in March in Tashkent on the basics of German criminal law and criminal procedure law
- Conference in Tashkent on the challenges of modern criminal justice with the General Prosecutor's Office, followed by anniversary celebrations marking 10 years of bilateral cooperation in November



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des interaktiven Seminars zur Falllösungstechnik im Straf- und Strafprozessrecht an der Staatlichen Juristischen Universität zu Taschkent

Participants at the interactive seminar on case solving techniques in criminal law and criminal procedure law at the State University of Law in Tashkent

---

## Ausblick

Die IRZ wird weiterhin mit den bisherigen Partnern zum Schwerpunkt Straf- und Strafprozessrecht zusammenarbeiten. Die enge erfolgreiche Kooperation mit der Generalstaatsanwaltschaft sowie der Akademie bei der Generalstaatsanwaltschaft wird weiter vertieft werden. Ebenfalls sind Veranstaltungen mit den langjährigen Partnern der IRZ, dem Justizministerium und der Staatlichen Juristischen Universität sowie dem Weiterbildungszentrum für Juristen beim Justizministerium geplant.

Auf dem Gebiet der neu geschaffenen Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine Zusammenarbeit mit dem Kollegium für verwaltungsrechtliche Streitigkeiten des Obersten Gerichts der Republik Usbekistan in Form von Richterschulungen vorgesehen. In diesem Zusammenhang werden insbesondere praxisbezogene Elemente zur juristischen Aus- und Fortbildung integriert.

Expertise mit praktischem Bezug bleibt im Fokus der inhaltlichen Ausgestaltung der Maßnahmen auch im nächsten Jahr.

---

## Outlook

The IRZ will continue to work with its current partners, prioritising criminal law and criminal procedure law. The close and successful cooperation with the General Prosecutor's Office and the Academy of the General Prosecutor's Office will be strengthened as well. There are also plans to hold events with the Ministry of Justice and the State University of Law, as well as the Lawyers' Further Training Centre at the Ministry of Justice, all of whom are long-standing partners of the IRZ.

Cooperation with the panel of judges on administrative disputes at the Supreme Court of the Republic of Uzbekistan is scheduled in the form of training courses for judges in the newly created field of administrative court jurisdiction. In this context, practical elements of basic and further training in the legal professions will be integrated in particular.

Expertise with practical relevance will remain in the focus of all measures and their contents in the coming year as well.

---

Hauptstadt: Hanoi  
Bevölkerung: ca. 95,5 Millionen  
Regierungsform: Sozialistische Republik

Capital: Hanoi  
Population: approx. 95.5 million  
System of government: Socialist republic



---

## Vietnam

---

## Vietnam

---

### Strategische Rahmenbedingungen

#### Rechtspolitische Ausgangslage

Die politischen Rahmenbedingungen haben sich auch 2018 wenig geändert – Vietnam hat nach wie vor eine stabile Einparteiensherrschaft, in der die Kommunistische Partei ihren Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft durchsetzt. Dieser politische Zustand wird zusätzlich durch die 2014 in Kraft getretene Verfassung gefestigt. Demgegenüber hat sich Vietnam der Verwirklichung einer Marktwirtschaft „sozialistischer Prägung“ verschrieben und verzeichnet seit Jahren ein anhaltendes Wirtschaftswachstum. Das Land zählt zu den dynamischsten Volkswirtschaften in der südostasiatischen Region und ist mittlerweile ein „middle income“-Staat. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung und wird immer jünger, das Gesundheitswesen hat sich enorm verbessert, und auch der Bildungssektor verzeichnet deutliche Fortschritte. Die Modernisierung der staatlichen Strukturen, der Rechtsordnung und der Justiz dauert fort. Es gibt eine rege Gesetzgebungstätigkeit und zahlreiche Vorhaben zur Umsetzung internationaler Verpflichtungen, es werden viele Maßnahmen zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten in Angriff genommen.

---

### Strategic Framework

#### Legal Policy Starting Point

The political framework remained largely unchanged in 2018 as well – Vietnam is still under stable single-party rule, in which the Communist Party exercises its claim to leadership over the state and civil society. The Constitution introduced in 2014 further solidifies this political situation. In contrast, Vietnam has vowed to establish a market economy based on “socialist values” and has recorded economic growth for years. The country is among the most vibrant national economies in South-East Asia and is now a “middle income” state. At the same time, the population is growing and becoming increasingly young; the health sector has improved significantly, and there has been considerable progress in the education sector as well. Modernisation of state structures, the legal system and the judiciary are also continuing. Legislative activity is moving forward briskly, and there are numerous projects to implement international commitments. A large number of measures to strengthen institutional capacities are being implemented as well.

## Konzeption

Seit 2010 ist die IRZ in Vietnam tätig und realisiert Projekte im Rahmen des deutsch-vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs, der 2008 durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit dem vietnamesischen Justizministerium ins Leben gerufen wurde. So entstanden vielfältige Kooperationen, darunter mit dem Justizministerium, der Justizakademie, dem Obersten Volksgericht, der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, der Rechtsanwaltskammer, dem Menschenrechtsinstitut, der Rechtshochschule und mit verschiedenen anderen Institutionen.

Der Fokus der Tätigkeit der IRZ richtet sich darauf, die Umsetzung menschenrechtlicher Garantien, insbesondere im materiellen und prozessualen Strafrecht sowie in neuen zivilrechtlichen Regelungen, zu unterstützen. Hier erzeugen die seit ca. 30 Jahren erstmals komplett novellierte Strafprozessordnung und das ebenfalls reformierte Strafgesetzbuch bei verschiedenen Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwendern erheblichen Beratungsbedarf. In zwei internationalen Konferenzen mit dem Institut für Menschenrechte diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft und Rechtspraxis mit deutschen Kolleginnen und Kollegen die angestoßenen Veränderungen zur konsequenten Einhaltung von Menschenrechten im Straf- und Strafprozessrecht aus verschiedenen Perspektiven. Dabei nahmen die neu eingeführten Bestimmungen zur Unschuldsvermutung und zur Videoaufzeichnung von Vernehmungen sowie die Abgrenzung der Befugnisse von Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei und den Rechten des/der Angeklagten breiten Raum ein. Für die Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger spielen das Beweisrecht (Zulässigkeit, Vorlage, Würdigung etc.) und die Durchsetzung ihrer Rechte im Strafverfahren eine zentrale Rolle. Diesem Themenkomplex widmete die IRZ deshalb einen eigenen Workshop.

Die Beratungen für einen gesetzlich verankerten Schutz transgeschlechtlicher Menschen nahm die IRZ nach 2017 auch im Berichtsjahr gern wieder auf, da das Inkrafttreten des neuen Transgender-Gesetzes entgegen der ursprünglichen Planung von 2018 auf 2020 verschoben wurde. Zwar hatte sich der aktuelle Gesetzentwurf im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert, und es wurden auch Empfehlungen von IRZ-Seite eingearbeitet, doch bestand immer noch an vielen Stellen Nachbesserungsbedarf. Die IRZ richtete dazu einen Workshop mit dem Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS sowie verschiedenen Vertretern aus der Regierung und Zivilgesellschaft aus. Der wechselseitige Austausch machte deutlich, dass trotz unterschiedlicher gesetzlicher Ausgangslagen gleichgerichtete Bemühungen zur rechtlichen Anerkennung der Geschlechtsidentität mit Blick auf das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf Gleichbehandlung unternommen werden. Die anwesenden Mitglieder der Redaktionsgruppe äußerten die Absicht, die besprochenen Änderungsvorschläge auch erneut wieder zu berücksichtigen, und es ist beachtlich, dass für ein konfuzianisch geprägtes Land ein sehr fortschrittlicher Gesetzentwurf auf den Weg gebracht werden soll.

## Overall Concept

The IRZ has been active in Vietnam since 2010, implementing projects within the framework of the German-Vietnamese Dialogue on the Rule of Law, which was established in 2008 by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection in cooperation with the Vietnamese Ministry of Justice. This has resulted in a broad range of cooperation, among others with the Ministry of Justice, the Judicial Academy, the Supreme People's Court, the Supreme People's Procuracy of Vietnam, the Bar Association, the Human Rights Institute, the Judicial Academy and with various other institutions.

The IRZ focuses its activities on supporting the implementation of human rights guarantees, especially in the areas of criminal law procedures and new provisions under civil law. In this regard, a wide range of law practitioners have a significant training need due to the first complete amendment of the Code of Criminal Procedure in 30 years, as well as the reform of the Criminal Code. Participants from the worlds of academia and practice attended two international conferences with the Human Rights Institute, where they joined German colleagues to discuss the changes introduced to promote consistent adherence to human rights in criminal law and criminal procedure law from a variety of perspectives. In this regard, a significant focus was placed on the newly introduced provisions on the presumption of innocence, the filming of interviews and the separation of powers between courts, the Public Prosecutor's Office, the police and the accused. Crucial aspects for criminal defence lawyers include the laws on evidence (admissibility, presentation, assessment etc.) and the assertion of their rights in criminal procedure law. This prompted the IRZ to organise a separate workshop on these aspects.

During the reporting year, the IRZ was pleased to continue its legal counselling on the legally enshrined protection of transgender persons, which commenced in 2017. Initially earmarked for 2018, ratification of the new Transgender Law was postponed to 2020. Although there was significant progress in the latest draft legislation compared to last year – including the incorporation of proposals put forward by the IRZ – significant room for improvement remained in many other areas nevertheless. For this purpose, the IRZ organised a workshop with the Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS, as well as a variety of government and civil society representatives. This exchange of opinions made clear that despite the variety of legislative approaches, the stakeholders are, with a view to the rights of the individual and equality before the law, engaged in similar efforts to ensure legal recognition of gender identity. The attending members of the editorial team expressed the intention to again consider the proposed amendments discussed at the workshop, and it is indeed remarkable that extremely progressive draft legislation is about to be included in the legislative process in a country of Confucian traditions.

Darüber hinaus bildet die juristische Aus- und Fortbildung einen wichtigen Schwerpunkt, was sich in zwei Seminaren für Richterinnen und Richter niederschlug. Dabei ging es um die Anwendung von ungeschriebenem Recht im gesamten Zivilrecht, und so wurden die Abgrenzung zu kodifiziertem Recht und dessen Auslegung diskutiert und die Identifizierung von Gewohnheitsrecht, die Kollision mit geschriebenem Recht sowie das Erkennen von Gesetzeslücken thematisiert.

Mit Veranstaltungen in verschiedenen Regionen außerhalb Hanoi wird angestrebt, regelmäßig auch dort ansässige Teilnehmerinnen und Teilnehmer einzubeziehen.

---

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

#### Verfassungsrecht / Menschenrechte und deren Durchsetzung

- Rechtsvergleichende Konferenz zu den verfassungsrechtlichen Implikationen für das Straf- und Strafprozessrecht mit dem Vietnamesischen Institut für Menschenrechte; gefördert durch das Auswärtige Amt (AA) in Hanoi und in Da Nang

#### Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Workshop zum Beweisrecht und zu Rechten der Verteidiger mit der vietnamesischen Rechtsanwaltskammer in Hai Phong

#### Zivilrecht

- Workshop zur Fortführung der Beratung zum Gesetz über die Geschlechtsangleichung (Stärkung der Rechte von transgeschlechtlichen Menschen) mit dem Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS in Hanoi

#### Aus- und Fortbildung

- Workshop zur juristischen Methodenlehre in der Rechtsprechung (Schwerpunkt Zivilrecht) mit dem Obersten Volksgericht in Hanoi und in Ho-Chi-Minh-Stadt
- Fachübersetzung des Strafgesetzbuchs und Strafprozessrechts vom Vietnamesischen ins Deutsche

Moreover, judicial basic and further training were another important priority, leading to the organisation of two seminars for judges. The focus here was placed on the application of unwritten law throughout civil law, which prompted discussions on the distinction between codified law and its interpretation, as well as the identification of common law, its collision with written law and the detection of legal loopholes.

Events were organised in a variety of regions outside of Hanoi as a means of including participants from these regions on a regular basis.

---

### Foci of Activity in 2018

#### Constitutional Law / Human Rights and their Enforcement

- Comparative law conference on constitutional law implications for criminal law and criminal procedure law in cooperation with the Vietnamese Institute for Human Rights; supported by the Foreign Office (AA) in Hanoi and Da Nang

#### Criminal Law and Penitentiary Law

- Workshop on the law of evidence and the rights of defence lawyers with the Vietnamese Bar in Hai Phong

#### Civil Law

- Workshop on continuing counselling for the Gender Reassignment Act (strengthening the rights of transgender persons) with the Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS in Hanoi

#### Basic and Further Training

- Workshop on judicial methodology in case-law (focusing on civil law) with the Supreme People's Court in Hanoi and Ho Chi Minh City.
- Technical translation of the Criminal Code and criminal procedure law from Vietnamese into German.

## Ausblick

Die Fortsetzung des deutsch-vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs wird für 2019 erwartet. Die IRZ wird die Kooperation mit ihren Partnern fortführen, indem sie verstärkt Maßnahmen zur Anwendung der neuen strafrechtlichen Regelungen auf diversen Gebieten wie z. B. im Jugendstrafrecht anbietet. Die Aus- und Fortbildung bleibt weiterhin ein wesentlicher Baustein der Tätigkeit. Hauptzielgruppe der Beratungen sind Richterinnen und Richter sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte.

## Outlook

German-Vietnamese Dialogue on the rule of law is expected to continue in 2019. The IRZ will pursue cooperation with its partners by offering a larger number of measures concerning the application of criminal law provisions in a variety of fields, e.g. juvenile criminal law. Basic and further training will remain as a significant part of its activities. In this regard, judges and lawyers are the main target group for legal counselling by the IRZ.



Rechtsvergleichende Konferenz zu den verfassungsrechtlichen Implikationen für das Straf- und Strafprozessrecht mit dem Vietnamesischen Institut für Menschenrechte: Prof. Dr. Tuong Duy Kien (2.v.r.), Direktor des Instituts; Prof. Dr. Georg Güntge (links daneben), Leitender Oberstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein; Dr. Matthias Hartwig (rechts), Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Comparative law conference on constitutional law implications for criminal law and criminal procedure law in cooperation with the Vietnamese Institute for Human Rights: Prof. Tuong Duy Kien (2nd from the right), Director of the Institute; Prof. Georg Güntge (to the left), Senior Public Prosecutor at the General Prosecutor's Office in Schleswig-Holstein; Dr Matthias Hartwig (on the right), Senior Research Fellow at the Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law

Workshop zur juristischen Methodenlehre in der Rechtsprechung mit dem Obersten Volksgericht in Hanoi: Tran Thu Hien (rechts), Richterin am High Court Hanoi; Dr. Nguyen Hai An (links daneben), Inspektorin am High Court Hanoi; Anne-Ruth Moltmann-Willisch (links), Richterin am Landgericht; Dr. Tobias Oelsner (rechts daneben), Vors. Richter am Landgericht

Workshop on judicial methodology in case-law (focusing on civil law) with the Supreme People's Court in Hanoi: Tran Thu Hien (on the right), judge at the High Court Hanoi; Dr Nguyen Hai An (to the left), Inspector at the High Court Hanoi; Anne-Ruth Moltmann-Willisch (left), judge at the Regional Court; Dr Tobias Oelsner (to the right), Presiding judge at the Regional Court



Workshop zum Beweisrecht und zu Verteidigerrechten mit der vietnamesischen Rechtsanwaltskammer in Hai Phong: Präsident Dr. Do Ngo Thinh (1. Reihe Mitte); Rechtsanwalt Otmar Kury (links daneben); Rechtsanwalt Prof. Dr. Jan Bockemühl (rechts daneben)

Workshop on the law of evidence and the rights of defence lawyers with the Vietnamese Bar in Hai Phong: President Dr Do Ngo Thinh (1st row in the centre); Otmar Kury, lawyer (to the left); Prof. Jan Bockemühl, lawyer (to the right)



## Multilaterale Programme

### Konzeption

Einen wichtigen Bestandteil der Arbeit der IRZ stellen die Hospitationsprogramme und multilateralen Veranstaltungen wie Konferenzen und Sommerschulen dar. Die Hospitationsprogramme, die bereits kurz nach der Gründung der IRZ ins Leben gerufen wurden, gelten dabei als besonderes Erfolgsprojekt. Seit 25 Jahren erhalten deutschsprachige Berufsträgerinnen und Berufsträger aus den IRZ-Partnerländern in mehrwöchigen Programmen Einblick in den Arbeitsalltag in deutschen Anwaltskanzleien, Gerichten, Staatsanwaltschaften und Notariaten. Sie informieren sich dabei nicht nur über die konkrete Funktionsweise der Justiz in Deutschland, sondern können sich mit den deutschen sowie den ausländischen Kolleginnen und Kollegen über ihre Eindrücke und die Praxis in ihren eigenen Ländern austauschen.

Im Jahr 2016 wurde das Portfolio um ein englischsprachiges Programm für Zivil- und Handelsrichterinnen und -richter erweitert. Dieser Ansatz wurde nunmehr weitergeführt, indem 2018 ein englischsprachiger Fortbildungsaufenthalt für Notarinnen und Notare pilotiert wurde. Diese englischsprachigen Hospitationen richten sich an Teilnehmerinnen und Teilnehmer insbesondere aus den Nicht-EU-Ländern, in denen Deutsch als Fremdsprache in der Regel wenig verbreitet ist, womit auch bei der juristischen Berufsgruppe eher selten ausreichende Deutschkenntnisse vorhanden sind, um einen effektiven Fortbildungsaufenthalt zu ermöglichen. Auf diese Weise kommen diese wichtigen englischsprachigen Programme einer weiter gefassten Zielgruppe zugute. Angesichts des großen Zuspruchs und der äußerst positiven Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wird die IRZ auch zukünftig an diesen Formaten festhalten. Für Notarinnen und Notare sollen das deutschsprachige und das englischsprachige Hospitationsprogramm künftig im jährlichen Wechsel angeboten werden.

Die Hospitationen dienen ebenso wie multilaterale Konferenzen dem fachlichen Austausch zwischen Berufsträgern aus den zahlreichen Partnerländern der IRZ zu aktuellen, für alle Beteiligten gleichermaßen relevanten Rechtsfragen. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kommt dabei eine aktive Rolle zu, da sie in dem multilateralen Kontext die Situation und Lösungsansätze ihres heimischen Rechtssystems vorstellen und als Multiplikatoren die Strategien oder Lösungsmodelle ausländischer Kolleginnen und Kollegen in ihren Ländern einbringen können. Daneben geht es bei solchen Projekten aber auch immer um eine langfristige länderübergreifende Netzwerkbildung innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen.

### Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Tagung der Memorandumgruppe der nationalen Richterverbände in Astana

Auch 2018 unterstützte die IRZ eine Tagung der sogenannten Memorandumgruppe der Richtervereinigungen aus Armenien, Estland, Georgien, Kasachstan, Moldau, Polen und der Ukraine. Die diesjährige Veranstaltung fand im Dezember in der kasachischen Hauptstadt Astana statt und widmete sich dem Thema der sozialen Versorgung von Richterinnen und Richtern im Hinblick auf einen effektiven Rechtsschutz. Die IRZ hat mit den meisten der beteiligten nationalen Richtervereinigungen im Rahmen der bilateralen Kooperation guten Kontakt und unterstützt die Zusammenkünfte in diesem Format seit 2011. Besonders zu erwähnen ist dabei die Be-

## Multilateral Programmes

### Overall Concept

The internship programmes and multilateral events such as conferences and summer schools are important parts of the IRZ's work. Initiated shortly after the IRZ was established, the internship programmes are viewed as particularly successful in this regard. For 25 years, German-speaking professionals from the IRZ partner states have completed programmes lasting several weeks to obtain insight into the everyday working routines in German law firms, courts, public prosecutor's offices and notary's offices. Not only do they acquire information about the practical workings of the judiciary in Germany, they can also share views with German and foreign colleagues on their impressions and the practical side to work in their own countries.

An internship programme for English-speaking civil and commercial judges was added to the portfolio in 2016. This approach has since been continued in the form of a practice-oriented training for English-speaking notaries, which was piloted in 2018. These programmes in English language are designed in particular for participants from non-EU countries in which German is not a common second language and where even legal professionals are unlikely to have a sufficient command of the language in order to enable an effective training period in Germany. Hence, a broader target group can benefit from these important programmes in English as transfer language. The IRZ will continue to offer these formats in view of the strong support and the extremely positive feedback from participants. In the future, the practice-oriented training programme for English-speaking notaries and the internship programme for German-speaking notaries will be held in alternate years.

Like the multilateral conferences, the purpose underlying these internship programmes is to promote technical exchange of experience between professionals in the numerous partner states of the IRZ on current issues of law that are equally relevant to all participants. The participants play an active role in the process, as they present the situation and solutions in their own legal systems in a multilateral context and, in the role of multipliers, can disseminate the strategies and solution models applied by their foreign colleagues within their own countries. Another important aspect of these projects is to establish long-term, international networks within the different professional groups.

### Foci of Activity in 2018

Conference of the Memorandum Group of National Associations of Judges in Astana

The IRZ supported a conference by the Memorandum Group of Associations of Judges from Armenia, Estonia, Georgia, Kazakhstan, Moldova, Poland and Ukraine in 2018 as well. This year's event was held in the Kazakh capital of Astana and focused on the issue of social security for judges from the perspective of effective legal protection. The IRZ has good contact with most of the participating Associations of Judges within the framework of bilateral cooperation and has supported their meetings in this format since 2011. Deserving particular mention in this regard is the participation by the German Association of Judges, which

## Konferenzen und Hospitationen

teiligung des Deutschen Richterbundes, der als beratendes Mitglied stets zu den Tagungen eingeladen ist und dessen Expertise und Fachbeiträge seitens der weiteren Mitglieder hochgeschätzt werden.

### IRZ-Sommerschule Deutsches Recht

Bereits zum achten Mal führte die IRZ ihre „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“ durch, die in der Zeit vom 8. bis 14. Juli 2018 in Bonn unter Beteiligung von elf IRZ-Partnerstaaten stattfand: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Kosovo, Russland, Serbien, Tunesien und die Ukraine. Kasachstan und Tunesien waren erstmals vertreten. Die Sommerschule war 2011 ursprünglich als Ergänzung zum deutschsprachigen Begleitstudium zur Einführung ins Deutsche Recht an der Nationalen Ivan-Franko-Universität Lviv (Westukraine) konzipiert worden. Sie bringt inzwischen regelmäßig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus zahlreichen Partnerstaaten der IRZ zusammen und erfreut sich nach wie vor einer immer größeren Nachfrage. Unabdingbar für eine Teilnahme sind sehr gute Deutschkenntnisse.

Die diesjährige Sommerschule umfasste Vorlesungen zu folgenden Rechtsgebieten:

- Grundrechtsschutz (sowohl durch das Bundesverfassungsgericht als auch durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte),
- aus dem Zivilrecht: Gesellschaftsrecht und Insolvenzrecht,
- unionsrechtliche Einwirkungen auf nationales Zivil- und Wirtschaftsrecht sowie Schiedsgerichtsbarkeit,
- Straf- und Strafprozessrecht,
- Anwaltsrecht und
- Methodenlehre.

Zudem schloss die Sommerschule wieder einen Besuch von Verhandlungen einer Zivil- und einer Strafkammer beim Landgericht Bonn sowie Gespräche an der Universität Bonn ein, bei denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Studienmöglichkeiten für ausländische Studierende und Postgraduierte erkundigen konnten. Die IRZ-Sommerschule wird aufgrund der positiven Resonanz auch in den kommenden Jahren angeboten werden, um auch weiterhin den juristischen Nachwuchs in den IRZ-Partnerstaaten zu erreichen und zu fördern.

## Conferences and internship programmes

is always invited to the conferences as an advisory member and whose expertise and technical contributions are highly appreciated by the other members.

### IRZ Summer School on German Law

The IRZ held its eighth “IRZ Summer School on German Law” from 8–14 July 2018 in Bonn, which was attended by participants from eleven IRZ partner states: Albania, Armenia, Azerbaijan, Bosnia and Herzegovina, Georgia, Kazakhstan, Kosovo, Russia, Serbia, Tunisia and Ukraine. Kazakhstan and Tunisia were represented at the event for the first time. The summer school was inaugurated in 2011 as an addition to the supplementary studies for an introduction to German law at the Ivan Franco National University of Lviv (Western Ukraine). Now it regularly brings together participants from numerous partner states of the IRZ and continues to enjoy substantial demand. Very good German skills are a prerequisite for attendance.

This year’s summer school featured lectures on the following legal areas:

- protection of fundamental rights (by the Federal Constitutional Court and the European Court of Human Rights);
- civil law: company law and insolvency law;
- effects of Union law on national civil and commercial law, as well as on arbitration;
- criminal law and criminal procedure law;
- law on lawyers; and
- legal methodology.

In addition, the IRZ Summer School also included a visit to trials at a civil and a criminal chamber at the District Court of Bonn, as well as discussions at the University of Bonn, during which participants were able to learn more about study opportunities for foreign students and postgraduates. In view of the very positive response, the IRZ Summer School will be offered in the coming years as well, in order to continue addressing and promoting young legal professionals in the IRZ partner states.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der achten „IRZ-Sommerschule Deutsches Recht“

Participants at the eighth “IRZ Summer School on German Law” in Bonn

Absolventinnen und Absolventen der IRZ-Herbstakademie in Bonn

Graduates of the IRZ Autumn Academy in Bonn



## IRZ-Herbstakademie

Dank der Förderung durch das Auswärtige Amt konnte die IRZ in fachlicher Fortführung der erfolgreichen Sommerschulen im Oktober 2018 erstmals die IRZ-Herbstakademie veranstalten. In Partnerschaft mit der Nationalen Ivan-Franko-Universität Lviv (Westukraine) wurden 21 Studierende bzw. Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine) und Russland hierzu nach Bonn eingeladen. Die Mehrzahl der Beteiligten waren Alumni früherer Sommerschulen der IRZ und verfügten neben ihren hervorragenden Deutschkenntnissen damit bereits über Grundkenntnisse des deutschen Rechts.

Das Programm der Akademie umfasste sieben Arbeitstage und beinhaltete einerseits Themen des europäischen oder internationalen Rechts (Internationales Privatrecht, Verfahren vor dem EGMR, Grundzüge des EU-Rechts), andererseits aber vielfältige Themen des deutschen Zivilrechts, etwa das Handels- und Personengesellschaftsrecht, das Recht der Körperschaften und das Insolvenzrecht. Auch relativ junge Rechtsgebiete wie das IT-Strafrecht oder das Recht der erneuerbaren Energien wurden angesprochen. Die Themen stellten Referentinnen und Referenten aus der Wissenschaft, der Anwaltschaft und der Justiz sowie ein Verbandsjurist vor, so dass eine große Praxisnähe der Vorträge gesichert war. Besuche beim Bundeskartellamt und der Zentrale der DHL in Bonn rundeten das Programm ab.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich hochmotiviert an dem Fachprogramm und bewiesen durch ihre interessierten Nachfragen, dass sie den anspruchsvollen Themen sprachlich wie inhaltlich folgen konnten. Den deutschsprachigen Abschlusstest bewältigten dementsprechend alle erfolgreich. Vor allem aber zeigten sich die jungen Juristinnen und Juristen äußerst offen für den länderübergreifenden Austausch mit ihren auslän-

## IRZ Autumn Academy

In October 2018, the IRZ was able to organise the first IRZ Autumn Academy thanks to support from the Federal Foreign Office to build on the successful summer schools. Partnering with the Ivan Franco National University of Lviv (Western Ukraine), 21 students and professional entrants from the countries of the Eastern Partnership (Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova, Ukraine) and Russia were invited to the event in Bonn. Most of the participants were alumni of earlier IRZ Summer Schools and already possessed a basic grasp of German law, in addition to their excellent German skills.

The programme at the Academy was spread over seven working days and included issues of European and international law (international private law, ECHR procedures, basic principles of EU law), as well as a broad variety of aspects within German civil law, for instance trade and partnership law, law of public and private entities and insolvency law. Relatively recent legal areas such as IT criminal law or renewable energies law were also addressed. The topics were presented by speakers from academia, the Bar and the judiciary, ensuring significant practicality of the lectures. Visits to the Federal Cartel Office and the DHL headquarters in Bonn rounded off the programme.

The highly motivated participants contributed actively to the technical programme and demonstrated with their interested questions that they were able to follow complex issues, both in terms of the content and the language. So it was hardly surprising when all of them successfully completed the final test in German. Above all, the young lawyers were extremely open to engaging with their colleagues from other countries. They quickly established amiable, international contacts that they can

## Konferenzen und Hospitationen

dischen Kolleginnen und Kollegen. Sie knüpften schnell freundschaftliche Kontakte über die Ländergrenzen hinweg, die sie in einer Facebook-Gruppe weiterverfolgen können, und bestätigten einmal mehr, dass in einem anregenden fachlichen Rahmen nationale Differenzen nur eine untergeordnete Rolle spielen.

### Drittes Seminar für Geflüchtete

Die IRZ führte in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zum dritten Mal das erfolgreiche Seminar „Einführung in das deutsche Recht“ für arabischsprachige Geflüchtete mit juristischem Hintergrund durch. Die zweitägige Veranstaltung fand am 10. und 11. Dezember 2018 in Bonn statt.

Die IRZ möchte mit dieser Veranstaltung einen Beitrag zur Integration arabischsprachiger geflüchteter Juristinnen und Juristen leisten. Bei den insgesamt acht Teilnehmenden aus Syrien handelte es sich um Juristinnen und Juristen mit abgeschlossenem Bachelor- oder Master-Studium sowie um eine Rechtsanwältin und zwei Rechtsanwälte. Sie erhielten eine Einführung in die Grundlagen des deutschen Verfassungsrechts, den Gerichtsaufbau in Deutschland und die Grundzüge des allgemeinen Zivil- und Strafrechts. Auch Themen im Bereich des Sozial- und Asylrechts wurden besprochen. Die Vermittlung der Inhalte legte den Fokus auf anschauliche Fallbeispiele, die einen Bezug zu Alltagserfahrungen der Geflüchteten aufwiesen. Dies führte zu einem regen Austausch und vielen interessierten Nachfragen. Nicht selten konnten die syrischen Juristinnen und Juristen Parallelen zwischen dem deutschen und dem syrischen Rechtssystem entdecken.

Die Veranstaltung wurde konsekutiv übersetzt, was auf sehr positive Resonanz bei den Teilnehmenden stieß. Auf diese Weise konnten sie ihr Sprachverständnis überprüfen und ausbauen.

## Conferences and internship programmes

continue in a Facebook group and once again confirmed that national differences play only a subordinate role within an inspiring technical context.

### Third Seminar for Refugees

Cooperating with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection (BMJV), the IRZ held a third successful seminar for Arabic-speaking refugees with a legal background on the subject of “Introduction to German Law”. The two-day event was held in Bonn from 10–11 December 2018.

By organising this event, the IRZ is seeking to make a contribution to the integration of lawyers among the Arabic-speaking refugees. The eight participants from Syria were legal professionals who had graduated from bachelor or master degree programmes, as well as one female attorney and two male attorneys. They received an introduction into the basics of German constitutional law, court structure in Germany and fundamental principles of general civil and criminal law. Aspects of social and asylum law were also discussed. In communicating the content, a focus was placed on illustrative case examples with relevance to the everyday lives of the refugees. This led to lively exchanges and many interested questions. The legal professionals from Syria were frequently able to discover parallels between the German and Syrian legal systems.

Consecutive interpreting was organised for the event, which was received by the participants very positively. It also allowed them to review and expand their language skills.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars „Einführung in das Deutsche Recht für Geflüchtete“

Participants at the seminar “Introduction to German law for refugees”

## Multilateral

Für Geflüchtete mit juristischem Hintergrund sind die Perspektiven, in Deutschland in einem juristischen Beruf Fuß zu fassen zwar eingeschränkt, dieses Projekt bietet jedoch andere Chancen. Nach Abschluss der Veranstaltung können die Teilnehmenden rechtliche Fragen in ihrem Alltag in Deutschland besser einordnen und möglicherweise im privaten Umfeld gegenüber deutschen Behörden als Vermittlerinnen und Vermittler dienen. Zudem unterstützt die IRZ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Anwaltverein die Vermittlung von Praktikumsplätzen in einer Rechtsanwaltskanzlei für ausgewählte Teilnehmende.

## Multilateral

Although the prospects of becoming established in a legal profession in Germany are limited for refugees, this project nevertheless offers them other opportunities. By attending the event, the participants acquired a better grasp of how legal issues relate to their everyday lives in Germany and may be able to act as mediators with German authorities for members of their personal circles. Moreover, the IRZ makes efforts to organise internship positions in law firms for selected participants in cooperation with the German Bar Association.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und -richter beim Einführungsseminar in Königswinter mit der Referentin Nina Marie Güttler (hinten links) und dem Referenten Alexander Heinen (hinten rechts)

Participants of the internship programme for English-speaking civil and commercial judges during the introductory seminar in Königswinter with the speakers Nina Marie Güttler (back left) and Alexander Heinen (back right)



Hospitantinnen und Hospitanten aus der Anwaltschaft

Interns from the advocacy

# Konferenzen und Hospitationen

# Conferences and internship programmes

## Hospitationen

In Kooperationen mit und unterstützt durch die jeweiligen Berufskammern und Berufsverbände und die Landesjustizverwaltungen fanden 2018 folgende Programme statt:

- Praxisorientierter Studienaufenthalt für englischsprachige Notarinnen und Notare in Zusammenarbeit mit der Bundesnotarkammer
- Sechswöchiges Hospitationsprogramm für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im Bereich Zivil- und Handelsrecht in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und dem Deutschen Anwaltverein
- Zweiwöchiges Hospitationsprogramm für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und -richter, gemeinsam mit dem Deutschen Richterbund und den Landesjustizverwaltungen
- Dreiwöchiges Hospitationsprogramm für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Kooperation mit dem Deutschen Richterbund und den Landesjustizverwaltungen

## Internships

The following programmes were held in 2018 in cooperation with, and supported by, the respective professional chambers and associations, as well as the Federal state justice administrations:

- Practice-oriented training for English-speaking notaries in cooperation with the Federal Chamber of Notaries
- Six-week internship programme for lawyers in the field of civil and commercial law in cooperation with the German Federal Bar and the German Bar Association
- Two-week internship programme for English-speaking civil and commercial judges in cooperation with the German Association of Judges and the Federal state justice administrations
- Three-week internship programme for judges and public prosecutors in cooperation with the German Association of Judges and the Federal state justice administrations



Besuch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fortbildung für englischsprachige Notarinnen und Notare sowie Notarassessoren im Notariat Dr. Rabl und Dr. Gassen

Visit by the participants of the practice-oriented training course for English-speaking notaries and junior notaries in the notaries' office Dr. Rabl and Dr. Gassen

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

Participants of the internship programme for judges and public prosecutors



---

## Kuratorium und Mitgliederversammlung

Sitzungen des Kuratoriums und Mitgliederversammlung im Geschäftsjahr 2018

### 55. Kuratoriumssitzung am 29. Mai 2018

- Billigung des Entwurfs des Jahresberichts 2017
- Berichte des Vereinsvorstands und der anwesenden Beschäftigten der IRZ über die Schwerpunkte der Projektarbeit seit der letzten Kuratoriumssitzung sowie Gastbeitrag von Christoph Kopecky über seine Beratungstätigkeit im Auftrag der IRZ als Langzeitexperte im EU-Projekt „Förderung der Rechtsstaatlichkeit in der Kirgisischen Republik“
- Sachstand zur Aufstellung des Wirtschaftsplans für das Haushaltsjahr 2019

### 56. Kuratoriumssitzung und 26. Mitgliederversammlung am 26. November 2018

- Turnusmäßige Wahlen des Präsidiums des Kuratoriums
- Verabschiedung der Hauptgeschäftsführerin Frau Keller-Engels
- Bestellung Frau Dr. Bachler als neue Hauptgeschäftsführerin
- Satzungsänderung
- Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Jahresberichts 2017 des Vereinsvorstands
- Beschlussfassung über die Entlastung des Vereinsvorstands
- Wahl der Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2018
- Bericht über den aktuellen Stand des Wirtschaftsplans 2018 und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019
- Beschlussfassung über Anträge auf Mitgliedschaft
- Berichte des Vorstands und der anwesenden Beschäftigten aus den Projektbereichen über das laufende Geschäftsjahr 2018

## Veränderungen im Bestand der Mitglieder

Neue ordentliche Mitglieder:

nach § 8 Nr. 1 der Satzung:

- Dr. Anke Morsch, Präsidentin des Finanzgerichts des Saarlandes
- Alexander Straßmeir, Staatssekretär a. D.

nach § 8 Nr. 2 der Satzung:

- Dr. Birgit Malsack-Winkemann, MdB, AfD-Bundestagsfraktion

Austritte von Mitgliedern:

- Bundesverband der Unternehmensjuristen e.V.

---

## Board of Trustees and General Meeting

Meetings of the Board of Trustees and General Meeting in the Financial Year 2018

### 55th Meeting of the Board of Trustees on 29 May 2018

- Approval of the draft Annual Report for 2017
- Reports by the IRZ Board and the attending IRZ staff on the priorities of the project activities since the last meeting of the Board of Trustees and guest contribution by Christoph Kopecky on his consultancy for the IRZ as long-term expert in the EU project "Promotion of the Rule of Law in the Republic of Kyrgyzstan".
- Current status in preparation of the Economic Plan for the budget year 2019

### 56th Meeting of the Board of Trustees and 26th General Meeting on 26 November 2018

- Regular elections to the Chairmanship of the Board of Trustees
- Official farewell of the General Director Ms Keller-Engels
- Appointment of Dr Bachler as incoming General Director
- Amendments to the statutes
- Approval of the Annual Financial Statement and approval of the Annual Report 2017 of the IRZ Board
- Resolution on the discharge of the IRZ Board
- Election of auditors for the financial year 2018
- Report on the current status of the Economic Plan for 2018 and resolution on the Economic Plan for 2019
- Resolution on applications for membership
- Reports of the IRZ Board of the Association and the attending staff from the project areas in the current financial year 2018

## Changes to the Membership

New ordinary members:

pursuant to Section 8 no. 1 of the statutes:

- Dr Anke Morsch, President of the Finance Court of the Saarland
- Alexander Straßmeir, State Secretary, retired

pursuant to Section 8 no. 2 of the statutes:

- Dr Birgit Malsack-Winkemann, Member of the Bundestag, AfD parliamentary fraction

Retiring members:

- Federal Association of Corporate Lawyers

## Veränderungen im Bestand der Kuratoriumsmitglieder

Ausgeschieden sind:

- Dr. Silke Albin, Vizepräsidentin im Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit
- StS Dr. Anke Morsch, Saarländisches Ministerium der Justiz
- StS Alexander Straßmeir a.D.,  
Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Berlin

Neue Mitglieder:

nach § 27 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3:

- Stephan Brandner, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages

nach § 27 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4:

- Peter Boehringer, MdB,  
Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

nach § 27 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 (Benennung durch die Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 6./7. Juni 2018):

- StS Birgit Gärtner, Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern
- StS Dr. Stefan von der Beck, Justizministerium Niedersachsen
- StS Philipp Fernis, Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz

nach § 27 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8:

- MDgt Dr. Christophe Eick,  
Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts

---

## Drittmittel und Spenden

Neben den durch die institutionelle Zuwendung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und durch Projektförderungen des Auswärtigen Amts ermöglichten Maßnahmen bestritt die IRZ weitere Projekte aus Drittmitteln, im Wesentlichen aus Projektmitteln der Europäischen Kommission. Außerdem erhielt die IRZ finanzielle Zuwendungen von folgenden Institutionen:

- Bundesnotarkammer
- Bundesrechtsanwaltskammer, auch aus Mitteln der Hans-Soldan-Stiftung
- Deutscher Anwaltverein (DAV) e.V.
- Hanns-Seidel-Stiftung
- Landesjustizverwaltungen
- Verband deutscher Pfandbriefbanken

## Changes to the Members of the Board of Trustee

Retired members:

- Dr Silke Albin, Vice President of the Federal Office for the Safety of Nuclear Waste Management
- State Secretary Dr Anke Morsch, Saarland Ministry of Justice
- Alexander Straßmeir, former State Secretary, Senate Department for Justice and Consumer Protection, Berlin

New members:

pursuant to Section 27 para. 1 no. 3:

- Stephan Brandner, Member of the Bundestag, Chairman of the Committee on Legal Affairs and Consumer Protection of the German Bundestag

pursuant to Section 27 para. 1 no. 4:

- Peter Boehringer, Member of the Bundestag,  
Chairman of the Budget Committee of the German Bundestag

pursuant to Section 27 para. 1 no. 5 (appointed by the Spring Conference of the Justice Ministers on 6/7 June 2018):

- State Secretary Birgit Gärtner, Mecklenburg-Vorpommern Ministry of Justice
- State Secretary Dr Stefan von der Beck, Lower Saxony Ministry of Justice
- State Secretary Philipp Fernis, Rhineland-Palatinate Ministry of Justice

pursuant to Section 27 para. 1 no. 8:

- Head of Section Dr Christophe Eick,  
Head of the Legal Directorate General of the Federal Foreign Office

---

## Third-party Funding and Donations

In addition to the institutional subsidy from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and project support from the Federal Foreign Office, the IRZ also implemented projects funded by third parties, mainly using project funds received from the European Commission. Furthermore, the IRZ received financial support from the following institutions:

- Federal Chamber of Notaries
- German Federal Bar, also funds from the Hans Soldan Foundation
- German Bar Association (DAV)
- Hanns Seidel Foundation
- Federal state justice administrations
- Association of German Pfandbrief Banks



Stand: 10. Mai 2019

---

### Präsident

Dr. Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth, Vorsitzender der Geschäftsführung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

---

### Vizepräsident und Vizepräsidentin

Christian Lange, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Ramona Pisal, Präsidentin des Landgerichts Cottbus; Deutscher Juristinnenbund e. V.

---

### Weitere Mitglieder des Kuratoriums

Hans-Peter Baur, Ministerialdirigent, Unterabteilungsleiter, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Stefan von der Beck, Staatssekretär, Justizministerium Niedersachsen

Richard Bock, Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten

Peter Boehring, MdB, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Stephan Brandner, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages

Claudia Dörr-Voß, Staatssekretärin, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Dr. Christophe Eick, Ministerialdirigent, Leiter der Rechtsabteilung, Auswärtiges Amt

Philipp Fernis, Staatssekretär, Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz

Birgit Gärtner, Staatssekretärin, Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern

Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes e.V.

Dr. Birgit Grundmann, Staatssekretärin a.D.

Dr. Friedwald Lübbert, Vizepräsident des Deutschen Anwaltvereins e.V.

Dr. Ruth Möller, Ministerialdirigentin, Leiterin der Unterabteilung Z B, Bundesministerium der Finanzen

Eva Schmierer, Ministerialdirektorin, Leiterin der Abteilung Z, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Robert Seegmüller, Vorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen

Dr. Oliver Vossius, Präsident des Deutschen Notarvereins e.V.

Dr. Ulrich Wessels, Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer

---

## Vorstand

Stand: 10. Mai 2019

Dr. Frauke Bachler  
Hauptgeschäftsführerin der IRZ

Dr. Stefan Hülshörster  
Geschäftsführer der IRZ

---

## Mitglieder der IRZ

Gökay Akbulut, MdB, DIE LINKE-Bundestagsfraktion

Klaus-Dieter Gröhler, MdB, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Allianz SE

Dr. Birgit Grundmann, Staatssekretärin a. D.

Bayer AG

Dr. Eva Högl, MdB, SPD-Bundestagsfraktion

Professor Dr. Wilfried Bernhardt, Staatssekretär a.D.

Katja Keul, MdB, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN-Bundestagsfraktion

Annette Böringer, Bundesanwältin beim BGH

Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied,  
Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.

Professor Dr. Michael Bohlander, Internationaler Untersuchungsrichter  
bei den Außerordentlichen Kammern an den Gerichten Kambodschas

Dr. Birgit Malsack-Winkemann, MdB, AfD-Bundestagsfraktion

Bund Deutscher Rechtspfleger e.V.

Markenverband e.V.

Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen

Dirk Mirow, Ministerialdirigent, Bundesministerium der Justiz  
und für Verbraucherschutz

Bundesnotarkammer

Dr. Anke Morsch, Präsidentin des Finanzgerichts des Saarlandes

Bundesrechtsanwaltskammer

Notarkammer Koblenz

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft e.V.

Bundesverband deutscher Banken e.V.

Dr. Irene Pakuscher, Ministerialrätin,  
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Daimler AG

Patentanwaltskammer München

Deutscher Anwaltverein e.V.

Professor Dr. Wolfgang Schomburg, Richter am Bundesgerichtshof a.D.

Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V.

Professor Dr. Dr. h.c. Friedrich-Christian Schroeder, Universität Regensburg

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Dr. Peter Spary, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied,  
Verein zur Förderung der Wettbewerbswirtschaft e.V.

Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.

Alexander Straßmeir, Präsident des Landesamtes für Flüchtlings-  
angelegenheiten Berlin

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Stephan Thomae, MdB, FDP-Bundestagsfraktion

Deutscher Notarverein e.V.

Benedikt Welfens, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Potsdam

Deutscher Richterbund e.V.

Lujo Fadé, Ministerialdirigent a.D.

Professor Dr. Stefan Zimmermann,  
Ehrenpräsident des Deutschen Notarvereins e.V.

Rainer Funke, Rechtsanwalt, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Brigitte Zypries, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie a.D.

## Satzung des eingetragenen Vereins Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit

beschlossen in Bonn am 11. Mai 1992 von der Gründerversammlung;

geändert am 20. Oktober 1994  
von der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 13. November 1996  
von der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 9. November 2015  
von der 23. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 7. Dezember 2016  
von der 24. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 26. November 2018  
von der 26. ordentlichen Mitgliederversammlung.

## Statutes of the registered association German Foundation for International Legal Cooperation

adopted in Bonn on 11 May 1992 by the Assembly of Founding Members;

amended on 20 October 1994  
by the Second Ordinary General Meeting;

amended on 13 November 1996  
by the Fourth Ordinary General Meeting;

amended on 9 November 2015  
by the Twenty-Third Ordinary General Meeting;

amended on 7 December 2016  
by the Twenty-Fourth Ordinary General Meeting;

amended on 26 November 2018  
by the Twenty-Sixth Ordinary General Meeting.

---

## I. Grundlegende Bestimmungen

### § 1 Name, Eintragung

(1) Der Name des Vereins ist „Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.“. Der Verein führt die Kurzbezeichnung „IRZ e.V.“.

(2) Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragen.

### § 2 Sitz, Geschäftsjahr

(1) Sitz des Vereins ist Bonn.

(2) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

### § 3 Zweck des Vereins

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinn des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins sind die Förderung und die Pflege der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts im Sinn der Völkerverständigung, insbesondere die Unterstützung ausländischer Staaten beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft im Bereich der Gesetzgebung und des Aufbaus der Rechtspflege sowie die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf diesem Gebiet.

(2) Der Vereinszweck wird insbesondere durch Aufnahme und Entsendung von Sachverständigen, Beratung und Fortbildung von Fachleuten, Vermittlung und Vergabe von Stipendien und Praktikantenstellen, Erarbeitung von Gutachten, Austausch von Informationsmaterial und Übersendung von Gesetzestexten im In- und Ausland verwirklicht.

---

## I. Basic provisions

### Section 1 Name, entry

(1) The Name of the Association shall be "German Foundation for International Legal Cooperation" (Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.). The Association shall be referred to by the abbreviation "IRZ e.V.".

(2) The Association is entered in the Register of Associations of Bonn Local Court.

### Section 2 Seat, business year

(1) The seat of the Association shall be Bonn.

(2) The business year shall correspond to the calendar year.

### Section 3 Objective of the Association

(1) The Association shall exclusively and directly pursue non-profit-making objectives within the meaning of the Part of the Tax Code (Abgabenordnung) which relates to "Objectives enjoying favourable fiscal treatment". The objective of the Association shall be to promote and maintain international cooperation in the legal field in the context of understanding between peoples, in particular to support foreign states in transition to a social market economy in the legislative field, and in creating a system of the administration of justice, as well as to promote studies and research in this field.

(2) The objective of the Association shall be implemented at home and abroad, in particular by appointing and seconding experts, by providing consultation and further training to experts, by mediating in the award of and by awarding grants and trainee positions, by drafting reports, by exchanging documentation and by forwarding texts of statutes.

#### § 4 Finanzierung

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen der öffentlichen Hand.
- (3) Zur Förderung der Vereinszwecke darf der Verein Vermögen erwerben.

#### § 5 Verwendung der Mittel

- (1) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (2) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

#### § 6 Vermögensbindung

- (1) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen, die es ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden hat.
- (2) Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

#### § 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. das Kuratorium und
3. der Vorstand.

#### Section 4 Finance

- (1) The Association shall act altruistically; it shall not primarily pursue its own economic goals.
- (2) The Association shall be financed from Members' subscriptions, donations and public subsidies.
- (3) The Association may acquire assets in order to promote the objectives of the Association.

#### Section 5 Use of funds

- (1) The funds of the Association may be used only in pursuance of the objectives set out by the Statutes. The Members shall not receive any benefits from Association funds.
- (2) No person may be placed at an advantage by virtue of expenditure alien to the objective of the Association, or by disproportionately high payments.

#### Section 6 Binding of assets

- (1) On dissolution of the Association, or in the event of objectives enjoying favourable fiscal treatment ceasing to apply, the assets shall be assigned to the Federal Republic of Germany, which shall use them exclusively and directly for objectives enjoying favourable fiscal treatment.
- (2) Resolutions relating to the future use of the assets may not be implemented until the approval of the fiscal authorities has been obtained.

#### Section 7 Bodies of the Association

The bodies of the Association shall be

1. the General Meeting,
2. the Board of Trustees, and
3. the Board.

---

## II. Mitgliedschaft

#### § 8 Ordentliche Mitglieder

Ordentliche Mitglieder sind

1. natürliche und juristische Personen sowie andere rechtsfähige Personenvereinigungen aus verschiedenen Zweigen des Rechtswissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland, die die Aufnahme beantragt haben und vom Kuratorium gewählt wurden,
2. je ein/e Abgeordnete/r der Fraktionen des Deutschen Bundestages, den/ die jede Fraktion für die Dauer einer Legislaturperiode benennen kann, und
3. ein/e Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments, den/ dieses für die Dauer seiner Legislaturperiode benennen kann.

---

## II. Membership

#### Section 8 Ordinary Members

Ordinary Members shall be

1. natural and legal persons as well as other associations of individuals with legal capacity from various sectors of the legal and economic life of the Federal Republic of Germany, who shall have applied for admission and be elected by the Board of Trustees,
2. one Member each of the parliamentary coalitions of the German Federal Parliament (Deutscher Bundestag), whom each parliamentary coalition may nominate for the duration of one legislative period, and
3. one Member of the European Parliament, whom the latter may nominate for the duration of its legislative period.

### § 9 Fördernde Mitglieder

Fördernde Mitglieder ohne Stimmrecht sind die vom Kuratorium gewählten natürlichen und juristischen Personen sowie rechtsfähigen Personenvereinigungen, die über besondere Erfahrungen auf den Gebieten der Rechtswissenschaft, der Gesetzgebung, der Wirtschaft oder der Rechtspraxis verfügen oder wegen ihrer Persönlichkeit besonders geeignet sind, den Vereinszweck zu fördern.

### § 10 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft wird auf Antrag des/der Betroffenen durch Beschluss des Kuratoriums begründet.

(2) Die Mitgliedschaft erlischt

1. durch schriftlich erklärten Austritt,
2. durch Ausschluss oder
3. durch Tod, bei juristischen Personen durch Auflösung.

### § 11 Ausschluss eines Mitglieds

(1) Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung wegen Schädigung des Ansehens oder der Interessen des Vereins oder aus einem anderen wichtigen Grund ausgeschlossen werden.

(2) Vor der Beschlussfassung ist das Mitglied zu hören.

(3) Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

(4) Gegen den Beschluss ist binnen einer Frist von einem Monat die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig.

(5) Mit der Mitteilung des Ausschlusses erlöschen alle Ämter, die das Mitglied im Verein innehat.

---

## III. Mitgliederversammlung

### § 12 Aufgaben

Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Beratung und Empfehlungen zu Grundsätzen der Arbeit des Vereins,
2. Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
3. Entgegennahme des Jahresabschlusses und des Jahresberichts des Vorstands,
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands,
5. Ausschluss von Mitgliedern,
6. Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums,
7. Regelung der Mitgliedsbeiträge und
8. Wahl des/der Wirtschaftsprüfers/in.

### Section 9 Ancillary Members

Ancillary Members with no voting rights shall be the natural and legal persons as well as associations of individuals with legal capacity elected by the Board of Trustees who may possess special experience in the fields of law, legislation, economics or legal practice, or who may be particularly well suited by virtue of their personality to promote the objective of the Association.

### Section 10 Commencement and termination of membership

(1) Membership shall be established at the request of the concerned party by resolution of the Board of Trustees.

(2) Membership shall lapse

1. by virtue of retirement declared in writing,
2. by virtue of exclusion, or
3. by virtue of death, or in the case of legal persons by virtue of dissolution.

### Section 11 Exclusion of a Member

(1) A Member may be excluded by a resolution of the General Meeting as a result of detriment to the reputation or the interests of the Association, or for another important reason.

(2) The Member shall be heard prior to the resolution being adopted.

(3) The resolution relating to exclusion shall be communicated to the Member in writing.

(4) An appeal to the General Meeting shall be admissible within the period of one month.

(5) All offices held by the Member in the Association shall lapse on communication of exclusion.

---

## III. General Meeting

### Section 12 Tasks

The General Meeting shall have the following tasks:

1. to advise and to give recommendations regarding the principles of the work of the Association,
2. to adopt resolutions relating to amendments to the Statutes,
3. to take receipt of the Annual Financial Statements and of the Annual Report of the Board,
4. to adopt resolutions relating to the formal approval of the actions of the Board,
5. to exclude Members,
6. to elect members of the Board of Trustees,
7. to set Members' subscriptions, and
8. to elect the auditor.

## § 13 Ordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in beruft in jedem Jahr eine ordentliche Mitgliederversammlung ein.
- (2) Die Mitglieder sind unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung mindestens sechs Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich einzuladen.

## § 14 Anträge

- (1) Anträge zur ordentlichen Mitgliederversammlung sind spätestens drei Wochen vor der Versammlung mit schriftlicher Begründung einzureichen. Dies gilt nicht für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen.
- (2) Der/Die Präsident/in versendet die endgültige Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor der ordentlichen Mitgliederversammlung an die Mitglieder.

## § 15 Außerordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
- (2) Der/Die Präsident/in ist zur Einberufung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel aller oder der stimmberechtigten Mitglieder eine außerordentliche Mitgliederversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich beantragt. In diesem Fall sind die Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich einzuladen.
- (3) § 14 gilt entsprechend.

## § 16 Teilnahme des Kuratoriums

Zu den Mitgliederversammlungen sind die Mitglieder des Kuratoriums und des Vorstands einzuladen. Sie sollen teilnehmen und haben beratende Stimme.

## § 17 Vorsitz

Der/Die Präsident/in leitet die Mitgliederversammlung.

## § 18 Stimmrecht

Jedes anwesende ordentliche Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenvereinigung kann sich durch eine/n schriftlich Bevollmächtigte/n vertreten lassen.

## § 19 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- (2) Bei Beschlussunfähigkeit muss der/die Präsident/in eine Stunde später eine neue Mitgliederversammlung nach § 15 einberufen. Diese Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Die §§ 20 und 25 bleiben unberührt.

## § 20 Stimmenmehrheit

Alle Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst.

## Section 13 Ordinary General Meeting

- (1) The President shall call one Ordinary General Meeting per year.
- (2) The Members shall be invited in writing at least six weeks prior to the date of the Meeting, stating the provisional agenda.

## Section 14 Motions

- (1) Motions to the Ordinary General Meeting shall be submitted at the latest three weeks prior to the Meeting, stating written reasons. This shall not apply in respect of motions for amendments relating to existing motions.
- (2) The President shall forward the final agenda to the Members at the latest two weeks prior to the Ordinary General Meeting.

## Section 15 Extraordinary General Meeting

- (1) The President may call an Extraordinary General Meeting.
- (2) The President shall be obliged to call an Extraordinary General Meeting if at least one-quarter of all or of the Voting Members so requests in writing, stating the purpose and reasons. In this case, the Members shall be invited in writing, stating the agenda, at least four weeks prior to the date of the Meeting.
- (3) Section 14 shall apply mutatis mutandis.

## Section 16 Participation of the Board of Trustees

The members of the Board of Trustees and of the Board shall be invited to the General Meetings. They are to attend and shall have advisory capacity.

## Section 17 Chair

The President shall take the Chair at the General Meeting.

## Section 18 Voting rights

Each Ordinary Member present shall have one vote in the Meeting. A legal person or another association of individuals with legal capacity may be represented by a proxy appointed in writing.

## Section 19 Quorum

- (1) The General Meeting shall be quorate if at least one-quarter of the Voting Members is present.
- (2) If there is no quorum, the President must call a new General Meeting one hour later in accordance with Section 15. This General Meeting shall be quorate irrespective of the number of Members present. Sections 20 and 25 shall remain unaffected thereby.

## Section 20 Majority of votes

Unless otherwise set out by the Statutes, all resolutions of the General Meeting shall be passed by a simple majority of Voting Members present.

## § 21 Satzungsänderungen

- (1) Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (2) Änderungen des Vereinszwecks bedürfen einer Mehrheit von vier Fünfteln aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (3) Änderungen nach den Absätzen 1 und 2 werden erst mit Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in wirksam.

## § 22 Ergänzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung kann während der Mitgliederversammlung durch Dringlichkeitsanträge ergänzt werden; dies gilt nicht für Anträge auf Änderung der Satzung oder Auflösung des Vereins. Eine Ergänzung setzt voraus, dass zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder sich dafür aussprechen. Für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen bedarf es keiner Ergänzung.

## § 23 Niederschrift

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die der/die Präsident/in und der/die Protokollführer/in unterzeichnen. Abweichende Meinungen sind auf Antrag zu Protokoll zu nehmen.

## § 24 Ausschluss von der Teilnahme

Ein Mitglied kann an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn es sich um seine persönlichen Angelegenheiten handelt.

## § 25 Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder aufgelöst.
- (2) Zu einer Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss das Kuratorium abweichend von § 13 Abs. 2 zwei Monate vor der Sitzung schriftlich einladen.
- (3) Zum Nachweis der Einladung kann der Vorstand in der Mitgliederversammlung versichern, dass er auf Veranlassung des Präsidenten/der Präsidentin den Mitgliedern eine Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch eingeschriebenen Brief zugesandt hat.

---

## IV. Kuratorium

### § 26 Aufgaben

- (1) Das Kuratorium hat folgende Aufgaben:
  1. Wahl der ordentlichen Mitglieder nach § 8 Nr. 1 und der fördernden Mitglieder des Vereins,
  2. Bestellung und Abberufung des Vorstands, die der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in bedürfen, und Überwachung der Tätigkeit des Vorstands,

## Section 21 Amendments to the Statutes

- (1) Amendments to the Statutes shall require a majority of three-quarters of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) Amendments to the objective of the Association shall require a majority of four-fifths of all Voting Members.
- (3) Amendments in accordance with paragraphs 1 and 2 shall not become effective until approved by the Federal Minister responsible for Justice.

## Section 22 Addition to the agenda

The agenda may be added to during the General Meeting by virtue of privileged motions; this shall not apply to motions for amendments to the Statutes, nor to the dissolution of the Association. A supplement shall be conditional on the approval of two-thirds of the Voting Members present. No addition shall be required for motions to amend the existing motions.

## Section 23 Minutes

Minutes shall be produced of the resolutions of the General Meeting, to be signed by the President and the Secretary. Derogating opinions shall be included in the minutes on request.

## Section 24 Exclusion from participation

A Member may not participate in the deliberations or in voting if his/her personal affairs are concerned thereby.

## Section 25 Dissolution of the Association

- (1) The Association shall be dissolved by a resolution of the General Meeting, passed with a three-quarters majority of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) In derogation from Section 13 paragraph 2, the Board of Trustees must issue written invitations to a General Meeting that is to decide on dissolution two months prior to the meeting.
- (3) In order to prove the invitation, the Board may confirm in the General Meeting that it sent by registered mail an invitation to the Members, stating the agenda, at the request of the President.

---

## IV. Board of Trustees

### Section 26 Tasks

- (1) The Board of Trustees shall have the following tasks:
  1. to elect the Ordinary Members in accordance with Section 8 paragraph 1 No. 1 and the Ancillary Members of the Association,
  2. to appoint and dismiss the Board, which shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice, and to supervise the activities of the Board,

# Satzung

3. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins gegenüber dem Vorstand,
4. Beschlussfassung über die Richtlinien für die Arbeit des Vereins,
5. Beschlussfassung über die vom Vorstand vorbereiteten mittel- und langfristigen Planungen,
6. Beschlussfassung über die vom Vorstand aufgestellten Entwürfe der Wirtschafts-, Finanz-, Stellen- und Investitionspläne,
7. Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Jahresberichts des Vorstands sowie Empfehlung hinsichtlich der Entlastung des Vorstands an die Mitgliederversammlung,
8. Erlass der Geschäftsordnung des Vorstands.

(2) Der Vorstand hat auf Verlangen des Präsidenten/der Präsidentin oder des Kuratoriums diesem/r Auskünfte über alle Angelegenheiten zu geben, welche die Geschäftsführung des Vereins betreffen.

## § 27 Mitglieder des Kuratoriums

(1) Das Kuratorium besteht aus:

1. dem Präsidenten/der Präsidentin,
2. acht Mitgliedern, welche die Mitgliederversammlung aus dem Kreis der Vereinsmitglieder nach § 8 Nr. 1 auf die Dauer von zwei Jahren wählt, wobei anstelle eines Vereinsmitglieds, das eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenvereinigung ist, eines ihrer satzungsgemäß vertretungsberechtigten Organmitglieder oder eine auf die Dauer der Wahlperiode dazu bevollmächtigte Person wählbar ist; geheime Wahl findet statt, sofern ein Vereinsmitglied dies beantragt,
3. dem/der Vorsitzenden des für Rechtsfragen zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
4. dem/der Vorsitzenden des für Haushaltsfragen zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
5. drei Mitgliedern, welche die Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für jeweils zwei Jahre benennt,
6. zwei Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundesminister/in benennt,
7. bis zu fünf Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundesminister/in im Einvernehmen mit dem Präsidenten/der Präsidentin und den Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen jeweils für zwei Jahre benennen kann, und die aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihres Tätigkeitsfeldes oder ihrer beruflichen Erfahrung, insbesondere auf den Gebieten der Rechtswissenschaft oder der Wirtschaft, besonders geeignet erscheinen, den Vereinszweck zu unterstützen und
8. vier Mitgliedern, die das Auswärtige Amt, der/die für die Finanzen zuständige Bundesminister/in, der/die für Wirtschaft zuständige Bundesminister/in und der/die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zuständige Bundesminister/in jeweils für zwei Jahre benennen.

Ein Mitglied kann sich nur durch ein anderes Mitglied vertreten lassen.

(2) Sind Mitglieder nach Absatz 1 Nr. 5 nicht benannt, so werden ihre Aufgaben einstweilen von dem/der Vorsitzenden der Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit bis zu einer solchen Benennung wahrgenommen.

(3) Alle erforderlich werdenden Nachwahlen oder Nachbenennungen erfolgen für die verbleibende Dauer der jeweiligen Wahlperiode.

# Statutes

3. to represent the Association in and out of court in respect of the Board,
4. to adopt resolutions regarding the guidelines for the work of the Association,
5. to adopt resolutions regarding medium- and long-term planning prepared by the Board,
6. to adopt resolutions regarding the draft economic, financial, staff and investment plans formulated by the Board,
7. to establish the Annual Financial Statements and approve the Annual Report of the Board, as well as to make recommendations to the General Meeting as to approval of the actions of the Board,
8. to issue Rules of Procedure of the Board.

(2) At the request of the President or of the Board of Trustees, the Board shall provide the former with information regarding all matters concerning the management of the Association.

## Section 27 Members of the Board of Trustees

(1) The Board of Trustees shall consist of:

1. the President,
2. eight Members to be elected by the General Meeting from among the Members of the Association pursuant to Section 8 No. 1 for the period of two years; instead of a Member of the Association who is a legal person or another association of individuals with legal capacity, it is possible to elect one of the members of their executive board, who is authorized to act as a representative pursuant to the Statutes, or a person who is authorised to represent such legal person or association for the election period; the election shall be held by secret ballot if a Member of the Association so requests,
3. the Chairperson of the Committee in charge of Legal Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
4. the Chairperson of the Committee in charge of Budgetary Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
5. three Members nominated by the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for two years each,
6. two Members nominated by the Federal Minister responsible for Justice,
7. up to five Members who may be nominated by the Federal Minister of Justice, in agreement with the President and the Vice-Presidents, for two years each, and who by virtue of their personality, field of activity or professional experience, in particular in the areas of law or of the economy, appear especially well suited to support the objective of the Association, and
8. four Members nominated by the Federal Foreign Office, the Federal Minister responsible for Finance, the Federal Minister responsible for Economics and the Federal Minister responsible for Economic Cooperation, for two years each.

A Member may only be represented by another Member.

(2) If no Members have been nominated in accordance with paragraph 1 No. 5, their tasks shall be carried out in the intervening period by the Chairperson of the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for the period until such nomination.

(3) All necessary subsequent elections or nominations shall be effected for the remaining duration of the respective term of office.

(4) Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig. Entstehende Aufwendungen werden nach Maßgabe der Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes ersetzt.

### § 28 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin

(1) Das Kuratorium wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Präsidenten/ eine Präsidentin, der/die nicht dem Verein anzugehören braucht und zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen.

(2) Die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin und der Vizepräsidenten/ Vizepräsidentinnen bedarf der Zustimmung der/des für Justiz zuständigen Bundesministers/in.

(3) Im Falle einer Neuwahl bleiben der bisherige Präsident/die bisherige Präsidentin bzw. die Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bis zur Bestätigung der Amtsnachfolge durch den/die für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Amt.

### § 29 Aufgaben des Präsidenten/der Präsidentin

Der Präsident/Die Präsidentin hat – außer den sonstigen in der Satzung genannten – folgende Aufgaben:

1. Er/Sie repräsentiert den Verein unbeschadet der gesetzlichen Vertretungsmacht des Vorstands.
2. Er/Sie beruft die Sitzungen des Kuratoriums ein und leitet sie.
3. Er/Sie vertritt das Kuratorium zwischen den Sitzungen.
4. Bei unaufschiebbaren Entscheidungen des Vorstands, die der Zustimmung des Kuratoriums bedürfen, kann er/sie die Zustimmung anstelle des Kuratoriums erteilen. In diesem Fall hat er/sie dem Kuratorium unverzüglich zu berichten.
5. In besonderen Eilfällen kann er/sie Entscheidungen des Kuratoriums im Umlaufverfahren herbeiführen. Er/Sie stellt fest, dass ein Beschluss des Kuratoriums zustande gekommen ist, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums schriftlich zugestimmt hat.
6. Er/Sie kann an Sitzungen der Ausschüsse und Beiräte teilnehmen.

### § 30 Sitzungen

(1) Die Sitzungen des Kuratoriums sollen zweimal jährlich stattfinden.

(2) Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Präsident/in. Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind.

(3) Ein Mitglied des Kuratoriums nimmt an den Beratungen und Abstimmungen nicht teil, wenn es sich um seine/ihre persönliche Angelegenheit handelt.

(4) Die Mitglieder des Vorstands nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teil. Der/Die Präsident/in kann auch andere Personen zu den Sitzungen des Kuratoriums einladen.

### § 31 Ausschüsse

(1) Zur Vorbereitung seiner Sitzungen kann das Kuratorium aus seiner Mitte Ausschüsse bilden.

(2) Das Kuratorium kann ferner aus seiner Mitte einen besonderen Ausschuss bilden, dem der Präsident/die Präsidentin, die Vizepräsidenten/die

(4) The Members of the Board of Trustees shall act on an honorary basis. All and any expenses incurred shall be reimbursed in accordance with the provisions of the Federal Travel Expenses Act (Bundesreisekostengesetz).

### Section 28 Election of the President

(1) The Board of Trustees shall elect its President, who need not belong to the Association, and two Vice-Presidents, for a period of two years.

(2) The election of the President and the Vice-Presidents shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.

(3) In the event of a re-election, the previous President and the Vice-Presidents shall remain in office until confirmation of the successors by the Federal Minister responsible for Justice.

### Section 29 Tasks of the President

The President shall have the following tasks in addition to the other tasks named in the Statutes:

1. He/she shall represent the Association, irrespective of the statutory power of the Board to represent it.
2. He/she shall call and chair meetings of the Board of Trustees.
3. He/she shall represent the Board of Trustees between the meetings.
4. In the event of decisions of the Board that cannot be postponed requiring the approval of the Board of Trustees, he/she may give approval in place of the Board of Trustees. In such cases he/she shall inform the Board of Trustees without delay.
5. In particularly urgent cases, he/she may effect decisions of the Board of Trustees by circulating the agenda amongst the members of the Board. He/she shall decide that a resolution of the Board of Trustees has come into being if the majority of the Members of the Board of Trustees has approved in writing.
6. He/she may attend meetings of the committees and advisory councils.

### Section 30 Meetings

(1) The meetings of the Board of Trustees shall take place twice annually.

(2) The Board of Trustees shall effect its resolutions with the majority of votes of the Members present. In the event of a draw, the President shall have the casting vote. The Board of Trustees shall be quorate if at least four Members are present.

(3) A Member of the Board of Trustees shall not attend the deliberations or the voting if his/her personal affairs are concerned.

(4) The Members of the Board shall attend the meetings of the Board of Trustees in an advisory capacity. The President may also invite other persons to attend the meetings of the Board of Trustees.

### Section 31 Committees

(1) The Board of Trustees may form committees from its members for the preparation of its meetings.

(2) The Board of Trustees may, furthermore, form a special committee from its members, consisting of the President, the Vice-Presidents, and a further

Vizepräsidentinnen, je ein von dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in und von dem/der für Finanzen zuständigen Bundesminister/in benanntes Mitglied angehören, und diesen Ausschuss von Fall zu Fall ermächtigen, anstelle des Kuratoriums Entscheidungen zu treffen, soweit dies zwischen den Sitzungen des Kuratoriums erforderlich ist.

## § 32 Beiräte

Das Kuratorium kann zu seiner Beratung und derjenigen des Vorstands Beiräte berufen, deren Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise es in einer Geschäftsordnung niederlegt. An den Sitzungen der Beiräte können Vertreter/innen des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in teilnehmen.

## § 33 Prüfung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss ist unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts, soweit er die Buchführung erläutert, durch eine/n Wirtschaftsprüfer/in zu prüfen, bevor er dem Kuratorium vorgelegt wird.

---

## V. Vorstand

### § 34 Aufgaben

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Aufgaben und Befugnisse der Mitglieder des Vorstands regelt die Geschäftsordnung des Vorstands. Er ist für alle Rechtsgeschäfte zuständig, die nicht gemäß § 26 dem Kuratorium vorbehalten sind.

### § 35 Zusammensetzung

(1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem/der Hauptgeschäftsführer/in und dem/der Geschäftsführer/in. Bei Meinungsverschiedenheiten gibt die Stimme des Hauptgeschäftsführers / der Hauptgeschäftsführerin den Ausschlag. Die Mitglieder des Vorstands vertreten den Verein je einzeln gerichtlich und außergerichtlich.

(2) Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus dem Amt aus, so kann der/die Präsident/in jeweils bis zur Bestellung eines/einer Nachfolgers/ Nachfolgerin eine/n kommissarische/n Vertreter/in berufen. Die Berufung bedarf der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/ Bundesministerin.

(3) Soweit ein Vorstandsmitglied hauptberuflich tätig ist, erhält es eine angemessene Vergütung. Die Einzelheiten des Anstellungsverhältnisses werden von dem Präsidenten/der Präsidentin im Einvernehmen mit dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Rahmen des Zuwendungs- und Tarifrechts festgelegt.

### § 36 Haftung

Die Mitglieder des Vorstands haften dem Verein für einen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten verursachten Schaden nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

two Members, one each nominated by the Federal Minister responsible for Justice and by the Federal Minister responsible for Finance, and may empower such committee to take decisions in place of the Board of Trustees on a case-by-case basis, where such decisions are required between the meetings of the Board of Trustees.

## Section 32 Advisory councils

The Board of Trustees may appoint advisory councils to advise it and the Board, the composition, tasks and functioning of which it shall set out in rules of procedure. Representatives of the Federal Minister responsible for Justice may attend the meetings of the advisory councils.

## Section 33 Audit of the Annual Financial Statements

The Annual Financial Statements shall be audited by an auditor, including the accounting and the business report, where the latter refers to accounting, prior to submission to the Board of Trustees.

---

## V. Board

### Section 34 Tasks

The Board shall manage the business of the Association. The tasks and powers of the members of the Board shall be governed by the Rules of Procedure of the Board. It shall be competent in respect of all and any legal transactions not reserved to the Board of Trustees in accordance with Section 26.

### Section 35 Composition

(1) The Board within the meaning of Section 26 of the Civil Code (BGB) shall consist of the General Director and the Director. In the event of differences of opinion, the General Director shall have the casting vote. The members of the Board shall represent the Association individually, both in and out of court.

(2) In the event of a member of the Board leaving office early, the President may appoint a temporary deputy until such time as a successor is appointed. The appointment shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.

(3) Where a member of the Board acts full-time, he/she shall receive adequate payments. The details of the employment shall be defined by the President in agreement with the Federal Minister responsible for Justice pursuant to the benefits and collective bargaining law (Zuwendungs- und Tarifrecht).

### Section 36 Liability

The members of the Board are only liable toward the association for damages caused in the discharge of their duties in cases of wilful intent or gross negligence.

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR  
INTERNATIONALE RECHTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT E.V.



Ubierstraße 92  
D-53173 Bonn

Ubierstraße 92  
D-53173 Bonn

**Konzeption,  
Gestaltung und Redaktion**

Wiebke Ollendorf, Bonn  
[www.ollendorf.de](http://www.ollendorf.de)  
Tom Wanner, Hannover  
[www.wannerundpartner.de](http://www.wannerundpartner.de)

**Concept,  
design and editing**

Wiebke Ollendorf, Bonn  
[www.ollendorf.de](http://www.ollendorf.de)  
Tom Wanner, Hanover  
[www.wannerundpartner.de](http://www.wannerundpartner.de)

**Informationen zu  
den Partnerstaaten der IRZ**

Auswärtiges Amt  
der Bundesrepublik Deutschland

**Informations on  
the partner states of the IRZ**

Federal Foreign Office of the  
Federal Republic of Germany

**Fotos**

Kornelia Danetzki, Bad Honnef  
Greta María Ásgeirsdóttir, Berlin

**Photos**

Kornelia Danetzki, Bad Honnef  
Greta María Ásgeirsdóttir, Berlin

IRZ-Archiv

IRZ archive

Seite 5  
Thomas Köhler, Photothek Berlin

page 5  
Thomas Köhler, Photothek Berlin

**Übersetzung**  
transmit-Deutschland  
GmbH&Co. KG, Hollenstedt

**Translated by**  
transmit-Deutschland  
GmbH&Co. KG, Hollenstedt

**Druck**  
D+P office AG, Bonn

**Printed by**  
D+P office AG, Bonn